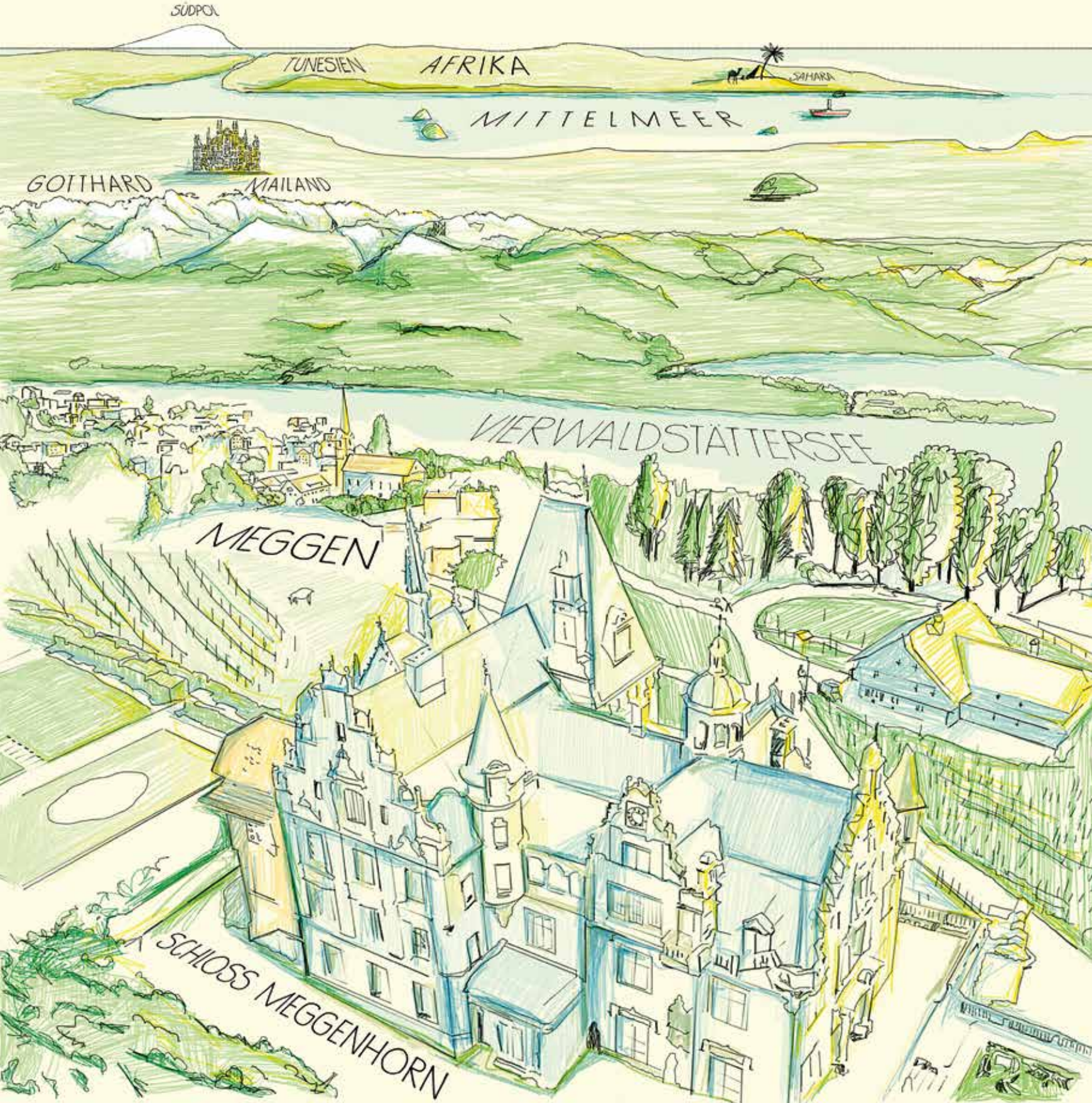


THE MEGGER

FR. 8.50.- (INKL. MWST.)
EURO 6.90



Gemeinderating 2018: Meggen gewinnt



Neuer Focus

NEUER FOCUS



WAS IST DEIN FOCUS?



Go Further

Zum zehnten Mal hat die *Weltwoche* das grosse Gemeinderating erstellt. 921 Gemeinden wurden ausführlich miteinander verglichen und der Star dieses Jahres ist Meggen am Vierwaldstättersee. Die politische Führung hat offensichtlich erstklassige Arbeit geleistet, um



Empfang: Meggens Gemeindepräsident Brücker (r.), *Weltwoche*-Chef Köppel.

den Wünschen und Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger Rechnung zu tragen. Gemeindepräsident Urs Brücker hat uns in Meggen persönlich die Vorzüge des Ortes erläutert und von *Weltwoche*-Chef Roger Köppel ein gerahmtes Cover der neusten *Weltwoche* in Empfang genommen.

Übersicht, Interpretationen, Zahlen und Details finden Sie ab **Seite 24**.

In seinen Ferien im Wallis machte Kulturredaktor Rico Bandle mit seiner Familie eine Tour auf dem Aletschgletscher. Während der siebenstündigen Wanderung kam er mit Bergführer Kilian Volken ins Gespräch, der die internationale Touristengruppe über das Eis führte. Und er kam ins Staunen: Es stellte sich heraus, dass Volken schon auf dem Mount Everest und drei weiteren Achttausendern gestanden ist, dass er vor fünf Jahren als einziger von zehn Bergsteigern ein schweres Lawinenglück am Mont Blanc überlebte, dass er seit 43 Jahren dem Beruf als Bergführer nachgeht – und trotz längst erreichtem Pensionsalter noch lange nicht ans Aufhören denkt. Bandle hat Volkens Geschichte fasziniert und den charismatischen Bergler zwei Wochen später noch einmal getroffen für ein Gespräch über den Tod am Berg, den Alpentourismus und die grosse Gletscherschmelze. **Seite 38**

Vor einigen Wochen las unser Reporter Matthias Matussek bei der vielfach ausgezeichneten Buchhändlerin Susanne Dagen in Dresden in ihrem weinlaubumrankten Laden aus seinem neuen Buch «White Rabbit». Dagen hat eine Geschichte als Geächtete, denn sie sympathisierte mit den Demonstranten der patriotischen Pegida. Diese wurden vor

allem von der Presse im Westen als «Pegidioten» und «Rechtsextreme» diffamiert. Doch der Pegida-Vorwurf einer einseitig berichtenden «Lügenpresse» sowie die Warnung vor einer islamischen Invasion wurde durch spätere Untersuchungen bestätigt. Matussek besuchte nun Dresden, den Schauplatz eines regelrechten Kulturkampfes, erneut. Er sprach mit sächsischen Buchhändlern, Autoren und Politikern und erkannte in ihnen, die in ihrem Kampf gegen das DDR-Regime schon einmal eine erste deutsche Revolution vollbracht hatten, Freiheitskämpfer und Unbeugsame, die ihn an die Schweizer erinnerten. **Seite 54**

Dieser Sommer ist so trocken, dass die Landwirtschaft unter Ertragseinbussen und Kostensteigerungen leidet. Die Frage ist offen, wann wieder genug Wasser in den Böden sein wird, aber eines ist für die Bauern klar: Der Herbst wird heiss. In der Agrarpolitik wird neben zwei Volksabstimmungen die nächste grosse Debatte über die künftigen Rahmenbedingungen lanciert. Die «Gesamtschau» des Bundesrats, die mehr Markt in der Agrarpolitik forderte, ist zwar im Juni im Nationalrat am Widerstand des Landwirtschaftslagers gescheitert. Aber Bundesrat Johann Schneider-Ammann stiess kurz darauf mit seinen «Leitlinien der Agrarpolitik ab 2022» nach. Im Herbst soll die Vernehmlassung dazu anlaufen. Wir haben Bauernverbandspräsident Markus Ritter besucht und mit ihm über seine Rezepte für die politische Auseinandersetzung gesprochen. **Seite 42**
Ihre Weltwoche

DAS SCHWEIZER PORTAL FÜR MEDICAL-STELLEN

Mit www.medicjobs.ch qualifiziertes Fachpersonal im Arzt- und Pflegebereich finden!

stellen-anzeiger.ch GmbH
Technoparkstrasse 1
8005 Zürich
044 440 10 80
www.medicjobs.ch



Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Föhrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die *Weltwoche* erscheint donnerstags.

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,
E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch,
leserbriefe@weltwoche.ch

Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,
E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch

Jahresabonnement Inland Fr. 334.– (inkl. MwSt.)
Schnupperabonnement Inland Fr. 38.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter
www.weltwoche.ch/abo

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)

Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel

Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.),

Beat Gygi (*Wirtschaft*)

Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur,
Katharina Fontana, Urs Gehrig (*Leitung Ausland*),
Wolfgang Koydl, Hubert Mooser,
Christoph Mörgele, Claudia Schumacher,
Florian Schwab

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann,
Silvio Borner, Henryk M. Broder,
Peter Hartmann, Pierre Heumann,
Andreas Honegger, Peter Holenstein,
Mark van Huiseling, Hansrudolf Kamer,
Peter Keller, Wolfram Knorr,
Franziska K. Müller, Matthias Matussek,
Daniela Niederberger, Linus Reichlin,
Chris von Rohr, Peter Ruch,
Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht,
Beatrice Schlag (*Los Angeles*), Thilo Sarrazin,
David Schnapp, Hildegard Schwaninger,
Sacha Verna (*New York*), Max Wey,
Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),
Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli,
Julia Dunlop (*Weltwoche daily*), Roy Spring

Layout: Daniel Eggspühler (*Art-Director*),
Karin Erdmann

Bildredaktion: Martin Kappler,
Corina Mühle (*Assistentin*)

Korrektur: Cornelia Bernegger (*Leitung*),
Viola Antunovits, Renate Brunner,

Nadia Ghidoli, Sandra Noser,
Katharina Dillier, Dieter Zwicky

Sekretariat: Sabine Mähner (*Leitung*),
Inga-Maj Hojajj-Huber

Verlagsgeschäftsführer: Guido Bertuzzi

Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*),
Gabriel Lotti, Brita Vassalli

Anzeigen-Innendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Digital-Marketing: Julia Dunlop (*Leitung*)

Online-Vermarktung: Jonlinio GmbH

Tarife und Buchungen: weltwoche@jonlinio.com

Druck: Print Media Corporation, PMC,
Oetwil am See

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

Neu mit M-Check: Nachhaltiges Einkaufen leicht gemacht.

Migros-Besitzerin Daniela H.

Arancia

M-CHECK



*Produkt aus fairem Handel
Produit issu du commerce
équitable

Prodotto proveniente da
commercio equo



Rückverfolgbar bis zum Bauern
Traçabilité jusqu'au paysan
Tracciabilità fino all'agricoltore

GENERATION **M**

Die Migros gehört den Leuten.

Deshalb macht sie das Einkaufen nachhaltiger Produkte jetzt einfacher und transparenter. Sie kennzeichnet diese mit dem M-Check, der mit einfachen Symbolen und kurzen Texten klar aufzeigt, was das Besondere am Produkt ist. Mehr Informationen: m-check.ch

MIGROS

Übler Deal

Steuersenkungen und AHV-Milliarden: Sogar SVP-Politiker machen bei dieser schummrigen Nummer mit.
Von Roger Köppel

Nach dem Ständerat hat nun also auch die nationalrätliche Wirtschaftskommission dafür gestimmt, die Unternehmenssteuerreform mit einer Milliardenpritze für die AHV zu verknüpfen. Dieser Vorgang ist nicht einmalig, aber ungewohnt in der schweizerischen Demokratie: Man verquickt zwei völlig sachfremde Geschäfte miteinander, um so die Chance für ihr Durchkommen zu erhöhen.

Wie ich höre, sind auch bürgerliche Vertreter der FDP und der SVP für das fächerübergreifend zusammengenagelte Doppelpack. Sie sind der Meinung, dass die aus ihrer Sicht wichtigen Steuersenkungen für Unternehmen, für sich genommen, beim Volk keine Chance hätten. Deshalb brauche es ein Zückerchen. Das sind die zwei Milliarden für die AHV.

Wie ist der Vorgang zu deuten? Es gibt nur zwei mögliche Erklärungen.

Erstens: Die Steuervorlage ist so schlecht, dass sie den Leuten nicht mehr vermittelt werden kann. In diesem Fall wäre die Verwurstung eine Täuschung, politisches Gammelfleisch und daher aus grundsätzlichen Überlegungen abzulehnen. Eine gute Steuervorlage muss nicht mit den drei Buchstaben AHV verzuckert werden.

Zweitens: Die Bürgerlichen sehen sich ausserstande, wollen nicht oder sind unfähig, die Leute von ihren Steuersenkungen zu überzeugen. Oder scheuen Sie die Mühe?

Das wäre eine intellektuelle Bankrotterklärung der gröberen Art, denn auf dem Papier nennen sich sowohl die SVP wie auch die FDP «liberal», und der Kampf für möglichst tiefe Steuern ist ein, wenn nicht das Kerngeschäft liberaler, bürgerlicher Parteien.

Die Verknüpfung von Steuersenkungen und AHV-Milliarden ist entweder eine Verzweiflungstat oder aber sie ist der finstere Versuch, die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu entrechteten, zu bestechen: Man erkaufte sich die Zustimmung für die Steuersenkungen durch Milliardenzahlungen in die AHV.

Was kommt als nächstes? 1000 Franken cash pro Wähler für ein Ja zum neuen Kampfjet? Das richtige Stimmverhalten bringt Barprämien aus dem Bundeshaus.

Irgendwo wurde geschrieben, dass sich die Schweiz von der direkten Demokratie verabschiede, wenn sie solche politischen Verklumpungen zulässt. Es gehe in Richtung



Fächerübergreifend zusammengenagelt.

repräsentative Demokratie mit Regierungsprogrammen, die alles mit jedem verbinden.

Das stimmt. Es ist unmöglich, gleichzeitig über eine AHV- und eine Steuervorlage abzustimmen. Was macht man, wenn einem die Steuerreform gefällt, nicht aber die AHV-Subventionierung, die sie irreführend Sanierung nennen? Wie gewichte ich ein AHV-Ja zum Steuersenkungs-Nein? Unmöglich.

Die Verknüpfung ist eine Machtanmassung. Das Parlament nimmt sich ein Recht heraus, macht etwas, was allen anderen verboten wäre. Kein Schweizer darf, zum Beispiel, eine Volksinitiative lancieren, die das Nein zum EU-Rahmenabkommen mit niedrigeren Krankenkas-

senprämien belohnt. Der Grundsatz dahinter lautet: Einheit der Materie. Der AHV-Steuer-Deal, von einigen sogar als Geniestreich gefeiert, torpediert die schweizerische, die direkte Demokratie.

Dass sich sogar SVP-Politiker für solche Manöver hergeben, sie nur schon in Erwägung ziehen, ist krass. Ausgerechnet die Partei, die ihre grössten Erfolge ihrer Glaubwürdigkeit als Gralhüterin einiger wichtiger staatspolitischer Grundsätze verdankt, scheint diese Grundsätze über den Haufen werfen zu wollen. Für die kurzlebige Glorie einer Steuerreform, deren Vermittlung man sich nicht mehr zutraut. Natürlich sind Steuersenkungen wichtig, aber nicht so wichtig, dass man deswegen die Grundprinzipien beerdigt.

Wo habe ich zum ersten Mal von solchen unseligen Verknüpfungen gehört? Es war bei einem Abendessen in Berlin vor über zehn Jahren, als sich der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder fürchterlich über einen Ministerkollegen aufregte, der seine Vorstösse nicht mehr dem Bundestag vorlegte, sondern sie in Brüssel mit anderen Vorstössen kreuzen liess, um der parlamentarischen Kontrolle zu Hause auszuweichen. SVP auf EU-Kurs?

Wir müssen nicht über die Details der AHV-Steuer-Vorlage diskutieren. Das Motiv dahinter ist schon falsch. Man kennt das aus

Das Parlament nimmt sich ein Recht heraus, macht etwas, was allen anderen verboten wäre.

der Wirtschaft: Eine Fusion von zwei schlechten Firmen produziert keine gute. Und aus der Fusion von zwei schlechten Vorlagen kann nichts Gutes kommen. Dass sie schlecht sind, ist offensichtlich. Wären sie gut, müsste man sie nicht verknüpfen.

In der Schweiz verwildert die direkte Demokratie. Bundesräte und Parteien setzen Volksentscheide ausser Kraft. Richter beseitigen mit dem Völkerrecht die Volksrechte. Und jetzt also kommen die Parteien bis hin zur SVP, um die Demokratie mit einem hybriden, vermutlich illegalen Gesetzes-«Päckli» auszuhebeln. Auf allen Stufen die gleiche Misere: Die Staatsgewalten setzen sich über den Souverän, das Volk, hinweg, tricksen ihn aus, versuchen es zumindest.

Wenn Politiker ihr Mauscheln mit einer höheren Notwendigkeit rechtfertigen, in diesem Fall der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, beschreiten sie eine brandgefährliche Spur. Die moralische Selbstermächtigung zur Missachtung demokratischer Gepflogenheiten hat noch immer die Diktatur hervorgebracht. In der Schweiz regiert das Volk. Wo Politiker regieren, gibt es keine Schweiz. Mit dem AHV-Deal kommt sich die Schweiz abhandeln.

Im Schnitt
einfach
besser.

Ihre Privatklinik für Chirurgie und individuellen Service. pyramide.ch

25 JAHRE KLINIK PYRAMIDE *Spitze für Sie* PYRAMIDE KLINIK AM SEE



Legendärer Riecher: Anna Wintour. Seite 16



Frühwarnsystem: Dresden. Seite 54



«Die Papiertaschentücher. Überall liegen die herum. Und die bleiben ewig.»

Kilian Volken: Seite 38

Titelgeschichte

- 24 **Die besten Gemeinden 2018**
Meggen auf dem ersten Platz
- 27 **St. Gallen** Grosser Sprung nach vorne
- 29 **«Die Preise in B-Lagen boomen»**
Analyse von Donato Scognamiglio

Kommentare & Analysen

- 5 **Editorial**
- 9 **Kommentar**
Erdogan spielt mit dem Feuer
- 10 **Gemeinden** Befehl von oben
- 10 **Löhne** Hitzewallungen
- 11 **Eilmeldung**
Feminismus mit Scheuklappen
- 16 **Kopf der Woche** Anna Wintour:
Die Unerstzliche
- 18 **Essay der Woche**
Freitod statt Freilassung
- 22 **Mörgeli** Die drei Eidgenossen
- 22 **Bodenmann**
Kein Schwarzenbach-Fehler 2.0
- 23 **Medien** Grüsse aus dem Schächental
- 23 **Die Deutschen** Nicht nachtragend

Inland

- 12 **Schweizerische Bundesbahnen**
Zweifelhafte Zuglärmberechnungen
- 32 **Fatale Folgen von Dublin IV**
Die EU-Asylpolitik und die Schweiz
- 34 **Migration** «Gemeingefährlicher»
Flüchtling aus Afghanistan
- 35 **Atommüll-Endlager** Die deutsche
Umweltministerin mischt sich ein
- 37 **Anbetung der Volksrechte** Einspruch
von Ökonom Hans Rentsch
- 41 **Klimaanlagen**
Lebensfeindlicher Bann

- 42 **Markus Ritter** Der Präsident des
Bauernverbands setzt sich durch
- 45 **EU-Rahmenvertrag**
Vom Jubel zum Jammer
- 46 **Martin Baltisser** Der SVP-Mann
wechselt zu Furrerhugi

Ausland

- 48 **Amerika**
Im Wendekreis der Frauen
- 49 **Inside Washington** «Gesindel»
- 50 **Wie ich Amerikaner wurde** Niall
Ferguson über seine Einbürgerung
- 51 **Boris Johnson** Empörung über eine
Bemerkung zu Burkaträgerinnen
- 52 **Jeremy Corbyn** Antisemitismus
bei Grossbritanniens Linken
- 53 **Kosovo**
Riskanter Tauschhandel
- 54 **Völkerschlacht von Dresden**
Matthias Matussek über
die Freiheitsliebe der Sachsen
- 57 **Sachsen**
Handelstüchtig und kulturbeflissen

Wirtschaft & Wissenschaft

- 36 **Daniel Senn**
Revisor ausser Rand und Band
- 44 **Schweizerische Nationalbank**
Jordan setzt auf Trump
- 47 **Raiffeisen**
Löchrige Staatsanwaltschaft
- 68 **Mysterien der Weltgeschichte**
Sir Osmans verflossener Glanz

Kultur & Gesellschaft

- 20 **«Bauer, ledig, sucht ...»**
Einzig wahre Kuppelshow

- 38 **Kilian Volken** Unterwegs mit dem
Bergführer im Aletschgebiet
- 41 **Street Parade** «Mzmmz» als Kulturerbe
- 58 **Ikone der Woche**
Léa Sprunger, Europameisterin
- 60 **Claude Lévi-Strauss** Das Unbehagen
des Ethnologen über den Islam
- 63 **Bühne** Theater der Empörten
- 64 **Gesellschaft** Özils Leichtigkeit
einer neuen Eleganz

Rubriken

- 9 **Im Auge** Papst Franziskus
- 14 **Personenkontrolle**
- 15 **Nachruf 1**
Vidiadhar Surajprasad Naipaul
- 65 **Nachruf 2** Roger Cahn
- 66 **Die Bibel** Von den Juden
- 66 **Kino** «Equalizer 2»
- 66 **Knorrs Liste**
- 67 **Jazz** Joshua Redman, Ron Miles,
Scott Colley, Brian Blade
- 69 **Fragen Sie Dr. M.**
- 69 **Gewinner der Woche** Burkhalter
- 70 **Thiel** Hinterzimmer
- 70 **Namen** Mozart zum Erntedankfest
- 70 **Fast verliebt** Freie Liebe
- 71 **Unten durch** Sommer-Extra (2)
- 72 **Wein** Rioja alto
- 72 **Salz & Pfeffer** Zu Gast bei Jamie
- 73 **Auto** BMW M5
- 74 **Darf man das?/Leserbriefe**

Auf dem Irrawaddy abseits der Touristenpfade mit dem Suitenschiff RV Thurgau Exotic 3

«Eine der schönsten Reisen meines Lebens»
G. O. aus Kreuzlingen/TG



Es het solangs het
**Rabatt*
bis Fr. 1500.-**
*Abhängig von Auslastung,
Saison, Wechselkurs

Mandalay–Mingun–Bagan–Nyaung Don (–Rangun)

14 Tage ab Fr. 3390.- (Rabatt Fr. 1300.- abgezogen, Hauptdeck Standard, VP, inkl. Flüge)

1. Tag Zürich–Bangkok Individuelle Anreise zum Flughafen. Flug via Bangkok nach Mandalay. **2. Tag Bangkok–Mandalay** Transfer und Einschiffung. Nachmittags freie Zeit. Begrüssungscocktail am Abend. **3. Tag Mandalay–Mingun** Stadtrundfahrt Mandalay mit Mahamuni-Pagode. «Leinen los!». Schifffahrt. Besuch Mingun Tempel. Abends burmesische Tanzaufführung an Bord. **4. Tag Sagaing–Amarapura** Busausflug Sagaing-Hügel. Nachmittags Busausflug Amarapura. Sonnenuntergang an der U Bein Brücke. **5. Tag Yandabo** Schifffahrt und Präsentation. Rundgang durch das Töpferdorf Yandabo. **6. Tag Dorf am Flussufer–Bagan** Morgenspaziergang. Rundfahrt mit Pferdewagen durch Bagan. Traditionelles Puppentheater an Bord. **7. Tag Bagan–Sale** Weitere Besichtigungen in Bagan. Nachmittags Spaziergang durch Sale. (Ballonfahrt bei Sonnenaufgang auf Anfrage gegen Gebühr, Oktober–März). **8. Tag Magwe** Schifffahrt und Vortrag über Land und Leute. Busausflug in die Umgebung von Magwe. Besichtigung Myat Thalon Pagode. **9. Tag Minhla–Thayet Myo** Besichtigung der Festung von Minhla. Schifffahrt und Präsentation. Spaziergang zum Markt in Thayet Myo. **10. Tag Pyay–Shwe Daung–A Kauk Taung** Busausflug nach Shwe Daung. Rundfahrt durch Pyay (Prome). Schifffahrt, Passage der Klippenvon A Kauk Taung. **11. Tag Irrawaddy Delta** Schifffahrt mit Vorlesung. Spaziergang durch ein Dorf am Irrawaddy. **12. Tag Nyaung Don–Rangun** Ausschiffung und Bustransfer nach Rangun und Mittagessen. Transfer

zum Hotel. Busausflug zur Shwedagon Pagode. Abendessen in lokalem Restaurant. **13. Tag Rangun–Bangkok** Stadtrundfahrt, Mittagessen in einem lokalen Restaurant. Nachmittags weitere Besichtigungen mit Halt beim königlichen See. Transfer zum Flughafen und Flug nach Bangkok. **14. Tag Bangkok–Zürich** Kurz nach Mitternacht Abflug. Am Morgen Ankunft und individuelle Heimreise.

(Rangun–) Nyaung Don–Bagan–Mandalay
Gleiche Reise in umgekehrter Reihenfolge.

Verlängerungsmöglichkeiten

3 Tage Inle See ab Fr. 890.- pro Person*

8 Tage Ngapali Beach ab Fr. 1290.- pro Person*

8 Tage Inle See und Ngapali Beach ab Fr. 1690.- p.P.*

*Weitere Leistungen und Details im Internet

RV Thurgau Exotic 3 ****

unter Thurgau Travel Management

Im Kolonialstil und aus Hartholz gebautes Schiff für 32 Gäste. Elegant eingerichtet überzeugt es durch familiäre Atmosphäre. Suiten und Kabinen mit Dusche/WC, Föhn, Safe, Klimaanlage. Die Suiten erstrecken sich über die gesamte Schiffsbreite, auf Oberdeck mit Privatbalkon. Im Restaurant finden alle Gäste gleichzeitig Platz. Salonbar auf dem Sonnendeck. **Nichtraucher Schiff** (Rauchen auf dem Sonnendeck erlaubt).

Suite Oberdeck (ca. 24 m²) mit Privatbalkon



Bagan



Alle Ausflüge gemäss Programm inbegriffen | Programmänderungen vorbehalten

- Authentische Begegnungen mit Einheimischen
- Einzigartige Gastfreundschaft
- Land der «Goldenen Pagoden»
- Ehemalige königliche Hauptstadt Bagan

Abreisdaten 2018/19 Es het solangs het Rabatt

Mandalay–Nyaung Don (–Rangun)

18.09.18*	1500	07.12.18*	300	25.02.19*	700
08.10.18*	1000	16.01.19	300		
28.10.18*	500	05.02.19*	300		

(Rangun–) Nyaung Don–Mandalay

27.09.18	1300	16.12.18	300	25.01.19	300
17.10.18*	700	05.01.19	300	14.02.19	500

*Nur noch wenige Kabinen verfügbar

Preise pro Person in Fr. (vor Rabattabzug)

2-Bettkabine Standard Hauptdeck	4690
Suite Hauptdeck	4990
Suite Oberdeck Mitte, Privatbalkon	5390
Suite Oberdeck vorne, Privatbalkon	5590
Front Suite Oberdeck (ca. 30 m²), Privatbalkon	5990
Zuschlag Alleinbenutzung	auf Anfrage
Zuschlag Business Class	auf Anfrage
Jahresversicherung Allianz Einzel	124
Jahresversicherung Allianz Familie	199

Leistungen: Kreuzfahrt inkl. Vollpension, eine Übernachtung im 4-Sterne-Hotel in Rangun, Flüge ab/bis Zürich mit Thai Airways in Economy inkl. Taxen, alle Ausflüge, lokale Deutsch sprechende Bordreiseleitung.

Weitere Reisen mit RV Thurgau Exotic 1 & 2 ****

Mandalay–Bhamo–Bagan v.v. (TG Exotic 1)

18 Tage ab Fr. 5590.-

(Rabatt Fr. 500.- abgezogen 19.11., Suite Hauptdeck, VP, Flüge)

Rangun–Bagan–Nwe Nyein–Mandalay (TG Exotic 1)

17 Tage ab Fr. 5090.-

(Rabatt Fr. 700.- abgezogen, 19.02.19, Suite Hauptdeck, VP, Flüge)

Rangun–Bagan–Nwe Nyein–Mandalay (TG Exotic 2)

17 Tage ab Fr. 5290.-

(Rabatt Fr. 500.- abgezogen, 13.02.19, Suite Hauptdeck, VP, Flüge)

Online buchen und sparen
www.thurgautravel.ch

Verlangen Sie Olivia Bissoli
Gratis-Nr. 0800 626 550

Thurgau Travel*

Aussergewöhnliche Reisen zu moderaten Preisen

Rathausstrasse 5 | 8570 Weinfelden
Tel. 071 626 55 07 | Fax 071 626 55 16 | info@thurgautravel.ch

Öffentliche Veranstaltung

Aktuelle Herausforderungen für die Schweiz

Schweiz – EU: Wie weiter?



Es referieren:



Ueli Maurer

Bundesrat, ehem. Präsident SVP

Roger Köppel

Nationalrat, Chefredaktor «Weltwoche»

Mit anschliessender Diskussion.

Donnerstag, 30. August 2018,
20.00 Uhr (Türöffnung: 19.00 Uhr)

Mehrzweckhalle, 5043 Holziken

Freier Eintritt mit freiwilliger Kollekte. Für Speis und Trank ist gesorgt!

Es laden ein:

Verein Freunde der SVP

SVP-Ortspartei Holziken

Komitee «EU-No» (www.eu-no.ch)



Erdogan spielt mit dem Feuer

Von Hansrudolf Kamer — Die Misswirtschaft des türkischen Präsidenten kommt sein Land teuer zu stehen. Es öffnet sich der Weg in eine Schuldenkrise, der aussenpolitisch in eine Sackgasse mündet.



Blick in den Abgrund: türkischer Präsident Erdogan.

Die Türkei unter ihrem starken Präsidenten erlebt ein wirtschaftlich-finanzielles Wetterleuchten, das es in sich hat. Die türkische Lira hat seit dem Juni mehr als ein Drittel ihres Wertes gegenüber dem US-Dollar und dem Euro verloren, und die Talfahrt hat sich in den letzten Tagen beschleunigt. Viele Türken haben begonnen, ihre ohnehin schon grossen Dollar-Guthaben von den Banken abzuholen.

Bevor es zum Run auf die türkische Währung kam, war die Wirtschaft schon stark angeschlagen. Die Türkei ist überschuldet, die Inflation steigt, und ausländische Investoren ziehen ab. Die Reibereien mit Amerika und die generelle aussenpolitische Orientierungslosigkeit verstärken die Krise.

Die Türkei ist ein alter und geschätzter Verbündeter im Rahmen der Nato und für Europa in der Flüchtlingskrise ein wichtiger Schleusenwärter. Ein bequemer Alliierter war die Türkei indes nie. Dazu kommt, dass die Administration Trump die Grundlagen des Bündnisses generell in Frage stellt und neu justieren will. Im Kongress in Washington hat die Türkei inzwischen kaum mehr politisches Kapital, und in der Administration ist die Anzahl der «Türkei-Versteher» stark geschmolzen.

In der Auseinandersetzung über den in der Türkei seit dem Putschversuch gegen Erdogan 2016 im Gefängnis schmorenden amerikani-

schen Pastor Andrew Brunson hat Präsident Trump persönlich interveniert. Brunson ist für die evangelische Basis der Republikaner wichtig, und die Midterm-Wahlen stehen bevor. Der Kongress hat Sanktionen gegen türkische Beamte erlassen, aber auch die Lieferung von F-35-Kampffjets gestoppt, bis die «Unklarheiten» in den Beziehungen ausgeräumt sind. Dabei ist die Türkei Partner im Entwicklungsprogramm des Multifunktionsjägers.

Kehrseite der Medaille

Es ist die Kulmination von Differenzen, die seit Jahren schwelen. Amerika will die Vernichtung des Islamischen Staates in Syrien und im Irak, die Türkei jene der – kurdischen – Kämpfer gegen den IS. Washington verlangt die Freilassung von Pastor Brunson, die Türkei die Auslieferung von Fethullah Gülen, dem Erzfeind Erdogans.

Amerika will einen Stopp aller Erdölimporte aus dem Iran durchsetzen, die Türkei weigert sich. Die türkische Halkbank (in Staatsbesitz) ist bereits wegen Umgehung von Iran-Sanktionen zu einer hohen Millionenbusse verurteilt worden. Und die Türken legen erneut die Luftwaffenbasis der Nato in Incirlik in die Waagschale. Doch die Wirtschaft ist Erdogans Achillesferse. Er bestreitet zwar wortgewaltig, dass sein Land in einer Krise stecke.

»» Fortsetzung auf Seite 10

Stadien versetzen



Papst Franziskus, Fussball-Oberhirte.

Es gibt Himmelszeichen, dass nicht obskure Scheichs, Oligarchen und chinesische Milliardäre den Weltfussball beherrschen, sondern der Vatikan. Papst Franziskus hat als Jorge Mario Bergoglio die Mitgliedsnummer 88 235 beim CA San Lorenzo de Almagro in Buenos Aires, benannt nach dem Gründerpater. Der spektakulärste Transfer dieses Sommers von Cristiano (der Christ) Ronaldo zur Agnelli-Familie in Turin, vermittelt vom Agenten Jorge Mendes – ein 117-Millionen-Geschäft unter Katholiken. Bergoglio selber ist Kind von Turiner Einwanderern, seine Mutter hiess Sivori, wie Omar Sivori, Argentiniens berühmtester Fussballer vor Maradona und Messi (alle Katholiken). Die Muftis der Fifa und Uefa, die Blatter, Infantino, Platini, jeder katholisch getauft. Sepp Blatter liess in seinem Palast sogar eine Kapelle zur Zwiesprache mit Gott einrichten. Didier Deschamps, Trainer der französischen Weltmeister, kickte seine ersten Bälle auf dem katholischen Schulhof. Seinen Lieblingsschüler Mbappé holten Priester aus der Banlieue. Die Kroaten, die gegen Frankreich verloren: kreuzkatholisch. Der deutsche Bundestrainer Jogi Löw diente in der Jugend als Messdiener. Franz Beckenbauer beichtete sich nach bayerischem Brauch lange von allen Sünden frei, wie sein Kumpel Uli Hoeness. San Lorenzo, der Lieblingsklub des Papstes, schien dem Untergang geweiht. Die Miliärdiktatur enteignete sein Stadion Gasómetro, das angeblich einer Stadtautobahn weichen sollte, verscherbelte aber das Terrain mit hohem Gewinn an Carrefour, das dort den ersten Supermarkt von Buenos Aires baute. San Lorenzo vagabundierte durch fremde Stadien und endete verloren am Stadtrand. Doch ein endgültiges Gerichtsurteil hat fast gleichzeitig mit der Papstwahl den Abbruch des Marktes und die Rückgabe des Grundstücks an San Lorenzo verfügt. Der Gasometer wird neu am alten Ort gebaut, nächstes Jahr ist Eröffnung, und es geht ja nicht um die Vermutung einer katholischen Verschwörung wie im Mittelalter, sondern nur darum: Der Glaube kann auch Stadien versetzen. Peter Hartmann

Doch er und sein erst vor kurzem zum Finanzminister ernannte Schwiegersohn Berat Albayrak tragen die Verantwortung für das Schlammassel. Das ist die Kehrseite der Medaille von Erdogans Machtanspruch.

Der Wertzerfall der Lira begann im vergangenen Jahr. Erdogan fordert seit langem niedrige Zinsen, drängt die Zentralbank politisch ins Abseits und versucht, sie unter seine Kontrolle zu bringen. Im Wahlkampf im Juni sagte er, in der Schlacht gegen den Fluch der Zinsen werde er siegen. «Zinsen sind die Mutter und der Vater des Bösen.» Folgerichtig verlor die Lira noch schneller an Boden.

Was die Türkei erlebt, ist in Schwellenländern nicht neu. Ein Land verschuldet sich übermässig, um in einer Epoche niedriger Zinsen das Wirtschaftswachstum anzukurbeln. Viele der Schulden sind in Hartwährungen, wie dem Dollar und dem Euro, doch was die lokalen Unternehmen erwirtschaften, wird in lokaler Währung abgerechnet. Wenn das Federal Reserve in Washington die Zinsen erhöht, um die übergrosse Dollar-Liquidität abzuschöpfen, geraten diese Länder in Schwierigkeiten.

Falsches Spiel

Die Finanzierung der Schuld wird immer schwieriger. Investoren verabschieden sich, die Inflation steigt, noch mehr Anleger suchen das Weite – der Weg in eine umfassende Schuldenkrise und eine wirtschaftliche Kontraktion öffnet sich. Allein der Blick in den Abgrund sollte den vernünftigen Staatenlenker motivieren, das Steuer herumzuwerfen.

Erdogan ist aus anderem Holz geschnitzt. Als Trump die Zölle auf Stahl und Aluminium erhöhte und damit einen neuen Schub im Lira-Zerfall auslöste, verlor Erdogan die Beherrschung. Mit aus Erregung bebender Stimme rief er aus, wenn jemand Dollar oder Gold unter seinem Kopfkissen verberge, müsse er dies nun auf der Bank in Lira wechseln. Dies sei nationale Pflicht in einem Wirtschaftskrieg.

Im Hintergrund spielte sich aber das ab, was Trump als falsches Spiel Erdogans ansieht. Am Nato-Gipfel hatte er den türkischen Präsidenten getroffen und offenbar eine Einigung erzielt: Israel würde die Türkin Ebru Özkan freigeben, die wegen Verbindungen zur Hamas verhaftet worden war. Im Gegenzug käme Andrew Brunson frei. Özkan wurde aus der Haft entlassen, Brunson aber nicht.

Inzwischen bestehen die Amerikaner auf der bedingungslosen Freilassung des Pastors und drohen mit weiteren Sanktionen. Wie weit und wie lange die Türkei Erdogans politische Misswirtschaft verkraften kann, steht in den Sternen. Amerika sitzt am längeren Hebel und hat einen Präsidenten, der ihn anwendet. Da nützt es wenig, wenn Erdogan seine Landsleute ermahnt, sie sollten nett sein zu den Dollar- und Euro-Touristen. Das sind sie ohnehin.

Gemeinden

Befehl von oben

Von Beat Gygi — Der Bund schränkt den Spielraum der lokalen Politik zunehmend ein.



Mehr Vorschriften: Bundesrätin Leuthard.

Soeben hat das Bundesgericht entschieden, dass die öffentliche Hand einspringen muss, wenn die Pflegekosten durch die vorgesehenen Ansätze der Krankenkassen und Patienten nicht gedeckt werden. Kantone und Gemeinden tragen das finanzielle Restrisiko selbst dann, wenn die Kantone eigentlich eine Obergrenze festgelegt haben. Dies zeigt als eines von vielen Beispielen, wie der finanzielle Spielraum von Gemeinden weiter eingeschränkt wird, denn meistens geben Kantone den Druck auf die untere politische Ebene weiter. Mancher Gemeindepräsident klagt heute über all die Vorgaben und Finanzierungspflichten, die von Bundes- und Kantonsebene auf die Kommunen zukommen.

Bürger und lokale Behörden müssen zusehen, wie ein wachsender Teil bei Sozialausgaben, Asylkosten oder Bildungsaufwendungen in die Höhe getrieben wird. Schätzungen von Gemeindevertretern und -organisationen deuten darauf hin, dass im Durchschnitt etwa 80 Prozent der kommunalen Ausgaben durch Vorgaben von oben gebunden sind. Bundesrätin Leuthards Departement erlässt zunehmend Vorschriften zur Raumplanung bis auf Gemeindeebene und reduziert die Gestaltungsmöglichkeiten zusätzlich.

Klar, es gibt noch Spielräume, das zeigt das grosse Gemeinderating der *Weltwoche* in dieser Nummer (Seite 24). Es sind nicht nur die natürlichen oder geografischen Bedingungen, welche die Attraktivität einer Gemeinde bestimmen, auch die menschengemachten Einflüsse sind entscheidend. Diese Gestaltungsmöglichkeiten sind für die föderalistische Ordnung der Schweiz lebenswichtig. Sollten die Bürger es nicht mehr in der Hand haben, Lebensqualität, Schulen, Infrastruktur, Verkehrsführung oder Finanzen ihrer Gemeinde grossenteils selber zu bestimmen, gingen Eigenverantwortung und Ansporn zum Bessermachen verloren.

Löhne

Hitzewallungen

Von Peter Keller — Linke Politiker fordern, dass Schweizer Recht über europäischem Recht steht.

Auf den Hitzesommer folgten nahtlos die Hitzewallungen der Politik. Paul Rechsteiner, SP-Ständerat und oberster Gewerkschafter der Schweiz, verweigerte via Medien das Gespräch mit Bundesrat Johann Schneider-Ammann (FDP). Dieser wollte über Anpassungen beim Lohnschutz reden – im Hinterzimmer und auf Druck der Europäischen Union. Brüssel will bei einem allfälligen «Rahmenabkommen» keine Schweizer Sonderwürste akzeptieren.

Was das heisst, dämmert nun auch einigen Linken. Am Ehrlichsten reagierte die ehemalige Aussenministerin Micheline Calmy-Rey (SP) im *Sonntagsblick*: «Wollen wir, dass der Schutz unserer Löhne europäischem Recht untersteht? Dass die flankierenden Massnahmen dem Europäischen Gerichtshof unterstehen.» Sie will nicht – und liefert die Antwort dazu: «Das Schweizer Recht schützt besser als das europäische.» Sie sei entschieden dagegen, «dass europäisches Recht sämtliche Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU regeln soll».

Damit sagt Calmy-Rey nicht nur Nein zum Rahmenabkommen. Konsequenterweise sagt sie auch Ja zur Selbstbestimmungsinitiative der SVP. Denn diese will nichts anderes, als dass Schweizer Recht über fremdem, auch europäischem Recht steht. So wie dies nun Paul Rechsteiner im Namen der Schweizer Arbeitnehmer ebenfalls fordert: «Wir verteidigen den Lohnschutz. Zur Not mit einem Referendum.»

Alles richtig, nur bringt der Gewerkschaftsboss die Reihenfolge durcheinander. Die Schweiz muss zuallererst ihre Selbstbestimmung wahren. Was Rechsteiner haargenau weiss, aber nicht offen zugibt: Bei einem Rahmenabkommen könnten sich auch die Gewerkschaften die direkte Demokratie und damit sämtliche Referenden und Initiativen abschminken. Denn der Vertrag sieht vor, dass wir EU-Recht automatisch übernehmen und den Europäischen Gerichtshof als höchste Instanz anerkennen – und nicht mehr den Schweizer Souverän.

Bis jetzt halfen die Linken fleissig mit, Volksentscheide zu hintergehen: Beim Zuwanderungsschutz (Masseneinwanderungsinitiative) und dem Schutz vor Kriminellen (Ausschaffungs- und Verwahrungsschutzinitiative). Beim Lohnschutz ziehen Rechsteiner und Calmy-Rey jetzt die rote Linie. Immerhin. Wer die Schweizer Arbeitnehmer schützen will, muss ehrlicherweise die Schweizer Demokratie schützen: mit einem Ja zur Selbstbestimmungsinitiative.

Feminismus mit Scheuklappen

Von Katharina Fontana — Der brutale Angriff auf fünf Frauen vor einem Genfer Nachtclub schockiert. Feministinnen wollen darin ein Problem «struktureller Gewalt» gegen Frauen sehen. Wirklich?



Realitätsverweigerung: Demonstration in Genf, 9. August.

Es war das fürchterliche Ende einer Partynacht. Letzte Woche wurden fünf junge Frauen in den frühen Morgenstunden vor einem Genfer Nachtclub von einer Gruppe Männer zusammengeschlagen. Die Opfer mussten teilweise schwerverletzt ins Spital gebracht werden; eines von ihnen fiel ins Koma. Gemäss Schilderungen von Zeugen wurde eine der Frauen, die den Klub allein besucht hatte, vor dem Lokal plötzlich von den hinter ihr gehenden Männern zu Boden gestossen. Die vier anderen Frauen wollten ihr zu Hilfe eilen, wurden dann von der ganzen Gruppe angegriffen und aufs schwerste verprügelt. Erst kurz vor dem Eintreffen der Polizei sollen sich die Täter aus dem Staub gemacht haben; gemäss anderen Schilderungen haben drei Kosovaren den Schlägern nachgesetzt. Diese sollen laut einem Zeugen in einem Auto mit französischem Kennzeichen davongefahren sein. Wie welsche Medien meldeten, ist die französische Justiz in den Fall involviert. Einige der Täter habe man inzwischen identifiziert.

Es gibt vieles, was an dem Geschehen verstört. Die Brutalität des Angriffs auf Frauen, die, bereits am Boden liegend, noch mit Tritten gegen den Kopf traktiert wurden. Der Umstand, dass die Angreifer das erste Opfer offenbar ohne jeden Grund, ohne dass ein Streit vorausgegangen wäre, vollkommen willkür-

lich und unvorhersehbar attackiert hatten. Zudem macht der Vorfall auf beängstigende Weise deutlich, dass Frauen auch in mehr oder weniger belebter Umgebung und selbst, wenn sie zusammen mit Freundinnen unterwegs sind, nicht vor Übergriffen sicher sind.

Maghrebinischer Herkunft?

Auffällig war, dass mehrere Tage lang keine Beschreibung der unbekanntenen Täter auftauchte, dass niemand über das genauere Aussehen oder die mögliche Herkunft der Männer ein Wort verlor. Erst die Sonntagszeitung *Le Matin Dimanche* veröffentlichte die Aussage einer Zeugin, die sich im Laufe des Abends im Nachtclub mit einem der Männer unterhalten hatte. Er wie auch seine Kollegen seien maghrebinischer Herkunft gewesen, sehr jung, erst Anfang zwanzig, sagte die Klubbesucherin.

Ob es sich bei den Schlägern tatsächlich um Franzosen mit nordafrikanischen Wurzeln handelt, die in Genf im Ausgang waren, weiss man im Moment noch nicht. Die Gewalttat ist für die fünf Frauen schrecklich, egal, wer sie begangen hat. Gleichzeitig sorgte die Nachricht von der möglicherweise maghrebinischen Herkunft der Täter in den links-feministischen Kreisen schon einmal für einige Aufregung. So wurde an den Solidaritätsanlässen für die Genfer Opfer, die Gruppierungen

wie die SP-Frauen und die Jusos am Sonntag in mehreren Schweizer Städten organisiert hatten, eilends betont, dass Gewalt gegen Frauen «keine Hautfarbe, Herkunft, soziale Schicht oder Religion kennt». Juso-Chefin Tamara Funiello meinte bei einem Auftritt auf dem Berner Bundesplatz, dass Gewalt gegen Frauen beim sexistischen Witz und der Belästigung beginne – sowie bei «scheissrechten Politikern, die bei Frauenhäusern sparen» – und mit Vergewaltigung und Ehrenmord ende. Das Problem habe rein gar nichts mit der Kultur zu tun, sondern sei einzig und allein im Kontext der allgemeinen «strukturellen Gewalt» gegen Frauen zu sehen, meinte eine andere SP-Frau. Wirklich?

Patriarchen aus dem Ausland

So verfehlt es wäre, aus der Prügelei in Genf politisch Kapital schlagen zu wollen, so sehr reizt die Realitätsverweigerung der frauenbewegten Kreise zum Widerspruch. Der krampfhafteste Versuch, im Zusammenleben mit Männern aus patriarchal geprägten Gesellschaften absolut kein Problem sehen zu wollen, ist töricht. Man vermisst hierzulande eine feministische Stimme wie jene von Alice Schwarzer, die in Deutschland seit Jahren schon ungeschönt über Sexismus und falsche Toleranz gegenüber nicht integrierten Machos redet und damit dem feministischen Kernanliegen treu bleibt. Dass es vielleicht doch gewisse kulturelle Unterschiede im Verhalten gegenüber Frauen gibt, belegt beispielsweise auch die politisch unverdächtige Strafurteilsstatistik. Laut den vom Bundesamt für Statistik veröffentlichten Zahlen waren im Jahr 2017 knapp drei Viertel der wegen Vergewaltigung verurteilten Erwachsenen ausländischer Herkunft. Laut derselben Statistik sind ausländische Männer auch bei den schweren und einfachen Körperverletzungen sowie den Tötlichkeiten – die Hauptdelikte von häuslicher Gewalt – deutlich übervertreten.

Von jungen, unerschrockenen Aktivistinnen würde man erwarten, dass sie solche offensichtlichen Missstände ansprechen, auch wenn diese nicht ins eigene Weltbild passen. Man würde erwarten, dass sie das Patriarchat kompromisslos anprangern – auch dann, wenn die Patriarchen aus dem Ausland kommen. Manch eine Frau würde aufatmen, wenn feministische Organisationen hier endlich einmal Klartext reden würden. Doch für Funiello und ihre Mitstreiterinnen kann offenbar nicht sein, was nicht sein darf. Und so werfen sie kurzerhand alle Männer in einen Topf, den dummen Sprücheklopfer zusammen mit dem brutalen Frauenschläger. Dabei müsste doch auch die Juso-Präsidentin erkennen, dass man Gewalt gegen Frauen letztlich verharmlost, wenn man bereits einen deplatzierten Witz als ersten Schritt zu einer Prügelattacke oder Vergewaltigung bezeichnet.

Die im Dunkeln sieht man nicht – aber man hört sie

Von Philipp Gut — Produzieren die Schweizerischen Bundesbahnen mehr Zuglärm als sie ausweisen? Zwei Gutachten nähren Zweifel an der Korrektheit der Angaben.

Auf die SBB könnten Gerichtsprozesse und teure Lärmschutzmassnahmen zukommen.

Andreas Schaub versteht von Berufes wegen viel von Gesundheitsprävention: Er ist Facharzt für Gynäkologie und Geburtshilfe. Inzwischen ist Schaub aber auch zu einem Fachmann in Sachen Gesundheitsvorsorge beim Bahnlärm geworden. Privat wohnt er in Walchwil im Kanton Zug, und dort ist er mit dem Lärm der Züge konfrontiert, die von Zürich und vom Kantonshauptort in Richtung Arth-Goldau, Gotthard und Tessin fahren (und umgekehrt).

Die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) wollen die Strecke auf eine Doppelspur ausbauen. In Zukunft werden dort viel mehr Züge als heute passieren, wohl auch Güterzüge, dies aufgrund einer Zusatzvereinbarung zwischen der Schweiz und Deutschland zur Neat (Neue Eisenbahn-Alpentransversale). Güterzüge gelten als besonders lärmintensiv. Schaub und seine Mitstreiter haben deshalb die IG Neat Zug gegründet, um ihren Anliegen Gehör zu verschaffen. Dabei sind sie auf brisante Befunde gestossen, die nicht nur für die Region um den Zugersee bedeutsam werden könnten: Laut der Interessengemeinschaft operieren die SBB mit falschen Zahlen, was die Geschwindigkeit der Züge (und folglich die Lärmbelastung) betrifft. Was für die Strecken Zug-Walchwil-Arth-Goldau und Immensee-Arth-Goldau gelte, treffe möglicherweise auch auf andere Strecken im ganzen Land zu, so lautet der Verdacht.

Dicke Post für die SBB

Das ist dicke Post für die SBB und das Bundesamt für Verkehr (BAV). Falls die Vorwürfe stimmen und sich auch andernorts Abweichungen von den deklarierten Werten ergeben, könnte es für die SBB teuer werden. Der gesetzliche Hintergrund: Das Bundesamt für Verkehr erstellt gemäss Lärmschutz- und Geoinformationsverordnung einen Lärmbelastungskataster für die Eisenbahnanlagen. Darin sind die verbindlichen Belastungswerte des Eisenbahnlärms festgehalten. Zusätzlich führt das BAV einen sogenannten Emissionskataster. Er dient der Kontrolle, ob die festgelegten zulässigen Immissionen nicht überschritten werden.

Hier nun liegt der Hase im Pfeffer. Die IG Neat Zug bezweifelt, dass die SBB-Züge lärm-schutzmässig im zulässigen Bereich unterwegs sind, denn die SBB würden die Fahr-geschwindigkeiten für den Emissionsplan zu tief auszuweisen, sagen die Vertreter der IG.

Die Züge seien oft zu laut, da sie schneller fahren würden als deklariert, so die Kritik. Gibt es dafür Belege?

«Ja, natürlich», entgegnet Andreas Schaub und verweist auf ein Gutachten, welche die Interessengemeinschaft beim Ingenieurbüro Ballmer und Partner in Aarau 2018 in Auftrag gegeben hat. Dieses hat vor Ort Geschwindigkeitsmessungen vorgenommen. Grundsätzlich gilt: Je schneller die Züge fahren, desto lärmiger sind sie.

Abweichungen von 20 Prozent

Für die einschlägigen Streckenabschnitte geben die SBB bei den Geschwindigkeiten die folgenden konkreten Zahlen an: Auf «Zugersee Ost» für Personenzüge 70 km/h und für Güterzüge 63 km/h, auf «Zugersee West» für Personenzüge 72 km/h und für Güterzüge 60 km/h. Diese Werte dienen dem BAV als

Basis für die Emissionsberechnungen bezüglich Lärm.

Die Messungen auf «Zugersee West», die das Ingenieurbüro Ballmer und Partner Anfang Juli vorgenommen hat, weichen von diesen deklarierten Werten deutlich ab. Sämtliche der neunzehn geprüften Züge waren schneller unterwegs als angegeben. Der schnellste Personenzug erreichte 83 km/h (statt 72 km/h), der schnellste Güterzug 75 km/h (statt 60 km/h). Das entspricht einer Abweichung von bis zu 20 Prozent und mehr. Während der Messungen, so heisst es im Gutachten, seien «entlang dem Bahntrasse Bauarbeiten im Gange» gewesen. Es könnte also sein, dass die Züge dort sonst sogar noch etwas rasanter fahren.

Das Gutachten von Ballmer und Partner ist nicht das einzige, welches die IG Neat Zug ins Feld führt. Bereits 2013 nahm das Büro Plan-team Messungen im Auftrag der SBB auf «Zu-



«Das könnte System haben»: SBB-Zug auf dem einspurigen Streckenabschnitt bei Walchwil.

gersee Ost» vor. Auch dort kam es zu Abweichungen von der angegebenen Norm. Personenzüge fuhren bis zu 82 km/h (statt 70 km/h), Güterzüge bis 72 km/h (statt 63 km/h). Die SBB und das BAV bemerkten offenbar diese Differenz nicht, die angehörteten Gerichte auch nicht.

Bei beiden Untersuchungen stimmen die im Emissionsplan festgeschriebenen Werte also nicht mit den tatsächlich gefahrenen Geschwindigkeiten der Züge überein. Gehen die SBB auch andernorts von möglicherweise unzutreffenden Daten aus? «Es wäre erstaunlich, wenn es nur an den gemessenen Standorten Abweichungen gäbe und sonst nirgends in der Schweiz», formuliert Andreas Schaub. Er hält es für wahrscheinlich, dass die Grundlagen für die Lärmberechnungen auch an anderen Orten falsch sein könnten. «Das könnte System haben», vermutet er.

Es wäre an den SBB, hier Transparenz herzustellen. Doch die Bundesbahnen hüteten ihre Fahrplangeschwindigkeiten wie ein Betriebsgeheimnis, kritisiert Schaub. Tatsächlich macht es den Eindruck, dass die Bundesbahnen in diesem Bereich schalten und walten können, wie sie wollen. Einen Hinweis darauf liefert jedenfalls eine E-Mail-Nachricht der zuständigen Aufsichts-

behörde, des Bundesamts für Verkehr. «Die detaillierten, vollständigen Grundzahlen dieser sehr komplexen Berechnungsalgorithmen liegen nur den SBB vor», schrieb das BAV, Sektion Direktionsgeschäfte, schon vor Jahren. Und weiter: «Die Bundesämter besitzen lediglich die definitiv festgelegten, kumulierten Zahlen.» Mit anderen Worten:

«Die Richter schreiben einfach ab, was die SBB geschrieben haben.»

Das Bundesamt für Verkehr als Aufsichtsbehörde der SBB kennt die Datenbasis gar nicht, die dem von ihm verantworteten Emissionsplan zugrunde liegt. Wie kann es dann aber seriös beurteilen, ob sie stimmt?

«Ich zweifle an der Glaubwürdigkeit der Aufsichtsbehörden», sagt Paul Stopper, Verkehrsplaner, Erfinder der Zürcher Durchmesserlinie und einer der angesehensten Bahnexperten der Schweiz. Die SBB hätten so viel Macht, weil sie nicht wirklich kontrolliert würden, so Stopper. Das gelte wohl auch in der Lärmfrage. Die IG Neat Zug bringe in diesem Punkt «starke Argumente» vor. Die Zweifel an der Richtigkeit der Angaben im

Emissionsplan bestünden seiner Ansicht nach zu Recht.

Stopper wird noch grundsätzlicher: Auch vom Planerischen her überzeuge ihn der vorgesehene Doppelspurausbau auf der Strecke Zug–Walchwil–Arth-Goldau und die Planung der SBB für die Neat-Zubringer in der Zentral- und Innerschweiz nicht. Für den Gütertransport sei die nach wie vor grösstenteils einspurige Strecke Zug–Walchwil–Arth-Goldau ohnehin denkbar ungeeignet. Die Planung der SBB komme ihm vielerorts vor wie ein «konzeptloses Gebastel». Nicht verständlich ist für ihn, dass sich sowohl die SBB als auch der Kanton Zug seit Jahren gegen die «Spange Rotkreuz» auf der anderen Seeseite zur Wehr setzen, obwohl diese im Sachplan Verkehr des Bundes seit langem enthalten ist.

Niemand fühlt sich verantwortlich

Hakt man bei den SBB nach, erhält man erstaunliche Antworten. Fragen rund um den Emissionsplan 2015 beantwortete die zuständige Behörde BAV, schreibt eine SBB-Sprecherin auf Anfrage der *Weltwoche*. Und das BAV sagt, dass nur die SBB die entsprechenden Daten besäßen. Auch das Bundesamt für Umwelt (Bafu), bei dem die Lärmexperten angesiedelt sind, verweist wiederum auf das BAV. Man schiebt sich also gegenseitig den Ball zu, niemand fühlt sich verantwortlich. Offenbar nicht einmal die Aufsichtsbehörde BAV selber. Die im Dunkeln sieht man nicht. Aber man hört sie.

Die IG Neat Zug beschritt in Sachen «Infrastrukturmassnahmen Zugersee Ost» den Rechtsweg. Der Fall landete vor dem Bundesgericht. Mit Urteil vom 25. Juni 2018 wiesen die Lausanner Richter die Beschwerde der Interessengemeinschaft ab. Was die Lärmfrage angeht, wollte das Bundesgericht sich nicht festlegen. Die Eidgenössische Kommission für Lärmbekämpfung (EKLB) und das Bundesamt für Umwelt hätten eine Überprüfung der wissenschaftlichen Grundlagen der Lärmgrenzwerte eingeleitet. Ein erster Bericht dazu sei, wenn auch um Jahre verspätet, frühestens 2020 zu erwarten. Dieser Überprüfung sei nicht vorzugreifen. Auf die Messungen in den zitierten Gutachten und auf die Differenz zu den offiziellen Zahlen ging das Bundesgericht gar nicht erst ein.

Bahnexperte Paul Stopper kritisiert das Bundesgerichtsurteil scharf: «Die Richter schreiben einfach ab, was die SBB geschrieben haben.» Sie hätten den Fall in Bausch und Bogen beurteilt, ohne die nötigen Fachkenntnisse und ohne sich wirklich um die Sache zu bemühen. Es mache den Anschein, dass das Gericht sich – «wie in vielen anderen Fällen» – gerne auf die Seite der Behörden und der SBB schlage. Die IG Neat Zug erwägt, in Revision zu gehen. Gleichzeitig bereitet sie den Gang nach Strassburg an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vor. Wenn nicht alles täuscht, werden wir von diesem Fall wieder hören. ○



Personenkontrolle

Couchepin, Hirayama, Schneider-Ammann, Zumstein, Maurer, Weil, Feri, Wermuth, Martullo-Blocher, Moser, Funicello, Lo & Leduc, Maurer, Schirazi

Pascal Couchepin, Orakel aus Martigny, sagt der Schweiz schwere Zeiten voraus, sollte sie keinen Rahmenvertrag mit der EU abschliessen. Das Land müsse wieder zur Raison kommen, so der freisinnige Alt-Bundesrat gegenüber der *NZZ am Sonntag*. Couchepin, der als damaliger Wirtschaftsminister die flankierenden Massnahmen mitverantwortet hatte, bedauert, dass die Gewerkschaften nicht bereit sind, über eine Aufweichung des Lohnschutzes zu diskutieren und diesen dem Europäischen Gerichtshof zu unterstellen. Diese Blockaden-Rhetorik und Gesprächsverweigerung entspreche nicht der Art und Weise, «wie wir in der Schweiz miteinander zu verhandeln pflegen». Tatsächlich war der Walliser Alt-Bundesrat während seiner Amtszeit nicht unbedingt für Gesprächsverweigerung bekannt. Sondern eher dafür, seinen Amtskollegen mit bewussten Indiskretionen und Anschwärzungen in den Rücken zu fallen. (fon)

Martina Hirayama, designierte neue Staatssekretärin für Bildung, Forschung und Innovation, wird von Bundesrat Johann Schneider-Ammann (FDP) der Öffentlichkeit bisher vorenthalten. Nun hat sie einen Fürsprecher gefunden. Nachdem die *Weltwoche* die Frage aufgeworfen hatte, ob der Wirtschaftsminister seine neue Spitzenkraft vor der Presse abschirmte, weil sie womöglich nicht sehr gut Französisch könne, meldete sich ein Bekannter Hirayamas, der frühere Gemeindepräsident einer Zürcher Ortschaft. Frau Hirayama könne bestimmt Französisch, glaubt der Bekannte zu wissen. Schliesslich habe sie eine Wohnung in Paris und halte sich auch immer wieder dort auf. Ob dies genügt, um die Zweifel zu zerstreuen? Auch Ausländer, die sich in der Schweiz einbürgern lassen, haben hier eine Wohnung und halten sich immer wieder darin auf. Trotzdem müssen sie zum Sprachtest antraben. (hmo)

Hansjürg Zumstein, Filmer mit einem Händchen für gute Geschichten, rennt erfolglos gegen die Verschwiegenheit des Departements von Finanzminister Ueli Maurer (SVP) an. Zumstein verlangte 2016 für die Arbeiten an einem Dok-Film über den Schweizer Banker



Alte Tugenden: alt Bundesrat Couchepin.



Dampfblasen: Aviatik-Experte Moser.



«Im Einklang»: IKRK-Chef Maurer (l.), Schirazi.

Raoul Weil, der sich erfolgreich gegen die US-Justiz zur Wehr gesetzt hatte, Einblick in gewisse Dokumente zum Steuerstreit mit den USA. Das EFD lehnte dies 2017 ab: Es bestehe die Gefahr, dass die Veröffentlichung der Informationen die Beziehungen zwischen der Schweiz und den USA unverhältnismässig belasten könnte. Das Bundesverwaltungsgericht teilt die Haltung des EFD, wie diese Woche bekannt wurde. Weit weniger zimperlich zeigt man sich im Finanzdepartement hingegen, wenn es um die Herausgabe von Auskünften an den ausländischen Fiskus geht. So liefert die Eidgenössische Steuerverwaltung nach umstrittener Praxis die Namen von Dritten wie Bankmitarbeitern bei Amtshilfesuchen frei mit, und zwar ohne die Betroffenen darüber in Kenntnis zu



Festlaune: Unternehmerin Martullo-Blocher.



Nein und nochmals nein: Juso-Chefin Funicello.

setzen und ihnen die Möglichkeit zur Beschwerde zu geben. (fon)

Die *NZZ*, freisinniges Weltblatt, packt die Vorfreude. Im Kanton Aargau werde die parteiinterne Ausmarchung so spannend wie die Ständeratswahlen selbst. Neben Yvonne Feri hat auch ihr Fraktionskollege Cédric Wermuth sein Interesse an einer Kandidatur angemeldet. Der Ladykiller will nach eigenem Bekunden «die ganze Bandbreite der Partei» abdecken. Das möchte auch Nationalrätin Yvonne Feri, die als «Vertreterin des Reformflügels» gelte, so die *Neue Zürcher Zeitung*. Was Politiker von sich behaupten, ist das eine. Was zählt, ist das Knöpfchen, das sie jeweils bei den Abstimmungen im Parlament drücken. Das hätte die *NZZ* bei ihrem eigenen Links-

rechts-Ranking vom Dezember 2017 nachlesen können. Dort landen Feri wie Wermuth punktgenau und einträchtig bei -9,3 im linken Flügel der SP. (kep)

Magdalena Martullo-Blocher, Zahlenakrobatin, veranstaltet zuverlässig jeweils im August eines der grössten Bündner Volksfeste. An der Generalversammlung ihrer Weltfirma Ems herrscht in der Regel nicht nur traumhaftes Wetter – auch die von ihr präsentierten Konzernzahlen entzücken stets die Aktionäre. Gemäss Medienmitteilung nahmen dieses Jahr 91,3 Prozent der Aktienstimmen teil. Im vergrösserten Festzelt auf dem Werkplatz Domat/Ems erhielten die Aktionäre ein schmackhaftes Mittagmenü serviert. Fünf Köche der Cantinetta Bialla mit 39 Helfern der Männerriege Tamins und der Landfrauen waren für die Zubereitung von 270 Melonen, 117 Kilo Bündnerfleisch, 570 Kilo Bratenfleisch, 280 Kilo Broccoli, 380 Kilo Kartoffeln sowie 225 Kilo Himbeer-Tiramisu verantwortlich. Das 3-Gang-Mittagessen wurde den 2458 Anwesenden von 102 Mitgliedern verschiedener Vereine aus der Region serviert. Bei der Firma Ems gilt nun einmal der eiserne Grundsatz: Zahlen im Griff, alles im Griff. (mö)

Sepp Moser, Experte aller Aviatik-Experten, hat sich nach anfänglicher Enthaltensamkeit in der NZZ am Sonntag nun doch noch zur Tragödie um die Ju-52 beim Martinsloch geäussert. «Nach einem Flugzeugabsturz schiessen die Experten aus dem Boden wie Waldpilze nach dem Regen und mit ihnen die Theorien», tadelt Moser am Anfang seines Artikels. Höchste Zeit für den Fachmann, seine eigene Theorie ins Spiel zu bringen: eine sogenannte Dampfblockade (*vapour lock*). Da die dunkel bemalte Maschine in Locarno bis zum Start womöglich einen Tag lang in der prallen Sonne stand, so Moser, könnte sich der Treibstoff (Avgas) in den Flügeln derart erwärmt haben, dass sich mit dem fallenden Luftdruck in der Höhe Dampfblasen gebildet haben könnten. Allerdings dürfte der Luftstrom die Flügel während des Fluges über die Alpen markant abgekühlt haben. Warum es just beim Martinsloch und nicht schon viel früher zur denkbaren Dampfblockade gekommen sein könnte, bleibt ein Rätsel. (axb)

Tamara Funicello, Attackierende, verurteilt (wie alle) den brutalen Genfer Angriff aufs Schärfste. Als echte Feministin nutzt sie den Anlass umgehend für die Forderung nach einer Sexismus-Debatte, etwa über «Vergewaltigungen und Ehrenmorde» an Frauen. Dass es laut Polizei «noch keine gesicherten Tätermotive» gibt, scheint sie nicht zu kümmern. Stattdessen attackiert sie die Musiker **Lo & Leduc**. Deren Hit «079» schildert die

Nachruf



Granteln ohne Pathos: Autor Naipaul.

Vidiadhar Surajprasad Naipaul (1932–2018) — Die Unbestechlichkeit seiner Beobachtungen war sein Kapital. Der britisch-indische Schriftsteller V.S. Naipaul glaubte nicht an Ideologien, er hielt sich ans Faktische. Er gehörte zu den wenigen Autoren, die sich keiner Drittweltromantik verschrieben, um den Postkolonialismus zu verdammen. «Ich reiste nach Indien und traf Leute, die sich als Guerillas fühlten, Mittelklasse halt, ziemlich eingebildet und dumm. Aber ohne jegliche revolutionäre Würde, gar nichts.» Dieses Bekenntnis über seine Erfahrungen in Indien ist kennzeichnend. Er misstraute jeglichem politischen Pathos und liebte das Granteln.

Eroberung eines abgeneigten Frauenherzens mit millionenfachem Pröbeln der Vorwahl 079. Dieser Chart-Stürmer sei zwar «cool und nett», aber doch mit «gewissen problematischen Inhalten» behaftet, sprich Sexismus. Das Nein einer Frau bedeute nein – auch bei Natelnummern! Auf zur Funicello-Debatte also. Nicht jedoch hinsichtlich der Handynummer der Juso-Chefin: Die flimmert auf der Funicello-Website. Ebenfalls 079 fortfolgend. (zr)

Peter Maurer, Ajatollah-Besucher, setzt sich von Berufes wegen für Menschenrechte und für Frieden ein. Erstaunlich ist es deshalb, dass der IKRK-Präsident nach dem Gespräch mit dem Grossajatollah **Makarem Schirazi** über den «wichtigen Beitrag» islamischer Gelehrter twittert, Verständnis und Respekt für hu-

V.S. Naipaul wuchs als Sohn indisch-stämmiger Immigranten auf der Karibikinsel Trinidad auf, wo er als Jugendlicher für das Lokalblatt schrieb. Er kam nach Grossbritannien, wo er dank Stipendien in Oxford studieren konnte und als Journalist arbeitete, unter anderem für die BBC. Nach und nach entdeckte er den Reiz des Fiktiven: In dem autobiografischen Schlüsselroman «Ein Haus für Mr. Biswas» schilderte er seinen Kampf um das Wort, mit dem er sich als Kind nach und nach vertraut machte. Später bereiste er sämtliche Kontinente und zeigte sich enttäuscht von nicht westlichen Gesellschaftsformen, besonders islamischen.

Naheliegenderweise machte er sich mit seiner Sicht der Welt viele Feinde. Naipaul galt bei zahlreichen Drittweltromantikern als ein westlicher Verräter. Er stand im Ruch eines Apologeten der ehemaligen Kolonialherren. Dabei verkannten sie die tiefe Humanität, die Naipaul prägte, auch wenn sie mitunter ihn Desillusionierung kippte, etwa in seinem Buch «Eine islamische Reise» über seine Eindrücke aus dem Iran unter dem Mullah-Regime. Aber auch für seine neue Heimat Grossbritannien hatte er wenig Sympathien: «Eine zweitklassige Nation mit spiessigen Politikern, vergammelten Schriftstellern und korrupten Aristokraten.»

Obschon er gerne und überall aneckte: Seine Bücher fanden breite Anerkennung, er erhielt fast sämtliche Auszeichnungen der angelsächsischen Literaturwelt und wurde mit dem Literaturnobelpreis gewürdigt. Naipaul verstarb mit knapp 86 Jahren und hinterlässt seine zweite Frau und eine Tochter. *Rolf Hürzeler*

manitäre Werte aufzubauen. Das Lob erstaunt. Denn Maurers Gastgeber in der heiligen Stadt Qom spricht sich zum Beispiel – «im Einklang mit dem islamischen Recht» – für die Hinrichtung einiger Geldwechsler aus, um die Landeswährung vor dem Absturz zu retten. Wer mehr Rechte für Frauen verlangt, findet beim Grossajatollah kein Gehör. Die Anwesenheit des weiblichen Geschlechts in Fussballstadien würde «unweigerlich» zu moralisch verwerflichen Handlungen führen, meint der Geistliche, der schnelles Internet als «unislamisch» ablehnt. Und für den Schutz religiöser Minderheiten – das müsste Maurer eigentlich ganz besonders interessieren – hat Makarem Schirazi, einer der einflussreichsten Geistlichen der Islamischen Republik, nichts übrig. So rügt er den Besuch eines Kollegen bei den Bahai als ein «strafbares Vergehen». (PH)

Die Unersetzliche

Von *Beatrice Schlag* — Seit dreissig Jahren gibt die Chefin der *US-Vogue* vor, was modisch angesagt ist. Anna Wintours Macht reicht weit über ihre Zeitschrift hinaus.



«Nicht dieses Frauen-Liebsein-Gehabe»: *US-Vogue*-Chefin Wintour.

Die Gerüchte über ihren bevorstehenden Rücktritt hielten sich wochenlang während des Sommerlochs und brodelten in der Modeszene «lauter als ein pfeifender Teekessel», spottete *Women's Wear Daily*, US-Fachblatt der Bekleidungsindustrie. Würde Anna Wintour, unbestritten wichtigste Magazin-Chefin der Modewelt, nach Erscheinen der September-*Vogue* ihren Hut nehmen? Würde die mit rund zwei Kilo Modeberichten und Anzeigen traditionell gewichtigste Ausgabe des Jahres das Vermächtnis der 68-Jährigen werden? Sie hatte alles erreicht, was man in ihrem Beruf erreichen konnte. War es nicht naheliegend, dass sie in ihrem Alter genug hatte? Wer würde nach ihr kommen?

Am 1. August gab ihr Vorgesetzter Bob Sauerberg, CEO des Condé-Nast-Verlags, Entwarnung. Es war nicht nur ein Dementi der jüngsten Gerüchte, sondern eine Eloge,

die jedes Rücktrittsgetuschel für Jahre zum Schweigen bringen wird: «Anna Wintour ist eine unglaublich talentierte und kreative Führungspersönlichkeit mit unermesslichem Einfluss. Sie ist unersetzlich bei der Umstrukturierung unseres Verlags und hat zugestimmt, in ihrer Funktion als Chefredaktorin von *Vogue* und Art-Direktorin von Condé Nast für unbeschränkte Zeit mit mir zusammenzuarbeiten.»

Streeps anmutiger Terror

Bis vor zwölf Jahren war die Frau mit dem unermesslichen Einfluss vor allem Mode-Insidern und Fashionistas ein Begriff. Roger-Federer-Fans fragten bei Fernsehübertragungen der US Open allenfalls, wer die Frau in der Loge neben Mirka war, die mit Sonnenbrille und tadelloser Pagenfrisur dasass, als habe sie einen Stock verschluckt. Sie verzog auch bei

den spektakulärsten Ballwechsellern keine Miene und klatschte müde, während die Zuschauer um sie herum von den Sitzen sprangen. «Anna Wintour, *Vogue*-Chefredaktorin», sagte der Fernsehkommentator. Aha. Was für ein freudloses Geschöpf.

Wenige Wochen nach den US Open von 2006 kam der Spielfilm «Der Teufel trägt Prada» in die Kinos und wurde wider Erwarten ein Blockbuster. Über 300 Millionen Dollar spielte die Kinoversion des Schlüsselloch-Romans von Lauren Weisberger ein, die als Assistentin von Anna Wintour gearbeitet hatte, bevor sie ihrer unerträglich arroganten Chefin nach elf Monaten den Bettel vor die Füße schmiss. Es ist ein schlecht geschriebenes, ziemlich dummes Buch einer beleidigten jungen Frau, die nach elf Monaten im Vorzimmer von Anna Wintour nichts über das Ausnahmetalent ihrer Chefin zu berichten hat.

Der Film mit Meryl Streep als Anna Wintour hingegen ist ein Vergnügen. Er weicht stark von der Vorlage ab. Miranda Priestly, wie Anna Wintour in Buch und Film heisst, ist darin immer noch der Albtraum einer rücksichtslosen Chefin. Aber nie hat jemand leiser und anmutiger auf der Leinwand Terror verbreitet als Streep, die ihre feine, melodiose Stimme nicht ein einziges Mal hebt. Auch nicht, als sie der unmodischen Weisberger klarmacht, dass die ihren verfilzten Pullover nur trage, weil sie der Welt zeigen wolle, dass sie sich zu wichtig nehme, um auf ihre Kleidung zu achten – eine der köstlichsten Szenen des Films.

Anna Wintour hatte, wenn man Gerüchten glaubt, all ihre Mitarbeiter und befreundete Designer gewarnt, dass es Folgen haben werde, sollten diese in «Der Teufel trägt Prada» in irgendeiner Form mitwirken. Es war eine ihrer seltenen Fehleinschätzungen. Sie erschien in einem Prada-Kleid zur Premiere und sagte – natürlich ohne Lächeln –, sie habe sich sehr amüsiert. Der Film machte sie zu einem Namen, den keiner mehr vergass, der sich einen Hauch für Mode interessierte.

Turnschuhe nur auf dem Tennisplatz

Sobald Anna Wintour 1988 den Posten als Chefredaktorin von *US-Vogue* erhielt, fragte sich die Modewelt, was eigentlich Wintours Kriterien dabei seien, der Welt vorzuzeigen, was unter der unübersehbaren Fülle von Designer-Kollektionen gerade angesagt ist. Es gibt darauf keine Antwort. Sie hat nie eine Ausbildung abgeschlossen. «Wenn man in den Sechzigern in London aufwuchs, musste man einen Sack über dem Kopf haben, um nicht zu begreifen, dass modisch etwas Aussergewöhnliches im Gange war», sagte die Britin. Sie arbeitete kurz in der Londoner In-Boutique Biba und im feinen Einkaufsstempel Harrods. Den Besuch einer Modeschule brach die Tochter des prominenten britischen Journalisten Charles Wintour und der amerikanischen Professorentochter Eleanor Trego Baker nach kurzem ab: «Entweder du verstehst etwas von Mode – oder nicht.» Ihr einzigartiges Talent war von Anfang an ihre feste Überzeugung, einen besseren und schnelleren Riecher als andere dafür zu haben, was modisch nicht nur pfiﬃg und elegant war, sondern auch das vorwegnahm, was sich in Ermangelung eines präziseren Wortes «Zeitgeist» nennt.

1970 wurde Anna Wintour Modeassistentin beim britischen *Harpers & Queen*-Magazin und erreichte durch die Zusammenarbeit mit dem noch wenig bekannten Fotografen Helmut Newton ebenso viel Aufsehen wie Missfallen. Die streitbare Jungjournalistin, die schon mit zwanzig stets in erlesener Kleidung und hohen Absätzen zur Arbeit erschien – Turnschuhe trägt sie nur auf dem Tennisplatz –, überwarf sich immer wieder mit ihren Vorgesetzten, bevor sie 1976 nach New York zog. Zu ihren ersten Jobs gehörte die Anstellung als Moderedak-

torin bei dem neuen Fashion-Magazin *Savvy*, dessen Zielpublikum karrierebewusste Frauen waren, die ihr eigenes Geld ausgaben. Erstmals in einer Modezeitschrift setzte sie statt eines Models eine Schauspielerin – die durch die TV-Serie «Die Dornenvögel» berühmt gewordene Schauspielerin Rachel Ward – aufs Cover. Die Ausgabe erzielte einen deutlich höheren Absatz am Kiosk als sonst. «Anna sah den Celebrity-Kult viel früher kommen als alle anderen», sagte Jahrzehnte später Grace Coddington, ihre langjährige Kreativdirektorin.

Grace Mirabella, zu jener Zeit *Vogue*-Chefredaktorin, bestellte die innovative Britin für ein Gespräch in ihr Büro und fragte, welchen Job sie sich bei *Vogue* vorstellen könnte. Wintours Antwort: «Ihren.» Mirabella stellte sie trotzdem ein. Es sei, schrieb sie in ihrer Autobiografie «In and Out of Vogue», der Anfang vom Ende ihrer Karriere gewesen. Wintour habe sie vom ersten Arbeitstag weg hintergangen, habe hinter ihrem Rücken neue Layouts veranlasst und versucht, die Moderedaktion auszuhebeln. Samuel Irving Newhouse Jr., damals Chef von Condé Nast, war trotz aller Intrigen beeindruckt von Wintours Kühnheit und ihrem Talent. 1988 feuerte er Mirabella, weil *Vogue* unter ihrer Leitung zu konservativ geworden sei, und ersetzte sie durch die damals 38-jährige Anna Wintour.

Was die Leserschaft von der neuen Chefin zu erwarten hatte, stellte Wintour gleich mit dem ersten Cover klar. Dieses zeigte das israelische Model Michaela Bercu in ausgebleichten 50-Dollar-Jeans und einem juwelengeschmückten T-Shirt für 10 000 Dollar von Christian Lacroix. Furore machte das Titelbild nicht wegen des T-Shirts, sondern wegen der Jeans. Noch nie hatte es ein derart billiges Kleidungsstück auf ein *Vogue*-Cover geschafft. Wintour gehörte zu den Ersten ihrer Branche, die begriffen, dass der Look der Zukunft ein Mix aus Billig und Teuer, Alltagskluft und Designerstücken war. Das Gürtelchen musste farblich nicht mehr mit der Handtasche harmonieren, und zur Smokingjacke durften Turnschuhe getragen werden.

Statt langer Texte über Reisen und Kunst konzentrierte sich *Vogue* nun auf Mode und Celebrities. Wintour handelte Designern Exklusivmodelle ab, die nur in ihrem Blatt zu sehen waren, und warb mit dem Slogan «Before it's in

fashion, it's in *Vogue*». Bis zur Wirtschaftskrise von 2008 boomten die Anzeigen. Dann brachen sie über 30 Prozent ein. Anna Wintours Job, für den sie neben chauffierter Limousine und freier Designerkleidung angeblich ein Jahresalär von 2 Millionen Dollar verdient, stand nicht zur Debatte. Aber die pressscheue Chefredaktorin mit dem unfreundlichen Renommee verstand, dass sie in der Öffentlichkeit ihr Blatt mit ihrer Person untrennbar verbinden musste, um es wieder auf die Beine zu bringen. Sie bewilligte einen Dokumentarfilm über die Herstellung der September-*Vogue* 2008 und versuchte, sich in David Lettermans «Late Show» nahbar zu zeigen, was kläglich an ihrer Angespanntheit scheiterte. Auf seine Frage, wie sie sich ihren teuflischen Ruf als Chefin erkläre, sagte sie: «Ich bin sehr entscheidungsfreudig. Und die Leute bekommen nicht immer die Antworten, die sie erhofft haben. Ich hab nicht dieses Frauen-Liebsein-Gehabe.»

Die Strategie war erfolgreich. Zwölf Jahre nach «Der Teufel trägt Prada» ist Miranda Priestley immer noch köstlich, aber leicht veraltet. Anna Wintour, die Unterkühlte, hat inzwischen Ikonen-Status, wieder eine siebenstellige Leserschaft und entsprechend viele Inserate. Sie betreut und fördert mit ihrem Netzwerk eine ganze Gilde junger Designer und organisiert im Metropolitan Museum jährlich den Wohltätigkeitsball für das Costume Institute im nach ihr benannten Costume Center, bei dem sich die Stars auf die Füsse treten.

Die optische und inhaltliche Gestaltung der Titelstory für die diesjährige September-Ausgabe überliess Wintour angeblich ohne Wenn und Aber der Sängerin Beyoncé Knowles. In der online bereits zugänglichen Geschichte erklärt Beyoncé, warum sie sich für den 23-jährigen afro-amerikanischen Fotografen Tyler Mitchell entschied und sich ohne Perücke und fast ohne Make-up ablichten liess. Sie erzählt auch, dass sie bei der Geburt ihrer Zwillinge im Sommer letzten Jahres über 100 Kilo gewogen habe und bis heute molliger sei als vor der Schwangerschaft, was sie gelassen hinnehme. Anna Wintour mag kein Übergewicht. Oprah Winfrey musste auf ihr Geheiss vor Jahren erst zehn Kilo abnehmen, bevor sie auf den *Vogue*-Titel durfte. Aber wie gesagt, Wintours Riecher für den Zeitgeist ist legendär.



Vogue-Cover mit Beyoncé.



Wintour mit Roger Federer (l.)...



...und Oprah Winfrey (r.).

cé, warum sie sich für den 23-jährigen afro-amerikanischen Fotografen Tyler Mitchell entschied und sich ohne Perücke und fast ohne Make-up ablichten liess. Sie erzählt auch, dass sie bei der Geburt ihrer Zwillinge im Sommer letzten Jahres über 100 Kilo gewogen habe und bis heute molliger sei als vor der Schwangerschaft, was sie gelassen hinnehme. Anna Wintour mag kein Übergewicht. Oprah Winfrey musste auf ihr Geheiss vor Jahren erst zehn Kilo abnehmen, bevor sie auf den *Vogue*-Titel durfte. Aber wie gesagt, Wintours Riecher für den Zeitgeist ist legendär.

Exit aus der Verwahrung

Von Peter Holenstein und Alex Baur — Nachdem eine Entlassung erneut abgewiesen worden ist, meldet sich ein seit über zwanzig Jahren Verwahrter bei Exit an. Darf einem nicht todkranken Inhaftierten Suizidhilfe geleistet werden? Die Frage wird uns in Zukunft noch öfter beschäftigen.

Das Schreiben von Peter V. vom 9. Juli 2018 aus dem Gefängnis Bostadel war an die Sterbehilforganisation Exit in Zürich gerichtet. Der 68-jährige Langzeithäftling verweist vorweg auf eine Reihe von «Altersbeschwerden» (Bluthochdruck, Cholesterin, Übergewicht etc.) und ein Lungenleiden (COPD). Doch das allein macht ihn noch lange nicht zum Todeskandidaten. Es geht um mehr: «Seit Jahren wird mir von sogenannten «namhaften» Forensikern, ob zu Recht oder aus Feigheit, eine schwere und nicht therapierbare psychische Störung diagnostiziert.» Der daraus resultierende «Verlust an Lebensqualität» habe für ihn «das Mass des Erträglichen» überschritten.

Wie aus dem Brief an Exit hervorgeht, spielt beim Todeswunsch auch die Tatsache eine Rolle, dass Peter V. offenbar die Hoffnung auf eine Entlassung aus der Verwahrung verloren hat. Zwar sei er «in der schweizweit optimalsten Vollzugsinstitution für Verwahrte untergebracht». Doch insbesondere seit ihm seine Mutter aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr besuchen könne, sei für ihn das «Leben nicht mehr lebenswert». Der 68-Jährige spricht in diesem Zusammenhang auch von «Psychofalter». Eine Kopie des Schreibens ging an seine Anwältin, eine Therapeutin sowie an einen Freund, wobei Peter V. die Absicht bekundete, «alles medial dokumentieren zu lassen».

Im Zweifel wird weggesperrt

Es stellt sich wohl die Frage, wie ernst der Todeswunsch wirklich gemeint ist. Erklärer-massen will Peter V. mit seinem Brief auch gegen die Verwahrung protestieren. Doch Exit nimmt die Sache «sehr ernst», wie aus dem Antwortschreiben der Freitod-Organisation vom 18. Juli hervorgeht. Man wolle aber die rechtlichen und ethischen Fragen vertieft abklären, zumal in Anbetracht der Verwahrung «besondere Umstände» vorliegen.

Die zwingenden Voraussetzungen für einen Suizid mit den Organisationen Exit oder Dignitas sind unmissverständlich: Eine «Freitodbegleitung» wird nur Menschen mit hoffnungsloser Prognose oder mit unerträglichen Beschwerden oder einer unzumutbaren Behinderung gewährt; Urteilsfähigkeit, Autonomie (keine Beeinflussung durch Dritte) und Konstanz (dauerhafter Todeswunsch) werden vorausgesetzt. In seltenen Ausnahmen wird auch eine schwere, untherapierbare psychische Krankheit als Motiv akzeptiert, wobei es in einem solchen Fall gemäss dem Bundesgericht (BGE 133 I 58)

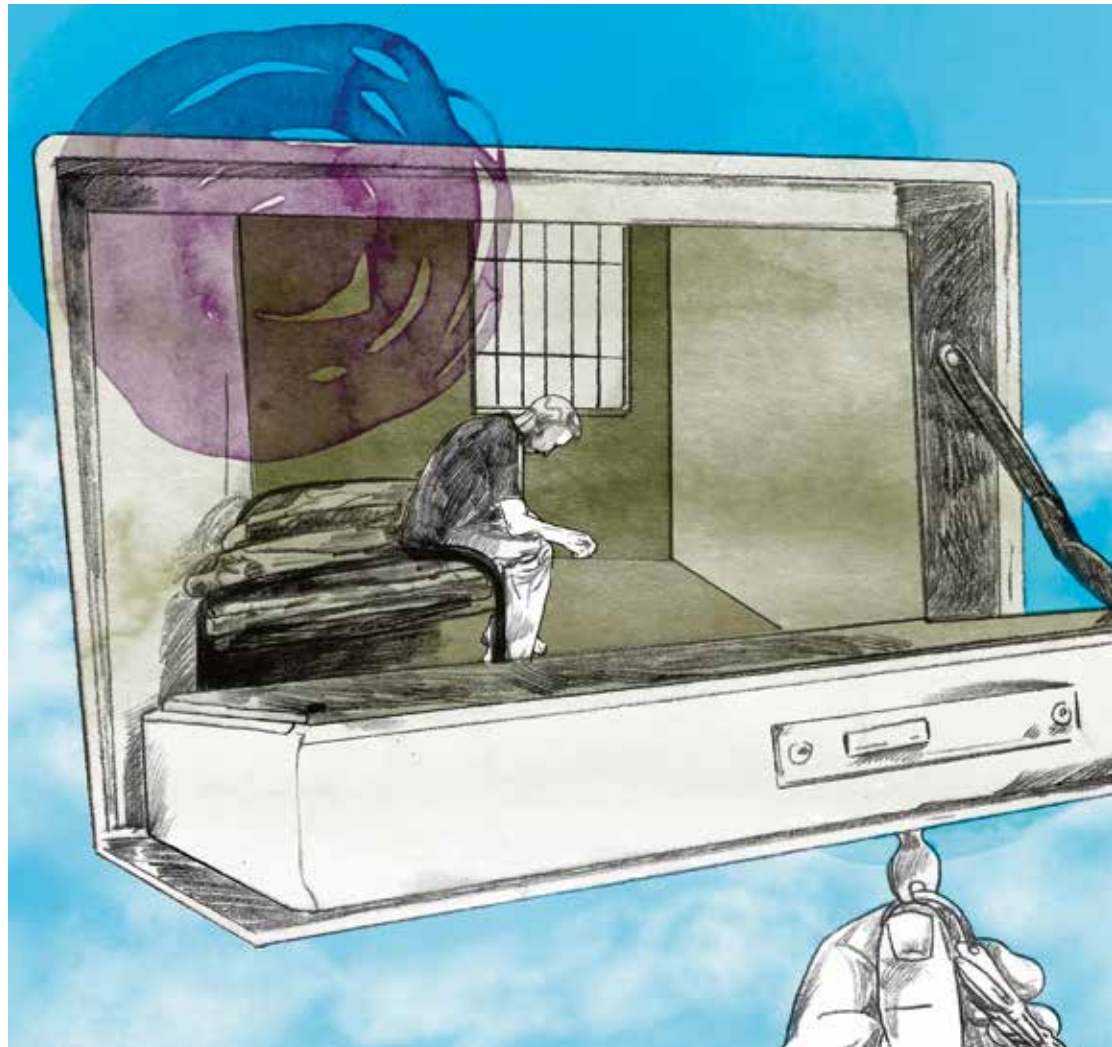
eines vertieften psychiatrischen Gutachtens bedarf, das insbesondere die volle Urteilsfähigkeit des Sterbewilligen attestieren muss.

Liegt bei Peter V. eine «hoffnungslose Prognose» vor? Fällt die untherapierbare Gemeingefährlichkeit überhaupt in die Kategorie einer Krankheit? Wie weit reicht die Freiheit eines Inhaftierten, über sein eigenes Schicksal zu entscheiden? Das sind schwierige Fragen, die sich zunehmend stellen. Über 150 Verwahrte leben heute in Schweizer Gefängnissen. Einige haben kaum eine Aussicht, das Gefängnis je lebend zu verlassen. Auch wenn die Gerichte die effektiv lebenslange Verwahrung bislang nur in einem Fall ausgesprochen haben, ist sie faktisch längst Tatsache.

In den 1990er Jahren hat eine Reihe abscheulich-grausamer Verbrechen von Rückfälltatern zu einer massiven Verschärfung der Praxis geführt. Der Fall Peter V. gehörte in diese Katego-

rie. Das Register seiner Vorstrafen reicht bis zum Jahr 1971 zurück. Im Alter von 21 Jahren stand der Mann zum ersten Mal vor dem Richter, weil er ein siebenjähriges Mädchen sexuell missbraucht hatte. Der berüchtigte Psychiater Emil Pintér erklärte Peter V. für unzurechnungsfähig, es kam zu einem Freispruch.

Zwischen 1973 und 1980 folgen vier Verurteilungen wegen Vergewaltigungen, Gefährdung des Lebens und Körperverletzung mit insgesamt zehn oft minderjährigen Opfern. Schon hier zeichnet sich ein deutliches Tatmuster ab: Peter V. würgte die meisten Opfer, in der Regel mit einer Schnur. Obwohl der Triebtäter allen Therapien zum Trotz stets während der Bewährungszeit rückfällig wurde, blieb er nie lange im Gefängnis. 1980 verwahrte ihn das Zürcher Obergericht erstmals. Noch im selben Jahr würgte er ein zehnjähriges Mädchen während eines «Sachurlaubs».



Liegt eine «hoffnungslose Prognose» vor?

Doch nach drei Jahren ist er bereits wieder frei. Peter V. beginnt ein Verhältnis mit seiner Bewährungshelferin. Die Affäre hemmt seine Triebe offenbar nur vorübergehend. 1986 vergewaltigt er eine Siebzehnjährige und wird erneut verurteilt. Die Verurteilung dauert zwei Jahre. Am 8. April 1988 wird er in die Halbfreiheit versetzt, einen Monat später würgt und vergewaltigt er eine Prostituierte in Zürich und setzt sich nach Frankreich ab. Im November 1990 verurteilt ihn das Zürcher Obergericht zum dritten Mal. Ein Jahr später befindet er sich bereits wieder im offenen Vollzug und wird auf dem Drogenstrich gesichtet, wo der Würger 1993 seine nächste Vergewaltigung begeht.

1993 ist auch das Jahr, in dem der Rückfalltäter Erich Hauert während eines Hafturlaubs in Zollikerberg die Pfadiführerin Pasquale Brumann ermordet. Hauert ist kein Einzelfall, wie die Untersuchungen zeigen, welche eine nachgerade mörderische Fahrlässigkeit im Umgang mit gefährlichen Tätern zutage fördern und zu einem radikalen Umdenken führen. Das bekommt auch Peter V. zu spüren, der im September 1996 vom Zürcher Geschworenengericht nunmehr zum vierten Mal verurteilt wird. Er lebt seither hinter Gittern.

Peter V. ist kein Sexualmörder wie Erich Hauert oder Fabrice Anthamatten. Seine Verbre-

chen waren zweifellos schlimm, aber er hat nicht getötet. Oder hat er bloss *noch* nicht getötet? Wenn der Mann vor zwanzig Jahren gemeingefährlich war, stellt sich zudem die Frage, ob er das im hohen Alter von 68 Jahren immer noch ist. Sicher ist nur: Seine Strafe hat er längst verbüsst. Doch so fahrlässig wie man früher mit gefährlichen Tätern umging, so restriktiv werden heute die Vollzugslockerungen gehandhabt. Im Zweifel wird weggesperrt, sogar für immer.

«Es gilt das Normalitätsprinzip»

Zuständig für den Vollzug der Verurteilung im Fall Peter V. ist die Polizeidirektion des Kantons Bern. Diese hatte ihm einige Vollzugslockerungen gewährt, bis 2011 der verurteilte Mörder Jean-Louis Bürki auf einem überwachten «Picknick-Ausflug» ausbüchste (*Weltwoche* Nr. 27/11,

Der 68-jährige Peter V. spricht in diesem Zusammenhang auch von «Psychofolter».

«Auf immer und ewig»). Peter V. hatte mit der Flucht des Häftlings, die nur wenige Tage dauerte, nichts zu tun. Doch nach dem Skandal um Jean-Louis Bürki wurde beim Berner Justizvollzug das Regime nachhaltig verschärft. Das bekam auch Peter V. zu spüren. Seine Chancen, dass ihm ein Gutachter je ein Unbedenklichkeitszeugnis ausstellt, befinden sich auf tiefem Niveau.

Bei einem Untersuchungshäftling würde keine Behörde je einem begleiteten Suizid zustimmen. Im Gegenteil. Den Rapperswiler Vierfachmörder Thomas Nick etwa hat man nach seiner Verhaftung rund um die Uhr streng überwacht, um ihn an einer drohenden Selbsttötung zu hindern. Zum einen trägt der Staat die Verantwortung für das Leben eines Inhaftierten, zum andern wollte man das Verbrechen unbedingt klären und den Beschuldigten vor Gericht bringen. Für Verurteilte im Strafvollzug gelten ähnliche Regeln. «Wenn ein Häftling eine Strafe absitzt», erklärte Laszlo Polgar, stellvertretender Leiter des bernischen Amtes für Justizvollzug, kürzlich gegenüber dem *Bund*, «wird es ihm sicher nicht möglich sein, sich durch den Freitod den gerichtlichen Urteilen zu entziehen.»

Das gilt allerdings nicht unbedingt für einen Verurteilten, der seine Strafe längst verbüsst hat und ausschliesslich zum Schutz der Gesellschaft im Gefängnis sitzt. Ein Präzedenzfall gibt es nicht, allerdings einen Fall, der eine gewisse Analogie aufweist.

Im April 2013 hungerte sich ein 32-jähriger Häftling in der Vollzugsanstalt Bostadel, in der sich auch Peter V. aufhält, zu Tode. In einer Patientenverfügung verbat er sich jede Zwangs-ernährung. Dieser Wunsch – und damit in der Konsequenz auch die vorbereitete, gezielte

Selbsttötung – wurde von den Zuger Behörden respektiert. Sie beriefen sich dabei auf eine Verordnung des Regierungsrates, die den Verzicht auf eine Zwangs-ernährung erlaubt. Auch in jenem Fall ging es um eine möglicherweise lebenslange Verurteilung, die dem 32-jährigen Querulanten drohte.

«Er wollte nicht sterben», erklärte der Seelsorger des Mannes später gegenüber dem *Tages-Anzeiger*, «aber er hat den Tod in Kauf genommen, um sein Ziel zu erreichen: die Freilassung.» Die Zuger Behörden liessen sich nicht unter Druck setzen, sie liessen ihn sterben. Es war sein Entscheid.

Selbst wenn Peter V. die zwingenden Voraussetzungen für einen assistierten Suizid wohl kaum erfüllt, dürfte es nur eine Frage der Zeit sein, bis das Thema auch im Strafvollzug aktuell wird. Denn auch Gefangene können unheilbar erkranken und das Recht, über ihr eigenes Ableben zu bestimmen, in Anspruch nehmen. «Bis heute», so Marcel Ruf, Direktor der Justizvollzugsanstalt Lenzburg, «wurden wir zwar noch nie mit einem konkreten Fall konfrontiert; aber wenn ein solcher eintreffen sollte und der Insasse sämtliche vorausgesetzten Kriterien für eine Freitodbegleitung erfüllt, stehen wir einem selbstbestimmten Suizidwunsch durchaus positiv gegenüber. Die Entscheidung hat allerdings das Amt für Justizvollzug zu treffen.»

Die Aargauer Justizvollzugsbehörde hat keine Berührungspunkte mit dem Thema, wie Amtsleiter Pascal Payllier auf Anfrage erklärt: «Wenn die seitens der Suizidhilfeorganisationen gestellten Voraussetzungen erfüllt sind, würden wir durchaus Hand dazu bieten, dass der Sterbewunsch eines todkranken Insassen erfüllt werden kann.» Ob ein assistierter Suizid dann in der Justizvollzugsanstalt, im Kreise der Familie des Insassen oder in einem Sterbezimmer von Exit oder Dignitas stattfinden soll, stünde dem Patienten frei.

Etwas zurückhaltender, aber ebenfalls nicht ablehnend steht das Amt für Justizvollzug des Kantons Zürich dem heiklen Thema gegenüber. «Bisher wurden wir mit dieser Frage im Kanton Zürich zwar noch nicht konfrontiert», sagt Rebecca de Silva, Mediensprecherin des Amtes, «doch grundsätzlich lässt sich sagen, dass im Justizvollzug, drinnen wie draussen, so weit wie möglich das Normalitätsprinzip gilt.» Das Thema müsse sicher diskutiert werden.

Eine Haltung, wie mit dem Thema Krankheit und Sterben im Strafvollzug umgegangen werden soll, hat man in der Abteilung «60 plus» im Gefängnis von Lenzburg bereits seit langem entwickelt. In der für alte, kranke und körperbehinderte Insassen speziell eingerichteten Abteilung, die von Erich Hotz geleitet wird, werden die Insassen, darunter Verurteilte, nicht nur spezifisch betreut, sondern auch mit dem Thema Patientenverfügung im Fall einer unheilbaren Krankheit vertraut gemacht. Das Thema Suizidhilfe wird dabei nicht ausgeklammert. ○



Einzig wahre Kuppelshow

Von Claudia Schumacher — Dating-TV und echte Liebe sind nicht gerade ein natürliches Paar – mit einer Ausnahme: in «Bauer, ledig, sucht ...». Hofbesuch bei Eveline und Adrian, die sich in der Sendung fanden.

Neun Jahre ist es jetzt her, da stand Eveline, damals 37 Jahre alt, im Zürcher Einkaufszentrum Sihlcity und beriet Kinder und deren Mütter im Schuhgeschäft Walder Junior beim Anprobieren kleiner Turnschuhe, wie jeden Tag. Zwischen zwei Kunden kam eine Kollegin zu ihr, ganz aufgedreht. «Eveline, den Bauer Adrian musst du dir mal anschauen», sagte sie und: «Bewirb dich!» Etwas verdattert begab sich Eveline rüber zur Kollegin und schaute in den *Blick*, wo sich die Bauern der neuen Staffel «Bauer, ledig, sucht...» vorstellten. Als sie Adrian sah, wurde sie ganz leise, und es war ihr ein bisschen seltsam zumute. Auf die gute Art, von der man mehr will.

Hüft- statt Busen-OP

Auf den letzten Drücker bewarb sie sich, es war bereits kurz vor Bewerbungsschluss. Wenige Tage später kam der Anruf von 3+. Ob sie teilnehmen wolle? Dem Adrian gefalle sie. Eveline wurde rot, die Kolleginnen im Schuhgeschäft kicherten. «Ja», sagte Eveline. Anfang 2010 wurde gedreht, und im September desselben Jahres sagte Eveline wieder ja zu Adrian, diesmal vor dem Altar.

Vom ersten Kuss bis zum «Wir sind jetzt ein Paar» konnte man die Liebesgeschichte von Bauer Adrian aus Kemleten ZH und Kinderschuhverkäuferin Eveline aus Pfaffhausen ZH vor dem Fernseher verfolgen. «Das war schon toll», erinnert sich Adrian gerne zurück. «Am schönsten war das mit dem Wasserfall, wirklich sehr romantisch», sagt er und fährt seiner Eveline dabei kurz über den Arm. Eveline lacht wie ein Mädchen. Überhaupt geht die Sonne auf, wenn sie lacht, und sie lacht viel und laut.

Schwer zu sagen, was das ist bei der Liebe. Aber wenn sie da ist zwischen zweien, dann spüren das auch Aussenstehende. Liebe und Dating-TV sind kein selbstverständliches Paar. Wer glaubt etwa bei den Bachelor/Bachelorette-Formaten an echte Gefühle? Irgendwie sind da doch immer zu viel Silikon-getunttes Geschlechtsmerkmal und gedopte Muskulatur, zu viel Streben nach Cervelat-Prominenz.

Eine Dating-Show aber, bei der man als Zuschauer immer wieder einen wahren Moment zu erleben glaubt, ist «Bauer, ledig, sucht...»

Die Bedingungen, sich während der Sendung zu verlieben, sind eigentlich ungünstig: Gedreht wird nur eine Woche lang, und zwar den ganzen Tag. Die Paare fallen gegen Mitternacht erschöpft ins Bett. Trotzdem funkt es offenbar regelmässig: Siebzehn Eheschliessungen, elf Verlobungen, 23 Kinder, das ist die Bilanz im zehnten Jahr der Sendung, die gerade ihr Jubiläum feiert.

Wenn die Staffel abgedreht ist, kommt ab und zu mal noch ein Journalist auf den Höfen vorbei. Aber diese Bauernpaare sind keine Leute, die Promis sein wollen. Sie gehen nicht auf Partys in der Grossstadt und füttern die Boulevardpresse nicht mit Storys über die Coming-outs ihrer Verwandtschaft. Sie nehmen keine Journalisten mit zur Schönheits-OP. «Wobei ich mir letzten Herbst die Hüfte operieren lassen musste», scherzt Adrian, «aber das hab ich auch ohne Journalisten hingekriegt.» So was passiere halt, wenn man viele Jahre lang Fünfzig-Kilo-Säcke rumschleppe. Glamour klingt anders. «Aber auch das ist eine Frage der Perspektive», belustigt sich Adrian. «Heute gehen viele Leute ins Fitnesscenter. Ich hingegen kriege Geld dafür, dass ich täglich

Fitness mache.» Damals, 2010, bei den Dreharbeiten, fragte Adrian seine Eveline: «Wie müsste denn dein Traummann aussehen?» Sie antwortete: «So wie du, natürlich. Sonst hätte ich mich doch nicht beworben.» Er freute sich, wollte aber cool bleiben, sagte: «Okay, ich hab kein Waschbrett – dafür aber eine Trommel. Du könntest bestimmt eh nicht mit einem Waschbrett umgehen.»

Die beiden haben heute siebenjährige Zwillingmädchen, und sie wohnen nach wie vor auf Adrians Hof in Kemleten, einer kleinen Siedlung, bestehend aus einer Handvoll Höfe. Da ist noch ein grosser Hund, ein Golden Retriever, und die ganze Familie hat sich fürs Interview an einem Tisch vor dem Haus eingefunden, unter dem Sonnenschirm. Ganz brav sitzen die Töchter still.

Die beiden haben heute siebenjährige Zwillingmädchen, und sie wohnen nach wie vor auf Adrians Hof in Kemleten, einer kleinen Siedlung, bestehend aus einer Handvoll Höfe. Da ist noch ein grosser Hund, ein Golden Retriever, und die ganze Familie hat sich fürs Interview an einem Tisch vor dem Haus eingefunden, unter dem Sonnenschirm. Ganz brav sitzen die Töchter still.

Echtheit, eine Sehnsucht

«Für uns war von Anfang an klar: Wir drehen so, wie wir sind. Wir verstellen uns auch für keine Kamera», sagt Eveline. Vielleicht ist das einer der Gründe, weshalb sich Menschen für



«Wir drehen so, wie wir sind. Wir verstellen uns auch für keine Kamera.»



«Am schönsten war das mit dem Wasserfall»:

Donnerstagabend verabreden, um gemeinsam «Bauer, ledig, sucht...» zu schauen: Authentizität. Echtheit – eine Sehnsucht, ein Schlagwort unserer Zeit. Selten ist sie auch drin, wo sie draufsteht. Bei «Bauer, ledig, sucht...» stehen aber Menschen im Vordergrund, die sich grundsätzlich nicht verstellen – die es vielleicht auch gar nicht können. Adrian sagt: «Ich bin, wie ich bin. Auch mit meinen dummen Sprüchen. Die kommen halt, da kann man nichts machen.» Eveline kichert. «Da muss man immer ein bisschen kontern», sagt sie. «Aber das ist mir in der Sendung auch gelungen.»

Sofort geküsst

Wenn Adrian an diesem Nachmittag mal wieder einen Kalauer bringt, lacht Eveline jedes Mal auf. Dann sagt sie entspannt: «Scho guet» – das Gleiche sagt sie zu ihren Töchtern, wenn sie Faxen machen. Adrian trägt ein Shirt, auf dem steht: «So was wie mich findest du nicht mal auf Google». Dass Adrian eine grosse



Bauer Adrian mit Gattin Eveline und den Zwillingstöchtern.

Sammlung an Print-Shirts besitzt, erfuhr man bereits damals aus der Sendung.

Schon in der Folge, als Eveline auf dem Hof ankommt, in der ersten Szene, als die zwei sich begegnen, merkte man: Die sind verknallt. Sie waren das erste Paar der Staffel, das sich küsste – und zwar schon am Abend der Vorauswahl, der sogenannten *Stubete*. Vier Frauen hatten sich um Adrian beworben, bei der *Stubete* hatte er noch die Wahl zwischen zweien. Und er entschied sich nicht nur schnell für Eveline, er küsste sie auch gleich. Als Adrians Mutter, die ebenfalls in Kemleten wohnt, Eveline direkt nach ihrer Ankunft empfing, grinste auch sie sofort wissend in die Kamera. «Das sieht nicht schlecht aus. Ich find's noch relativ gut», sagte sie mit mütterlich-bäuerlichem Understatement über das werdende Paar.

Bald kamen all die kleinen Liebesbeweise. Adrian, der zu Beginn der Sendung noch zotig meinte: «Die natürliche Umgebung von Rössern sind Kräuterbutter und Pommes», holte Evelines Ponys auf den Hof, weil sie die-

se vermisste. Sie saßen zusammen in Adrians sogenanntem Hot Pot, einer Art hölzernem Whirlpool im Freien. Dann kam der Wasserfall, an den sich beide gerne zurückerinnern.

Die Kameras vergessen

Man muss schon sehr hartgesotten sein, um beim Schauen der Folge gänzlich unberührt zu bleiben: Es ist Winter, und die beiden spazieren zu einem halbgefrorenen Wasserfall. Adrian hat Champagner mitgenommen. Und er sagt Eveline, dass er sie gern hat. Dass er hofft, dass es nach den Dreharbeiten weitergeht mit ihnen. Eveline sagt: «Ich hoff's auch.» Dass da Kameras sind, ist den beiden ziemlich egal. Zwei Menschen mit offensichtlichen Gefühlen füreinander, die kaum die Worte über die Lippen bringen. Egal, wer die zwei da hingestellt hat: Jetzt stehen sie da und sind schüchtern, scherzen für einmal nicht, schauen ganz ernst und ein bisschen ängstlich und sind sehr herzlich dabei. Die Paare, die sich über «Bauer, ledig, sucht...» finden, sind Men-

schen, die oft lange Singles waren und sich dann irgendwann einfach einen Partner wünschten, aber keinen fanden. Für Landwirte ist es besonders schwer, der Lebensstil ist speziell, man muss ihn wollen. Zehn Jahre lang war Adrian Single, bevor er an der Kuppelshow teilnahm. Seine Schwester meldete ihn an.

Rückblickend sind Adrian und Eveline sehr froh, dass sie sich beide von ihrem Umfeld in die Sendung schubsen liessen. Ihre Liebe hat in den letzten acht Jahren so manche Hürde genommen. Sie haben den Hof verkleinert. Die Kühe hergegeben. Adrian arbeitet jetzt zusätzlich am Flughafen. Und Eveline, die einige Jahre nur Bäuerin war, ist jetzt auch wieder Verkäuferin, beim Volg. Zum Volg muss sie jetzt auch, sie verabschiedet sich früher vom Interview – und da ist er wieder, der Blick für ihren Adrian. «Mach keine Dummheiten, während ich weg bin», sagt sie zum Abschied. Sie kichern kurz, beide, und geben sich einen Schmatz. ○

Die drei Eidgenossen

Von Christoph Mörgeli

Pfister: Wir müssen über den EU-Rahmenvertrag und über die eidgenössischen Wahlen 2019 sprechen. Ich bange um meine CVP.

Gössli: Meine FDP hat immer betont: Wir brauchen diesen Rahmenvertrag sofort. Aber doch nicht schon vor den Wahlen.

Levrat: Meine SP will in die EU. Aber doch nicht in eine EU, die gegen flankierende Massnahmen für unsere Arbeitnehmer ist.

Pfister: Wenn wir nicht vom Gas gehen, stimmen wir im Wahljahr über die EU-Anbindung ab. Dieses Geschenk dürfen wir der SVP nicht machen.

Gössli: Als Liberale waren wir immer gegen die flankierenden Massnahmen. Aber jetzt ist für uns die Acht-Tage-Regelung halt wichtiger als der Rahmenvertrag.

Levrat: Dafür sagen wir, der Bundesrat sei an allem schuld. Wir können als EU-Beitritts-Partei ja nicht zugeben, dass die EU undemokratisch und neoliberal ist.

Pfister: Unsere drei Parteien müssen jetzt mit einer Stimme sprechen. Ich schlage vor, wir brauchen das Wort «sistieren».

Gössli: Ich sage in den Sonntagsmedien: «Wenn der Bundesrat inhaltlich mit der EU keine Einigung findet, müssen die Verhandlungen sistiert werden.»

Levrat: Ich sage, wir sollten's noch einmal probieren. «Wenn das im Herbst nicht gelingt, muss der Bundesrat die Verhandlungen mit Brüssel sistieren.»

Pfister: Ich sage, für mich sei «eine Sistierung unumgänglich». Deshalb brauche es jetzt «Schadensbegrenzung und ein Stillhalteabkommen mit der EU».

Gössli: Stillhalten ist sehr gut. Genau bis nach den Wahlen, nämlich Montag, 21. Oktober 2019.

Levrat: Ich werde meinen Freunden in Brüssel mitteilen, dass sie wenn möglich so lange auf Strafmassnahmen verzichten sollen.

Pfister: Und bitte kein Wort, dass sich SP, FDP und CVP abgesprochen haben. Das wäre nur Wasser auf die Mühlen der SVP.

Gössli: Dafür lassen wir unseren Pascal Couchepin in der *NZZ am Sonntag* erzählen, warum die EU vor den Abstimmungen über die Personenfreizügigkeit noch so tat, als würde sie die flankierenden Massnahmen tolerieren.

Levrat: Dazu soll im *Sonntagsblick* unsere Micheline Calmy-Rey sagen: «Das Schweizer Recht schützt besser als das europäische.» Nur darf niemand merken, dass dies der Inhalt der SVP-Selbstbestimmungsinitiative ist.

Pfister: Und in der *Zentralschweiz am Sonntag* soll unser Joseph Deiss... Nein, er soll besser gar nichts.

Der Autor ist Historiker und ehemaliger SVP-Nationalrat.

Kein Schwarzenbach-Fehler 2.0

Von Peter Bodenmann — Berlin: In Deutschland droht Alexander Gauland Andrea Nahles zu überholen.



Paris: Der Parti socialiste musste seinen Sitz an der rue de Solférino verkaufen, um den Konkurs zu verhindern.

Alle sind für flankierende Massnahmen. Am härtesten die Basis der SVP. Das Konzept der flankierenden Massnahmen war, ist und bleibt – wie Vasco Pedrina in einer lesenswerten Dokumentation über die Immigration nachzeichnet – eine Idee der Linken. Entwickelt im Vorfeld der EWR-Abstimmung.

Damals war der Gewerkschaftsbund mit und unter Beat Kappeler so proeuropäisch, dass er davon nichts wissen wollte.

Für René Felber und die welsche Presse war ich, der für flankierende Massnahmen eintrat, ein schlechtgetarnter Anti-Europäer. Jean-Pascal Delamuraz, Flavio Cotti und Adolf Ogi verstanden das Konzept nicht im Ansatz.

Der Ansatz: Die Schweiz kann mehr oder weniger sozial, mehr oder weniger umweltfreundlich, mehr oder weniger direktdemokratisch ihre politischen Verhältnisse ordnen. Unabhängig davon, ob sie bilateral andockt, beim EWR mitmacht oder als EU-Land mitbestimmt. *Weltwoche*-Vorbild Orbán zeigt auf, wie gross die Spielräume selbst innerhalb der EU sind.

Den Durchbruch der Logik der flankierenden Massnahmen verdanken wir der SVP. Sie hat den unsozialen EU-Teufel an die Wand gemalt, um jenen Teil ihrer Basis, der zu wenig verdient, bei der Stange zu halten. Dies zwang SP, FDP und CVP zu Bündnissen.

Die Spitze der SVP forderte und fordert die Rückkehr als Alternative zum alten Kontin-

gentsystem. 1970 waren die Saisoniers in der Schweiz rechtlos. Sie wohnten in Baracken. Jeden Winter mussten sie die Schweiz verlassen und wussten nicht, ob sie im nächsten Frühling wieder Arbeit hatten.

Damals stimmten 46 Prozent der Schweizer – die Schweizerinnen hatten noch kein Stimmrecht – für die Schwarzenbach-Initiative. Wegen dem Lohndrücker-Kontingentsystems. Ein tiefer Riss ging durch die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften. Die SP verlor viele ihrer Anhänger für immer. Dies, weil 1970 die Linke und die Gewerkschaften für ihr Nein zu Schwarzenbach den Bürgerlichen keine flankierenden Massnahmen gegen Lohndumping abgerungen hatten.

In Deutschland ist die SPD auf das Niveau der AfD abgesackt. In Frankreich hat sich der Parti socialiste aufgelöst. In Italien liegt die traditionelle Linke am Boden. Und in Österreich sind die Freiheitlichen die neue Arbeiterpartei.

Die neoliberale europäische Sozialdemokratie hat sich selbst zerstört. Und ideenlos neue gesellschaftliche Fragen links liegengelassen. Kein Marshall-Plan für Afrika. Zu wenig ökologischer Umbau. Repression statt Legalisierung im Bereich der harten Drogen.

Fast alle raten Rechsteiner, es gleich zu machen wie die benachbarten Sozialdemokratien. Eine Schnapsidee.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Grüsse aus dem Schächental

Von Kurt W. Zimmermann — Das wichtigste Arbeitsfeld der Wettbewerbskommission ist die Medienbranche. Leider, leider.

Andreas Heinemann war lebenslang nur ein Jurist. Seit dem 1. Januar 2018 ist er Präsident der Wettbewerbskommission. Er ist also ein ziemlicher Anfänger im neuen Amt.

Patrik Ducrey war lebenslang nur ein Jurist. Seit dem 1. August 2018 ist er Direktor der Wettbewerbskommission. Er ist also ein völliger Anfänger im neuen Amt.

Damit ist mein Ton gesetzt. Meine despektierlichen Formulierungen zeigen, was ich von der Spitze der Wettbewerbskommission halte. Ich halte wenig von ihr.

Zur Wettbewerbskommission (Weko) muss man eines wissen: Ihr wichtigster Arbeitsbereich ist die Medienbranche. Ohne die Medienbranche hätte die Weko wenig zu tun. Nur in der Medienbranche kommt es Jahr für Jahr zu gewichtigen Übernahmen und Fusionen.

Die Medienbranche bewahrt also die Weko vor der Arbeitslosigkeit. Die Weko weiss das genau. Darum bläst sie jeden Deal in den Medien zur Staatsaffäre hoch. So kann sie rechtfertigen, dass sie siebzig Mitarbeiter auf der aufgeblähten Lohnliste hat.

Derzeit liegen drei Medienfälle auf dem Weko-Tisch.

Der erste Fall ist der Kauf der *Basler Zeitung* durch Tamedia, das Stammhaus des *Tages-Anzeigers*. Die Weko, so kündete sie mit grossem Trara an, will den Kauf «vertieft prüfen».

Der zweite Fall ist die Fusion der *AZ Medien*, des Stammhauses der *Aargauer Zeitung*, mit den NZZ-Regionalmedien der *Luzerner Zeitung* und des *St. Galler Tagblatts*. Die Weko, so kündete sie mit grossem Trara an, will die Fusion «vertieft prüfen».

Der dritte Fall ist die Übernahme des TV-Vermarkters Goldbach Group durch Tamedia. Die Weko, so kündete sie mit grossem Trara an, will die Fusion «vertieft prüfen».

Das ist schon verdammt vertieft.

Und damit sind wir beim Problem. Das Problem ist, dass staatliche Regulatoren wie die Weko wie alte Jungfern einem dynamischen Markt hinterherhinken. Die Weko lebt immer noch in den Zeiten, als die Fusion der *Oberschächentaler Zeitung* mit dem *Unterschächentaler Tagblatt* die Gefahr eines Medienmonopols im Schächental heraufbeschwor.

Inzwischen nutzen sie im Schächental, dies als Hinweis an die Weko, so modisches Zeugs wie das Internet. Die wichtigsten Werbeträger im Schächental sind heute Google, Facebook und Instagram.

Google, Facebook und Instagram haben gegenüber ihren Schweizer Konkurrenten einen doppelten Wettbewerbsvorteil. Zum einen heben sie, dank ihrer globalen Präsenz, unglaubliche Synergien in ihrer Kostenstruktur. Zum anderen sind sie, wiederum dank ihrer Flächenabdeckung, unglaublich stark in der kumulierten Werbeakquisition. Sie profitieren bei Ausgaben wie Einnahmen von enormen Skaleneffekten.



Grosses Trara: Weko-Spitze mit Heinemann (l.) und Ducrey.

Genau das, wenngleich auf kleinerer Flamme, versuchen nun die Schweizer Medienhäuser. Die drei derzeitigen Fusionen und Übernahmen bei Tamedia, AZ Medien und NZZ Mediengruppe haben alle dieselbe Skalen-Stossrichtung. Durch Kooperationen versucht man, Kostenvorteile zu erzielen und zugleich die Angebotspalette im Werbemarkt attraktiver zu machen. Dass das im globalen Wettbewerb nicht anders geht, versteht jedes Kind.

Die Weko versteht es nicht. Sie braucht Monate, um Banalitäten nachzuvollziehen. Sie braucht Monate, um eine irreversible Marktentwicklung «vertieft zu prüfen». Während des vertieften Tiefschlafs rennen die internationalen Konkurrenten den Schweizer Medienhäusern davon.

Wenn die Schweizer Medienbranche dadurch Schaden nimmt, dann weiss man wenigstens, wie die Verantwortlichen heissen. Sie heissen Andreas Heinemann und Patrik Ducrey. Sie sind beide Anfänger in ihrem Amt.

Nicht nachtragend

Von Henryk M. Broder — Erdogan kommt zu Besuch.

Ende September wird der türkische Präsident auf Einladung des deutschen Präsidenten nach Berlin kommen. Es handelt sich um einen Staatsbesuch mit allem, was dazugehört: militärischen Ehren, einem Staatsbankett im Schloss Bellevue und Reden auf die lange deutsch-türkische Freundschaft. Business as usual, könnte man sagen, wenn man von zwei Kleinigkeiten absieht. Mit Rücksicht auf den Gast und seine Entourage werden nur alkoholfreie Getränke serviert werden. Und: Erdogan ist ein Despot, dessen Regime alles mit Füßen tritt, was die vielbeschworenen «europäischen Werte» ausmacht – Meinungsfreiheit, Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Justiz und das Recht, die Regierung beschimpfen zu dürfen.

In einer Demokratie dient die Regierung dem Volk, in einer Diktatur dient das Volk der Regierung. Erdogan ist ein Diktator, der das Parlament entmachtet und sich ermächtigt hat. Muss man so einem den roten Teppich ausrollen?

«Ja», sagt die Regierung in Bonn, so ein Staatsbesuch folge «klaren Regeln», die dem «Ganzen ein sehr starres Korsett geben», man wolle aber «alle wichtigen Themen ansprechen» und auch über Differenzen reden, vergisst aber, zu erklären, warum man «das Ganze» nicht im Rahmen eines weniger pompös angelegten Arbeitsbesuches erledigen könnte, bei Tee und Baklava.

Man kann Angela Merkel und ihrer Regierung vieles zum Vorwurf machen – Appeasement, Naivität, Opportunismus – muss aber eines anerkennen: Sie ist nicht nachtragend. Es ist noch nicht lange her, da hat Erdogan der deutschen Regierung «Nazi-Praktiken» bescheinigt, weil zwei seiner Minister nicht erlaubt wurde, Wahlkampfreden in Deutschland zu halten. «Ich habe gedacht, der Nationalsozialismus in Deutschland ist vorbei, aber er geht noch immer weiter», klagte der lupenreine Demokrat aus Ankara. Es dürfte die gute Stimmung beim Staatsbankett auch nicht trüben, dass derzeit etwa fünfzig deutsche Staatsangehörige in türkischer Haft sitzen, wegen «politischer» Verbrechen. Es gibt nur eine Hoffnung. Wenn es mit der türkischen Lira so weitergeht, wird Erdogan Ende September vielleicht nicht mehr im Amt sein. Und Deutschland bleibt ein peinlicher «Polizeistaatsbesuch», wie zuletzt 1967, als der Schah von Persien, Mohammad Reza Pahlavi, die Bonner Republik besuchte, erspart.





Revolutionäre Ortsplanung: malerisches Meggen, fotografiert vom Vierwaldstättersee aus.

Die besten Gemeinden 2018

Mondäne Villen, alte Bauernhöfe

Von Carmen Schirm-Gasser — Erstmals steht ein Luzerner Ort auf Rang eins des Gemeinderatings: Meggen. Viele Ortschaften aus den Kantonen Zug, Basel-Landschaft und Aargau konnten sich ebenfalls hervorragend platzieren. Auffallend ist: Die Behörden lassen ihre Bürger stärker mitbestimmen als bisher.

Wer sein Leben im Trubel der Agglomeration verbringt und eine Abwechslung sucht, dem empfiehlt sich ein Abstecher nach Schloss Meggenhorn. Fünfzig Kilometer südlich von Zürich gelegen, ermöglicht das Wahrzeichen der Luzerner Gemeinde Meggen einen eindrucklichen Weitblick. Inmitten von Rebbergen, aus deren saftigen Trauben eigener Wein gekeltert wird, überblickt man das weitläufige Seebecken des Vierwaldstättersees, während über schneebedeckten Alpen das Rot des Abends erlischt. Natürlich bietet der Aussichtspunkt auch einen Blick auf Meggen selber, eine Gemeinde mit 7124 Einwohnern, in der sich mondäne Villen mit alten Bauernhöfen abwechseln. Meggen steht für Erholung, Lebensqualität, hohe Immobilienpreise und eine revolutionäre Ortsplanung, die preisgünstigen Wohnungsbau fördert und steuert.

«Vor vielen Jahren hat sich Meggen der Nachhaltigkeit verschrieben», sagt Gemeindepräsident Urs Brücker, der im Hauptberuf als Maschineningenieur arbeitet. «Das Ziel ist eine durchmischte Einwohnerschaft und eine grüne Lunge im Dorf.» Die Bemühungen haben sich ausgezahlt. Die mondäne Luzerner Gemeinde schaffte es an die Spitze des diesjährigen *Weltwoche*-Gemeinderatings.

Den Luzernern auf den Fersen

Zum zehnten Mal in Folge ist die *Weltwoche* diesen Fragen nachgegangen: Wo ist die Lebensqualität am höchsten, wo gibt es ausreichend Arbeitsplätze, Schulen und Freizeitangebote, wo kann man sich sicher fühlen und von einer gutausgebauten Infrastruktur profitieren? Zu diesem Zweck wurden von den 2222 Gemeinden, die es in der Schweiz zurzeit gibt,



«Grüne Lunge»: Meggens Gemeindepräsident Brücker (l.), Gemeindevizepräsident Hürlimann.



Die 100 attraktivsten Gemeinden der Schweiz

Rang 2018	Rang 2017	Kanton	Gemeinde	Rang Wohnen	Rang Arbeitsmarkt	Rang Bevölkerungsstruktur	Rang Steuern	Rang Erreichbarkeit	Rang Versorgung	Rang Sicherheit
1	2	LU	Meggen	21	19	95	29	473	59	273
2	4	ZH	Zollikon	140	190	64	31	43	346	135
3	1	ZH	Rüschlikon	97	198	35	19	32	126	431
4	3	ZG	Zug	5	106	116	2	74	135	529
5	16	ZG	Baar	1	41	97	1	171	534	529
6	52	BL	Binningen	55	96	297	374	29	311	199
7	79	ZH	Pfäffikon	88	375	187	105	36	28	475
8	7	ZH	Thalwil	34	269	334	36	125	240	431
9	13	ZG	Cham	3	111	164	6	393	249	529
10	30	ZH	Männedorf	242	100	84	63	416	34	135
11	59	AG	Oberwil-Lieli	33	119	11	35	431	587	37
12	11	ZH	Küsnacht	335	76	75	21	64	580	135
13	21	ZH	Uetikon am See	206	302	67	43	422	129	135
14	48	ZH	Dübendorf	25	305	218	91	25	195	612
15	25	ZG	Unterägeri	32	28	120	12	546	53	529
16	35	SZ	Altendorf	6	133	87	15	114	792	399
17	38	BL	Bottmingen	11	322	128	328	58	499	199
18	15	ZH	Herrliberg	137	284	69	22	288	718	135
19	88	ZH	Unterengstringen	16	80	236	81	146	320	715
20	14	SZ	Lachen	168	81	129	16	77	73	399
21	24	ZH	Uitikon	150	160	15	32	15	744	715
22	87	ZH	Birmensdorf	118	259	168	124	49	170	715
23	56	ZH	Adliswil	65	446	394	91	26	446	431
24	51	ZH	Fällanden	72	762	157	63	41	166	612
25	29	ZG	Risch	9	174	243	5	460	62	529
26	10	VD	Lutry	126	82	58	573	47	174	234
27	41	ZH	Richterswil	53	475	169	130	305	211	431
28	31	GE	Pregny-Chambésy	167	11	2	190	15	189	885
29	90	ZH	Wallisellen	12	291	235	60	13	353	828
30	22	ZH	Zürich	26	145	447	167	1	71	914
31	6	ZH	Zumikon	358	208	66	32	85	133	135
32	18	SZ	Wollerau	200	112	305	9	378	246	483
33	158	SZ	Ingenbohl	24	82	519	48	563	231	457
34	129	ZH	Otelfingen	128	84	99	63	237	751	418
35	117	LU	Horw	29	32	450	196	525	407	273
36	43	ZG	Steinhausen	7	184	125	4	388	564	529
37	26	ZH	Erlenbach	296	99	20	25	137	792	135
38	96	ZH	Wettswil am Albis	2	458	3	39	333	829	486
39	39	ZH	Bonstetten	239	515	47	124	301	184	486
40	166	AR	Teufen	288	73	172	302	708	23	34
41	142	BL	Reinach	92	356	462	457	247	252	199
42	78	ZH	Uster	228	646	224	108	69	128	612
43	81	ZH	Dietlikon	19	251	258	52	64	442	828
44	95	ZH	Urdorf	134	484	429	159	70	247	715
45	32	VD	Saint-Sulpice	4	61	7	567	168	215	659
46	150	BL	Allschwil	66	282	525	522	37	199	199
47	100	BL	MuttENZ	109	400	471	489	68	337	199
48	61	BL	Arlesheim	92	555	172	350	78	739	199
49	83	SZ	Galgenen	28	676	180	34	256	395	399
50	127	ZH	Seuzach	123	313	441	39	111	174	725

deren 921 unter die Lupe genommen, und zwar alle, die mehr als 2000 Einwohner zählen. «Diese Grösse benötigt eine Gemeinde, um die Vergleichbarkeit im Rating zu sichern», sagt Studienautor Donato Scognamiglio, CEO der Beratungsfirma IAZI in Zürich. Für jede Gemeinde wurden fünfzig Einzelindikatoren ausgewertet, die in sieben Kategorien zusammengefasst wurden (Wohnen, Arbeitsmarkt, Bevölkerungsstruktur und so weiter). Neben der Gesamttrangliste gibt es also in jeder Kategorie je eine Rangierung mit den Plätzen 1 bis 921, so dass relative Stärken und Schwächen sofort ins Auge springen. «Mittlerweile dient das Rating zahlreichen Gemeinden als Hilfestellung und gibt wichtige Anhaltspunkte für Verbesserungen», sagt Bruno Hofer, Kommunal- und Kommunikationsdienstleister, der das Ranking seit Jahren bei Standortentwicklungen verwendet. «Es hilft als Massstab und Orientierung dabei, aus einer Gemeinde noch mehr zu machen.»

Platz zwei auf dem Podest sicherte sich die Zürcher Gemeinde Zollikon (im Vorjahr Rang vier) und Platz drei der Vorjahressieger Rüschlikon, ebenfalls aus dem Kanton Zürich. Die Stadt Zug kommt auf Platz vier (vorjahr drei),

>>> Fortsetzung auf Seite 26

Untersucht wurden 921 Gemeinden mit über 2000 Einwohnern. Rang 1 ist die beste, Rang 921 die schlechteste Rangierung.

Die 100 attraktivsten Gemeinden der Schweiz

Rang 2018	Rang 2017	Kanton	Gemeinde	Rang Wohnen	Rang Arbeitsmarkt	Rang Bevölkerungsstruktur	Rang Steuern	Rang Erreichbarkeit	Rang Versorgung	Rang Sicherheit
51	50	ZH	Langnau am Albis	169	785	142	76	150	351	431
52	64	ZH	Fehraltorf	323	207	358	116	51	78	475
53	33	ZH	Oberrieden	234	446	194	38	188	403	431
54	137	SZ	Schwyz	116	57	408	61	272	209	457
55	34	ZH	Stäfa	217	669	227	46	354	229	135
56	55	ZG	Hünenberg	99	56	95	10	601	605	529
57	44	ZH	Wädenswil	144	272	253	105	438	277	431
58	57	TI	Canobbio	142	12	357	214	385	164	632
59	80	BL	Therwil	114	490	197	442	315	149	199
60	105	ZH	Winterthur	68	331	618	227	18	48	725
61	288	LU	Sempach	163	112	104	468	736	285	73
62	179	ZH	Lindau	58	311	231	150	266	206	475
63	23	SZ	Feusisberg	155	84	76	11	310	598	483
64	171	ZH	Wetzikon	176	591	610	185	31	54	540
65	107	ZH	Bubikon	114	374	154	91	116	151	540
66	133	VD	Belmont-sur-Lausanne	85	48	123	709	49	638	234
67	209	ZH	Rümlang	51	765	374	105	37	391	418
68	27	ZG	Oberägeri	23	146	88	7	706	681	529
69	82	BL	Oberwil	151	180	146	401	197	429	199
70	40	NW	Hergiswil	118	30	265	17	553	167	121
71	202	VD	Aubonne	14	139	68	681	591	359	540
72	174	ZH	Ottenbach	138	65	86	159	599	629	486
73	77	TI	Paradiso	98	23	356	67	21	658	632
74	8	ZH	Meilen	416	482	29	25	342	314	135
75	162	ZH	Grünigen	48	492	112	150	343	481	540
76	191	AG	Aarau	200	105	489	234	83	1	679
77	108	ZH	Russikon	75	665	65	140	204	446	475
78	203	AG	Wettingen	111	621	593	225	127	262	364
79	37	GE	Carouge	112	129	386	245	6	16	885
80	124	LU	Luzern	172	29	705	339	170	102	874
81	104	ZH	Hombrechtikon	177	679	159	185	421	285	135
82	225	ZH	Hausen am Albis	60	639	48	150	541	523	486
83	113	ZG	Menzingen	10	384	183	14	502	766	529
84	153	ZH	Lufingen	13	353	6	46	346	594	828
85	60	ZH	Greifensee	70	733	165	48	220	830	612
86	139	ZH	Wangen-Brüttisellen	105	224	281	57	37	761	612
87	196	ZH	Buchs	31	663	478	108	122	632	418
88	120	ZH	Mönchaltorf	188	692	147	124	271	529	612
89	135	ZH	Regensdorf	59	487	459	140	53	569	418
90	147	ZH	Bassersdorf	170	546	313	116	122	624	828
91	211	ZH	Andelfingen	166	403	28	159	352	124	441
92	126	BS	Basel	87	264	634	632	1	235	920
93	70	ZH	Geroldswil	152	676	226	68	308	646	715
94	198	AG	Bergdietikon	43	731	33	168	398	414	364
95	58	ZH	Maur	187	715	72	39	186	339	612
96	374	VD	Puidoux	183	220	528	714	201	170	234
96	115	ZH	Opfikon	8	397	601	76	22	815	828
98	138	ZH	Stallikon	133	200	41	70	112	465	486
99	177	ZH	Weisslingen	94	434	122	76	299	579	475
100	220	ZH	Oetwil am See	255	766	542	159	451	37	135



Kantonssieger: Teufen AR.

>>> Fortsetzung von Seite 25

Binningen im Kanton Basel-Landschaft machte einen Riesensprung auf Platz sechs der Gesamtrangliste, nachdem es im Vorjahr noch auf Rang 52 gelegen hatte. Das Schlusslicht bildet, wie bereits letztes Jahr, Val-de-Travers aus dem Kanton Neuenburg. Auffallend ist: Viele der diesjährigen Kantonssieger konnten sich auch im Gesamtranking verbessern, wie Kantonssieger Teufen aus Appenzell Ausserrhoden, der von Rang 166 auf Rang 40 hochkletterte. Auch der Kantonssieger aus dem Thurgau, Münsterlingen, konnte von Platz 296 mit einer riesigen Verbesserung auf Position 103 vorrücken. Was die Städte angeht, gab es zahlreiche Verschiebungen in beide Richtungen. Während die zwei grössten Städte, Zürich und Genf, nach hinten rutschten, auf Rang 30 beziehungsweise Rang 118, konnten sich viele Kantonsstädte verbessern: Luzern platzierte sich auf Rang 80, Basel auf Position 92, Bern auf Platz 147. Der spektakulärste Terraingewinn gelang St. Gallen, die Stadt verbesserte sich um über hundert Plätze auf die Position 328.

«Wir rennen nicht jedem Trend hinterher»

Im Kanton Schwyz kletterte Altendorf auf das Podest (Gesamtranking Platz 16). Die Gemeinde am südlichen Ufer des oberen Zürichsees liess damit Tiefsteuergemeinden wie Wollerau oder Freienbach aus demselben Kanton hinter sich. Überraschend ist das eigentlich nicht: Altendorf hat ein Naherholungsgebiet vor der Haustür, das Gelände ist leicht ansteigend, beinahe jeder Einwohner hat Sicht auf den See, ein Autobahnanschluss sorgt für gute Erreichbarkeit, auch und speziell für Wirtschaftstreibende, und die vielen Vereine helfen bei der Integration der Zuzüger. «Wir zählen nicht mehr so viele Bauern in unserer Gemeinde wie einst», sagt Gemeindepräsident Beat Keller,

>>> Fortsetzung auf Seite 28

Auf- und Absteiger

Sieben von zehn Städten holten auf

Rang 2018	Rang 2017	Stadt	
60	105	Winterthur	▲
80	124	Luzern	▲
92	126	Basel	▲
147	168	Bern	▲
293	294	Chur	▲
328	434	St. Gallen	▲
482	516	Biel	▲

Die Absteiger

Rang		Stadt	
30	22	Zürich	▼
118	45	Genf	▼
500	493	Schaffhausen	▼

Die Newcomer

Immobilienpreis-Steigerungen über die letzten 3 Jahre

Kanton	Gemeinde	Werte in %
AR	Walzenhausen	33,8
SG	St. Margrethen	33,4
SZ	Ingenbohl	32,9
TG	Münsterlingen	26,4
LU	Rain	26,3

Immobilienpreis-Wertverluste über die letzten 3 Jahre

Kanton	Gemeinde	Werte in %
BE	Diemtigen	-15
VD	Penthalaz	-13
GE	Puplinge	-11
VS	Leytron	-11
LU	Buttisholz	-8

Die Steuerparadiese

Die tiefsten Steuern für Singles, je Kanton

Kanton	Gemeinde	Steuern in %
SZ	Wollerau	6,5
ZG	Baar	7,5
NW	Hergiswil	9,3
LU	Meggen	9,9
ZH	Kilchberg	10,2

Die höchsten Steuern für Singles, je Kanton

Kanton	Gemeinde	Steuern in %
NE	Val-de-Travers	20,3
JU	Val Terbi	19,5
FR	Plaffeien	19,1
BE	Valbirse	18,9
SO	Derendingen	18,5

Städte

Grosser Sprung nach vorne

Die beste Gemeinde im Kanton St. Gallen ist zwar Bad Ragaz, das sich auf dem 226. Gesamtrang befindet. Am meisten verbessert hat sich aber die Hauptstadt.

Noch ist St. Gallen weit weg von den absoluten Spitzenrängen im *Weltwoche*-Gemeinderating, aber die Ostschweizer Stadt mit rund 78 800 Einwohnern hat im Mittelfeld unter den insgesamt 921 Gemeinden einen auffällig grossen Sprung nach vorne gemacht. Im Vergleich mit dem Vorjahr erzielte sie eine Verbesserung um sage und schreibe 106 Positionen und schob sich vom 434. auf den 328. Rang. Unter den zehn grössten Städten des Landes gab es keine vergleichbare Verbesserung, auch wenn fünf andere Städte ebenfalls nach vorne rückten, darunter Basel, Bern, Winterthur und Luzern. Zürich und Genf hingegen gehören zu den Absteigern. Da schmeckt die Olma-Bratwurst doch gleich noch besser. Doch wo liegen die Gründe für St. Gallens Aufstieg?

Stark im Arbeitsmarkt

Zwar hat die Ostschweizer Metropole im innerkantonalen Vergleich etwas Terrain eingebüsst und ist vom 8. auf den 9. Platz zurückgefallen. Über alle sieben Beurteilungskategorien gesehen, taucht die Stadt denn auch nirgends unter den besten neunzig Positionen auf. Am besten schneidet sie mit Rang 94 wie schon 2017 wieder beim Wohnen ab, auch wenn sie da dreissig Plätze preisgeben musste. Insgesamt rückte St. Gallen in absoluten Zahlen aber kräftig vor, dies vor allem dank Fortschritten in



Kräftiges Plus: St. Gallen.

drei Disziplinen: Ein kräftiges Plus gab es beim Kriterium Arbeitsmarkt, wo man Rang 487 (Vorjahr 661) erreichte. Auch bei der Versorgung mit Rang 122 (Vorjahr: 211) und bei der Sicherheit mit Platz 754 (Vorjahr: 866) konnte sich St. Gallen markant steigern.














Praktisch unverändert zeigen sich die Resultate in den Kategorien Bevölkerungsstruktur (Rang 817, Vorjahr: 792), Steuern (Rang 674, Vorjahr: 673) und Erreichbarkeit (Rang 358, Vorjahr: 361). Die starke Verbesserung beim Arbeitsmarkt hat in St. Gallen unter anderem mit der Entwicklung der Arbeitslosigkeit zu tun. Nach Angaben der kantonalen Statistikdatenbank sank die Arbeitslosenquote in der achtgrössten Stadt der

Schweiz von 3,1 Prozent auf 2,5 Prozent und ist damit so tief wie seit vielen Jahren nicht mehr. Noch im Jahr 2010 lag dieser Wert bei 4 Prozent. Gleichzeitig ging der Anteil der Stellensuchenden im Verhältnis zur Bevölkerung von 4,1 auf 3,6 Prozent zurück. Zudem nahm im tertiären Dienstleistungssektor die Zahl der Stellen auf über 50 000 zu. Bei der Versorgung verbesserte sich St. Gallen ebenfalls, das heisst, es gab Fortschritte bei der Zahl an Ärzten, Spitälern und Schulen. Ausserdem wurde das Freizeit- und Kulturangebot reichhaltiger.

Sichere Strassen

Grundsätzlich ist St. Gallen eine sichere Stadt, in der man nicht um sein Leben fürchten muss. Punkto Sicherheit gingen in der Olma-Stadt die Verstösse gegen das Strafgesetzbuch zwar nicht zurück, nein, denn 2016 wurden laut Kriminalstatistik noch 4593 solcher Straftaten gezählt, und ein Jahr später waren es 5051 oder rund 10 Prozent mehr. Bei den Delikten im Zusammenhang mit dem Betäubungsmittel- und dem Ausländergesetz stellte sich aber jeweils eine Verbesserung ein. Die Zahl der Drogendelikte ging von 1984 auf 1647 zurück, was einer Verbesserung um 17 Prozent entspricht. Um 12 Prozent nahm im gleichen Zeitraum die Zahl der Verstösse gegen das Ausländergesetz ab: von 280 auf 247. Auf der Strasse ist man in der Stadt St. Gallen grundsätzlich sicher unterwegs; im Strassenverkehr kommt St. Gallen zugute, dass es im letzten Jahr keinen einzigen Unfall mit Todesfolge gab. Und bei den 155 Unfällen im Jahr 2017 mit Personenschaden auf Stadtgebiet wurde gemäss Verkehrsunfallstatistik auch niemand lebensgefährlich verletzt. *Michael Baumann*

Die drei attraktivsten Gemeinden pro Kanton

Kanton	Rang innerhalb Kanton	Gesamtrang Schweiz	Gemeinde	Rang Wohnen	Rang Arbeitsmarkt	Rang Bevölkerungsstruktur	Rang Steuern	Rang Erreichbarkeit	Rang Versorgung	Rang Sicherheit
	1	11	Oberwil-Lieli	33	119	11	35	431	587	37
	2	76	Aarau	200	105	489	234	83	1	679
	3	78	Wettingen	111	621	593	225	127	262	364
	1	424	Schwende	339	659	311	243	905	100	29
	2	439	Rüte	501	441	74	132	902	844	29
	3	491	Appenzell	793	26	417	72	870	36	29
	1	40	Teufen	288	73	172	302	708	23	34
	2	153	Speicher	308	70	336	487	739	260	34
	3	284	Heiden	377	431	476	477	789	250	32
	1	147	Bern	190	157	663	753	1	4	795
	2	191	Muri bei Bern	428	159	324	628	71	137	795
	3	214	Bolligen	409	403	188	790	71	732	795
	1	6	Binningen	55	96	297	374	29	311	199
	2	17	Bottmingen	11	322	128	328	58	499	199
	3	41	Reinach	92	356	462	457	247	252	199
	1	92	Basel	87	264	634	632	1	235	920
	2	154	Riehen	194	375	278	514	23	587	920
	3*	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	1	184	Freiburg	310	60	802	624	54	49	845
	2	309	Granges-Paccot	234	227	493	479	262	504	845
	3	360	Düdingen	423	175	647	639	91	38	251
	1	28	Pregny-Chambésy	167	11	2	190	15	189	885
	2	79	Carouge	112	129	386	245	6	16	885
	3	118	Genf	232	87	538	324	1	98	885
	1	685	Glarus	833	320	655	400	849	108	406
	2	736	Glarus Nord	801	400	567	391	803	361	406
	3	890	Glarus Süd	916	562	885	418	901	423	406
	1	117	Maienfeld	262	18	97	195	784	223	113
	2	185	Felsberg	39	652	92	375	561	853	69
	3	208	St. Moritz	457	22	293	53	501	266	147
	1	786	Delsberg	855	573	797	784	132	51	566
	2	819	Courtételle	769	858	568	673	290	899	566
	3	852	Saignelégier	826	761	750	860	897	110	146
	1	1	Meggen	21	19	95	29	473	59	273
	2	35	Horw	29	32	450	196	525	407	273
	3	61	Sempach	163	112	104	468	736	285	73
	1	230	Saint-Blaise	282	496	415	904	242	146	696
	2	251	Hauterive	223	300	606	915	361	697	696
	3	293	Neuenburg	362	286	858	899	149	14	696

Kanton	Rang innerhalb Kanton	Gesamtrang Schweiz	Gemeinde
	1	70	Hergiswil
	2	156	Stans
	3	178	Beckenried
	1	144	Engelberg
	2	257	Sarnen
	5	586	Alpnach
	1	226	Bad Ragaz
	2	245	Uznach
	3	269	Mörschwil
	1	500	Schaffhausen
	2	591	Thayngen
	3	606	Neuhausen am Rheinflall
	1	254	Dornach
	2	338	Solothurn
	3	461	Hofstetten-Flüh
	1	16	Altendorf
	2	20	Lachen
	3	32	Wollerau
	1	103	Münsterlingen
	2	121	Frauenfeld
	3	225	Kreuzlingen
	1	58	Canobbio
	2	73	Paradiso
	3	111	Massagno
	1	166	Altdorf
	2	286	Flüelen
	5	778	Erstfeld
	1	26	Lutry
	2	45	Saint-Sulpice
	3	66	Belmont-sur-Lausanne
	1	379	Zermatt
	2	454	Bagnes
	3	526	Vouvry
	1	4	Zug
	2	5	Baar
	3	9	Cham
	1	2	Zollikon
	2	3	Rüschlikon
	3	7	Pfäffikon

* Im Halbkanton Basel-Stadt sind nur zwei statt dreier Gemeinden ausgewiesen.

>>> Fortsetzung von Seite 26

der selber im Hauptberuf Bauer ist, «dennoch ist Altendorf eine bäuerlich geprägte Gemeinde geblieben. Wir rennen nicht jedem Trend hinterher, wir halten traditionelle Werte hoch.» Im Dorf kennt man sich. Die Wege zu den Volksvertretern sind kurz. «Am Sonntag kommt es schon mal vor, dass mich Einwohner im Stall besuchen, da sie wissen, dass ich um fünf Uhr in der Früh die Kühe melke und Zeit habe.» Ein weiterer Pluspunkt: Letztes Jahr wurden in den Schulen Tagesstrukturen eingeführt. Mit dem Ergebnis, dass zehn Kinder, die bislang Privatschulen besuchten, in die öf-

fentlichen Schulen zurückkehrten. «In anderen Gemeinden ist häufig das Gegenteil der Fall», sagt Beat Keller.

Mitten im Appenzellerland liegt Teufen, herausgeputzt und adrett auf einer Sonnenterrasse. Dort wächst die Zahl der Einwohner seit Jahren beständig, derzeit sind es um die 6200 – dies im Gegensatz zu anderen Gemeinden, die Abwanderungen verzeichnen müssen. Nebst dem Kantonssieg, den sich die zweitgrösste Gemeinde Ausserrhodens holte, konnte sich Teufen im Gesamtanking von Rang 166 auf sage und schreibe Position 40 verbessern. Dies aufgrund einer niedrigen Ar-

beitslosigkeit, einer attraktiven Infrastruktur und einer hohen Sicherheit. Ein neues Grossprojekt wird künftig auch die Erreichbarkeit verbessern. Die Appenzeller Bahnen sollen

Herausgeputzt und adrett, auf einer Sonnenterrasse gelegen, wächst die Zahl der Einwohner seit Jahren.

doppelspurig ausgebaut werden, um das ferne St. Gallen künftig im Viertelstundenrhythmus zu erreichen. Der Nachteil dabei: Wegen der Grossbaustelle in den kommenden drei bis

Schweiz

«Die Preise in B-Lagen boomen»

Donato Scognamiglio, Professor an der Universität Bern und verantwortlicher Leiter des Gemeinderatings, beantwortet die wichtigsten Fragen zum Immobilienmarkt.

Gemeinden mit hohen Immobilienpreisen liegen im Gemeinderating weit vorne. Wo ist die Logik dahinter? Mieter beziehungsweise Wohnungskäufer haben es in diesen Gemeinden ja schwer.

Beim Rating gehen wir davon aus, dass hohe Immobilienpreise auch eine positive Bewertung für den jeweiligen Standort darstellen. Es ist die Natur des Marktes, dass bei knappem Angebot zumindest mittelfristig ein Teil der Nachfrage nicht befriedigt wird. Langfristig sollten die hohen Preise zu einer Vergrößerung des Angebots führen und die Preise wieder sinken. Wann dieser Ausgleich dann eintritt, steht auf einem anderen Blatt.

Wo brummt der Immobilienmarkt?

Preisanstiege sind vermehrt an sogenannten B-Lagen zu beobachten. Etwa in Städten wie Pfäffikon, Thalwil, Altstätten SG, Cham und Arbon. Dort sind die Preise für Eigenheime in den letzten drei Jahren um jeweils über 20 Prozent gestiegen. Es sind allesamt Städte in der Nähe grosser Schweizer Zentren.

Welche Städte oder Regionen werden sich künftig positiv entwickeln?

Die grossen Städte Genf, Bern, Basel und Zürich mit ihren Agglomerationen werden weiterhin ganz vorne mitspielen. Es gibt bis jetzt keine Anzeichen, dass sich dieser Trend hin zu den Agglomerationen kurzfristig ändern wird.

Wo entstehen am meisten Wohnungen, wo wird am wenigsten getan?

In der Stadt Opfikon wurde das Wohnangebot über die letzten fünf Jahre mit Abstand am stärksten vergrössert. Aber auch in Städten wie Bulle, Sierre, Arth

und Nyon wurde rege gebaut. Opfikon dürfte dabei von seiner Lage zwischen dem Wirtschaftsmotor Zürich und dem Flughafen profitieren. Zudem sind Ausnutzungsreserven vorhanden. Im Gegensatz dazu ist der Gesamtbestand in Basel geschrumpft. Ferner finden sich am unteren Ende des Spektrums Gemeinden wie Riehen, Locarno, Muttentz und Birsfelden mit sehr tiefen Wachstumsraten.

Auf politischer Ebene tut sich einiges. Es gibt zahlreiche parlamentarische Vorstösse, eine Volksinitiative des Mieterverbandes ist pendent. Wird es künftig mehr Druck auf Wohnungseigentümer geben, Wohnungen billiger anzubieten?

Eine grosse Mehrheit der Stadtbewohner ist Mieter. Hier fallen wohnpolitische Vorlagen naturgemäss auf fruchtbaren Boden. Aufgrund der raschen Wirtschaftsentwicklung in den Zentren sehen sich zudem viele Stadtbewohner mit steigenden Wohnkosten konfrontiert. Gleichzeitig wird es in vielen Städten schwieriger, die verbleibenden Reserven auszureizen, also das Angebot zu vergrössern. Der politische Druck auf die Wohnungseigentümer dürfte in den Zentren deshalb weiter steigen.



Donato Scognamiglio ist CEO des Informations- und Ausbildungszentrums für Immobilien (IAZI) und Professor an der Universität Bern. Er ist verantwortlicher Leiter des Gemeinderatings.

Die Fragen stellte Carmen Schirm-Gasser.

Rang Wohnen	Rang Arbeitsmarkt	Rang Bevölkerungsstruktur	Rang Steuern	Rang Erreichbarkeit	Rang Versorgung	Rang Sicherheit
118	30	265	17	553	167	121
348	185	349	87	355	183	121
182	122	90	42	747	261	121
199	1	220	134	893	159	167
246	13	361	114	847	387	167
468	103	463	250	730	917	167
203	31	527	315	783	65	445
268	554	589	689	552	120	323
323	73	77	173	515	780	566
596	567	740	537	193	80	776
567	738	395	483	644	89	794
695	520	907	548	530	456	776
371	267	363	597	122	694	232
413	97	716	776	173	96	873
584	506	124	781	692	641	232
6	133	87	15	114	792	399
168	81	129	16	77	73	399
200	112	305	9	378	246	483
44	46	134	158	686	481	652
265	93	483	283	103	29	597
124	115	712	244	326	295	652
142	12	357	214	385	164	632
98	23	356	67	21	658	632
191	88	615	180	44	849	632
186	10	502	133	881	255	150
374	481	466	149	836	186	150
901	737	902	238	878	268	150
126	82	58	573	47	174	234
4	61	7	567	168	215	659
85	48	123	709	49	638	234
156	23	487	385	919	189	452
479	53	149	382	871	42	578
257	604	611	562	483	706	688
5	106	116	2	74	135	529
1	41	97	1	171	534	529
3	111	164	6	393	249	529
140	190	64	31	43	346	135
97	198	35	19	32	126	431
88	375	187	105	36	28	475

Untersucht wurden 921 Gemeinden mit über 2000 Einwohnern. Rang 1 ist die beste, Rang 921 die schlechteste Rangierung. QUELLE: IAZI

vier Jahren werden Staus an der Tagesordnung sein. Die Bevölkerung ist informiert und trägt die Entwicklung offensichtlich mit Fassung. Immerhin, so wird sich manch einer sagen, kann man in Teufen mitreden. Wie auch beim nächsten Projekt, das ansteht, bei der Gestaltung des Dorfzentrums. «In Workshops konnten unsere Gemeindemitglieder ihre Ideen und Wünsche einbringen», hebt Gemeindepräsident Reto Altherr hervor.

Überraschende Vorschläge

Er spricht eine Entwicklung an, die sich auf Gemeindeebene in der Schweiz vermehrt

durchsetzt: ein intensiverer Einbezug der Bürger in die Gemeindepolitik. Dieser neue Trend ist vielfach mit ein Grund für den Erfolg und den Anklang einer Gemeinde bei den Bürgern. Dies war auch in Altendorf, dem Kantonssieger aus Schwyz, entscheidend. Dort wurde noch vor Beginn der Planung eines Parks am See mittels einer Befragung bei der Bevölkerung sondiert, wie dieser ausschauen sollte. «350 Fragebögen kamen zurück», sagt Gemeindepräsident Beat Keller. Die Vorschläge, die man auf diese Weise sammelte und die zum Teil überraschend waren, etwa zu Feuerstellen, Ruheflächen und ökologischen Natur-

zonen, wurden direkt in die Planung übernommen. Anders liegen die Verhältnisse in Bad Ragaz, dem Kantonssieger von St. Gallen. Eine Dorfumfahrung zur Dorfkernentlastung wurde noch im Frühling 2017 an der Urne verworfen. Bei der nächsten Vorlage soll sich dies nicht wiederholen. «In Zukunft soll die Bevölkerung frühzeitig miteinbezogen werden», sagt Daniel Bühler, Gemeindepräsident von Bad Ragaz. «In Workshops werden wir zusammen mit Bürgern und einem Verkehrsplanungsbüro mögliche Verkehrskonzepte diskutieren, prüfen und entwickeln.»

>>> Fortsetzung auf Seite 30



Nach hinten gerutscht: Hauptort Genf.

>>> Fortsetzung von Seite 29

«Runde Tische mit der Bevölkerung, Workshops, Zukunftstage, Befragungen – all das sind Instrumente, die man vor wenigen Jahren in den meisten Gemeinden noch nicht kannte», sagt Reto Steiner, Professor Public Management und Direktor an der Fachhochschule ZHAW. «Traditionell gab es lediglich die Gemeindeversammlungen, an denen abgestimmt wurde. Heute wollen die Bürger miteinbezogen werden, wenn es um Kommunalpolitik und um Dorfentwicklungen geht, von denen sie direkt betroffen sind.» – «Durch die Einbindung der Bevölkerung in die Gemeindepolitik kann deren Interesse an Politik zurückgeholt werden», ist Reto Lindegger, Präsident des Gemeindeverbands, überzeugt. Ortsplanung, neue Strassen, Spielplätze, Jugendarbeit und Alterspolitik – es gibt kaum ein Thema, bei dem die Bürger nicht gefragt

Die Methode

Wie die 921 Gemeinden untersucht wurden

Die Studie wurde von der Zürcher Beraterfirma für Immobilien und Standortfragen IAZI erstellt. Für die Untersuchung wurden sämtliche Gemeinden der Schweiz zum Vergleich herangezogen und in der Folge aus Gründen der Vergleichbarkeit all jene Gemeinden ermittelt und miteinander verglichen, die mehr als 2000 Einwohner haben, also insgesamt 921. Sie wurden einerseits einem Niveau-Ranking unterzogen, das die gegenwärtige Attraktivität misst, beispielsweise die Beschäftigungszahlen. Der zweite Teil umfasst ein Dynamik-Ranking, das die Entwicklung während eines längeren Zeitraums beurteilt, wie die Veränderung der Beschäftigungszahlen über drei Jahre. Die Bewertung erfolgt auf Basis von fünfzig Einzelindikatoren. Jeder dieser Indikatoren (z. B. Firmenneugründungen) erhält einen Rang. Rang 1 ist der beste, 921 der schlechteste. Mit Hilfe dieser Rangpunkte können die Gemeinden in den einzelnen Kategorien direkt miteinander verglichen werden. Die fünfzig Indikatoren werden in sieben Kategorien gruppiert (Wohnen, Arbeitsmarkt, Bevölkerungsstruktur, Steuern, Erreichbarkeit, Versorgung, Sicherheit). Die Immobilienpreise wiegen

Die Teuersten

Die höchsten Preise für Eigentumswohnungen, je Kanton

Kanton	Gemeinde	in Franken
GE	Genf	1 800 000
ZH	Küsnacht	1 600 000
ZG	Zug	1 500 000
SZ	Wollerau	1 400 000
LU	Meggen	1 200 000

Die tiefsten Preise für Eigentumswohnungen, je Kanton

JU	Haute-Sorne	400 000
BE	Diemtigen	430 000
VS	St. Niklaus	460 000
SO	Mümliswil-Ramiswil	460 000
GL	Glarus Süd	480 000

Die Nachzügler

Diese Gemeinden führen die Liste von hinten an

Rang	Kanton	Gemeinde
921	NE	Val-de-Travers
920	JU	Haute-Sorne
919	JU	Val Terbi
918	JU	Courgenay
917	SO	Mümliswil-Ramiswil

werden wollen. So hat denn der Gemeindeverband auch die Website In-comune.ch geschaffen, auf der Beispiele von Gemeindeprojekten gesammelt werden, die zusammen mit der Bevölkerung erfolgreich lanciert wurden.

Natürlich stellt sich die Frage, wie häufig solche partizipativen Prozesse schon heute in

Die Prosperierenden

Tiefste Arbeitslosigkeit, je Kanton

Kanton	Gemeinde	Quote in %
AI	Rüte	0,3
FR	Ueberstorf	0,3
GR	Grüsch	0,3
LU	Escholzmatt-Marbach	0,3
SZ	Muotathal	0,3

Höchste Arbeitslosigkeit, je Kanton

NE	Peseux	3,9
VD	Lausanne	3,6
GE	Carouge	3,5
VS	Ardon	3,5
AG	Neuenhof	3,3

der Praxis angewendet werden. Eine Studie des Nationalfonds, die im Oktober veröffentlicht werden soll und unter der Leitung von Reto Steiner erarbeitet wurde, bringt Licht in

Es gibt kaum ein Thema, bei dem die Bürger nicht gefragt werden wollen.

die Sache. Die Ergebnisse zeigen: Mehr als die Hälfte der Gemeinden nutzen heute Bevölkerungsbefragungen (52 Prozent), das sind 17 Prozent mehr als noch vor fünf Jahren. Rund ein Drittel der Gemeinden führt regelmässige runde Tische durch (36 Prozent), rund ein Viertel arbeitet mit sogenannten Zukunftswerkstätten (24 Prozent). Auffallend ist: Je grösser die Gemeinde, desto eher werden partizipative Prozesse genutzt.

Während lediglich 17 Prozent der Gemeinden mit bis 250 Einwohnern zu runden Tischen einladen, sind es bei Gemeinden mit bis 5000 Einwohnern rund 42 Prozent, bei Gemeinden mit über 5000 Einwohnern gar 83 Prozent. «Das liegt daran, dass in grösseren Gemeinden per se mehr Projekte anfallen, von denen mehr Personen betroffen sind als in kleinen Gemeinden, und deshalb naturgemäss häufiger Workshops stattfinden», sagt Reto Steiner. Zudem seien die Kompetenzen zur Nutzung von neuen Beteiligungsformen in grösseren Gemeinden eher vorhanden. Alles in allem zeigt das Gesamtbild eine erfreuliche Entwicklung: In den Gemeinden nimmt die Bereitschaft zu, die Anliegen der Bevölkerung ernst zu nehmen.

Die Auswertung für alle 921 Gemeinden finden Sie im Internet unter www.weltwoche.ch/gemeinderating2018

Die E-Rechnung vereinfacht den Zahlungsverkehr

Seit 2013 stellt und empfängt die Stadt Chur Rechnungen elektronisch und entspricht damit dem Zeitgeist.

Als Teil seiner E-Government-Strategie verlangt der Bund von den Verwaltungen ab 2016 die E-Rechnung. Für die Stadt Chur kein Problem. «Seit Oktober 2013 empfangen wir Rechnungen elektronisch», sagt Albin Bislin, Leiter Rechnungswesen bei der Stadt Chur. «Leider bieten noch nicht alle Lieferanten die E-Rechnung an, aber wir erweitern den Kreis stetig.»

Viele Vorteile für alle

Gestellt werden Rechnungen bereits seit April 2013 elektronisch. Für Bislin liegen die Vorteile auf der Hand: «Für den Kunden ist es einfacher und effizienter, und auch wir profitieren von der schnellen und sicheren Lösung.» Da Daten wie der Betrag oder die Referenznummer vorgegeben seien, gebe es wesentlich weniger Fehler bei der Einzahlung. Da auch Zahlungstermine eingegeben werden können, müsse ausserdem weniger gemahnt werden.

Der Weg zur E-Rechnung

Dass die E-Rechnung eingeführt wurde, habe verschiedene Gründe gehabt. «Einerseits kannten wir die E-Rechnung privat, andererseits



Albin Bislin, Leiter Rechnungswesen bei der Stadt Chur, schätzt die E-Rechnung als Rechnungssteller und -empfänger.

wurden wir von unseren Kunden und unserem Softwarelieferanten darauf angesprochen», erzählt Bislin. «Als die Aktualisierung unserer Angebote im Raum stand, wollten wir den Schritt machen.»

Mit PostFinance eingeführt

Während die IT-Abteilung den Softwarelieferanten kontaktiert habe, habe er sich mit seinem Kundenberater bei PostFinance in Verbindung gesetzt. «Wir nutzen im Bereich Zahlungsverkehr verschiedene Angebote von PostFinance und fühlen uns sehr gut aufgehoben. Mit ihrer fachgerechten Unterstützung und

dank dem grossartigen Einsatz unserer IT-Mitarbeitenden ging die Umstellung zügig und problemlos über die Bühne.»

Positive Reaktionen

Die Stadt Chur hat viele positive Reaktionen auf die Einführung der E-Rechnung erhalten. «Rund 1500 unserer Kundinnen und Kunden sind auf die elektronische Rechnung umgestiegen, und viele haben sich für den fortschrittlichen Service bedankt.» Albin Bislin würde den Weg jederzeit wieder gehen. «Wir haben nur gute Erfahrungen gemacht.»



Auf Gedeih und Verderb: Premierminister Sánchez (l.) mit Gattin und Bundeskanzlerin Merkel (2. v. r.) mit Ehemann in Südspanien, 11. August.

Asylheim Schweiz

Die derzeit angestrebten Veränderungen in der EU-Asylpolitik haben dramatische Konsequenzen. Auch und gerade für die Schweiz.

Von *Christoph Mörgeli*

Von den hiesigen Medien wenig beachtet, wälzt die Europäische Union gegenwärtig ihr Dublin-System grundlegend um. Dieses bestimmt die Zuständigkeit der zurzeit 28 EU-Staaten und der vier assoziierten Länder Schweiz, Island, Liechtenstein und Norwegen für die Behandlung der Asylgesuche. Seit Mitte 2013 gilt die Verordnung Dublin III, ergänzt mit dem Eurodac-System zur Regelung der Abnahme von Fingerabdrücken. Erklärtes Ziel ist es, die Zuständigkeit der Staaten für die Bearbeitung eines Asylgesuchs festzulegen und gleichzeitig zu gewährleisten, dass sämtliche Asylgesuche ordentlich behandelt werden. Unklare Zuständigkeiten und das Hin- und Herschieben sollen so ebenso verhindert werden wie eine lange Ungewissheit, ob auf ein Asylgesuch eingetreten wird oder nicht.

Mit dem Beitritt zum Vertragswerk von Schengen/Dublin hat sich die Schweiz 2008

verpflichtet, die entsprechenden EU-Regeln und auch die rechtlichen Weiterentwicklungen zu übernehmen. Es handelt sich damit – zusammen mit dem Flugverkehrsabkommen – um eine Ausnahme innerhalb der bilateralen Verträge, die ansonsten keine dynamische Rechtsübernahme vorsehen. Wie bei der Personenfreizügigkeit herrscht bei Dublin insofern eine Guillotineklausel, als im Falle einer schweizerischen Verweigerung der Übernahme einer einzelnen Weiterentwicklung die EU das Dublin-Vertragswerk als Ganzes aufkündigen könnte. Unser Land hat mit dem Assoziierungsabkommen gewissermassen auf Gedeih und Verderb an Brüssel angedockt.

«Dublin nicht funktionsfähig»

Dieser Verlust an Souveränität dürfte künftig ernstliche Auswirkungen auf das Schweizer Asylwesen haben. Denn nicht erst seit dem

Spanien-Besuch der deutschen Bundeskanzlerin vom letzten Wochenende, sondern schon vor Jahren hat sich im EU-Raum die Erkenntnis ausgebreitet, dass Brüssels gemeinsames Asylsystem gescheitert ist. Im Urlaubsort Sanlúcar de Barrameda hat Angela Merkel jetzt Klartext gesprochen: Das Dublin-System sei «nicht funktionsfähig», die gesamte europäische Asylpolitik müsse neu geordnet werden. Dass sie selber durch ihre illegale «Willkommenskultur» zu diesem Scheitern erheblich beigetragen hat, verschwieg sie geflissentlich.

Immerhin sprach Merkel endlich aus, was der gesunde Menschenverstand eigentlich schon immer hätte voraussagen können: Weil jener Staat für den Asylbewerber zuständig ist, dessen Boden dieser zuerst betritt, kam es zur heillosen Überforderung der Mittelmeerlande. «Nach der Theorie dürfte nie ein

Migrant oder ein Flüchtling in Deutschland ankommen», meinte Merkel. Genau dasselbe hätte sie natürlich über die Schweiz sagen können. Dann forderte die Kanzlerin ein «faires Verteilungssystem» und Massnahmen, um «gemeinsam die Rückführung zu organisieren». Die von Deutschland immer wieder angemahnte Flüchtlingsverteilung sei «lösbar» – und müsse «im Geist der Partnerschaft» geschehen.

Nun hat Angela Merkel während ihrer zwei Tage in Spanien nicht zufällig das Thema Flüchtlinge auf die Tagesordnung gesetzt. Die neue Rechtsregierung in Italien will keine Bootsflüchtlinge mehr aufnehmen und darüber hinaus sogar eine halbe Million illegaler Migranten loswerden. Weil auch die libysche Küstenwache effizienter arbeitet, strömen mittlerweile am meisten Flüchtlinge

Nun können auch ganze Gruppen von bis zu dreissig Personen kollektiv Asylbegehren stellen.

via Marokko ins sozialistisch regierte Spanien. Wie hilflos aber sowohl Deutschland wie Spanien in der Flüchtlingskrise agieren, zeigt das gegenseitig unterschriebene Flüchtlingsabkommen: Neu dürfen Migranten, die an der deutsch-österreichischen Grenze überprüft wurden und die bereits einen Asylantrag in Spanien gestellt haben, innert 48 Stunden auf die Iberische Halbinsel zurückgeschafft werden. Einziger Pferdefuss: Solche Personen gibt es so gut wie keine.

Bereits die vierte Revision

Wie untauglich die Instrumente des Dublin-Systems sind, belegt die Tatsache, dass die EU innert weniger Jahre bereits vier Mal an diesem System herumgebastelt hat. Höflicher kann man die jeweils vollmundig versprochene Wirksamkeit der verschiedenen Reformen kaum bezeichnen. Gegenwärtig arbeiten sich die verschiedenen Entscheidungsinstanzen in Brüssel an Dublin IV ab. Neben der Aufhebung der Grenzkontrollen innerhalb Europas bei angeblich rigoroser Kontrolle der Aussengrenze durch den Schengen-Vertrag sollte ja Dublin mit dem Erstasyl-System eine gewisse Systematik in die Migrationsbeziehungsweise Flüchtlingsströme bringen, die sich seit Jahrzehnten aus Süden und Osten in Richtung Europa wälzen. Die seit Anfang 2014 gültige Dublin-III-Verordnung hat ohne inhaltliche Kurskorrektur lediglich den Anwenderkreis auf neue EU-Staaten ausgeweitet.

Mittlerweile haben sich die Brüsseler Institutionen aber zu einer eigentlichen Kurskorrektur durchgerungen. Sie sprechen zwar lieber von «Neuerungen zu Dublin III», im Grunde geht es aber um eine «Dublin-IV-Ver-

ordnung». Das EU-Parlament hat das Reformvorhaben im Juli 2018 in den grossen Linien genehmigt. Demnächst soll das Projekt auch im Ministerrat verhandelt werden, wo schon ein qualifiziertes Mehr reicht. Die Neuerungen wären dramatisch: Jeder, der als Asylsuchender die Schengen-Aussengrenze erreicht, darf angeben, in welchem Schengen-Land er Verwandte, Bekannte oder Freunde hat. Er darf beanspruchen, in den gewünschten Einwanderungsstaat überwiesen zu werden. Dort kann der Asylbewerber Wohnsitz nehmen und das ordentliche Asylverfahren durchlaufen.

Direkte Demokratie ausgehebelt?

Die Auswirkungen von Dublin IV auf die Schweiz sind ebenso dramatisch wie voraussehbar. Der Grossteil der meist kulturfernen Asylsuchenden hat Kontakte und Beziehungen in Deutschland, Schweden, Frankreich – und selbstverständlich in der Schweiz. Stöhnten bislang Griechenland, Italien und Spanien über den Ansturm und die Überforderung durch das Erstasyl-System, dürften es künftig diese westeuropäischen Länder sein; dies umso mehr, als sich der Verteilungsschlüssel auch an der «Wirtschaftsleistung» orientieren soll. Rumänien, Bulgarien, Litauen oder Polen haben darum kaum etwas zu befürchten.

Für Deutschland aber gälte folgendes Szenario: Wenn Migranten beispielsweise aus Syrien in Griechenland eintreffen, können sie den dort zuständigen Behörden mitteilen, dass sie raschestmöglich nach Deutschland wollen. Die deutschen Empfangsstellen wären dann direkt für die Asylanträge verantwortlich. Auch die Schweiz muss sich bewusst sein, dass Dublin IV letztlich zu einer Niederlassungsfreiheit für alle Einwanderer führt, die sich selber als Flüchtlinge bezeichnen. Nur gehören gemäss unseren Kriterien weit über neunzig Prozent nicht in diese Kategorie. Mit der neuen Regelung können auch ganze Gruppen von bis zu dreissig Personen kollektiv Asylbegehren stellen. Jeder Asylsuchende hat überdies das Recht auf eine ihn betreuende Dreierkommission, die aus einem Sachbearbeiter, einem Dolmetscher und einem Kulturvermittler besteht.

Damit dürfte die bisherige Asylschiene nicht erschwert, sondern enorm erleichtert werden. Die Schlepper werden als neues Geschäftsfeld schon rasch den Verkauf der Adressen von angeblichen «Bekanntem» und «Verwandten» in den begehrten Gaststaaten entdecken. Die politischen Rechte der in den Schengen-Ländern niedergelassenen Bürgerinnen und Bürger sind mit Dublin IV sehr ernsthaft gefährdet. Dies gilt für die direktdemokratische Mitbestimmung in der Schweiz ganz besonders. Asylpolitischer Stoff und Zoff sind also weiterhin garantiert. ○

DIE WELTWOCH

Jetzt herunterladen! Die neue Weltwoche-App

Schnellerer Download,
bessere Grafik, mehr Bilder.
Die andere Sicht, ab sofort
noch mobiler und überall
verfügbar.



Neu: Mit
Weltwoche daily

Holen Sie sich hier die neue App:



Gelungene Integration

Das Zürcher Verwaltungsgericht stoppt die Wegweisung eines kriminellen Flüchtlings aus Afghanistan, der seit seiner Jugend delinquent und als «gemeingefährlich» gilt. Der Wiederholungstäter sei sozial integriert. Kennen die Richter die Biografie des Mannes nicht? *Von Roman Zeller*

Kriminelle Ausländer sollen des Landes verwiesen werden. So wollte es der Souverän 2010, die Ausschaffungsinitiative verschärfte das Wegweisungsprozedere. Keine Rückweisung widerfuhr einem Afghanen nach über zehnjähriger Delinquenz. Raub, Sozialhilfebetrug, Diebstahl, Sachbeschädigung, Hausfriedensbruch, einfache Körperverletzung, Übertretung des Betäubungsmittelgesetzes, «Drohung gegen den hetero- oder homosexuellen Lebenspartner» – dies ist eine Auswahl der Delikte, die zum Entzug der Niederlassungsbewilligung führten. Trotzdem dürfe er vorläufig bleiben, sagte das Zürcher Verwaltungsgericht.

Der Reihe nach: 1996 gelangte der achtjährige afghanische Flüchtling in die Schweiz. Er besuchte die Primar-, anschliessend die Realschule. Statt eine Berufsausbildung zu absolvieren, schlitterte der Jugendliche in eine Kriminalkarriere.

Unbelehrbarer Wiederholungstäter

Der kriminelle Startschuss erfolgte zwischen 2005 und 2006. Damals wurde der Afghane mit nicht einmal zwanzig Jahren zu dreissig

Statt eine Berufsausbildung zu absolvieren, schlitterte er in eine Kriminalkarriere.

Monaten Freiheitsstrafe, einer Busse und einer stationären therapeutischen Massnahme verurteilt. Unter anderem raubte, stahl, randalierte und drohte er. Der junge Mann sei erschreckend delinquent, lautete die richterliche Feststellung. Die Taten hätten sich gegen «zufällig ausgewählte Menschen» gerichtet. Die Entwicklung einer «dissozialen Persönlichkeitsstörung», was «das Begehen von Straftaten» begünstige, sei zudem wahrscheinlich. Die Dissozialität wurde 2008 diagnostiziert.

Zweimal flüchtete der Afghane während des Massnahmenvollzugs. Derweilen häufte er weitere Vergehen an – einfache Körperverletzung, Diebstahl und Hausfriedensbruch, Übertretung des Betäubungsmittelgesetzes (Klageansammlung wiederum nicht komplett). Der erneute Schuldspruch für den Zwanzigjährigen ergab zwölf Monate Freiheitsentzug, eine Busse sowie eine ambulante Massnahme.

Wiederum zeigte der Flüchtling keine Einsicht. Ab 2012 delinquierte der Wiederholungs-

I.

A, geboren 1988 und Staatsangehöriger von Afghanistan, reiste am 23. Juni 1996 zusammen mit seinen Eltern und Geschwistern in die Schweiz und ersuchten tags darauf um Asyl. Mit Verfügung vom 10. November 1999 anerkannte sie das damalige Bundesamt für Flüchtlinge (BFF; heute: Staatssekretariat für Migration [SEM]) als Flüchtlinge und gewährte ihnen Asyl. In der Folge wurde A eine Aufenthaltsbewilligung erteilt und mittlerweile ist er im Besitz einer Niederlassungsbewilligung.

A ist in der Schweiz straffällig geworden:

- Mit Urteil des Bezirksgerichts Hinwil vom 29. Juni 2007 wurde er wegen Raubes, versuchten Raubes, teilweise versuchten bandenmässigen Diebstahls, mehrfachen Diebstahls, geringfügigen Diebstahls, mehrfacher Sachbeschädigung, mehrfachen Hausfriedensbruchs, mehrfacher Drohung, mehrfacher einfacher Körperverletzung, mehrfachen Tötlichkeiten, mehrfacher Entwendung eines Fahrzeugs zum Gebrauch sowie mehrfachen Fahrens ohne Führerausweis mit einer Freiheitsstrafe von 30 Monaten und einer Busse von Fr. 600.- bestraft. Gleichzeitig wurde eine Massnahme nach Art. 61 des Strafgesetzbuches vom 21. Dezember 1937 (StGB) angeordnet.
- Mit Urteil des Bezirksgerichts Hinwil vom 13. November 2008 wurde er wegen einfacher Körperverletzung, mehrfachen Diebstahls, mehrfachen versuchten Diebstahls, mehrfacher Sachbeschädigung, mehrfachen Hausfriedensbruchs, Fahrens in fahrunfähigen Zustand, Vereitelung von Massnahmen zur Feststellung der Fahrfähigkeit, Entwendung eines Motorfahrzeugs zum Gebrauch, mehrfachen Fahrens ohne Führerausweis, Verletzung von Verkehrsregeln, pflichtwidrigen Verhaltens bei Unfall sowie mehrfacher Übertretung des Betäubungsmittelgesetzes vom 3. Oktober 1951 (BetmG) mit einer Freiheitsstrafe von 12 Monaten und einer Busse von Fr. 500.- bestraft. Gleichzeitig wurde eine ambulante Massnahme im Sinn von Art. 63 StGB angeordnet.
- Mit Strafbefehl des Starthalteramts Bezirk Hinwil vom 2. April 2012 wurde er wegen Vergehens gegen das Strassenverkehrsgesetz vom 19. Dezember 1958 (SVG) mit einer

Von Strafen «nicht beeindruckt»: Auszug aus dem Urteil des Verwaltungsgerichts.

täter im Jahresrhythmus. Drogen- und Strassenverkehrsdelikte waren ausschlaggebend für Bussen und Geldstrafen. 2016 schlug das Strafenpendel erneut heftig aus: Drohung gegen den Lebenspartner, Entwendung eines Motorfahrzeugs zum Gebrauch, mehrfaches Fahren ohne Führerausweis sowie mehrfacher Ungehorsam gegen amtliche Verfügungen, lautete das Sündenregister. Das ergab neun Monate Freiheitsstrafe plus Busse.

Nun reichte es den Behörden. Nach einer Missachtung des Kontakt- und Rayonverbots und erneutem Ungehorsam gegen amtliche Verfügungen widerrief das Migrationsamt am 18. September 2017 die Niederlassungsbewilligung des Afghanen. Unter dem Strich resultierten 51 Monate Freiheitsstrafe, mehrere strafrechtliche Massnahmen, 4800 Fran-

ken Busse und 25 800 Franken Geldstrafe. Zusätzlich der Gerichtskosten häufte er sich einen Schuldenberg von rund 50 000 Franken an.

Kapitalverbrechen sind das nicht, doch die Behörden stufen den Afghanen als «gemeingefährlich» ein. Er hätte die Schweiz bis 18. Dezember 2017 verlassen sollen. Doch das Zürcher Verwaltungsgericht sieht es anders. Freunde meinten, er habe sich gebessert. Der Mann ist mittlerweile dreissigjährig, nach wie vor unverheiratet und kinderlos, arbeitet befristet als Gerüstbauer und spricht gut Deutsch. Das Gericht beurteilt die Integration des «gemeingefährlichen» Dauerkriminellen als «gelungen».

Die Migrationsbehörde kann die Niederlassungsbewilligung grundsätzlich in zwei Fäl-

len entziehen. Als Voraussetzung hierfür gelten entweder eine längerfristige Freiheitsstrafe oder eine Anordnung von strafrechtlichen Massnahmen.

Beides trifft im Fall des Afghanen zu. So dann entscheidet die sogenannte Verhältnismässigkeit. Ausschlaggebend für den Entscheid des Migrationsamtes waren die überwiegenden öffentlichen Interessen gegenüber denjenigen des Afghanen. Die Verhältnisse in Afghanistan wurden als zumutbar gewertet.

«Grosses Interesse an der Entfernung»

Der Afghane rekurrierte erfolglos bei der Rekursabteilung des Migrationsamtes. Sofort reichte er aber Beschwerde beim Zürcher Verwaltungsgericht ein.

Der Afghane sei «nur im Gefängnis» in der Lage gewesen, sich «angepasst zu verhalten».

Das Urteil erging am 30. Mai 2018. In diesem vermerkte das Gericht, dass die strafrechtliche Visitenkarte ein «sehr grosses öffentliches Interesse an der Entfernung» des Afghanen begründe. Allerdings würden die «lange Anwesenheit in der Schweiz, seine sprachliche und soziale Integration» ein «sehr grosses Interesse» auf Verbleib ergeben. Da lediglich «ein Fünftel» der Schulden abbezahlt wurde, könne nicht von einer «erfolgreichen wirtschaftlichen Integration» gesprochen werden.

Dennoch attestierte das Zürcher Verwaltungsgericht dem am Leben gescheiterten Kriminellen erkennbare «Bemühungen» dazu. Die positiven Charaktereinschätzungen von drei Freunden und der Freundin zeigten darüber hinaus, dass ein «ausserfamiliäres soziales Netz» aufgebaut werden konnte, so die Richter. Dies veranlasste sie zur Schlussfolgerung einer «gelungenen» sozialen Integration.

Das sehen allerdings nicht alle so. Der Afghane sei «nur im Gefängnis» in der Lage gewesen, sich «angepasst zu verhalten», heisst es in einem Gutachten von 2008. Weiter erfährt man, dass er infolge des Sozialhilfebetrugs im Jahr 2010 an «18 Gesprächen», bei denen er über seine Erwerbseinkünfte hätte befragt werden sollen, bewusst nicht angetreten sei. Der Delinquent zeige sich von allen Strafen «nicht beeindruckt», woraus eine «Rückfallgefahr [...] nicht ausgeschlossen» werden könne.

All dies war den Verwaltungsrichtern bekannt. Trotzdem verstiegen sie sich zur zitierten Aussage: «Die soziale Integration des Beschwerdeführers in die hiesige Gesellschaft kann als gelungen bezeichnet werden.» Man staunt. ○

Kernkraft

Frau Schulze mischt sich ein

Die deutsche Umweltministerin fordert für Deutschland mehr Macht und Einfluss bei der Suche nach einem Atommüll-Endlager in der Schweiz.

Als junge Umweltministerin in der Regierung von Bundeskanzler Helmut Kohl ignorierte die heutige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) Mitte der Neunziger Expertenwarnungen und Einwände der betroffenen Regionen und drückte das unsichere Endlager Morsleben politisch durch. Jetzt will die Umweltministerin von Merkels Koalitionsregierung, Svenja Schulze (SPD), der Schweiz Lektionen darin erteilen, wie man die Suche nach einem Standort für strahlenden Atommüll gestalten muss.

Vor der Sommerpause, am 2. Juli, beklagte sich Schulze in einem Brief an die zuständige Schweizer Bundesrätin Doris Leuthard (CVP), dass deren Bundesamt für Energie (BfE), die federführende Behörde bei der Standortsuche nach einem Endlager für radioaktiven Abfall, die Betroffenheit der deutschen Grenzgemeinden nicht anerkenne.

«Vertrauensverlust»

Fast gekränkt erinnert sie zuerst daran, dass 2006 das deutsche Bundesministerium für Umwelt die Expertengruppe «Schweizer Tiefenlager» eingerichtet und mit dem Umweltministerium von Baden-Württemberg die «Deutsche Koordinationsstelle Schweizer Tiefenlager» als Ansprechpartner vor Ort ins Leben gerufen habe. Dieses Engagement werde, so die Umweltministerin weiter, bis heute von der Erwartung getragen, dass die Bedürfnisse der deutschen Region in direkter Nachbarschaft der potenziellen Endlagerstandorte auch als solche berücksichtigt werden. Umso mehr habe sie die Nachricht der direkt betroffenen Landkreise Waldshut, Konstanz und Schwarzwald-Baar verwundert, dass sich das BfE gegen die elementaren Anliegen der Region entschieden habe. «Eine Anerkennung der offensichtlichen Betroffenheit der deutschen Seite und eine an der Betroffenheit orientierte gleichberechtigte Beteiligung am Verfahren lässt sich daraus nur schwerlich ableiten», kritisiert sie.

Schulze schreibt im Brief weiter, die bisherigen Gespräche zwischen der schweizerischen und der deutschen Seite über die Ausgestaltung der Beteiligungsmöglichkeiten seien festgefahren, und sie halte «eine politisch weitsichtige Entscheidung für geboten». Mit

anderen Worten: Leuthard solle ein Machtwort sprechen. «Eine Nichtberücksichtigung der berechtigten Anliegen der Region», warnt die deutsche Umweltministerin, «würde einen erheblichen Vertrauensverlust in das Sachplanverfahren bedeuten und unserer Auffassung nach auch zu einer erheblichen, langfristigen Schädigung des Verfahrens führen.»

Die Einmischung der deutschen Umweltministerin macht die Suche nach einer Endlagerstätte für radioaktive Abfälle nicht einfacher. Nach jahrelangen Abklärungen hat der Bundesrat im letzten Jahr drei mögliche Gebiete vorgeschlagen, die genauer untersucht werden sollen: Jura Ost (Bözberg), Nördlich Lägern (Stadlerberg) sowie Zürich Nordost (unteres Weinland). Die Evaluation geschah unter Einbezug der betroffenen Kantone und der Bevölkerung. Die Schweiz hat auch einige benachbarte deutsche Gemeinden als betroffen anerkannt. Und die Vertreter der deutschen Seite waren von Anfang an «in allen Sachplan- und Partizipationsgremien dabei», wie eine Sprecherin des BfE ausführt.



Ministerin Schulze.

Die Deutschen versprechen sich eine höhere Abgeltung.

Die Deutschen finden aber, sie hätten zu wenig Einfluss auf den Prozess. Sie fordern deshalb zusätzliche Sitze in den diversen Gremien und Konferenzen – besonders da, wo es um Fragen der Abgeltung geht. So wollen die deutschen Grenzgemeinden den Schweizer Gemeinden gleichgestellt werden, zudem verlangt Baden-Württemberg die Anerkennung der deutschen Gemeinden Jestetten und Lottstetten (Standortregion Zürich Nordost) sowie Hohentengen (Standortregion Nördlich Lägern) als Infrastrukturgemeinden. Gemeint sind damit Gemeinwesen, auf oder unter deren Territorium Teile des Endlagers gebaut werden könnten. Die Deutschen versprechen sich davon mehr Mitsprache und eine höhere Abgeltung.

Seit Monaten bestürmen deswegen der Umweltminister von Baden-Württemberg, Franz Untersteller, und die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, Rita Schwarzelühr-Sutter, Leuthard. Jetzt hat sich also auch noch die deutsche Bundesumweltministerin Svenja Schulze eingeschaltet und die Geschichte zu einer Staatsaffäre hochstilisiert. *Hubert Mooser*

Revisor ausser Rand und Band

Daniel Senn, Ex-Partner und Geschäftsleitungsmitglied der KPMG, wurde als Insider verurteilt. Vor Gericht verriet er Geschäftsgeheimnisse. Noch ist offen, ob er das Urteil anfechten will.

Von Christoph Mörgeli

Die Attraktivität des Schweizer Finanzplatzes beruhe auf der «vorherrschenden Rechtssicherheit». Dies verkündete einst Daniel Senn, um anzufügen: «Läuft dabei etwas schief, muss jemand zur Rechenschaft gezogen werden.» Und er lobte die Revisionsaufsichtsbehörde (RAB) und das Revisionsaufsichtsgesetz, welche der Wirtschaftsprüfung «zu einem höheren Ansehen» verhelfen würden. Die KPMG, Senns Arbeitgeberin, schlug derweil in einer Studie Ethik-Alarm: «Mehr als die Hälfte der Schweizer Beschäftigten soll sich bei der Arbeit unethisch verhalten haben.»

Jetzt haben die ethischen Buchprüfer selber ein ethisches Problem: Der frühere KPMG-Spitzenmann Daniel Senn – von der Finanzmarktaufsicht auffallend häufig mit Mandaten gehätschelt – wurde vom Bundesstrafgericht des Insiderhandels schuldig gesprochen. Auch habe er gegen das von ihm einst so gelobte Revisionsaufsichtsgesetz verstossen. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Senn hatte als KPMG-Chefrevisor der Bank Julius Bär Einblick in die Protokolle, als diese die Übernahme der Bank Sarasin plante. Er kaufte Sarasin-Aktien für 100 000 Franken, die er kurz danach auf die Kinder überschrieb und so einen Buchgewinn von rund 30 000 Franken einstrich. Nun muss Senn diesen Betrag laut Bundesstrafgericht nebst 5000 Franken Busse an den Bund zurückerstatten. «Um die Spürbarkeit der Strafe sicherzustellen», wurde er auch zu einer bedingten Geldstrafe von 68 800 Franken verurteilt. Damit kommt ein Wirtschaftskriminalfall zu einem vorläufigen Abschluss, den die *Weltwoche* am 22. März 2012 als Erste öffentlich gemacht hat. Das Manöver des Angeklagten, sich mittels Absprung seines Verteidigers in die Verjährung zu retten, die im September 2018 eingetreten wäre, ist knapp misslungen.

Verrat von Geschäftsgeheimnissen

Bei den Gerichtsverhandlungen in Bellinzona kam an den Tag, dass gegen Daniel Senn – der sich auch als Anlageberater versucht hat – eine Betreuung über fünf Millionen Franken vorliegt; es geht dabei um den Aktienkauf bei der Bank Valiant durch einen israelischen Kunden, welcher nicht nach Erwarten verlief. Ob dies während seiner Tätigkeit bei der KPMG geschah, ist unklar. Noch aufschlussreicher war, dass der Beklagte vor Gericht aussagte, die Bank Julius Bär habe 2011 ein «Problem auf der Eigenmittelseite» gehabt, und zudem seien Bussen der USA ein Thema gewesen. Ausser-



Rettung in die Verjährung misslungen: Wirtschaftsprüfer Senn vor dem Bundesstrafgericht.

dem habe die IT bei Julius Bär zu den veraltetsten der Branche gehört. Die Verbreitung solcher Geschäftsinterna ihres ehemaligen Chefprüfers dürfte bei Julius Bär für Sitrunzeln sorgen, zumal sie die Bank sehr unvorteilhaft aussehen lassen. Die niederländische Rabobank qualifizierte Senn dafür als «einem grossen guten Bank». Deren Beteiligung an der Bank Sarasin sei allerdings gestört gewesen wegen der «unversteuerten Gelder beim Private Banking» der Sarasin, die ebenfalls mit einem USA-Problem gekämpft habe. Auch dies ist eine erstaunliche Aussage eines Man-

nes, der sich einst als «gegenwärtig leitender Prüfungspartner» von Sarasin aufgespielt hat.

Von grösstem Interesse war Daniel Senns Aussage, er habe fast «täglich Kontakt» mit seinem Kundenberater bei Sarasin gepflegt. Dabei handelte es sich möglicherweise um denselben Berater, den auch Philipp Hildebrand als Nationalbankpräsident praktisch täglich kontaktierte. Senn selber hat damit das Branchenurteil bestätigt, laut dem er ein Day-Trader von Wertpapieren war. Dies hat insofern Sprengkraft, als Senn und die KPMG im Auftrag des Bankrats der Nationalbank als Gutach-

ter in Sachen Eigengeschäfte von Hildebrand geamtet hatten. Senns gefälliger Persilschein vom 7. März 2012 für Philipp Hildebrand und jener vom 24. April 2012 für dessen damalige Gattin Kashya erscheinen demnach in neuem Licht.

Kollateralschaden für die KPMG

Daniel Senn war der Meinung, er habe 2014 mit der Rückgabe seines Prüfungsmandates mit der Revisionsaufsichtsbehörde einen Deal abgeschlossen. Frappierend kaltschnäuzig weigerte er sich, die verlangten Bankunterlagen vollständig offenzulegen. In der Folge reichte die Aufsicht Strafanzeige bei der Bundesanwaltschaft ein. Es erstaunt, dass die Anwälte des Bundes Senns Offizialdelikt erst auf Aufforderung der Revisionsaufsicht untersuchten und nicht auf der Herausgabe aller Bankbeziehungen beharrten. So kam Senn mit seiner Kooperationsverweigerung mindestens

Fehlte der Bundesanwaltschaft das Interesse zur vollständigen Aufklärung?

teilweise zum Erfolg. Die Bundesanwaltschaft hat sich auf den Insiderfall bei Sarasin beschränkt, ohne mögliche weitere Konten, Aktien und Derivatgeschäfte in der Schweiz oder in Liechtenstein zu untersuchen. Fehlte der Bundesanwaltschaft das Interesse an einer vollständigen Aufklärung? Der Finanzmarktaufsicht Finma ist vorzuwerfen, dass sie die Verfahren gegen Daniel Senn nie publik gemacht hat.

Vor dem grössten Scherbenhaufen steht allerdings die KPMG. Der Ruf dieser weltweit tätigen Revisionsgesellschaft hat bereits in den Affären rund um Swissair, Holenwegers Tempus-Bank, Fifa, Postauto und international im Fall Gupta in Südafrika gelitten. Die KPMG trennte sich Anfang 2013 Knall auf Fall von Daniel Senn mit der Behauptung, dieser habe sich entschieden, «einen neuen Karriereschritt» zu vollziehen. Wieso wurde diese Falschaussage nie berichtigt? Hat die KPMG ihre internationale Zentrale umgehend schriftlich über Senns Verhalten informiert? Hat die Firma den Fall Senn der Revisionsaufsicht und der Finma gemeldet, wie es gesetzlich vorgeschrieben wäre? Immerhin haben die KPMG-Mitarbeiter Adrian Huser und Hans Stamm im Sinne ethischer Standards vor der Bundesanwaltschaft ausgesagt, dass das Unternehmen von der geplanten Übernahme der Bank Sarasin durch Julius Bär gewusst habe. Nach dem Urteil des Bundesstrafgerichts wird der Fall Senn dennoch zum erheblichen Reputationsrisiko für die KPMG. Der Verurteilte kann den Fall ans Bundesgericht weiterziehen. Bis das Urteil rechtskräftig wird, gilt die Unschuldsvermutung. ○

Einspruch

Anbetung der Volksrechte

Die Weltwoche hat angebliche Demokratieverächter angegriffen, weil diese die Volksrechte relativierten. Dabei machen noch mehr Abstimmungen und Mitsprache die Demokratie nicht besser.

Wenn *Weltwoche*-Autor Peter Keller ernsthaft erkrankt, geht er nicht zum Gärtner, sondern zum Arzt. Dieser hat einen medizinischen Wissensvorsprung. Doch wenn es um Politik geht, gibt es für Keller keinen Wissensvorsprung. Deshalb kritisiert er den Politikwissenschaftler Dieter Freiburghaus, der meinte, früher habe die Bevölkerung der Elite, die einen Wissensvorsprung habe, vertraut. Doch dieses Vertrauen schwinde, was zu falschen Entscheiden an der Urne führe. Kommentar Keller: «Damit keine falschen Entscheidungen mehr zustande kommen, soll also nur noch das Parlament (gleich Elite) bestimmen – oder noch besser Professor Freiburghaus selber.»

Das ist kein Argument, sondern Polemik – ungewohnt aus Kellers Feder. Aber so funktioniert unsere Demokratie. Wenn es um Sieg oder Niederlage in Volksabstimmungen geht, ist an Polemik und Desinformation alles erlaubt. Und Keller bestätigt gleich noch den Vorwurf von Freiburghaus, das Vertrauen der Bevölkerung in die Eliten sei von der SVP systematisch kaputtgemacht worden.

Neues Gleichgewicht

Keller unterstellt den in der *Weltwoche* fotografisch abgebildeten Demokratiefreunden eine von Verachtung geprägte Ablehnung der «Volkshegemonie». Der Staatsrechtler Markus Müller beklagte eine Überforderung der Stimmbürger durch die wachsende Zahl komplexer Urnengänge – einsichtig für jeden, der die Vox/Voto-Nachbefragungen unbefangen analysiert. Dazu meint Keller, überfordert sei die Bevölkerung immer dann, wenn sie anders entscheide, als es den Eliten genehm sei. Und unverblümt als es sich Politikwissenschaftler Damir Skenderovic erlaubte, lasse sich die akademische Verachtung für den stimmberechtigten «Pöbel» kaum ausdrücken. Skenderovic hatte in einem Aufsatz kritisch vom «sakralisierten Primat des Volkes» geschrieben, für Fundamentalisten der direkten Demokratie eine Volksbeleidigung. Dabei trifft die Wortwahl von Skenderovic punktgenau: Die direkte Demokratie dient uns als Religionersatz. Durch Sakralisierung stiftet sie Identität.

Allerdings ist Skenderovic auf einem Auge blind. Er verbindet den heutigen Gebrauch der direkten Volksrechte nur mit dem Aufschwung von «Rechtspopulismus». Dabei sind «Linkspopulisten» am anderen politischen Pol mindestens so erfolgreich mit dem Einsatz ihrer Referendumsmacht. Man denke nur an die



Spontibewegung: Autorin Berg (M.).

krachenden Erfolge der Linken gegen überfällige Reformen der Altersvorsorge und des Gesundheitswesens. In allen Fällen spielen Polemik und Desinformation eine gewichtige Rolle. Dies zeigen Analysen der Abstimmungsumfragen der SRG, der Abstimmungspropaganda sowie der Voto-Nachbefragungen.

Durch die «Sakralisierung» der direkten Demokratie merken wir nicht mehr, wie sehr unser institutionelles Gefüge aus dem Gleichgewicht geraten ist. Bundesrat und Parlament werden fast permanent durch Initiativen und Referenden auf Trab gehalten.

Der Gebrauch der direkten Volksrechte ist mit den zu tiefen fixen Unterschriftenzahlen, aber auch durch andere Trends immer billiger geworden. Die neusten Entwicklungen (E-Collecting, E-Voting) gehen alle in Richtung von noch mehr Bürgerpartizipation, als ob die Qualität der Politik damit besser würde. So hat jüngst eine Spontibewegung, angeführt von der Schriftstellerin Sibylle Berg, ohne grossen Aufwand die 50 000 Unterschriften für ein Referendum gegen «Sozialdetektive» gesammelt. Machen solche Ad-hoc-Aktionen die Schweiz wirklich noch demokratischer? Wer für ein neues Gleichgewicht der Institutionen durch eine Verwesentlichung der direkten Volksrechte eintritt, ist noch lange kein «Demokratieverächter». *Hans Rentsch*



Hans Rentsch ist Ökonom, freier Wirtschaftspublizist und Autor des Buches «Wie viel Markt verträgt die Schweiz?» (NZZ Libro, 2017).

Sechzig Jahre im Eis

Bergführer Kilian Volken stand auf dem Mount Everest und dem Kilimandscharo, war einziger Überlebender einer Lawinenkatastrophe am Mont Blanc. Die grosse Gletscherschmelze in seiner Heimat, dem Aletschgebiet, bringt ihn zur Verzweiflung und füllt doch die Kassen. *Von Rico Bandle*



«Der Herrgott hat wohl genug andere Probleme»: Alpinist Kilian «Kili» Volken, 67.

Man erkenne auf den ersten hundert Metern, ob die Gruppe die nächsten sieben Stunden gut auf den Beinen sein werde, sagt der grauhaarige Bergführer, der sich als «Kili» vorstellt. Leute aus Russland, den Niederlanden und der Schweiz sind diesen Morgen mit der Gondelbahn von Fiesch auf das Eggishorn gefahren, 2869 Meter über Meer. Hier oben liegt einem das gigantische Naturwunder zu Füssen: jene 23 Kilometer lange und mehrere hundert Meter dicke Eiszunge, die sich unterhalb von Eiger, Mönch und Jungfrau elegant das Tal hinunterschlingelt. Ein erhabener Anblick!

Die Leute in dieser Gruppe wollen den Aletschgletscher aber nicht nur sehen, sondern ihn besteigen.

«Seit die Medien ständig über die Gletscherschmelze berichten, erleben wir einen enormen Ansturm», sagt Kili. Mit seiner kratzigen Stimme erklärt er den Gästen die Namen der Berggipfel, gibt einige Anweisungen für die Tagestour, macht Witze.

Was die Touristen nicht ahnen: Der kauzige Mann vor ihnen gehört zu den besten Bergsteigern des Landes. Er hat die höchsten Gipfel der Welt erklommen, darunter vier Achttausender, inklusive Mount Everest.

Schmelze bringt Touristen

Kilian Volken, 68, entstammt einer grossen Walliser Bergführerdynastie. Im Oberwallis kennen ihn alle. Er ist ein Fiescher Original, ein zäher Typ, eine Saftwurzel. Landesweit bekannt wurde er durch eine der grössten Bergkatastrophen in den letzten Jahren: 2012 war er mit zwei Gästen am Mont Blanc unterwegs, als eine Lawine das Tal runterdonnerte. Von den zehn Bergsteigern auf der Route überlebte nur Volken, schwerverletzt. Plötzlich war er überall präsent: SRF drehte einen einstündigen Dokumentarfilm über ihn, Kurt Aeschbacher lud ihn in seine Talkshow ein, die *Schweizer Illustrierte* publizierte einen mehrseitigen Bericht, vielen Zeitungen gab er Interviews.

Davon wissen die Leute auf dieser Tour nichts. Sie wollen einfach auf den Gletscher. Und Kili führt sie dahin – dies ist sein Beruf, seit 43 Jahren. Vom Eggishorn führt die Route hinunter zum Märjelensee. Nach etwa einer Stunde, bei der Gletscherstube, gibt es die erste Pause. Hier erhält jeder einen Klettergurt. Auf dem Gletscher müsse man sich anseilen, so der Bergführer. Noch zwanzig Minuten Fussmarsch, dann steht man direkt vor ihm: dem grössten Gletscher der Alpen. Die Landschaft hat hier eine magische, eine unwirkliche Ausstrahlung: Die fließende Eismasse hat die Felsen neben dem Gletscher über die Jahrhunderte abgeschliffen. Dieses Gelände würde sich als Drehort für eine Science-Fiction-Szene auf einem fremden Planeten eignen. Volken bindet elf Leute zusammen an ein Seil, dann geht es in Reih und Glied auf den Gletscher, der Bergführer zuvorderst.

Die gewaltige Eismasse zeigt sich an diesem wunderbaren Tag in ihrer ganzen Pracht: Erst führt uns Kili steil nach oben zu einem Gletschersee, der in hellem Türkis strahlt, als würde er von unten beleuchtet. Andernorts öffnen sich tiefe Furchen, wo Unmengen von Schmelzwasser wie in einer Schlucht nach unten strömen. Manchmal wirkt die riesige Eismasse wie eine Mondlandschaft.

Das fließende Eis bildet ein sich stets veränderndes Kunstwerk. Niemand kann sich seinem Zauber entziehen: Die Teenies, die mit ihren Eltern mitmussten, sind ebenso fasziniert wie das junge Paar aus Moskau und der Schweizer Rentner, der in Fiesch in den Ferien weilt. Und hebt man einmal den Blick, so erspät man in der Ferne den bekanntesten Berg der Alpen: das Matterhorn.

Zwei Wochen nach dieser Tour treffe ich Kilian Volken in Brig. Unterdessen war er in Tansania, wo er eine Gruppe von Bergsteigern auf den Kilimandscharo

führte. «Ich war bei meinem Namensvetter», witzelt er. Es sei unglaublich kalt gewesen, fünfzehn Grad unter null, sehr viel Schnee habe es gehabt – aussergewöhnlich auf dem höchsten Berg Afrikas. Und ganz anders als zurzeit im hitzegeplagten Europa.

Volken bleibt wenig Zeit, um sich zu erholen. Am nächsten Tag geht es bereits wieder los auf eine mehrtägige Monte-Rosa-Tour. «Wir machen in vier Tagen sieben bis neun Viertausender, je nachdem wie gut die Gäste durchhalten.» Wobei der 68-Jährige nicht ausschaut, als ob er Erholung nötig hätte. «Ich habe mich *vögelwohl* gefühlt auf dem Kilimandscharo-Gipfel», sagt er.

Ist es für ihn, der auf den höchsten Gipfeln der Welt war, nicht langweilig, Bergdilettanten wie unsereinen über den Aletschgletscher zu führen? «Im Gegenteil. Die Leute auf den Tagestouren sind die angenehmsten und dankbarsten», sagt er. Er leite gerne solche Gruppen. Die Gäste auf den grossen, mehrtägigen Touren seien viel schwieriger. «Die überschätzen sich oft, wollen Gefahren nicht wahrhaben.»

Das Bergsteigerzentrum Aletsch in Fiesch, wo Volken und fast alle Bergführer der Region dabei sind, hat erst seit wenigen Jahren Tagesgletschertouren im Angebot. Anfangs gab es eine Tour pro Woche, mittlerweile sind es drei. Bei gutem Wetter sind sie fast immer ausgebucht. Man will den Gletscher noch erleben, solange es ihn noch gibt. Entsprechend boomt hier der Sommertourismus. «Gott sei Dank haben wir den Aletschgletscher», sagt Volken.

Fiesch ist seit je auf Gedeih und Verderb mit dem Aletschgletscher verbunden. 1678 übermittelte Ortspfarrer Johann Joseph Volken – ein Vorfahre Kilians – dem Vatikan ein Gelübde, damit der bedrohliche Gletscher nicht weiterwächse. Der Papst beglaubigte es. 332 Jahre blieb dieses Gelübde gültig, bis Herbert Volken, Kilians Bruder und Präfekt des Bezirks Goms, 2010 bei Papst Benedikt vorstellig wurde, mit der Bitte, es umzukehren. Am 31. Juli 2012 wurde dann erstmals auf der jährlichen Prozession dafür gebetet, dass der Gletscher wieder wächst – mit dem offiziellen Segen des Papstes. «Leider hat es noch nichts genützt», sagt Volken, «der Herrgott hat wohl genug andere Probleme.»

Kilian Volken stand mit acht Jahren zum ersten Mal auf dem Aletschgletscher, nächstes Jahr sind es sechzig Jahre her. Der Vater nahm die Familie mit auf eine Tour zum Finsteraarhorn. Volken kann sich noch genau erinnern. «Drei

Tage habe ich danach nicht mit dem Vater gesprochen, weil er uns Kinder und die Mutter aus Sicherheitsgründen unten am Hugisattel warten liess, wir durften nicht mit auf den Gipfel. Ich war so wütend auf ihn.»

Lawinen von allen Seiten

Lawinen von allen Seiten

Der Vater und der Grossvater waren bereits Bergführer. Volken hat sieben Geschwister, drei der fünf Buben haben den Beruf ebenfalls ergriffen. Von den 900 Einwohnern Fieschs heissen etwa ein Drittel Volken, «aber die sind nicht alle mit mir verwandt». Sein Vater sei streng gewesen, erzählt Volken. «Er war äusserst diszipliniert, was bei einem Bergführer, der für die Sicherheit der Gäste verantwortlich ist, auch richtig ist.»

Dass der Sohn auch Hochgebirgstouren machte, für sich alleine, habe der Vater nicht verstanden. «Für ihn galt: Ein Bergführer geht mit den Gästen auf den Berg, nicht zum eigenen Vergnügen.» Entsprechend spät hat Volken damit angefangen. 51 Jahre alt war er, als er im Mai 2002 gemeinsam mit seinem Partner Peter Gschwendtner den ersten Achttausender bestieg, den Cho Oyu. Die erfolgreiche Expedition bedeutete die endgültige Loslösung vom Einfluss des Vaters. Volken glaubt, bei der Besteigung des Mount Everest 2004 und dem grossen Empfang in Fiesch habe der wortkarge Vater heimlich dann doch so etwas wie Stolz auf ihn empfunden. Genau wisse er es aber nicht.

Die Mutter hatte ihn in zahlreichen Briefen angefleht, vom Höhenbergsteigen und den



Erhabener Anblick: Aletschgletscher.

«Ohne das Eis wäre der Tourismus nicht mehr derselbe.»



«Für uns das Ein und Alles»: Bergführer Volken mit Touristen auf einer Aletsch-Tagestour.



Expeditionen abzulassen. Man kann sie verstehen. Viele von Volkens Extrembergsteiger-Freunden sind am Berg gestorben. Darunter prominente wie Ueli Steck und Erhard Lorentan, zu denen er ein enges Verhältnis hatte.

Auch bei ihm grenzt es an ein Wunder, dass er noch lebt. Am 12. Juli 2012 verliess Kilian Volken am frühen Morgen mit zwei Gästen die Cosmiques-Hütte oberhalb vom Chamonix, um den Mont Blanc zu erklimmen. Unterhalb des Mont Maudit löste sich eine gewaltige Lawine, die neun Alpinisten in den Tod riss, darunter Volkens Gäste. Nur er überlebte. Zwei Brustlendenwirbel, sechs Rippen und beide Füsse waren gebrochen, sämtliche Bänder der rechten Schulter gerissen, die Lunge angerissen, um nur die schwersten Verletzungen aufzuzählen. Schlimmer als die körperlichen Blessuren waren die psychischen. Ohne seine Gäste nach Hause zu kommen, ist der grösste Albtraum jedes Bergführers. Wochenlang konnte er kaum schlafen, bis heute ist er in psychiatrischer Behandlung.

Drei Jahre lang brauchte er, um sich wieder hochzurappeln, er trainierte wie besessen – dann fühlte er sich bereit, wieder einen Achttausender zu besteigen. Und geriet ins nächste Unglück.

Im April 2015 machten sich Kilian Volken und Peter Gschwendtner auf zu einer Expedition auf den 8163 Meter hohen Manaslu. Im Lager eins auf 5800 Metern über Meer begannen plötzlich die Berge zu vibrieren. Von allen Seiten kamen die Lawinen runter, die Berge schienen einzustürzen. Glücklicherweise wurden die beiden nur von einer Staublawine erfasst.

«Ich hatte keine Ahnung, was los ist», sagt er, «ich dachte, das ist der Weltuntergang.» Fluchtartig machten sich die Schweizer auf den Rückweg ins Basislager. Auch dort herrschte Chaos und Panik, niemand konnte sagen, was hier vorging. Erst ein Anruf per Satellitentelefon in die Schweiz brachte Aufklärung: Nepal war von einem der schwersten Erdbeben seit vielen Jahren heimgesucht worden, mit Tausenden

von Toten. Volken brach in Tränen aus, weinte stundenlang. Alles, was er drei Jahre zuvor erlebt hatte, kam hoch. Er schwor sich: «Nie mehr auf einen Achttausender!»

Heute liebäugelt er allerdings damit, es doch wieder zu wagen. Körperlich sei er fit, ihm mache es auch nichts aus, fünfzig Tage im Zelt zu schlafen, wie das auf vielen Expeditionen üblich sei.

Weshalb tut man sich so etwas an? «Ich weiss es nicht. Ich glaube, ich wäre unerträglich, wenn ich es nicht tun würde.» Im Oktober fliege er wieder nach Nepal, aber nur zum Trekking und um seine Sherpa-Freunde

zu besuchen. «Die Leute dort sind mir über die Jahre richtig ans Herz gewachsen.»

38 Meter an Länge verloren in einem Jahr

Auf der Aletsch-Tagestour sind die Himalaja-Abenteuer weit weg. Kili erklärt in drei Sprachen die Berge, die Bewegung des Gletschers, die Moränen, die Gletscherflöhe. Für den Sommer-Bergtourismus sind die steigenden Temperaturen ein Segen. Die Leute flüchten aus den überhitzten Städten in die Höhe, anstatt wie früher in den noch heisseren Süden zu fahren. Über den Touristenstrom freut er sich. Nicht nur als Bergführer profitiert er davon, auch das

Sportwarengeschäft, das er mit seiner Schwester gegründet hat, läuft gut. Vor einigen Jahren haben seine zwei Söhne den Laden übernommen.

Der Temperaturanstieg mache ihm trotzdem Angst. «An den Dreitausendern, da hat es heute noch überall Schnee- und Gletscherflanken dran», sagt er. «In ein paar Jahren sind die weg. Es bleibt eine verwüstete, dunkle Bergwelt.» Er wird emotional, wenn er über die Schnee- und Gletscherschmelze spricht: «Der Kontrast geht verloren und damit die Schönheit.» Die Alpen ohne Gletscher, das sei eine trostlose Vorstellung. «Ich werde traurig, wenn ich nur daran denke.» Ohne das Eis wäre der Tourismus nicht mehr derselbe: «Der Gletscher ist für uns das Ein und Alles. Wir leben vom Gletscher.»

Auch auf der Tagestour ist die Schmelze ein Thema. Allein letztes Jahr habe der Gletscher 38 Meter an Länge verloren und vier Meter an Höhe, erklärt Kili den Touristen. «Der letzte Winter war zwar ausserordentlich schneereich, doch der Schneevorrat war Ende Juni bereits vollständig weggeschmolzen.» Er erzählt, wie er als Kind von der Konkordiahütte den Gletscher über wenige Treppentritte erreichte. 1976 hatte die Treppe zum Eis 254 Tritte, heute sind es 520. Jedes Jahr müssen fünfzehn bis zwanzig Tritte hinzugefügt werden.

Die Klimaveränderung, sagt er, habe auch unerwartet positive Nebenwirkungen gezeigt. In Ernen zum Beispiel habe man zwangsweise das Skigebiet vollständig zurückgebaut und der Natur übergeben. «Es ist jetzt wahnsinnig schön dort – und es hat mehr Leute als zuvor.» Die Menschen suchten die unberührte Natur. Dass kleinere Skigebiete schliessen müssten, sei deshalb eine Chance.

Nach unserem Gespräch in Brig begleitet mich Kilian Volken zum Bahnhof. Dabei erzählt er, was das grösste Übel ist am Bergtourismus, egal, ob im Himalaja, in den Alpen oder den Anden: «Die Papiertaschentücher. Überall liegen die herum. Und die bleiben ewig. Furchtbar.»



Auf dem Mount Everest, 2004.

«Ich glaube, ich wäre unerträglich, wenn ich es nicht tun würde.»

«Mzmm» im Inventar der Traditionen

Die Zürcher Street Parade wurde zum «immateriellen Unesco-Kulturerbe» erklärt. Warum eigentlich? Und vor allem: Was bedeutet das?

Kunterbunt, ohrenbetäubend, ekstatisch, das ist die Street Parade zweifellos. Was 1992 übersichtlich begann, hat mittlerweile Kult-, ja sogar Traditionenstatus. Wiederholt pilgerten rund eine Million technobegeisterte Tanzwillige ans Zürcher Seebecken. Alle tanzten – neudeutsch: ravn – sie zu vibrierenden Bässen, schrillen Melodien und monotonen Taktfolgen. Eine schräge und gleichzeitig faszinierende Mobilmachung der Massen.

Die Migros begrüsst die Teilnehmer beziehungsweise Kunden mit «Welcome to Mzmm». Stefan Epli, Kommunikationsbeauftragter des Street-Parade-Vorstandes, freut sich über das «ungebrochene Interesse». Das entspreche dem Zeitgeist. Als momentan gar «lebendigste Tradition» der Schweiz verkauft er seinen Anlass.

Seifenkisten, Maskenschnitzen

Tatsache ist jedenfalls: Seit März 2017 findet sich die Zürcher Technokultur inklusive Street Parade auf der Liste der lebendigen Traditionen in der Schweiz. Vor zehn Jahren trat die Schweiz dem Unesco-Übereinkommen zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes bei. Damit verpflichtete sie sich, ein Inventar der Traditionen zu führen. Gemäss David Vitali vom Bundesamt für Kultur ist die Aufzählung «ein Instrument zur Sensibilisierung des immateriellen Kulturerbes, vergleichbar mit den Listen der Unesco auf internationaler Ebene». Steht die Street Parade bald schon neben den Pyramiden von Giseh oder der Berner Altstadt?

Gemach. Neben dem hippen «Mzmm» wird vorwiegend Brauchtum als lebendige Tradi-

tion verortet. Die Glarner Landsgemeinde und die Basler Fasnacht finden sich ebenso auf der Liste wie die Fête des Vignerons oder das Zürcher Sechseläuten. Daneben figuriert auch Kurioseres: die Grossen Berner Renntage (Seifenkistenrennen), Schwimmen im Rhein oder Maskenschnitzen und Fasnacht im Sarganserland. Oder Anna Göldi, die im 18. Jahrhundert hingerichtete letzte Hexe der Schweiz. Sie ist ganz bestimmt nicht mehr lebendig.

Gehört die Street Parade wirklich auf die Unesco-Liste? Sie sei ein städtisches Fest mit

einem unübersehbar «bewegenden» Charakter, sagt Bernhard Tschöfen, Professor für Kulturwissenschaftliche Raumporschung an der Universität Zürich. Für ihn stelle die Technoparade in diesem Sinn eine «lebendige Tradition» dar. Er verweist dabei auf «invented traditions», auf von der modernen Gesellschaft erfundene Traditionen. Allerdings gelte es «die Politik der Listen und die damit implizierte Kulturerbe-Logik» zu hinterfragen. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass eine explizite Aufforderung zur Aufnahme moderner, urbaner Traditionen erfolgte. Das Ziel sei es gewesen, «die bisher stark vom Brauchtum geprägte Liste etwas auszubalancieren», sagt Vitali.

Stefan Epli freut sich trotzdem über die Adellung durch die Unesco. Hauptsächlich gehe es ihm aber um die individuelle Freiheit der Besucher, das zu zelebrieren, was sie sonst nirgends könnten. Dazu gehört sicher die geschlechterübergreifend sparsame Textilverwendung, aber auch der inflationäre Drogenkonsum. Zwar weiss man, dass Kokain und Ecstasy-Tabletten zum Raver-Paket dazugehören. Beunruhigend ist aber, dass gemäss einer Mitteilung der Stadt Zürich nur ein Viertel der Ecstasy-Pillen «normal» dosiert und Kokain häufig gestreckt oder verunreinigt sei. Ob der Drogenkonsum auch im Sinne der Unesco ist, ist nicht bekannt. *Roman Zeller*



«Bewegend»: Street Parade in Zürich.

Sterben fürs Klima

Der Bann von Klimaanlagen ist lebensfeindlich und spricht gegen jede ökologische Vernunft.

Auch in diesem Sommer werden Hunderte Avon Senioren in der Schweiz frühzeitig gestorben sein, weil die hohen Temperaturen ihren Kreislauf überfordert haben. Das Phänomen ist hinlänglich bekannt. Im Hitzesommer 2003 verstarben tausend Menschen mehr als im langjährigen Schnitt, im ebenfalls heissen Jahr 2015 waren es 800 zusätzliche Todesfälle.

Gegen dieses Leid gäbe es eine einfache und relativ günstige Medizin: Klimaanlagen. Es wäre schon einiges erreicht, wenn es in jedem Altersheim einen gekühlten Aufenthaltsraum gäbe für Senioren, denen die Hitze zur Qual wird. Doch in der Stadt Zürich fehlen solche Oasen, wie der *Tages-Anzeiger* berichtete – und zwar nicht, weil man das Problem vergessen hätte, sondern weil Klimaanlagen in den städtischen Altersheimen explizit verboten sind. Denn sie stünden der sogenannten 2000-Watt-Gesellschaft im Weg, die den Energiekonsum radikal einschränken will.

Wenn Menschenleben einer Ideologie geopfert werden, disqualifiziert diese sich selber als lebensfeindlich. Doch das Sterben fürs Weltklima ist nicht nur zynisch. Es hilft niemandem und offenbart vielmehr einen grundlegenden Denkfehler des 2000-Watt-Dogmas: Wie viel Energie wir insgesamt verbrauchen, ist irrelevant – entscheidend ist, wie wir diese herstellen, und vor allem, wann wir sie brauchen. Dies gilt insbesondere für die Elektrizität.

Dank dem Mix aus Atom- und Wasserkraft produziert die Schweiz ihren Strom vorläufig noch weitgehend ohne CO₂-Emissionen, also klimaneutral. Im Winter, wenn die Nachfrage am höchsten ist, müssen wir Strom importieren. Doch im Sommer produzieren wir in der Regel einen Überschuss. Mit dem ständigen Zubau von Solarpaneelen, die im Winter nicht viel hergeben, dürfte das Überangebot an sonnigen Sommertagen weiter steigen.

Da man Strom in grossen Mengen in absehbarer Zeit zu ökologisch und ökonomisch vertretbaren Bedingungen nicht speichern kann, muss man ihn nutzen, wenn er anfällt. Die Klimaanlage drängt sich dabei geradezu auf. Denn man darf nie mehr Energie ins Netz einspeisen, als gebraucht wird, sonst bricht es zusammen. Um die solare Überproduktion abzubauen, wirft die Deutsche Bahn an sonnigen Sommertagen bisweilen ihre Weichenheizungen an. Statt die hochsubventionierte Solarenergie zu vernichten, wäre es sinnvoller, unseren Senioren in den Altersheimen damit etwas Abkühlung zu verschaffen. *Alex Baur*



15 000 E-Mails pro Jahr: Bauernverband-Präsident Ritter.

Nur ändern, was nicht funktioniert

Der Bauernverband hat in der Landwirtschaftspolitik wieder die Führung übernommen. Mit Beharrlichkeit bringt Präsident Markus Ritter Bundesrat Johann Schneider-Ammann in Zeitnot.
Von Beat Gygi

Es ist ein Tag, an dem man die Kraft der Normalität erlebt. Markus Ritter wartet am Bahnhof Altstätten, eher von schlanker Statur, jedenfalls nicht stämmig, in unauffälliger Freizeitkleidung. Natürlich kennt man sein Gesicht von seiner Medienpräsenz her bestens, aber er stellt sich freundlich mit vollem Namen vor. Gewiss, beiden Seiten ist klar, dass hinter dem Namen seine Funktion steht, man begrüsst also vor allem auch den Präsidenten des Schweizer Bauernverbandes, der durch sein Kräfteressen mit Bundesrat Schneider-Ammann gegenwärtig viel Aufmerksamkeit auf sich zieht.

Der Bauernverband hat in der Agrarpolitik wieder weitgehend die Führung übernommen, nachdem es im Winter den Anschein gemacht hatte, Schneider-Ammanns Departement mit dem Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) wolle künftig den Kurs vorgeben und die Land-

wirtschaft stärker auf die übrige Wirtschaft und die internationalen Märkte ausrichten.

Gewerblicher Alltag, kein Glamour

Der Bund erlitt seinen Rückschlag am 4. Juni in der Sommersession, als sich das Landwirtschaftslager im Nationalrat durchsetzte und die vom Bundesrat vorgelegte «Gesamtschau zur mittelfristigen Entwicklung der Agrarpolitik» an den Absender zurückwies. Nun spricht man in der Bundesverwaltung nicht mehr von «Kurs vorgeben», sondern eher von «Reformvorschlägen in Abstimmung mit der Branche».

Vom Bahnhof geht es in Ritters Subaru Forester, quasi dem Markenzeichen der Landwirte, aus Altstätten hinaus, am Rande des Rheintals den Hang hoch, entlang an Wiesen, die wegen Trockenheit schon rötliche und dürre Stellen aufweisen. Im Auto herrscht gewerblicher All-

tag, kein Glamour, nichts deutet darauf hin, dass Ritter Chef einer der stärksten Interessenorganisationen der Schweiz ist. Moment, doch, gerade das ist das wichtige Signal: «Wer Präsident des Verbands werden will, muss aktiver Bauer sein, hinzu kommt die Verbandsarbeit, da braucht es schon eine gewisse Robustheit», meint Ritter. Ein Präsident, der von einem grossen Teil der Branche als normaler Bauer angeschaut wird, hat eine gute Arbeitsgrundlage.

Als Biobauer mit rund 28 Hektaren Land, zum Teil gepachtet, überwiegend in Hügellzone und Bergzone eins, also Grasland, mit 26 Kühen, zugehöriger Aufzucht, Schafen, Bienen und gut 200 Hochstamm-Obstbäumen verkörpert der 51-jährige Ritter eine Art ökologischen Unternehmer, wie er in der Agrarpolitik zunehmend angestrebt wird; mit einem Einkommen einerseits aus Produktverkäufen, andererseits aus Direktzahlungen

für gemeinwirtschaftliche Leistungen. Zudem steht er für das Modell Familienbetrieb, ergänzt um Angestellte und Lehrlinge. Mit diesem Profil hat er 2012 in einer hartumkämpften Präsidentenwahl im vierten Durchgang den Sieg errungen.

Der Bauernhof, vor dem er das Auto parkiert, ist eine pragmatische Mischung historisch gewachsener Gebäudeteile, wie dies in der Branche ebenfalls üblich ist. Man merkt nichts davon, dass darin eigentlich eine Führungszentrale liegt, die Teile der schweizerischen Politik prägt. Ungefähr 15 000 E-Mails schreibe Ritter als Präsident pro Jahr an seine Mitstreiter, weil er, so sagt er, mit schriftlichen Botschaften ändern seine Vorstellungen und Anweisungen am präzisesten mitteilen könne; Gesprochenes dagegen verfliege rascher. Er arbeitet exakt, gewissenhaft, unterlegt alles, was er sagt, möglichst genau mit Zahlen und Fakten – und per E-Mail kommt es beim Gegenüber eben eher richtig an als via Telefon. «Telefonanrufe sind eigentlich immer die schwierigsten Einbrüche in den Arbeitsablauf», meint er, denn dann müsse man oft aus dem Stegreif oder durch rasches Zusammensuchen relevante Informationen abrufen und darlegen können. Es passt ins Bild, dass er den frivoleren Kanal Facebook wenig braucht.

Viel gelernt

Auf dem Sitzplatz vor seinem Haus hat man das Rheintal in seiner grössten Breite vor Augen. «Am liebsten würde ich mich eigentlich voll dem Leben und Arbeiten da oben widmen», sagt er, aber es ist klar, dass er das Präsidium des Bauernverbands und sein Mandat als Nationalrat der CVP (seit 2011) als Mission versteht, die er leidenschaftlich und mit vollem Einsatz auslebt. Als 26-Jähriger war er als Stadtrat von Altstätten intensiv in die Politik eingestiegen, rund zwanzig Jahre lang hat der diesen Exekutivposten versehen und nach seinen Worten dabei viel gelernt über «intelligente Kompromisse», über das Zusammenbringen verschiedenster Interessengruppen, den Ausgleich von Differenzen oder das Verzicht auf unnötige Profilierungsaktionen.

Gerade dieses Jahr hat Ritter allerdings eine seiner grösseren Profilierungsaktionen durchgezogen, die er jedoch als notwendig erachtete. Im November 2017 hatte der Bundesrat die erwähnte «Gesamtschau zur mittelfristigen Entwicklung der Agrarpolitik» publiziert, um den Kurs der Landwirtschaft vorzuzeichnen: Das Paket «Agrarpolitik 2022 plus» sollte den Weg fortsetzen, der 1996 mit einer Dreiviertelmehrheit in einer Verfassungsabstimmung zur grundsätzlichen Neuausrichtung der Landwirtschaftspolitik eingeschlagen worden war. Das erste daraus folgende Gesetzespaket war damals die Agrarpolitik (AP) 2002, darauf folgten zwei weitere Vierjahresetappen. Mit AP 14–17 gab es vor vier Jahren eine starke

Akzentverschiebung hin zu Direktzahlungen, und heute gilt nach kleineren Anpassungen der Zahlungsrahmen des Pakets AP 18–21.

Dass das Volkswirtschaftsdepartement bereits jetzt eine Grundsatzdiskussion über die Zeit nach 2021 starten wollte, kam im Bauernverband schlecht an. «Die Agrarpolitik 14–17 hat so viel Neues gebracht, da weiss man doch nicht schon nach fünf Jahren, was die genauen Auswirkungen sind. Mein Leitsatz lautet: «Man soll nur ändern, was nicht funktioniert», meint Ritter. Er weigerte sich deshalb vergangenen Winter, als Bauernverbandspräsident an einem runden Tisch mit dem Bundesrat und anderen die «Gesamtschau» zu diskutieren.

Auch die Teilnahme an einer Bundesratsreise nach Südamerika im Frühling lehnte er ab. Schneider-Ammann sondierte damals mit seiner Reisedelegation Freihandelsregeln mit den Mercosur-Staaten Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay, was auch mehr Agrarimporte in die Schweiz bedeuten könnte. Zum Abbau des Grenzschutzes stand in der «Gesamtschau» Folgendes: «Vor diesem Hintergrund wird der Bundesrat in der mittelfristigen Weiterentwicklung der Agrarpolitik einen Grenzschutzabbau im Agrarbereich anstreben, der die Preisdifferenz zwischen dem In- und Ausland um dreissig bis fünfzig Prozent reduziert.» Das sah der Bauernverband als Angriff auf die Existenzgrundlage der Landwirte, der gegen eine Milliarde Franken Wertschöpfung kosten könnte.

Auf dem Sitzplatz über dem Rheintal erläutert Ritter, wie nachteilig ein runder Tisch beim Bundesrat für den Verband gewesen wäre. Die Behörde hätte eingeladen, den Rahmen vorgeben, die Traktandenliste erstellt, Redezeiten zugemessen, das Protokoll geschrieben, das Fazit gezogen – auf ein solches Spiel dürfe man sich nicht einlassen. Nein, der normale politische Prozess mit der Beratung in parlamentarischen Kommissionen und anschließender Debatte im Rat sei der richtige Rahmen, um Anliegen der Landwirtschaft einzubringen und öffentlich zu vertreten. So gesehen, war es ein Punktegewinn für Ritter, als Schneider-Ammann in der Junisession im Nationalrat sagte: «Wir sind wieder im Dialog.»

Das ist Ritters Rezept: Er nimmt Verfassung und Gesetz als Grundlage für die Politik, verweist auf die Volksabstimmungen, die in der Vergangenheit immer wieder die Landwirtschaft unterstützt haben, und nutzt dies, um die Ansprüche der Landwirtschaft daraus abzuleiten und zu vertreten. Ritter tut dies mit einer Beharrlichkeit und Normalität, die mehr oder weniger zu seinem Markenzeichen geworden ist. Er sagt es so: «Die Bauern wün-

schon sich Verlässlichkeit und Stabilität, die Agrarpolitik braucht Beständigkeit», und er bringt bei seinen Auftritten möglichst auch mit Mimik, kontrolliertem Temperament und Körpersprache Beharrlichkeit zum Ausdruck.

Alles schwarz auf weiss begründbar

Jedenfalls schert er nicht mit abfälligen Bemerkungen aus, er hält sich an ein solides Raster von Argumenten, etwa so: Die Landwirtschaftsaufwendungen seien als einziger Ausgabenposten im Bundeshaushalt langfristig nicht gestiegen, die Lebensmittelkosten der Konsumenten seien in der Schweiz mit 6,4 Prozent des Haushaltsbudgets niedriger als im Ausland und von einem Konsumentenfranken kämen ohnehin nur 25 Rappen beim Bauern an. Handelsliberalisierungen seien durch Trump in den Hintergrund gedrängt worden, und vom Grenzschutz profitiere auch die Bundeskasse. In der Fairfood-Initiative sieht er positive Punkte, der Verband halte sich da jedoch zurück. Zu den Direktzahlungen an Landwirte legt er dar, dass jede Leistung in Sachen Ökologie, Biodiversität, Bodenschutz oder Tierhaltung ihre Verfassungs- und Gesetzesgrundlage habe, alles sei schwarz auf weiss begründbar.

Politisch kommt aber bald der heisse Herbst. Am 15. Juni hat der Bundesrat mit den «Leitlinien der Agrarpolitik ab 2022» die nächste Debatte gestartet. Als Ziele gelten: mehr Markt, Vereinfachungen agrarpolitischer Massnahmen und Anpassung der Direktzahlungen. Der Zahlungsrahmen bleibt, der Aussenhandeleintrag soll später separat behandelt werden.

Ritter sagt dazu, wenn der Bundesrat ein einfacheres System bei Direktzahlungen anstrebe, müsse die Branche aufpassen. Bei Vereinfachungen entstünde neuer Definitionsbedarf, ein neues Ringen um Zahlungen, so dass Kürzungen

im Agrarbudget plötzlich wahrscheinlicher werden könnten. Vor weiteren Anpassungen müsse gründlich untersucht werden, was wirklich zu ändern sei. Zudem sei der Ausgang mehrerer Initiativen abzuwarten, welche die Landwirtschaft betreffen. Ritter kann diese Haltung viel leichter vertreten als das BLW und Schneider-Ammann, die in Zeitnot sind.

Der gegenwärtige BLW-Direktor Bernard Lehmann wird nach heutigem Kenntnisstand im Sommer 2019 in Pension gehen, Schneider-Ammann etwas später. So werden beide den Übergang zur «Agrarpolitik 2022 plus» wohl nicht voll mitmachen. Vielleicht können sie noch den Rahmen setzen, aber auf jeden Fall wird es in der Verwaltung einen Bruch geben, während der Bauernverband wohl mit konstanter Anstrengung am Ball bleiben wird. ○



Schneider-Ammann.

Beim Bund ist nicht mehr von «Kurs vorgeben» die Rede.

Jordan setzt auf Trump

Die Schweizerische Nationalbank kauft für Milliarden Aktien amerikanischer Unternehmen. Sie verdient damit kräftig Geld. Bis jetzt geht die Strategie auf.

Von Peter Keller

Man stelle sich den politischen und medialen Aufstand vor, würde sich die amerikanische Zentralbank (Fed) im grossen Stile in Schweizer Unternehmen einkaufen und ihre Währungsmilliarden in Schweizer Aktien anlegen, vorzugsweise bei den grössten und besten Flaggshipen wie Novartis oder Nestlé.

Was hierzulande wahrscheinlich sofort den Ruf nach einem Investitionsverbot auslösen würde, ist umgekehrt schon länger der Fall: Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat in den letzten Monaten und Jahren ein gigantisches Depot von US-Beteiligungen angehäuft. Per Ende Juni beläuft sich der Bestand an amerikanischen Aktienwerten auf über 87 Milliarden Dollar (siehe Grafik 1). Allein im letzten Quartal wuchs das Engagement um 6,6 Prozent oder 5,4 Milliarden Dollar. Die fünf grössten Beteiligungen sind allesamt Top-Firmen der Tech-Branche: Apple, Alphabet (Google), Microsoft, Amazon, Facebook (siehe Grafik 2).

Ganz freiwillig ist diese Strategie nicht: Durch die Euro-Krise und den damit verbundenen Aufwertungsdruck auf den Schweizer Franken sah sich die SNB gezwungen, kräftig am Währungsmarkt zu intervenieren. Seit der Finanzkrise hat die Nationalbank ihre Bilanz von 117 auf über 836 Milliarden Franken aufgebläht. Salopp gesagt, druckt die SNB grosse Mengen Schweizer Franken, kauft damit Euros und sichert sich wieder ab durch Diversifizierung, namentlich in Dollarreserven und Aktienkäufe in den USA. Ziel der Übung: den Schweizer Franken stabil zu schwächen gegenüber dem Euro.



Wohl oder übel: Nationalbank-Präsident Jordan.

Faktisch hat die Schweiz so einen Staatsfonds bekommen und rangiert damit weltweit an siebter Stelle – in Europa hat nur der norwegische Öl-Fonds höhere Wertschriftendepots. Ansonsten handelt es sich um Fonds beziehungsweise Zentralbanken aus Japan, China und den Vereinigten Arabischen Emiraten (Abu Dhabi Investment Authority), die noch höhere Anlagen im Markt haben.

«Wir schicken ihnen unsere Gewinne rüber»

Dass die SNB im amerikanischen Markt investiert, hat ihr bis jetzt nicht geschadet. Im Gegenteil: Im Vergleich zum schwächelnden SMI haben sich der Dow-Jones-Index und der auf Technologiewerte spezialisierte Nasdaq hervorragend entwickelt. Man könnte auch

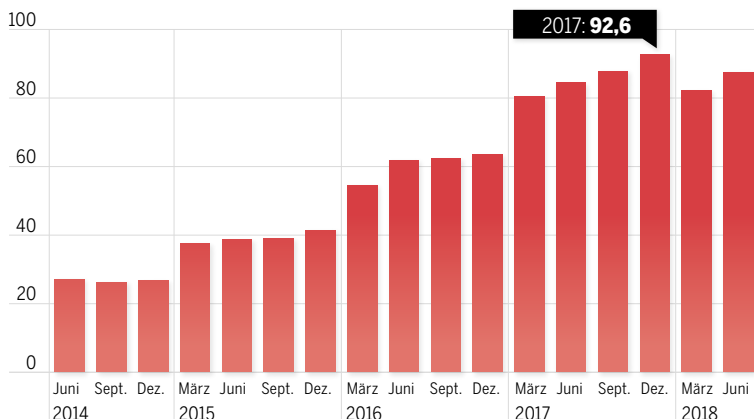
sagen: Jordan setzt auf Trump. Mit Erfolg. Seit Amtsantritt des Republikaners ist der Dow-Jones-Index um über 27 Prozent gewachsen. Der Nasdaq hat allein seit Anfang dieses Jahres um 1000 Punkte auf rund 7400 Punkte zugelegt, während die Schweizer Börse und viele andere internationale Handelsplätze um mehrere Prozent getaucht sind.

Mit ihrem US-Portfolio machte die SNB heuer nur schon mit Dividenden über eine Milliarde Dollar vorwärts. Ein amerikanischer Börsenanalytiker (Sheeple Analytics) twitterte dazu sarkastisch, «die [Schweizerische Nationalbank] druckt Geld, und wir schicken ihnen unsere Gewinne rüber». Mit seinen Wohl-oder-übel-Interventionen hat Thomas Jordan bis jetzt vieles richtig gemacht. Er konnte den Frankenkurs gegenüber dem Euro einigermaßen stabil halten, und über die SNB-Gewinne freuen sich Bund und Kantone, die letztes Jahr insgesamt zwei Milliarden Franken an Ausschüttungen erhielten.

Allerdings tragen zu diesem Ergebnis auch die Negativzinsen bei, die wiederum vor allem zu Lasten der Sparer und Rentner gehen. Damit begründet Nationalrat Thomas Matter (SVP) seinen jüngsten Vorstoss: Er fordert, dass die Hälfte der realisierten Gewinne der AHV zukommen soll, wenn die SNB ihre Bilanz dereinst wieder normalisiert hat. Dass diese Milliarden in spe auch Trumps Wirtschaftspolitik zu verdanken wären, wäre mindestens eine hübsche Anekdote in diesem Finanzschwank. ○

Wert der US-Aktien der Schweizerischen Nationalbank (SNB)

Entwicklung der letzten 4 Jahre, in Milliarden US-Dollar

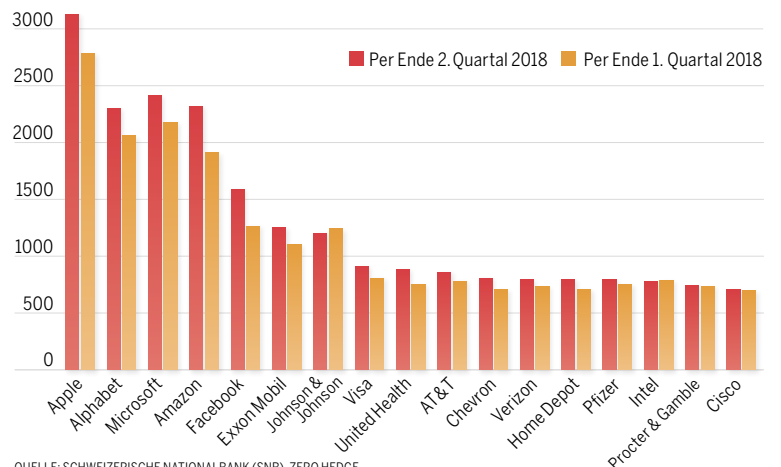


QUELLE: SCHWEIZERISCHE NATIONALBANK (SNB), ZERO HEDGE

Allein im letzten Quartal wuchs das Engagement um 6,6 Prozent.

Die grössten US-Aktien-Bestände der SNB

In Millionen US-Dollar



QUELLE: SCHWEIZERISCHE NATIONALBANK (SNB), ZERO HEDGE

Faktisch hat die Schweiz einen Staatsfonds bekommen.

Vom Jubel zum Jammer

Die Linke erteilt dem Rahmenvertrag mit der EU plötzlich eine Absage. Das hat auch damit zu tun, dass ihr Einfluss im Bundesrat auf den Aussenminister und die Europapolitik schwindet.

Von Hubert Mooser

Eigentlich wäre der Fall klar: Nachdem die Spitzen von FDP, CVP und SP öffentlich die Sistierung der Verhandlungen über einen Rahmenvertrag mit der EU verlangt haben, müssten alle Parteien sofort dem Aufruf von SVP-Präsident Albert Rösti folgen. Dieser will den Bundesrat in einem gemeinsam unterschriebenen Brief auffordern, die Verhandlungen abzubrechen. «Die FDP hat mir bereits eine Absage erteilt», sagt Rösti. Und er gehe nicht davon aus, dass SP und CVP mitmachen würden. Der Bundesrat scheint ohnehin immun gegen solche Überlegungen.

Es ist wie so oft bei europapolitischen Fragen: Wenn man nicht mehr weiterweiss, soll es am Ende der gegenwärtige Bundespräsident, also Alain Berset (SP), richten. Diesen Vorschlag brachte der Blick prompt wieder aufs Tapet. Berset als Krisenmanager? Der Bundespräsident, der sein Konterfei gerne in Zusammenhang mit netten Geschichten auf dem Titelblatt auflagenstarker Zeitungen sieht, werde sich allerdings hüten, sich mit dem dornigen EU-Dossier sein Präsidialjahr zu verderben, heisst es in Bern.

Burkhalters Kniefall vor der SP

Seit der Tessiner Freisinnige Ignazio Cassis den Neuenburger Parteikollegen Didier Burkhalter im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) abgelöst hat, haben die SP-Bundesräte einen schwierigeren Stand im Gremium. Cassis politisiert deutlich weiter rechts als Vorgänger Burkhalter. Die informellen Gespräche vor offiziellen Bundesratssitzungen laufen teils an den Sozialdemokraten vorbei. Den Krach um die flankierenden Massnahmen (FlaM), die Gesprächsverweigerung der Gewerkschaften und den plötzlichen Widerstand der Linken gegenüber einem Rahmenvertrag mit der EU muss man auch vor diesem Hintergrund sehen. Die Machtverhältnisse im Bundesrat haben sich etwas verschoben.

Weil sie im Bundesrat nicht mehr so einfach durchkommen, gehen die Linken auf Konfrontationskurs mit der Regierung. «Es ist ein einmaliger Vorgang, dass Mitglieder der Landesregierung die offizielle Verhandlungsposition der Schweiz untergraben und sich auf die Seite der EU-Kommission schlagen», polterte Rechsteiner in einem Interview mit dem *St. Galler Tagblatt*. Das ist eine neue Qualität linker Kritik zu Verhandlungen mit der EU, die von einem inzwischen tiefen Misstrauen gegenüber der Regierung zeugt.

Die EU-Vertreter pochen seit je auf ein Entgegenkommen der Schweiz bei den flankierenden Massnahmen. CVP-Präsident Gerhard Pfister sagt, er verstehe nicht, warum die Linke nicht schon früher thematisiert habe, dass der Arbeitnehmerschutz durch ein Rahmenabkommen unter Druck käme. Es sei für ihn immer klar gewesen, dass die EU die FlaM schwächen wolle. «Während die Bürgerlichen immer darauf hinwiesen, dass die Frage des Schiedsgerichts, die Rolle des Europäischen Gerichtshofs, eine rote Linie darstellt, und die EU sich hier auch bewegte, hätten SP und Gewerkschaften sehr viel früher und stärker für die FlaM kämpfen müssen», so Pfister.

Das brauchte die Linke nicht zu tun, zumal mit Burkhalter ein Aussenminister im EDA sass, der meist ziemlich genau das tat, was die SP von ihm erwartete. Im Bundeshaus ist es ein offenes Geheimnis: SP-Präsident Christian Levrat und SP-Nationalrat Corrado Pardini gingen bei Aussenminister Burkhalter ein und aus. Pardini meint, Burkhalter habe als welscher Radikaler eine gewisse Sensibilität gezeigt, was Arbeitnehmerschutz und Sozialpartnerschaft anbelange. Diese gehe Cassis völlig ab. Die Ernennung von SP-Frau Pascale Baeriswyl zur EDA-Staatssekretärin und damit auch zur zentralen Figur bei den Verhandlungen mit der EU symbolisierte 2016 gewissermassen Burkhal-

ters europapolitischen Kniefall vor der SP. Und diese dankte es ihm mit widerspruchsloser Unterstützung für den Rahmenvertrag.

Diese Zeiten scheinen nun vorbei. «Bundesrat Burkhalter hat die flankierenden Massnahmen hintangestellt; er wollte das Problem ganz am Schluss irgendwann lösen», kritisiert SP-Aussenpolitiker Eric Nussbaumer heute. Die Wahl von Ignazio Cassis machte den Genossen einen Strich durch die Rechnung. Der Tessiner drückte zwar nicht den «Reset-Knopf», wie er es während des Bundesratswahlkampfes angekündigt hatte. Er tauschte stattdessen aber die Staatssekretäre aus. Anstelle von SP-Frau Baeriswyl übernahm der Karrierediplomat Roberto Balzaretto das Ruder bei den europapolitischen Dossiers. Spätestens ab diesem Moment war es wohl bloss noch eine Frage der Zeit, bis die SP dem Rahmenvertrag eine Absage erteilen würde.

Cassis lieferte Levrat und Rechsteiner den Vorwand dazu, als er in einem Radiointerview die FlaM, insbesondere die Acht-Tage-Regel, zur Disposition stellte und damit vor allem bei den Linken einen Aufstand provozierte. Inzwischen will die SP die Verhandlungen über einen solchen Rahmenvertrag sogar sistieren. Ganz nebenbei hat Cassis damit erreicht, dass jetzt die SP an seiner Stelle den «Reset-Knopf» drückt – denn ohne Zustimmung der SP ist der Rahmenvertrag chancenlos. ○



Verhandlungen abbrechen? Bundespräsident Berset (l.), Bundesrat Cassis.

Ab durch die Mitte

Martin Baltisser war der intelligente, bienenfleissige Manager hinter den grossen SVP-Erfolgen der letzten Jahre. Jetzt wechselt der Hardrock-Liebhaber ins Hauptquartier des PR-Mainstreams von Bern. Die Rochade des Blocher-Manns zu Furrerhugi gibt zu reden. Was steckt dahinter? *Von Florian Schwab*

Auf die Idee, Furrerhugi eine besondere Nähe zur Schweizerischen Volkspartei (SVP) zu unterstellen, käme niemand. Personell ist die Berner PR-Agentur bislang von FDP und BDP geprägt. Agenturmitgründer Andreas Hugi kommt aus dem Zürcher Freisinn und war 1999 Wahlkampfchef der Kantonalpartei. Eine prominente Mitarbeiterin, Claudine Esseiva, ist eine bekannte Vertreterin des linken Flügels in der Berner FDP. Und mit Lorenz Hess gehört ein amtierender BDP-Nationalrat zum Beraterteam der Agentur.

Nicht nur im Kundenauftrag, auch aus eigenem Antrieb bekämpft Furrerhugi mit eigenen Projekten die Politik der SVP. So ist die Alliance Economie Politique, welche sich für das Rahmenabkommen mit der EU einsetzt, ebenso bei der Agentur angesiedelt wie die Kampagne Succèsuisse, welche die Ausschaffungs- und Durchsetzungsinitiative der SVP bekämpfte.

Umso erstaunlicher ist die neueste Personalmeldung im Berner PR-Universum: SVP-Urgestein Martin Baltisser wechselt von Christoph Blochers Robinvest zu Furrerhugi. Baltissers Vater war Fraktionschef der SVP im Kanton Thurgau, und er selber blickt, trotz Unterbrüchen, auf fast fünfzehn Jahre berufliche Parteierfahrung zurück: 1992 begann er als stellvertretender Generalsekretär, vier Jahre später übernahm er unter Parteichef Ueli Maurer die Leitung des Generalsekretariats. Nach einem Ausflug in die PR-Branche kehrte er 2009 unter Toni Brunner als Generalsekretär wieder. Nachdem die SVP das beste Wahlergebnis ihrer Geschichte eingefahren hatte, ging Baltisser 2016 als Geschäftsführer zu Robinvest.

Schnell handelseinig

Wir treffen den frischgebackenen Senior Consultant von Furrerhugi an einem Hitzetag im Berner «Café Fédéral», mit bestem Blick auf das Bundeshaus. Um dieses wird seine Tätigkeit in Zukunft zu einem guten Teil kreisen. Vor der Kuppel will sich Baltisser aber partout nicht fotografieren lassen. Die pompöse Politiker-Pose ist dem zurückhaltend auftretenden Volkswirt und Politologen zuwider.

Baltisser ist im modisch-sommerlichen Freizeithemd erschienen. Während er sich ein Fläschlein Rivella blau genehmigt, gibt er Auskunft über die Beweggründe für seinen Wechsel. Mit seiner Familie wohnhaft in Bremgarten bei Bern, sei ihm die tägliche Fahrt nach Herrliberg auf Dauer zu aufreibend geworden. «Es sind ja doch viereinhalb Stunden hin und zu-



Durchschlagskraft: PR-Berater Baltisser.

rück.» Richtig arbeiten könne man in der Zeit nicht. An ein vertrauliches Geschäftstelefonat sei im Zug nicht zu denken, und auch beim Hantieren mit sensiblen Dokumenten auf dem Laptop sei Vorsicht geboten.

Etwas Gutes hatten die langen Fahrten an die Zürcher Goldküste dennoch: Hier konnte Baltisser seiner Leidenschaft für Musik frönen. Welche Stilrichtung? «Hardrock, so in Richtung Thrash Metal.» Die härteste Spielart. Die wilde Seite des freundlichen Herrn Baltisser. Während der Schulzeit in Kreuzlingen soll der Sohn eines Schweizers und einer Polin furchteinflössende Frisuren getragen haben. Auch seine sportliche Laufbahn zeugt von Durchschlagskraft: In jungen Jahren spielte er American Football.

Als Geschäftsführer von Robinvest war Baltisser für die Verwaltung von Blochers Investitionen zuständig. Er habe vom alt Bundesrat «be-

triebswirtschaftlich jeden Tag etwas gelernt». Blocher habe ein «wohl einmaliges Gespür für unternehmerische Zusammenhänge». Allerdings sei die Anzahl der Investments überschaubar. So blieb Baltisser als Robinvest-Chef in zweiter Linie auch in die politische Tätigkeit Blochers involviert. «Es hat mich erstaunt, wie konsequent sich Blocher im letzten Jahr aus der Parteiarbeit zurückgezogen hat.» Zudem habe Blocher letztes Jahr einen eigenen CEO für seine Medienbeteiligungen verpflichtet. Aus der Perspektive Baltissers tönt das fast ein bisschen nach Unterbeschäftigung.

Er habe, erzählt Baltisser, Christoph Blocher bereits Anfang Jahr informiert, dass er sich nach einer neuen Tätigkeit umsehen werde. Dabei wollte Baltisser an seine PR-Erfahrungen anknüpfen. Nach seinem ersten Abschied aus dem SVP-Generalsekretariat 1999 wurde Baltisser Teilhaber der Agentur Mediapolis des damali-

gen St. Galler FDP-Nationalrats Peter Weigelt. Für Mediapolis baute er einen Berner Arm auf, den er auch leitete. Im Jahr 2008 verkaufte Mediapolis ihre Büros in Zürich und Bern an Farner. Baltisser blieb noch etliche Monate im Unternehmen und begleitete die Fusion, bevor er erneut zur Partei zurückging.

Jetzt, mit Furrerhugi, wurde Baltisser schnell handelseinig, wie beide Seiten bestätigen. «Er war mir immer wieder als intelligenter Kopf in der politischen Kommunikation aufgefallen», sagt Andreas Hugi. Baltisser sei auf dem Gebiet «ein absoluter Profi». Was er mache, «verhebet». Mittelfristig sieht Hugi seinen Neuzugang als «breit einsetzbaren Generalisten», nicht nur in der politischen Kommunikation. Sein erster Auftrag ist allerdings gar nicht so weit von seinen Aufgaben bei Robinvest entfernt: Baltisser soll die in den letzten Jahren rapide angewachsenen Firmenbeteiligungen und Tochterunternehmen von Furrerhugi besser strukturieren.

Stärken und Schwächen durchschaut

Sein bisheriger Chef Christoph Blocher lobt Baltisser als «hervorragenden Analytiker», der die Stärken und Schwächen im eigenen Lager und beim Gegner auf Anhieb durchschaue. Vielfach sei er in der Partei ein «ruhender Pol» gewesen, der die grundlegende Analysearbeit gemacht und, wenn nötig, die politischen Frontkämpfer auch einmal zur Zurückhaltung ermahnt habe. Insbesondere mit dem charismatischen, spontanen Instinktpolitiker

Die pompöse Politiker-Pose ist dem zurückhaltend auftretenden Volkswirt und Politologen zuwider.

Toni Brunner habe sich der bedächtige Generalsekretär Baltisser wunderbar ergänzt.

In Baltissers neuer Rolle sieht Blocher «keinen politischen Bruch». Baltisser sei weiterhin in einigen Parteigremien aktiv, so im Vorstand der Berner SVP. «Ich nehme ihn politisch als sehr gefestigt wahr», so Blocher. Baltisser selbst sieht es ähnlich: Er vertrete heute «wohl die pointierteren Positionen als in den 1990ern», als er zur SVP kam. Aus Sicht von Andreas Hugi hat der Personalentscheid zwar nicht direkt eine politische Dimension, «aber selbstverständlich besetzen wir unsere Mandat-Teams auch nach persönlicher Eignung und Neigung».

Baltisser sagt, er bringe keine fertiggeschnürten Kundenbeziehungen in seine neue Tätigkeit ein. «Kenntnisse der politischen Mechanik» seien für die neue Stelle aber sicher wertvoll. Zudem habe Furrerhugi durchaus auch schon bisher Kontakte ins SVP-Universum gepflegt. Damit, dass er einige Fragen politisch anders beurteile, «muss ich leben und müssen sie leben», sagt Baltisser und lacht laut. «Vielfalt kann ja auch bereichernd sein.» ○

Banken

Löchrige Staatsanwaltschaft

Im Fall Raiffeisen sickern immer wieder brühwarm pikante Details in die Medien. Soll die moralische Anprangerung eine dürftige Beweislage überdröhnen? Von René Zeyer

Die Affäre Vincenz ist begleitet von Durchstechereien an die Medien. Der vollständige Bericht der Bankenaufsicht Finma, das Thema Spesen – immer wieder berichtet ein Presseorgan, beruft sich auf das Vorhandensein entsprechender Unterlagen. Die müssen auch echt sein, sonst könnte im Rechtsfall der Wahrheitsbeweis nicht angetreten werden, was mit happigen Anwalts- und Gerichtskosten verbunden wäre.

Das jüngste Beispiel ist eine Spesenabrechnung von Pierin Vincenz. Der Oberchefredaktor Arthur Rutishauser greift persönlich in die Tasten, um in der *Sonntagszeitung* eine Dreiviertelseite mit «haarsträubenden Details zu Vincenz' Spesenbezügen» zu füllen. Konkret wird behauptet, dass es ein A4-Blatt gebe, auf dem mehr oder weniger ein Betrag, das Wort «Spesen» und die Unterschrift von Vincenz stünden. Plus das Visum des ehemaligen VR-Präsidenten Johannes Rüegg-Stürm, der diese rudimentäre Abrechnung über immerhin 10 000 Franken durchgewinkt habe.

Wie kam das in Besitz oder zur Kenntnis des Journalisten, genauer: Wer war's? Vom Journalisten selbst wird man das nicht erfahren, er kann Quellenschutz geltend machen. Also verschärfen wir die Frage zum hilfreichen: Cui bono, wem nützt es, wer zieht einen Vorteil aus dieser Meldung?

Der Kreis der möglichen Quellen ist beschränkt. Da wäre zunächst Vincenz selbst. Was hätte er davon, dieses Spesenpapier an die Presse durchzustechen? Um von allfällig grösseren Vergehen abzulenken? Aber schon alleine möglicher Spesenbetrug reicht für den Vorwurf der ungetreuen Geschäftsbesorgung. Also hat Vincenz kein Interesse. Dann käme Raiffeisen selbst in Frage, also konkret alle Mitarbeiter jeglicher Hierarchiestufe, die mit den Spesenabrechnungen der Geschäftsleitung befasst waren oder sind, sowie die Mitarbeiter der internen Untersuchung. Hat man jemals Details der Spesenabrechnung eines GL-Mitglieds einer grossen Bank in der Presse gesehen? Niemals, denn das gehört schliesslich zum inneren Kreis der Geschäftsgeheimnisse einer Bank, die sie unbedingt schützen muss.

Einen ersten Hinweis auf die einzige logische Möglichkeit gibt die Einleitung des Artikels: «Die Zürcher Staatsanwaltschaft ist mit Hochdruck daran, die Anklageschrift gegen Vincenz zusammenzustellen.» Der Autor weiss sogar, dass der die Untersuchung füh-



Cui bono? Ex-Banker Vincenz.

rende «Staatsanwalt Marc Jean-Richard-dit-Bressel» noch in der Sommerfrische weilt, seine Mitarbeiter aber «trotz Sommerhitze aktiv sind». Denn die Anklage solle «möglichst bis im nächsten Frühjahr stehen, vielleicht schon bis Ende Jahr».

Undichte Stellen

Als betreibe er das Geschäft der Staatsanwaltschaft, führt der Autor des Artikels weiter aus, dass Geschäftsschädigung im Zusammenhang mit den Firmenkäufen viel schwieriger nachzuweisen sei als bei Spesen. Daher macht es, rein logisch betrachtet, Sinn: Die Staatsanwaltschaft muss ihr Einschreiten, die U-Haft von mehr als hundert Tagen, das ganze Brimborium rechtfertigen. Sie sieht schon jetzt, was viele kompetente Rechtsanwälte vermuten: dass der Anfangsvorwurf nicht zu halten ist (weil keine Schädigung bei den Firmenkäufen nachzuweisen ist). Ergo operiert sie schon jetzt mit dem, was am Ende bleibt: Spesen ohne Beleg beziehungsweise ohne Begründung, und das regelmässig und alles andere als bescheiden. Damit bekommt die Berichterstattung die Richtung der Anklage und des Verfahrens, womit die Staatsanwaltschaft als konsequente Siegerin dasteht und niemand überrascht sein kann.

Es sind drei Kriterien, die zwangsläufig zu diesem Schluss führen. Cui bono, wem nützt es? Wer ist auszuschliessen? Wer bleibt dann übrig? Auf Anfrage weist die Staatsanwaltschaft Zürich diese Vermutung überraschungsfrei zurück: «Die Staatsanwaltschaft gewährt der Presse grundsätzlich keinen Einblick in Akten etc. Fakt ist, dass Medienschaffende Informationen erhalten, woher diese stammen, entzieht sich der Kenntnis der Staatsanwaltschaft.»

Amerika im Wendekreis der Frauen

Nie in der Geschichte der USA haben so viele Frauen für ein politisches Amt kandidiert wie jetzt. Das Feld für die Zwischenwahlen im Herbst wird von Demokratinnen dominiert. Die Parteilinke gibt den Ton an. Kapitalismus ist out. Sozialismus en vogue. Und das Leitmotiv lautet: «Weg mit Trump!» *Von Urs Gehrig*



«Geheimwaffe gegen Trump»: Alexandria Ocasio-Cortez (Mitte) und demokratische Kandidatinnen (v. l. n. r.) Mikie Sherrill, Stacey Abrams, Krysten Sinema, Gina Ortiz Jones, Amy McGrath, Rashida Tlaib, Ilhan Omar.

Als Alexandria Ocasio-Cortez Ende Juni plötzlich als Siegerin ausgerufen wurde, verschlug es ihr eine halbe Ewigkeit die Stimme. Ehe sie die Fassung wiedererlangte, ergriff eine La-Ola-Welle das Lager der Demokraten, die bis heute nicht verebbt ist. Als «neuer Star» und «Geheimwaffe gegen Trump» wurde die zierliche Latina in den Medien gefeiert.

Ocasio-Cortez' Leben bietet den Stoff für Märchen, wie sie Amerika am schönsten schreibt. Tochter von Einwanderern aus Puerto Rico, Jugend in der Bronx, Studium an der Boston University, Rückkehr ins Getto, wo sie einen Kinderbuchverlag gründet und als Sozialarbeiterin rackert. Belohnt wird die 28-jährige Alexandria von ihrer Gemeinde mit einem Kantersieg. Ihr Konkurrent in der demokratischen Vorwahl, ein geschliffener Partei-Zampano mit besten Verbindungen zur Wall Street, erleidet ein Waterloo. Das Publikum seufzte: «Es gibt ihn also doch, den Flecken Gerechtigkeit auf dem Erdenrund!»

Ocasio-Cortez' Aufstieg zum politischen Shootingstar begann an einem Wintertag nach Trumps Wahl, als sie mit Freunden nach North Dakota reiste, um sich dort dem Protest gegen eine Mega-Pipeline anzuschließen, die durch ein Sioux-Reservat führt. Sie habe gerade ein «unglaubliches und transformatives Erlebnis», twitterte sie aus der eisigen Einöde, sie schöpfe «neue Hoffnung und Entschlossenheit für unsere kollektive Zukunft». Schafft sie im Herbst den Sprung in den Kongress – woran wenige zweifeln –, wird sie die jüngste Frau, die je unter der Kuppel des Kapitols Einsitz genommen hat.

«Töchter» von Bernie Sanders

Ocasio-Cortez' Sieg war ein aufregendes Ereignis für all jene, die eine radikal linke Agenda vertreten. Sie fordert eine staatliche Krankenversicherung, garantierte Arbeitsplätze, kostenlose Colleges, die Abschaffung der Grenzpolizei ICE. Rasch rissen sich sämtliche

Fernsehstationen um sie. Ebenso rasch wurde offenkundig, dass es mit ihrer Fachkenntnis nicht zum Besten steht. So bezeichnete sie beispielsweise Israel als «die Besetzung Palästinas». Auf kritische Nachfragen geriet sie ins Stottern. «Ich bin nicht die Expertin in Geopolitik bei diesem Thema», meinte sie kleinlaut. Es war nicht ihr einziger peinlicher Auftritt. Was ihrer Popularität im linken Sektor nicht abträglich ist. Gut gemeint ist wichtiger als genau gewusst.

Die Fokussierung auf Ocasio-Cortez verstellte derweil den Blick auf ein Phänomen, das weit über die junge Frau aus der Bronx hinausreicht. Amerika erlebt eine bemerkenswerte Wahlsaison. Von den endlosen Kornfeldern Nebraskas über die Wüsten Arizonas bis in die Sümpfe des Südens stellen sich so viele Frauen zur Wahl wie nie zuvor in der US-amerikanischen Geschichte. Allein für das Repräsentantenhaus wurden 468 Kandidatinnen gezählt. 170 mehr als im Rekordjahr 2012.

Die meisten Frauen steigen für die Demokratische Partei ins Rennen. Sie sind Teil einer Bewegung, die bei Trump täglich Wut tankt. Angefeuert von «MeToo» und getragen von einer Sehnsucht nach einer «gerechten» und «gesiterten» Gesellschaft, stehen diese Frauen auf, um eine Wende gegen Trump zu erzwingen. Die hohe Anzahl Kandidatinnen nährt unter Demokraten die Hoffnung, am 6. November den republikanisch dominierten Kongress zu erobern – und Trump aus dem Weissen Haus zu spedieren.

Die Kandidatinnen, die dies richten sollen, manifestieren sich ethnisch bunt und religiös divers. Eine der strahlenden Siegerinnen der Vorwahlen von letzter Woche ist Rashida Tlaib. Die Aktivistin der «Demokratischen Sozialisten von Amerika» hat palästinensische Wurzeln. Nach ihrem Triumph bei der parteiinternen Ausmarchung in ihrem Heimatstaat Michigan hat sie beste Chancen, als erste Muslima in den US-Kongress einzuziehen.

Viele der Anwärterinnen sind politische «Töchter» von Bernie Sanders, dem Linksaussen, der 2016 im parteiinternen Duell gegen Hillary Clinton unterlag. Sie haben das eigene Partei-Establishment satt. «Die demokratische Parteiführung hat unsere Mitglieder landesweit im Stich gelassen», sagte Kyrsten Sinema aus Arizona, die für den US-Senat kandidiert, zur Zeitschrift *Politico*. Sie fürchte sich nicht, es mit jedem und jeder in der eigenen Partei aufzunehmen. «Unsere Partei muss sich fundamental verändern.»

Sinema steht für einen neuen Trend unter amerikanischen Politikerinnen. Nicht bloss gegenüber der Parteispitze schlagen sie ungezügelte Töne an. Auch aus der sexuellen Orientie-

Je mehr sich die Demokratische Partei nach links orientiert, desto geringer sind ihre Erfolgchancen.

rung wird kein Hehl gemacht. Schafft Sinema den Sprung nach Washington, ist sie die erste offen bisexuelle Kandidatin, die in den US-Senat einzieht. Statt ihr «Anderssein» zu kaschieren, setzen es Kandidatinnen als politisches Kapital ein. In Texas baut Gina Ortiz Jones eine Kandidatur auf, die gemäss Beobachtern bis in höchste politische Sphären reichen könnte. Wird sie gewählt, ist sie die erste offen lesbische Repräsentantin – und erste Filipina-Amerikanerin – aus dem «Lone Star State» im US-Kongress.

Ortiz Jones' Beliebtheit im Staat Texas, der für Demokraten als politische Wüste gilt, hat auch damit zu tun, dass sie im Irakkrieg gekämpft hat. Das Verhältnis demokratischer Frauen zum Militär gilt seit Jahrzehnten als unterkühlt. Auch in dieser Hinsicht ist ein Wandel zu beobachten. Zahlreiche der jüngeren Bewerberinnen scheinen weder mit Waffen noch mit

Krieg Berührungängste zu haben. In New Jersey kandidiert in der Person der Navy-Pilotin Mikie Sherrill eine Frau mit militärischen Meriten für den Kongress. Und in Kentucky läuft sich mit Amy McGrath eine Frau warm, die bereits Militärgeschichte geschrieben hat. Sie war die erste Frau, die einen Kampfeinsatz für das United States Marine Corps geflogen ist.

Amy McGrath gewann ihre Nomination in einem Distrikt, der 2016 haushoch an Trump gegangen war – mit einem Credo, das an Trump erinnert: «Kampf dem Establishment in Washington!» Der seit Jahren schwelende Kulturkampf im demokratischen Lager bricht in diesen Zwischenwahlen offen aus. Die aufstrebenden Jungen haben mit der alten Garde gebrochen. Vierzig Kongresskandidaten haben öffentlich angekündigt, sie würden Nancy Pelosi, der bisherigen Demokraten-Sprecherin der grossen Kammer, ihre Gefolgschaft verweigern.

«Niemand ist unersetzbar», quittierte Pelosi die Attacke, «aber ich denke, ich bin die beste Person für den Job.» An die Adresse der Neo-Kandidatinnen meinte Pelosi trocken: «Tut, was immer ihr tun müsst. *Just win, baby.*»

Gesunkenes Ansehen des Kapitalismus

Doch mit dem Gewinnen ist es so eine Sache. Ihren eigenen Sieg errang Alexandria Ocasio-Cortez leichtfüssig. Die Kandidaten der sozialistischen Linken, welche von ihr unterstützt werden, flopten jedoch bisher mehrheitlich. Die Medien folgerten sofort, dem linken Flügel der Demokraten fehlten die Federn, um abzuheben. «Die Bewegung von Alexandria Ocasio-Cortez hat es verpasst, einen einzigen Coup zu landen», kommentierte CNN letzte Woche.

«Hier zerbröselst der Sozialismus», verkündete *Politico*.

Der Abgesang auf den amerikanischen Sozialismus könnte sich als verfrüht erweisen: Der sukzessive Linksrutsch innerhalb der Demokratischen Partei ist statistisch erhärtet. Gemäss Gallup, einem der führenden Markt- und Meinungsforschungsinstitute, geniesst der Sozialismus bei den Demokraten ein deutlich positiveres Image als der Kapitalismus. Das Ansehen des Kapitalismus ist innert zweier Jahren von 56 auf 47 Prozent gesunken. Dagegen geniesst der Sozialismus unter Demokraten seit 2010 einen unverminderten Zuspruch von 57 Prozent.

Im republikanischen Lager lässt der Richtungskampf bei den Demokraten Zuversicht keimen. Sie stellen fest: Mit einer pointiert linken Agenda lassen sich zwar parteiinterne Vorwahlen gewinnen, in der Stichwahl gegen Republikaner drohen links-progressive Demokraten unterzugehen. Und: Je extremer sich die Demokratische Partei nach links orientiert, desto geringer sind ihre Chancen, landesweit Erfolge zu erzielen. Anders formuliert: Alexandria Ocasio-Cortez mag in der Bronx zaubern, als «Geheimwaffe gegen Trump» taugt sie kaum. ○



Inside Washington

«Gesindel»

Weitere «Enthüllungen» aus Trumps innerem Zirkel. Und ein Eingeständnis.

Omarosa Manigault Newman, gefeuerte Mitarbeiterin von Präsident Trump und einstige Teilnehmerin seiner Reality-Show «The Apprentice», hat ihre Memoiren geschrieben – «Unhinged: An Insider's Account of the Trump White House». Zu den Angriffen auf ihren ehemaligen Boss gehört auch die Behauptung, es gebe geheime Tonbänder, die beweisen würden, dass Trump, der am schärfsten beobachtete Politiker in der Geschichte, am Set von «The Apprentice» regelmässig das N-Wort verwendet habe, also in Gegenwart von Scharen von NBC-Produzenten, Redaktoren sowie Ton- und Lichttechnikern, Maskenbildnern, und eines Aufnahmeleiters, nicht zu reden von anderen Teilnehmern der Show. Bislang ist ein solches Tonband noch nicht aufgetaucht.

Sie hat es aber geschafft, Trump zu dem Eingeständnis zu bewegen, dass seine Tweets womöglich nicht «präsidentiell» sind: «Mir ist klar, dass es nicht präsidentiell ist, Gesindel wie Omarosa zu kritisieren, und ich würde lieber darauf verzichten, aber dies ist eine moderne Kommunikationsform, und ich weiss, die Fake-News-Medien werden alles daran setzen, dass selbst die bekloppte Omarosa als legitim dasteht. Sorry!» In ihrem Eifer, uns an ihren Erlebnissen im Weissen Haus teilhaben zu lassen, könnte sie juristische Probleme bekommen, weil sie Gespräche im Situation Room aufgezeichnet hat, dem streng gesicherten Allerheiligsten im Weissen Haus. Omarosa hat eine Debatte unter Verfassungsjuristen ausgelöst, ob Mitarbeiter des Weissen Hauses als Staatsdiener zur Geheimhaltung verpflichtet sind.

Anhänger und Kritiker Trumps fragen: Warum hätte der Präsident jemanden in seiner unmittelbaren Nähe beschäftigen sollen, den er nun als «Gesindel» und «eine Hündin» bezeichnet? *So sad. Amy Holmes*

Wie ich Amerikaner wurde

Ich war einer von insgesamt 1094 Neubürgern unterschiedlichster Hautfarbe und Religion, die sich an diesem Vormittag versammelten. Die Beamten erwiesen sich als äusserst freundlich, die Eidesleistung war dann aber schwerer Stoff. *Von Niall Ferguson*

Ich hatte einen guten Zeitpunkt für meine Einbürgerung gewählt.

Es war ein grauer, bewölkter Vormittag in Oakland. Die beste englische Fussballnationalmannschaft seit einer Generation war soeben von den niederträchtigen Kroaten besiegt worden. Und Hurrikan Donald Trump war gerade in London gelandet.

Ja, es war ein guter Zeitpunkt, um Amerikaner zu werden, während über London ein riesiger Baby-Trump-Ballon schwebte, hässliches Symbol eines neuen Tiefpunkts in den anglo-amerikanischen Beziehungen.

Oder auch nicht. In London beugten sich fassungslose Tories über das Brexit-Weissbuch der Regierung, und viele von ihnen dachten genau das, was Trump im Interview mit der *Sun* unverblümt gesagt hatte. Theresa Mays Versicherung «Brexit heisst Brexit» bedeute also nichts anderes, als dass das Vereinigte Königreich eine beklagenswerte Kreuzung zwischen der Schweiz und der Ukraine sein wird. Strikte Umsetzung? Anrufung des Europäischen Gerichtshofs zur Klärung strittiger Punkte im Gemeinschaftsrecht? Brexit – was für ein Trauerspiel.

Alles in allem war es ein ausgezeichnete Zeitpunkt, um Amerikaner zu werden. Ich war einer von 1094 Neubürgern unterschiedlichster Hautfarbe und Religion aus aller Herren Länder. Wir hatten uns, die erforderlichen Dokumente in der Hand, vor dem altherwürdigen Paramount Cinema (in dem gerade «Animal House» und «This Is Spinal Tap» liefen) eingefunden und warteten gespannt.

Ich war nicht der Einzige, der aus Europa kam, aber Europäer waren in unserer Gruppe erkennbar in der Minderheit. Am grössten war zu meiner Überraschung der Anteil der Chinesen, die knapp ein Fünftel stellten. (Wie viele Amerikaner würden in dieser Woche wohl Chinesen werden?) Platz zwei nahmen die Mexikaner ein (mehr als 150), dann kamen die Filipinos, knapp vor den Indern.



«Die einzig richtige Entscheidung»: Star-Historiker Ferguson.

Am eindrucksvollsten fand ich aber, wie viele Nationen hier vertreten waren. Der junge Mann rechts neben mir, in makellosem Weiss, kam aus Eritrea. Er hatte in Swansea Computerwissenschaften studiert und war nach Kalifornien gekommen, um für die Nasa zu arbeiten.

Virtuose Mehrsprachigkeit

Jeder Begegnung mit amerikanischen Behörden sehe ich mit Nervosität entgegen. Würde es zugehen wie auf der Kfz-Zulassungsstelle, deren Mitarbeiter berüchtigt sind für ihren rüden, an Ostblockzeiten erinnernden Umgangston? Oder wie auf dem unerbittlichen, gnadenlosen Finanzamt?

Tatsächlich hätten die Beamten der Einwanderungsbehörde nicht freundlicher sein können. Geleitet wurde die Einbürgerungsfeier von einem liebenswürdigen, bebrillten Herrn mit schütterem Haar, der sein Publikum mit virtuoser Mehrsprachigkeit für sich einnahm und mühelos auf Spanisch, Chinesisch, Französisch, Hindi und Filipino mit uns parlierte.

Doch dies war keine Multikulti-Veranstaltung. Ganz im Gegenteil. Zur Einstimmung

auf die bevorstehende Zeremonie sang ein Chor diverse patriotische Lieder, einschliesslich einer recht barocken Vertonung der Präambel der Verfassung, «Yankee Doodle» und Woody Guthries «This Land Is Your Land».

Ja, das war es! Dieser Song, bei dem sich unendlich weite amerikanische Landschaften vor einem auftun («from the redwood forest to the Gulf Stream waters»), ergreift mich immer

Dann wurde es lebhafter. Ein Film wurde gezeigt, der ausgesprochen martialisch daherkam.

wieder, weil diese Bilder, die ich auf der Kinoleinwand sah, schon in frühen Jahren meine Begeisterung für die Vereinigten Staaten weckten.

Dann wurden wir über unsere Rechte und Pflichten aufgeklärt – besonders über unser Wahlrecht, über unser Recht, einen Reisepass zu beantragen, und über die Sozialversicherungsnummer, die uns von nun an bis ans Lebensende begleiten würde. (Leider kein Wort zu unserem Recht, Waffen zu tragen.

Die fünfte Kolonne

Nun ist der Brexit-Aufstand also richtig ausgebrochen – wegen einer amüsanten Bemerkung von Boris Johnson über Burkaträgerinnen.

Geschrieben wurde der umstrittene Artikel (vermutlich in üblicher Eile) von Boris Johnson, dem schillernden, chaotischen, lebenswürdigen Ex-Bürgermeister von London, Ex-Aussenminister und führenden Brexiteer. In seinem Kommentar wollte er vor allem zeigen, dass er gegen ein Burkaverbot ist, weil eine solche Massnahme aus seiner Sicht unliberal und kontraproduktiv wäre. Doch Boris' Feinde stürzten sich exakt auf die Stelle, wo er Burkaträgerinnen mit Briefkästen vergleicht.

Nun ja, August ist Sauregurkenzeit, und irgendwie schaffte es diese Geschichte, die britischen Medien eine ganze Woche lang in Atem zu halten. Islamistische Verbände, ranghohe Torys (einschliesslich Theresa May), Studentenaktivisten, die Labour Party, eine Gruppe von hundert britischen Burkaträgerinnen, linke BBC-Journalisten und der *Guardian* – sie alle warfen Boris Johnson Islamophobie vor. Der Parteichef der Konservativen, ein gewisser Brandon Lewis, von dem man noch nie gehört hatte, verlangte gar, Boris solle sich entschuldigen, andernfalls müsse er mit einem Disziplinarverfahren rechnen, möglicherweise mit einem Parteiausschluss.

Hart erkämpfte Rechte

Boris hat sich, zu Recht, nicht entschuldigt, denn damit hätte er seine Glaubwürdigkeit verspielt und seine politische Karriere ruiniert. Stattdessen hat er bislang sehr souverän reagiert. Als ein TV-Team ihn am Wochenende interviewen wollte, gab er keinen Kommentar ab, sondern brachte den Journalisten Tee. Der Film – im Netz eifrig geteilt – zeigte nicht «Boris, den Islamhasser», sondern «Boris, den Kerl, den man sympathisch finden muss, selbst wenn man nicht seiner Meinung ist».

Seinen politischen Ambitionen dürfte der Fall nicht geschadet haben. Die meisten Briten sehen die Burka ähnlich kritisch, viele wollen tatsächlich ein Verbot, selbst moderate Muslime wie etwa Taj Hargey, ein Imam aus Oxford, der die Burka als «fünfte Kolonne» bezeichnete, die «Sicherheitsrisiken heraufbeschwören» und letztlich zur «Islamischen Republik Grossbritannien» führen könne.

Der Grund für diese gespielte Empörung ist vielmehr darin zu suchen, dass die «Remainers» Boris' Projekt, Theresa May abzulösen und einen harten Brexit herbeizuführen, auf diese Weise torpedieren wollten. Ihr Plan ist gescheitert, weil Boris, oft flatterhaft und chaotisch, sich wieder als der vernünftige, zuver-



Standhaft: Politiker Johnson.

lässige Kämpfer positionieren konnte, der für den Willen des Volkes eintritt.

Hauptsächlich ist die Sache aber deswegen gescheitert, weil dieser Sturm im Wasserglas, inszeniert von der liberalen Elite, den Briten noch einmal vor Augen geführt hat, warum sie für den Brexit gestimmt haben.

Sie sind die Lügen leid, die ihnen die politische Klasse im fernen Westminster aufischt. Sie haben genug von der politischen Korrektheit, der zufolge normale anständige Leute, die begründete Kritik am fundamentalistischen Islam üben, Rassisten sind. Sie sind stolz auf die traditionellen Werte Meinungsfreiheit und Gleichheit vor dem Gesetz (also keine Privilegien für bestimmte Religionen) und darauf, dass man hierzulande einen Witz erzählen kann, ohne den Verlust des Arbeitsplatzes befürchten zu müssen. Diese hart erkämpften Rechte sind ihnen wichtig, sie wollen sie wieder zurückhaben. Und deshalb unterstützen sie Boris Johnson mehr denn je in seiner Forderung nach einem vollständigen, uneingeschränkten und demokratisch legitimierten Brexit.

James Delingpole

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork

Und kein Wort zu den explodierenden Staatsschulden, für die wir nun alle haften würden.)

Dann wurde es lebhafter. Ein Videofilm («Faces of America») wurde gezeigt, der ausgesprochen martialisch daherkam. Wir hoben die Hand zur Eidesleistung. Wir schworen, «jegliche Loyalität gegenüber jedweden ausländischen Herrschern, Potentaten, Staaten und Mächten» aufzukündigen und «für die Vereinigten Staaten Waffen zu tragen, wenn das Gesetz es verlangt». Und dann legten wir die rechte Hand aufs Herz und sprachen das Treuegelöbnis.

Schwerer Stoff, selbst in Oakland an einem Donnerstagvormittag.

Was Obama sagte

Und dann erschien auf einem grossen Bildschirm, zum spürbaren Unmut einiger Anwesender, der POTUS (President of the United States) höchstpersönlich. «Dieses Land ist nun Ihr Land», erklärte Trump in feierlichem Ton. «Unsere Geschichte ist nun Ihre Geschichte. Und unsere Traditionen sind nun Ihre Traditionen.»

Und es ging noch weiter: «Sie übernehmen nun die Pflicht, anderen unsere Werte zu vermitteln, Neuankömmlingen dabei behilflich zu sein, sich an unsere Lebensweise anzupassen.» Man vergleiche das mit den Worten Barack Obamas: «Wir alle sind eine Nation, die nicht durch eine Kultur oder Ethnizität oder Ideologie geeint ist.»

Der krönende Abschluss war «God Bless the USA», die bombastische Country-and-Western-Hymne von Lee Greenwood. Auch dies ein Ruf zu den Waffen. «And I'm proud to be an American/Where at least I know I'm free/And I won't forget the men who died/Who gave that right to me/And I'd gladly stand up next to you/And defend her still today.»

Nach mehr als fünfzig Jahren, in denen ich britischer Staatsangehöriger gewesen bin, sind mir derlei Dinge eher peinlich. Aber diese Gefühlsduselei gehört nun auch zu mir. Und dieser Präsident ist nun mein Präsident, bis wir, das Volk, einen anderen wählen.

In der Tat, es war ein guter Zeitpunkt, um Amerikaner zu werden – es war die einzig richtige Entscheidung.

Der Historiker Niall Ferguson ist Senior Fellow an der Hoover Institution der Stanford University. Aus dem Englischen von Matthias Fienbork

Corbyn und der Antisemitismus

Der linke Flügel der britischen Labour Party schwimmt im Fahrwasser der Judenfeindlichkeit – Parteichef Jeremy Corbyn laviert.

Von Rolf Hürzeler



Vor ihm wird gewarnt: Labour-Parteichef Corbyn.

Der Aufschrei mag erschreckend klingen, löste zumindest aber ein grosses Echo aus: Sollte Labour unter Jeremy Corbyn an die Macht kommen, sei «das jüdische Leben existenziell gefährdet». Diese Warnung publizierten die drei führenden jüdischen Zeitungen kürzlich in einem gemeinsamen Appell. Er belegt, wie sehr Labour heute in den Augen vieler als antisemitische Partei gilt. Die jüdische Wählerschaft kann diesen Leuten nicht mehr trauen.

Für Labour hat sich das Blatt damit kurzfristig gewendet: Bis im Frühjahr konnte die Partei getrost darauf hoffen, dass sich die Tories wegen des Brexit zerfleischten und nach einem Sturz von Theresa May zu Neuwahlen gezwungen wären. Labour hätte unter Corbyn gute Chancen gehabt, in die Downing Street einzuziehen. Die Antisemitismusdebatte schadet der Partei nun so sehr, dass sie in der Mittelschicht die entscheidenden Wählerprozentage verlieren könnte.

Hintergrund der dramatischen Stellungnahme der jüdischen Blätter ist die Weigerung Labours, die Richtlinien der in Deutschland domizilierten International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) zur Bekämpfung des Antisemitismus zu akzeptieren. Die Parteiführung argumentiert zwar, sie halte sich an ähnlich strikte Vorgaben wie die Alliance. Labour verschweigt aber den wichtig-

sten Grund, weshalb sie sich dieser nicht anschliessen will: Die IHRA versteht einen Angriff auf das Existenzrecht Israels als antisemitisch. Exponenten des linken Labour-Flügels lehnen den jüdischen Staat grundlegend ab, halten diesen Standpunkt jedoch nicht für antisemitisch.

Diese Frage treibt Labour nicht erst seit kurzem um. Der ehemalige Londoner Bürgermeister Ken Livingstone exponierte sich in dieser Sache mit seiner unsäglich Behauptung, Adolf Hitler sei ein Zionist gewesen, «bevor er vollends durchdrehte». Livingstone liess sich von dieser Idee nicht abbringen, bewies damit, dass er das Wesen des Zionismus nicht begriffen hatte und trat lieber aus der Labour-Partei aus. Andere blieben und trieben seine Strategie weiter, wie die *Daily Mail* konstatierte. «Jeremy Corbyns Leute halten die Antisemitismuskrise noch immer für Unsinn, denn sie ignorieren die Beweise.»

Diese Entwicklung führte zu enervierten Protesten der beiden jüdischen Labour-Parlamentarier Margaret Hodge und Ian Austin an die Adresse der Parteiführung: Sie toleriere Antisemitismus in den eigenen Reihen. Statt in sich zu gehen, eröffnete die Labour-Spitze ihrerseits ein Disziplinarverfahren gegen die beiden Mitglieder. Diese parteiinternen Mechanismen belegen, wie zerstritten die Partei gegenwärtig ist: Man spricht nicht miteinander, sondern agitiert

gegeneinander. Wobei sich faktisch nicht nur Israel- und Palästinenserfreunde unversöhnlich gegenüberstehen, sondern dahinter die Parteilinke und die Parteirechte. Diese hat bis heute den Schock nicht verwunden, dass Jeremy Corbyn vor drei Jahren in einer Nacht-und-Nebel-Wahlaktion Parteichef wurde. Sie hoffte, er mache die Partei für viele unwählbar. Doch die nur knapp verlorene Unterhauswahl vor einem Jahr deutete in die gegenteilige Richtung.

Ebenso ist nun denkbar, dass der Antisemitismus Labour weniger schadet, als man denken könnte: Zyniker behaupten, Labour profitiere sogar davon, weil die muslimische Wählerschaft in Grossbritannien viel stärker sei als die jüdische und weiterwachsen werde.

Der Spuk schien vorbei

Diese These mag etwas weit hergeholt sein. Tatsache ist, dass antisemitische Tendenzen seit je in der britischen Arbeiterklasse aufflackerten wie in anderen europäischen Ländern auch. Die Antikapitalismuskritik im 19. Jahrhundert wies mit Feindbildern jüdischer Stereotypen immer wieder antisemitische Züge auf. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts akzentuierte sich diese Entwicklung, wie das Jerusalem Center for Public Affairs in einem historischen Abriss festhält: «Um 1900 zirkulierten in linksintellektuellen Kreisen Verschwörungstheorien, hebräisch-englische Finanzinvestoren manipulierten den britischen Imperialismus.» Diese Episode weise grosse Ähnlichkeiten «mit linken Tendenzen in den letzten Jahren auf». Das Jerusalem Center for Public Affairs weist auch darauf hin, dass die extreme Rechte in Grossbritannien für den Antisemitismus noch empfänglicher war.

Zu einem Höhepunkt des britischen Antisemitismus kam es im Ersten Weltkrieg 1914/1915 in den Wahlkreisen der englischen Arbeiterschaft: Damals gab es zahlreiche Übergriffe auf Familien mit deutsch klingenden Namen wie Rosenblatt oder Goldsmith. So mussten 1914/15 viele jüdische Familien aus dem Londoner Stadtteil Tottenham wegziehen, weil der Mob ihre Ladengeschäfte zertrümmerte. Die Betroffenen versicherten in Zeitungsannoncen ihre Solidarität mit der britischen Sache gegen die Deutschen – vergeblich. Diese Ausschreitungen gingen zwar in der Folge etwas zurück, flammten aber in den dreissiger Jahren mit dem Appeasement erneut auf. Nach dem Krieg schien der Spuk vorbei. Bis er jetzt in den Reihen von Labour wieder sein Unwesen treibt und die Partei nunmehr spaltet. ○

Riskanter Tauschhandel

Serbische und kosovarische Politiker denken laut über Grenzkorrekturen nach. Das klingt vernünftiger, als es ist. Wer die Landkarte des Balkans neu zeichnet, droht die gesamte Region in ein Pulverfass zu verwandeln. *Von Boris Kálnoky*

Ein Tabubruch geht so: Anfang August sagten kosovarische und serbische Politiker, dass «Grenzkorrekturen» im Rahmen einer «Demarkation» der Grenze zwischen dem Kosovo und Serbien der Schlüssel zu einer Lösung des Kosovo-Problems sein könnten. Der kosovarische Präsident Hashim Thaci erwähnte das in einem Interview Anfang August, und eine Woche später griff der serbische Außenminister Ivica Dacic den Gedanken auf: «Das öffnet ein Fenster für einen Kompromiss», sagte er und nannte eine Aufteilung des Kosovos entlang ethnischer Linien die «beste Lösung». Nochmals zwei Tage später äusserte sich auch Serbiens allmächtiger Präsident Aleksandar Vucic: «Ich bin für eine Demarkation der Grenze», sagte er, und benutzte dabei den Begriff, den auch Thaci verwendet hatte.

Schon während des Kosovo-Kriegs, und immer wieder danach, wurde von verschiedenen Seiten die Idee in den Raum gestellt, Mitrovica, die serbisch bevölkerte, nördliche Region des Kosovos, bei Serbien zu belassen. Dafür sollte die südserbische, aber albanisch bevölkerte Region des Presevo-Tals an Kosovo gehen. Aber immer kam rasch ein Aufschrei, von beiden Seiten, dass man nichts, niemals abtreten dürfe.

So auch diesmal. Thaci geriet im Kosovo heftig unter Beschuss und musste rasch betonen, dass er nichts an Serbien abzutreten gedenke, sondern einzig und allein eine Vergrösserung Kosovos um das südserbische Presevo-Tal im Sinne gehabt habe, als er von «Grenzkorrekturen» sprach. Dieses Thema wollte er bei der nächsten Runde der von der EU «betreuten» Verhandlungen zwischen Belgrad und Pristina auf die Agenda setzen, um eine umfassende Lösung ihrer Probleme zu suchen und so gemeinsam den EU-Beitritt zu schaffen. Das kann so freilich nicht ganz stimmen – Thaci kann nicht ernsthaft geglaubt haben, zusätzliche Gebietsforderungen gegenüber Serbien erfolgreich geltend machen zu können, ohne im Gegenzug etwas zu bieten.

Das Kosovo ist für viele Serben ein fast heiliger, identitätsstiftender Ort, seit der schicksalhaften Schlacht auf dem Amselfeld (das bedeutet Kosovo) im Jahr 1389 gegen die Osmanen. Den Albanern gilt das Kosovo als ihre Heimat, die sie mit ihrem Blut zurückerrungen haben von den Serben. «Krieg schuf die Grenzen, nur

Krieg kann sie wieder ändern», sagte denn auch Ramush Haradinaj, der Ministerpräsident des Kosovos, und fiel Präsident Thaci damit zum Thema Grenzkorrekturen in den Rücken. Politisch sind die beiden erbitterte Rivalen.

Thaci und Haradinaj waren beide Kommandeure der albanischen Rebellen im Kosovo-Krieg. Ihre unterschiedliche Sicht in vielen Dingen spiegelt die Bruchlinien innerhalb der kosovarischen Sicherheitskräfte – die eine Seite denkt radikal, die andere pragmatischer.



Wertloses Kronjuwel: verlassene Trepca-Mine im Kosovo.

Sowohl kosovarische wie auch serbische Politiker haben die Blut- und Boden-Mystik immer gern als politisches Instrument benutzt. Sie selbst sind aber nüchterner. Beide Seiten wissen, dass die Serben im Norden des Kosovos buchstäblich auf einem der grössten Schätze Europas sitzen. Eines der umfangreichsten Blei-, Zink-, Silber- und Kohlevorkommen des Kontinents liegt in der Region um Mitrovica unter der Erde. Vor dem Kosovo-Krieg waren dort bis zu vierzig Bergwerke in Betrieb, die einen erheblichen Teil der jugoslawischen Wirtschaft darstellten: die Trepca-Minen. Bei einer Regelung der Zukunft des Kosovos ist das Schicksal der Trepca-Minen eines der wichtigsten Elemente.

Sie waren so wichtig, dass sie indirekt zu einem Auslöser des Kosovo-Krieges wurden. Ein Streik vorwiegend albanischer Bergarbeiter

1989 wurde zu einem Vorboten des Konflikts. Die Albaner forderten eine Rücknahme von Massnahmen des damaligen serbischen Präsidenten Slobodan Milosevic, mit denen er die Autonomie der Provinz beschneiden wollte. Der Streik wurde niedergeschlagen, der Notstand im Kosovo ausgerufen, serbische Sicherheitskräfte strömten in die Provinz. Es war der Beginn der Repression, die letztlich zum Krieg führte. Der Konflikt brachte das Ende der Produktion, und heute liegt der Minenkomplex brach, in technisch desolatem Zustand.

Doppelt unwahrscheinlich

Nüchtern gedacht, könnte Trepca heute zur Lösung des Problems beitragen. Thaci mag das erkannt, und den Gedanken als Testballon lanciert haben. Zwar betrachten sowohl Serben als auch Albaner Trepca als das «goldene Ei» des Kosovo. Aber eine Studie des Think-Tanks European Stability Initiative dokumentiert, dass dieser «Schatz» in Wahrheit eine schwere Hypothek ist – haushoch verschuldet, auch zu jugoslawischen Zeiten nie profitabel, mit ungeklärten Eigentümerstrukturen und technisch so kaputt, dass kaum etwas von der Infrastruktur noch brauchbar ist.

Serbien den Norden des Kosovos und damit das einstige, aber heute fast wertlose Kronjuwel der jugoslawischen Wirtschaft zu geben, dafür das für die Albaner emotional sehr wichtige Presevo-Tal zu bekommen – das könnte eine nachhaltige Lösung für das Kosovo

und Serbien darstellen. Zumal beide Gebiete ähnlich gross sind und dort ähnlich viele Menschen leben – jeweils rund 50 000 Serben in der Region um Mitrovica und ebenso viele Albaner im Presevo-Tal. Es würde auch das Potenzial für ethnische Spannungen rund um die jeweilige Minderheit in der Zukunft reduzieren.

Eine solche Lösung ist aber doppelt unwahrscheinlich, weil auf beiden Seiten radikale Politiker einen solchen Versuch ausschlagen und ihre jeweiligen Regierungen als Verräter abstempeln würden. Zudem würden Grenzänderungen auch die ungelöste Frage eines endgültigen Status für Bosnien auf die Tagesordnung bringen, wo die dortigen Serben sich am liebsten abspalten und dem Mutterland anschliessen würden. Endlose Spannungen wären die Folge. ○



Frühwarnsystem über das Entgleiten der Wahrheit: Abendblick auf das «Elbflorenz» Dresden.

Die Völkerschlacht von Dresden

Matthias Matussek über die verfemten Sachsen, die so stolz und freiheitsliebend sind wie die Schweizer.

Irgendwo in Adornos «Ästhetischer Theorie» findet sich die Bemerkung, dass grosse Kunst in ihrem entscheidenden Moment Glück hat. Dann entbirgt sich ihr subversiver Wahrheitsgehalt dem Betrachter in einer «apparition», in einem feuerwerksähnlichen Moment, und triumphiert.

Das Kunstwerk gegenüber der von den Dresdnern wiedererbauten Frauenkirche, einem Monument des Bürgersinns, ja Schönheitssinns, hat kein Glück, ja, es hat nicht den Hauch einer Chance unter diesem strahlend blauen Firmament.

Ein Künstlerpaar hat dort eine Art Weltkugel auf pinkfarbenem Gestänge in die Höhe gekurbelt, unter dem Titel «Permanenter Neuanfang», mit Motiven aus der Dresdner Kulturgeschichte, aus Sozialismus und Feudalismus und Neuzeit. Sie zeigt ausschliesslich weibliche Figurenelemente, die aus dem Ball wachsen und darauf verweisen sollen, «dass Frauen im Dresdner Stadtraum eher selten mit Denkmälern gewürdigt werden».

Wie erwähnt: kein Glück, obwohl politisch sicher sehr korrekt.

Wo Feuerwerke der Erkenntnis zünden sollten, erinnert die wirre Kugel am ehesten noch an das blamable 0:1 der deutschen «Mannschaft» im Fussballspiel gegen Mexiko – da können die

Seifenblasenkünstler noch so viele schillernde Riesengebilde über das Touristengewimmel auf dem Kopfsteinpflaster torkeln lassen und die tschechischen Strassenmusikanten noch so unermüdlich Händels barocke Trompetenstösse über die dichtbesetzten Wirtshaustische auf dem Domplatz unter die Markisen blasen.

Schrecklich schönes Dresden

Schönes Dresden, schrecklich schönes Dresden, selbstbewusstes Dresden. Um die Ecke, auf der Aussenwand des Stallhofs, der Fürstentzug, die stolze Reihenfolge sächsischer Herrscher, von Konrad dem Grossen aus dem 12. Jahrhundert über Friedrich den Weisen, mächtig genug, um Luther vor dem Zugriff des Kaisers zu schützen, den Genussmenschen August den Starken im Barock bis zum Letzten aus dem Geschlecht der Wettiner im 20. Jahrhundert – das alles gebrannt auf 23 000 Kacheln aus Meissner Porzellan.

Elbflorenz mit Zwinger und Hofkirche und Gemäldesammlungen. Die Sachsen waren der Glanz und überliessen Preussen die Gloria.

Immerhin, die vor der Frauenkirche hochkant in den Boden gerammten Busse aus Aleppo sind weg. Diese ästhetische Prügelpädagogik von Manaf Halbouni, Sohn eines syrischen Architekten und einer Dresdnerin, Kunststu-

dent hier seit acht Jahren, mittlerweile Meisterschüler, der, wie er versichert, gerne wieder zurückginge, um beim Wiederaufbau des Landes zu helfen, er ist nur noch nicht dazu gekommen – er hat die Dresdner zur Kenntnisnahme des Krieges ohrfeigen wollen.

Welche Anmassung! Als ob die Dresdner nicht wüssten, was ein Vernichtungsbombardement bedeutet. Die Brandwalzen vom Februar 1945 sind hier tief in die kollektive Erinnerung eingegraben.

Aber es kommt noch ärger. Die Tragödie wird verspottet. Die junge linke Aktivistin Julia Schramm reimt: «Sauerkraut, Kartoffelbrei – Bomber Harris, Feuer frei!» Sie ist Angestellte der halbstaatlichen Amadeu-Antonio-Stiftung, welche im Internet – welche Pointe! – gegen *hate speech*, also Hass, vorgehen soll. Fachpersonal sozusagen. Mit den Kartoffeln sind die Deutschen gemeint, die bitte noch einmal zu Brei gebombt werden sollten.

So sieht es aus in den jugendwirren und brutalisierten Köpfen der selbsternannten Kämpfer für das Gute. Und genau davon hatten die Dresdner die Schnauze gestrichen voll. Schon vor Jahren. Deshalb waren sie auf die Strasse gegangen, gegen den Deutschenhass der sogenannten Antifaschisten, gegen die erwünschte Islamisierung des Landes, denn, so hiess der



Ja, dort, wo der Untergang der DDR seinen Anfang nahm, wo die Bürgerrevolte gegen die Unfreiheit anrollte, dort entstand, gut 25 Jahre später: PEGIDA! «Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes.» Patriotisch – was für ein Unwort in einer globalisierten Welt! Abendland? Das wird doch mit christlich kombiniert! Wie romantisch entlegen bei einem Völkchen, dem die Kommunisten doch eingepeitscht hatten, Gott sei tot.

Ich erinnere mich an einen der ersten Spaziergänge im Dezember 2014, zu Tausenden waren sie unterwegs vom Bahnhof aus, sie trugen schwarz-rot-gelbe Lampions und Fahnen, und die einzigen Transparente oder Schilder richteten sich gegen den Zwangseinzug der ironisch «Demokratieabgabe» genannten Gebühren, mit denen die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender ihre Nachrichten finanzierten.

Ansonsten: Schritte. Nur das Geräusch von Schritten. Tausende von Schritten auf Asphalt. Schritte in der Nacht und stumme Gesichter. Schritte, die immer weiter marschierten, der Beginn einer erneuten Revolte: raus aus diesem System der falschen Politik und faschen Medienberichten, diesen lückenhaften Überbauproduktionen, genannt «Nachrichten», in welchen die Demonstranten vorwiegend als «Latenzfascisten» vorkamen, als Rechtsextreme.

Tatsächlich steht der empörende Ruf der «Lügenpresse» (ein Begriff seit den Anfangstagen des Journalismus) mittlerweile fest – ermittelt von der unverdächtigen, weil SPD-nahen Otto-Brenner-Stiftung: Von 30 000 untersuchten Artikeln, erschienen während der «Willkommenskultur» 2015, berichteten 80 Prozent im Sinne der Regierung. Chefredakteure wie Giovanni di Lorenzo (*Die Zeit*) räumten ein, man habe sich «durch die historische Aufgabe» vereinnahmen lassen und die kritische Distanz aufgegeben. Der Pegida, diesem Frühwarnsystem über das Entgleiten der Wahrheit im Lande, stünde nun eigentlich eine grosse Entschuldigung zu.

Es ging bei all dem auch um einen West-Ost-Konflikt. Die murrenden Osis, vor allem in

Sachsen, galten den geschmeidigeren Wessis einmal mehr als zurückgebliebene braune Brut, als Gegenstück zu den kosmopolitischen Vielfliegern aus Berlin oder Hamburg, als dumpfe Verlierertypen mit Niedrig-IQ – wenn ihre Kinder auch in den Pisa-Tests vor denen der anderen Bundesländer abschnitten, beson-

Die selbstgerechten Normopathen aus dem Westen drehten durch.

ders vor den Schülern aus dem politisch korrekten *failed state* Berlin. Die Firma Bosch übrigens möchte ausgerechnet in Sachsen eine Milliarde Euro investieren, weil hier mit zahllosen kleinen Zulieferbetrieben das Know-how für Zukunftstechnologien versammelt ist!

Psychiater Hans-Joachim Maaz hat diesen Konflikt analysiert. Maaz ist Spezialist dieser Ost-West-Psychopathologien. Kurz nach der Wende hatte ich ihn zu seinem Buch «Der Gefühlsstau – Ein Psychogramm der DDR» interviewen können, zu dem System autoritärer Unterwerfung in der DDR und der Bestrafungsangst. Sein neuer Bestseller heisst «Das falsche Leben – Ursachen und Folgen unserer normopathischen Gesellschaft». Es beschäftigt sich mit dem System der kulturellen Unterwerfung der Westgesellschaft und der Angst vor Ächtung.

Maaz definiert «Normopathie» als «Anpassung an mehrheitliche Meinungen und Positionen». Diese wäre nun das westliche Gegenstück zum «Gefühlsstau», die Pathologie des Karrierismus in einem falschen Leben, eine andere obrigkeitstaatliche Verkrümmung.

Linke, prügelbereite Kriminelle

«Lügenpresse» wäre ein «Vorwurf gegen normopathische Berichterstattung».

Und auch das erkennt der Psychiater: «Die Auflösung demokratischer Strukturen beginnt, wenn jeder substanzielle Protest mit einer Schlagwortkeule wie zum Beispiel «populistisch», «rechtsextrem», «rassistisch», «sexistisch» moralisierend abgewertet und zum Schweigen gebracht werden soll.» Es wurde nachgerade zur Zwangsvorstellung, dass Leute zu verachten sind, die sich beim Auftauchen von Rechtsradikalen nicht vom Veranstaltungsort zurückziehen, auch wenn diese nur als Beobachter dort waren.

Die selbstgerechten Normopathen aus dem Westen drehten durch. Die *Berliner Morgenpost* zeigte eine Deutschlandkarte, in welcher der Osten braun eingefärbt war. Wo immer Pegida-Ableger im Westen (Dügida, Bagida, Begida etc.) auftauchten, fanden sich Tausende Gegendemonstranten ein, Gewerkschaften, Justizminister Heiko Maas und Claudia Roth, linke, prügelbereite Kriminelle, die sich «Antifascisten» nannten, unter Transparenten wie «Deutschland verschwin-

Slogan einer Grünen: «Ausländer, lasst uns nicht mit den Deutschen allein.»

Es begann der Kampf um die Kulturhoheit – die Völkerschlacht von Dresden. Ein anderes Himmelspektakel liegt in diesen letzten Tagen der Merkel-Regierung in der Luft: Das ideologische Firmament links-grüner Menschenerziehung bricht ein. Marxistisch gesprochen, der Überbau. Und noch einmal, streng marxistisch: Die Basis hat ihn revolutioniert. Und sie gewinnt.

Berthold Kohler, Inlandchef und Herausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, schreibt dieser Tage: «Jahrzehntelang wurde gebrandmarkt, wer in deutschen Debatten den Meinungskorridor verliess. Nun schwingt das Pendel zurück.» Er lässt zwar offen, wer wen brandmarkte – eine Menge Geächteter liegen auf dem Weg – und woher das Pendel zurückschwingt, aber er schliesst gleich die Befürchtung an, dass es zu weit zurückpendeln könnte, und zwar mit was? Mit Recht!

Hexensabbat der Demokraten

Denn die Basis, hier in Sachsen, hatte längst gerufen: «Wir sind das Volk.» Die stolzen Sachsen riefen stellvertretend. Sie hatten diesen Schlachtruf schon einmal laut hinausgestossen, hatten ihn den Mächtigen und den journalistischen Schranzen der parteinahen Lügenpresse in den Schlusstagen der DDR-Diktatur um die Ohren geknallt. Es war die erste erfolgreiche Revolution der Deutschen. Und auch damals hatte es mit Demonstrationen begonnen. Deshalb sind sie so verdammt selbstbewusst, die Sachsen.



«Denkmal für den permanenten Neuanfang».

de». Der Kölner Domherr schaltete das Licht auf dem Vorplatz aus, und anschliessend wurde symbolisch ausgefegt.

Wiedertäuferwahn, Teufelsaustreibung

Es war eine hysterische Abspaltung des eigenen Bösen, das hier ausgefegt wurde. Ein heiliger Irrsinn lag in diesen nächtlichen Ritualen, Wiedertäuferwahn, Teufelsaustreibung unter Anleitung von Priestern, Gesänge, Sprechchöre, der Mummenschanz einer vom eigenen Guten ergriffenen normopathischen Gemeinschaft, die den angeblichen Faschismus besiegen wollte, denn selbstverständlich stand diese grosse historische Schuldaufführung im Hintergrund und schaute ihr über die Schulter.

Abenteuerlich geschichtsblinde Vergleiche und Kurzschlüsse wurden ausgebreitet. «Wir leben im Faschismus», dekretierte Kolumnist Jakob Augstein aus seiner Komfortzone heraus. Womöglich hielt er sich für Carl von Os-

rale Aufnahme, europäischer Verteilungsschlüssel, mehr Mittel für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und die Polizei etc.) waren die heute gängigen Forderungen der Parteien und der Politik enthalten.

Aber der Osten war eben das Böse schlechthin, das Land der Latenzfaschisten. Wikipedia, deren Autoren offenbar heilige Kampfaufträge im Sinne der Normopathie ausführen, bezeichnete Pegidianer fortan als «fremdenfeindlich, völkisch, rassistisch».

Ein Professor als August der Starke

«Pegida hat in seinen Programmpunkten nie die Aufnahme von Flüchtlingen oder politischen Verfolgten abgelehnt», sagt Professor Werner Patzelt, «stets aber den Missbrauch deutscher Aufnahmebereitschaft und deren normative Grenzenlosigkeit.»

Wir sitzen in seinem Stammtaliener «Brunetti», benannt nach dem TV-Kommissar. Vitello tonnato, kleine Vorspeise, Hauswein. Ich hatte ihn vom Flughafen abgeholt, er hatte in Frankfurt polnischen Priesteramtskandidaten aus Oppeln «Lebensklugheit» vermittelt, nämlich durch einen Seminartag über das Verhältnis von Religion und Staat in einer weitgehend säkularisierten Gesellschaft. Ja, natürlich ist er katholisch.

Lange Jahre wurde er, der Wissenschaftler, als «Pressesprecher von Pegida» diffamiert. Warum? Weil Patzelt, Hauptautor des knapp 700 Seiten dicken Standardwerks «Pegida – Warnsignale aus Dresden», seit 2015 fundierte Analysen und Daten über den zweifellos rechten Bürgerprotest medienwirksam vorgelegt hatte, die vielem widersprachen, was Politik und Öffentlichkeit 2014/15 glauben wollten.

Er sass in wechselnden Talkrunden auf seinem Stuhl, in sich ruhend wie August der Starke, in einem Trommelfeuer aus Anschuldigungen. Und erklärte Pegida. Erklärte den bewährten Parteien die rechtzeitig zu schliessende «Repräsentationslücke» am rechten Rand unserer Demokratie, die sich zur Hauptursache eines wuchtigen Rechtspopulismus aufbaute. Und kritisierte die «falschen Reaktionen» auf Pegida und die AfD, die sich mit Angriffsvokabeln wie «rechtsradikal» oder «rassistisch» eines viel grösseren Problems zu entledigen suchten.

Als bald wurde sein Auto abgefackelt von denen, die sich als die Guten fühlen.

Patzelt schrieb: «Am Grunde von Pegida, sozusagen als Ur-Sache, findet man genau jenes

Grossprojekt einer Einwanderungsgesellschaft ohne selbstbewusste Rahmenkultur, auf das sich unser Land teils gerne, teils fahrlässig eingelassen hat – und dabei dem verfestigten westeuropäischen Verhaltensmuster folgend. Nicht aber dem mitteleuropäischen, das auf die Bewahrung nationaler Identität ausgeht.»

Womit sehr präzise umrissen ist, was auch den gleichzeitig stattfindenden und das Parteiengefüge produktiv umrüttelnden Aufstieg der AfD befeuerte, nämlich die Lust der urbanen Intelligenz an der nationalen Selbstverleugnung. Muslime sollten dabei helfen, Deutschland endlich bunter zu machen; doch da sagten die Dresdner: «Nö! Wir haben so lange auf Deutschland gewartet; jetzt wollen wir es nicht gleich wieder einer One-World-Fantasie opfern.»

Patzelt, CDU-Mitglied seit 1994, zog 1991 aus dem bayerischen in den benachbarten sächsischen Freistaat, und so, wie er in den letzten Jahren in den TV-Studios sass, breite Schultern, kräftige Arme, hätte man ihm durchaus zugetraut, wie der legendäre Kurfürst August der Starke ein Hufeisen zu verbiegen.

Es gibt sie übrigens tatsächlich unter Politologen, die «Hufeisentheorie». Die besagt, dass Extremismus nur an den Enden des politischen Einstellungsspektrums entsteht und sich die radikalen Extreme berühren. Werner Patzelt dagegen glaubt, wie auch Studien linker Leipziger Kollegen behaupten, ebenfalls an die Möglichkeit eines «Extremismus der Mitte».

Der kann etwa dann entstehen, wenn die Repräsentanten des Staates hartnäckig Bürgersorgen ignorieren. Tatsächlich konnten sich eine Zeitlang über 50 Prozent der Deutschen die Forderungen von Pegida zu eigen machen.

Patzelt kann sich eines leisen Triumphgefühls nicht erwehren: Nun sind seine Diagnosen weithin Common Sense, seine Prognosen für den Fall falschen Umgangs mit Pegida und AfD eingetreten – und viele beginnen einzusehen, dass es besser gewesen wäre, wenn man seine

Politikratschläge befolgt hätte, statt sie zu diffamieren. Jedenfalls sind Pegida-Befürchtungen (Kriminalität, kulturelle Überfremdung, Messerstecher) inzwischen Realität und beschäftigen die Regierungspolitik. Nun, er zeigt nicht gerade Siegerlaune – «war denn Cassandra glücklich?», fragt er.

Die links-grüne Lufthoheit neigt sich seiner Ansicht nach allmählich ihrem Ende zu. Wissenschaftlich gesagt: Der Grenznutzen



Politikwissenschaftler Patzelt.

«Extremismus der Mitte» kann entstehen, wenn Bürgersorgen hartnäckig ignoriert werden.



sietzky und sass bereits auf gepackten Emigrantenkoffern. Aber gemacht: Die Berliner Migrationsforscherin Naika Foroutan sieht Deutschland anlässlich des Falles Özil erst in einer präfaschistischen Phase. Also Koffer erst mal wieder auspacken. Aber eines eint alle: die gratis-mutige Devise, diesmal die Nazis zu besiegen und Hitler mit ihnen.

Die jeweils wenigen Demonstranten mussten von Polizeihundertschaften davor bewahrt werden, erschlagen und zu Blutopfern einer atavistischen Religion zu werden. Und in den staatlichen Nachrichtensendungen (die mit der «Demokratieabgabe» von jedem Haushalt zwangsfinanziert werden) wurde über diese Teufelsaustreibungen berichtet und kommentiert wie über ausserordentliche Mutproben.

Die Ironie dabei: In den neunzehn Punkten der Pegida (Schutz den Flüchtlingen, dezent-

Handelstüchtig und kulturbegeistert

Ob Kurfürstentum, Königreich, Freistaat oder Bundesland: Sachsen und seine Bewohner stehen für Selbstverantwortung, Kunstverstand und gesunden Erwerbs- und Bürgersinn.



Dauernde Popularität: Friedrich August III.

Die Sachsen bewohnen nicht nur einen reizvollen, sondern auch einen gehaltvollen Boden: Unermessliche Schätze an Eisen, Silber und Braunkohle machten Sachsen seit dem Mittelalter zu einer der reichsten Kulturlandschaften Europas. Die aufstrebende Messestadt Leipzig bildete ein lebhaftes Handelszentrum für Textilien und viele andere Güter. Das uralte Geschlecht der Wettiner besass seit 1423 die Kurfürstenwürde mit dem Recht, den römisch-deutschen Kaiser zu wählen. Herzog Friedrich der Weise förderte Luthers weltweit ausstrahlende Reformation. Dieser Friedrich III. hätte sich mit den heutigen sozialen Medien kaum angefreundet, denn er meinte: «Ein Regent soll sich vor nichts fleissiger hüten als vor dem geschwinden Antworten.» Martin Luther hingegen lobte den so oft verspotteten Landesdialekt: «Die sächsische Sprache gehet fein leise und leicht ab.»

Der Dreissigjährige Krieg sorgte auch in Sachsen für schwere Verheerungen, doch dank Bodenschätzen und Glaubensflüchtlingen gewann das Kurfürstentum seinen Reichtum rasch zurück. August der Starke, der es in jeder Beziehung stark trieb, trat 1697 zum katholischen Glauben über, um auch die polnische Krone zu erwerben. Bis 1763 regierte das Haus Wettin auch über Polen – die ehemaligen Schutzherren der Reformation herrschten in Sachsen fortan als Katholiken über ausschliesslich protes-

tantische Untertanen. Die Residenz Dresden erblühte als «Elbflorenz» zum bedeutenden Zentrum von Kultur und Kunst. Anton Graff aus Winterthur porträtierte den ganzen Hofstaat und nannte das Elbsandsteingebirge «Sächsische Schweiz». Militärisch zogen die Sachsen gegen Preussen den Kürzeren. Das reiche Bern liess ihnen 1746 Geld, damit sie ihre Kontributionszahlungen an Berlin zahlen und die Leipziger Messe sichern konnten.

Flucht in die Schweiz

Napoleon erhob Sachsen 1806 zum Königreich, nachdem er dem Land bei Jena eine vernichtende Niederlage zugefügt hatte. 1813 durchlitt die sächsische Bevölkerung die «Völkerschlacht bei Leipzig». Weil König Friedrich August dem Kaiser der Franzosen zu lange die Treue hielt, verlor er beim Wiener Kongress einen grossen Teil seines Territoriums an Preussen. Das 19. Jahrhundert war geprägt durch Sachsens rasante Industrialisierung, den Bau eines dichten Eisenbahnnetzes und ein starkes Bevölkerungswachstum. Als 1848/49 eine bürgerliche Revolution niedergeschlagen wurde, flüchteten so bedeutende Köpfe wie der Architekt Gottfried Semper oder der Komponist Richard Wagner in die Schweiz. Der norddeutsche Dichter Theodor Storm urteilte über die Sachsen: «Ihre Kulturüberlegenheit wurzelt in ihrer Bildungsüberlegenheit, die nicht vom neusten Datum, sondern fast vierhundert Jahre alt ist.»

Politisch agierte Sachsen weniger glücklich und geriet ab 1866 unter Preussens Vorherrschaft. Die Sozialdemokratie wurde unter August Bebel und Wilhelm Liebknecht stärkste Partei, und vor allem die Stadt Chemnitz entwickelte sich zu einem bedeutenden industriellen Zentrum. König Friedrich August III. hatte das Pech, dass seine Frau aus dem Geschlecht Habsburg mit dem Hauslehrer der Kinder in die Schweiz durchbrannte und vom Waadtländer Psychiater Auguste Forel als völlig normal, aber freiheitsliebend beurteilt wurde. Dieser letzte Sachsenkönig sicherte sich aber dauernde Popularität, weil er 1918 abdankte mit den Worten: «Machd doch eiern Drägg alleene!» *Christoph Mörgeli*

früherer Erfolgsrezepte nehme ab, und zwar nicht nur linker. Nach dem Krieg etwa versprach «Europäisierung» eine hohe politische Dividende. Heute ist die stark runter. Oder bei Liberalität beziehungsweise Permissivität: Da war 1968 die Dividende hoch, heute ist sie eher im Minusbereich.

Ist die AfD eine extremistische Partei? «Vielleicht sind das einzelne AfDler, doch das gilt nicht für die Gesamtpartei. Die bekämpft ja nicht die freiheitliche demokratische Grundordnung, was der Kern von Extremismus ist, sehr wohl aber die Politik der Kanzlerin Merkel im Besonderen und von SPD sowie Grünen im Allgemeinen, was zumal der jetzigen CDU zusetzt.» Und die Identitären? Rechtsextrem? Sehr wohl dann, wenn sie die pluralistische Demokratie bekämpfen, nicht aber, solange sie bloss für Ethnopluralismus eintreten, für ein Europa der Vaterländer und sozusagen «Herder wiederbeleben: die Nationen und ihre Kulturen als Gedanken Gottes».

Gibt es denn für ihn, der in seiner Jugend ebenfalls maoistisch kokettierte, ein rettenswertes marxistisches Theorem? Beiderseitiges Nachdenken. «Die gesellschaftlichen Ursachen von Entfremdung», sagt er schliesslich. «Der Fetischcharakter der Ware», sage ich.

Aber jetzt klingelt sein Handy zum wiederholten Mal – sein Sohn bittet ihn zur Hausmusik, Patzelt am Cello, der Sohn am Klavier oder an der Geige. Im Streicherduett meistens Klassik und Romantik; sonst auch gern modern. Also nicht ganz so, wie man sich das für ein konservatives Haus vorstellen mag.

Lesen Sie nächste Woche: Gespräche in einer legendären Buchhandlung, der Zauber der Romantik und ein Besuch in der sächsischen Schweiz.





Grosse Befreiung: Léa Sprunger, Europameisterin über 400 Meter Hürden, wie man sie selten sieht.



Der Angst enteilt

Von Thomas Renggli

Ihr Laufsteg ist die Leichtathletikbahn, ihre grosse Bühne war in der vergangenen Woche das Olympiastadion in Berlin. Die 28-jährige Waadtländerin Léa Sprunger lief über 400 Meter Hürden als erste Schweizer Leichtathletin zu Gold an europäischen Titelkämpfen. Der sporthistorische Triumph war das Produkt eines Dilemmas. Denn lange wusste Sprunger nicht, ob sie über 400 Meter flach oder 400 Meter Hürden starten sollte.

Sprunger stammt aus einer grossen Sportlerfamilie. Ihre vier Jahre ältere Schwester Ellen zählte im Sprint und im Siebenkampf zur Schweizer Elite. Zu ihren 53 Cousins und Cousinen gehören Eishockey-Profi Julien Sprunger sowie die Spitzenreiterin Janika Sprunger. Léa ist 183 cm gross – und trotzdem wird sie zu Hause «la petite» gerufen. Denn als sie sich noch in der Selbstfindungsphase befand, gehörte Ellen bereits zur nationalen Spitze.

Léa setzte zunächst ebenfalls auf den Mehrkampf. Ihr Talent machte sie zu einer Ausnahmeerscheinung in der Schweiz. Doch mental war sie der Aufgabe nicht gewachsen. Im abschliessenden 800-m-Lauf ging ihr mit frustrierender Regelmässigkeit die Kraft aus.

«Speed und Stehvermögen»

Trotz technischer Defizite konzentrierte sie sich auf Geheiss ihres Trainers Laurent Meuwly auf die lange Hürdendistanz. «Ich weiss, dass ich nie ein Rennen aufgrund meiner technischen Klasse gewinnen werde. Meine Stärken sind der Speed und das Stehvermögen», sagt sie über sich selber.

Das Hauptproblem war die psychische Blockade. 2016 scheiterte Sprunger an den Olympischen Spielen in Rio de Janeiro schon im Vorlauf. 2017 verbesserte sie die Weltjahresbestleistung in der Halle mehrmals. Doch als im EM-Final die Medaille für sie bereitlag, brach sie auf den letzten Metern förmlich ein.

Sprunger zog ihre Lehren aus dem Debakel und investierte verstärkt ins Mentaltraining. Sie habe gelernt, die ständige Angst vor den Gegnerinnen abzulegen – und sich stattdessen auf die eigenen Stärken zu konzentrieren, sagt sie. Ihr Umfeld attestiert ihr, dass sie mittlerweile lockerer und offener geworden sei.

Die grosse Befreiung folgte am 10. August kurz vor 21 Uhr in Berlin. Der Freudenschrei, der nach dem Zieleinlauf über ihre Lippen kam, war im ganzen Olympiastadion zu hören. Er steht für eine Sportlerin, die bisher mehr mit den Hindernissen in ihrem Innern als mit den Hürden auf der Bahn zu kämpfen hatte.



«Wir sind alle Kannibalen»: Lévi-Strauss am Amazonas in Brasilien, um 1936.

Intellektuelle

Eine Religion für den Polizeiposten

Der Ethnologe Claude Lévi-Strauss war einer der grossen Denker des 20. Jahrhunderts. Soeben ist eine monumentale Biografie über ihn erschienen. Ein zentraler Aspekt bleibt darin unerwähnt: sein Unbehagen über den Islam. Von Jürg Altwegg

Wenn eine Polizeiwache religiös sein könnte, würde sich ihr der Islam als die ideale Religion anbieten», steht da geschrieben. Das Reglement schreibt täglich fünf Gebete mit jeweils fünfzig Kniebeugen vor, es regelt die Kontrolle über die Körper in einem Umfeld der «männlichen Promiskuität», und zwar «sowohl im geistigen Leben wie bei den organischen Verrichtungen». Und natürlich fordert es «keine Frauen».

Am Beispiel der islamischen Tafelsitten beschreibt der Autor die «systematische Infantilisierung und den Zwang zur Homosexualisierung der Gemeinschaft durch die Promiskuität». Die linke Hand ist «unrein, da den intimen Waschungen vorbehalten» und darf nicht zum Essen benutzt werden: Das Fleisch wird nicht abgeschnitten – der Gebrauch des Messers ist verboten –, sondern abgerissen, «und wer Durst hat, greift mit der fettigen Hand nach dem Glas».

Diese Zeilen entstammen nicht den «Satanischen Versen», deren Verfasser Salman Rushdie bekanntlich während Jahrzehnten wegen einer Fatwa versteckt und unter Polizeischutz leben musste. Auch nicht Michel Houellebecqs Roman «Unterwerfung», der die Machtübernahme eines islamischen Präsidenten und die Islamisierung Frankreichs beschreibt. Der Verfasser ist Ethnologe und vielleicht zu seinem Glück seit ein paar Jahren tot: Claude Lévi-Strauss (1908–2009), einer der grossen Denker des 20. Jahrhunderts.

Ein Ethnologe, der das Reisen hasst

Den Willen und den verordneten Wahn der Muslime zur Vermischung beobachtet er auch in den «Saubereitsritualen nach der Mahlzeit, wenn alle sich die Hände waschen, gurgeln, rülpfen und in dieselbe Schüssel spucken, womit sie in einer erschreckend autistischen Gleichgültigkeit ihre gemein-

same Angst vor der Unreinheit, verbunden mit ihrem gemeinsamen Exhibitionismus, in einen Topf werfen».

Die «gemeinsame Angst» hat «Methode», die Religion stürzt die Gläubigen systematisch in die Krise und «schafft in ihren Köpfen unüberwindliche Konflikte»: «Mit der einen Hand stösst man sie an den Rand des Abgrunds, mit der anderen hält man sie zurück» – der Islam ist die permanente Schizophrenie. Und mit den Frauen wird alles noch viel schlimmer: «Man wirft ihnen einen Schleier über und sperrt sie ein.» Die Burka «aus schwerem Stoff, mit ihrem komplizierten Schnitt, den posamentierten Augenschlitzen, den Druckknöpfen und Schnüren» erscheint dem Verfasser wie ein «orthopädisches Korsett».

Diese Sätze wie aus einem islamophoben Pamphlet stehen in einem der grossen Klassiker des zwanzigsten Jahrhunderts: in Lévi-Strauss' bekanntestem Werk «Traurige Tro-



Magie zu befreien»: den Buddhismus, das Christentum und den Islam – «im Abstand von jeweils rund tausend Jahren». Für Lévi-Strauss ist jede dieser Etappen «ein Rückschritt»: «Grosses schafft der Mensch nur am Anfang.»

Für den Buddhismus gibt es kein Jenseits. «Das Christentum stellt die andere Welt wieder her» – Versprechungen, Drohungen, Jüngstes Gericht. «Dem Islam bleibt nichts anderes übrig, als daran anzuknüpfen: Die zeitliche und die geistige Welt sind vereint. Die soziale Ordnung schmückt sich mit dem Priester der übernatürlichen Ordnung, die Politik wird zur Theologie. Letztlich hat man Geister und Gespenster, denen der Aberglaube ja kein rechtes Leben einzuhauchen vermochte, durch Herren ersetzt.» Diese Herrschaften «monopolisieren ein Jenseits, das sein Gewicht dem doch schon erdrückenden Gewicht des Diesseits hinzufügt».

In diesem Sinne ist der Islam für Lévi-Strauss die «entwickeltste Form des religiösen Denkens, ohne deshalb die beste zu sein», und «die beunruhigendste von allen dreien». Diese Religion verkündet den «universellen Wert grosser Prinzipien, Freiheit, Gleichheit, Duldsamkeit», proklamiert aber umgehend, diese als einzige zu praktizieren. Dem Buddhismus bescheinigt der Ethnologe «Menschenfreundlichkeit», dem Christentum Dialogbereitschaft – die islamische «Unduldsamkeit» indes sei «ausserstande, die Existenz des Anderen als Anderen zu ertragen». Und unfähig, «Bande nach aussen» zu knüpfen. Die muslimische Brüderlichkeit deutet der Ethnologe als «Umkehrung des Banns gegen die Ungläubigen», die nicht einmal als «Existierende erkannt» werden.

Auf Houellebecqs Seite

In Interviews oder auch in Büchern finden sich gelegentlich Hinweise zum Thema «Lévi-Strauss und der Islam». So zum Beispiel beim Schriftsteller Sylvain Tesson. Vor Jahren hat sich die Zeitschrift *Esprit* damit befasst. Seit den Attentaten in Paris durch muslimische Extremisten ist das Thema tabu. Auch Emmanuelle Loyer geht ihm in ihrer Biografie, die kürzlich auf Deutsch erschien, weitgehend aus dem Weg. Sie erwähnt in den Kapiteln über die letzten Lebensabschnitte, dass Lévi-Strauss ein begeisterter Leser von Houellebecq war. Doch sie versagt sich jeglichen Hinweis auf die Solidarität des Ethnologen mit dem Schriftsteller, der vor zwanzig Jahren – noch vor den Mohammed-Karikaturen und dem Nachdruck in *Charlie Hebdo* – den Islam als «dümmste Religion der Welt» bezeichnete und vor Gericht gestellt wurde.

Houellebecq hatte mit seinen Äusserungen die erste «Islamophobie»-Affäre ausgelöst. Lévi-Strauss schlug sich in einem Interview auf die Seite von Houellebecq und bekräftigte

seine eigene Darstellung in «Traurige Tropen»: «Ich habe geschrieben, was ich vom Islam halte, und es entspricht dem, wofür man Houellebecq einen Prozess macht. Das wäre vor fünfzig Jahren undenkbar gewesen. [...] Die Intoleranz des Islams hat uns angesteckt.»

Und zwar schon länger: Seit den Kreuzzügen, als sich «der Westen dazu verleiten liess, sich dem Islam entgegenzustellen und damit ihm ähnlich zu werden». Eine mehr

Der Islam ist die «entwickeltste Form des religiösen Denkens, ohne deshalb die beste zu sein».

sympiotische Annäherung durchaus im Sinne des Buddhismus hätte den Okzident auf das Urchristentum zurückführen können, argumentiert Lévi-Strauss. Das «Unbehagen, das ich in der Nähe des Islams verspüre», hat mit seinem Einfluss auf das «französische Denken» zu tun. Er macht einen «gleichen utopischen Geist», eine «gleiche buchgläubige Haltung» aus, die er mit der Französischen Revolution von 1789 begründet: «Die hartnäckige Überzeugung, dass es genügt, die Probleme auf dem Papier» zu lösen. Napoleon nennt er den «Mohammed des Westens», aber Napoleon ist dort «gescheitert, wo der andere Erfolg hatte».

Zwanzig Jahre vor Jean Raspails Roman «Heerlager der Heiligen» spielte der Ethnologe, der stets die langfristigen Entwicklungen im Blick hatte, auch mit der Vision, dass Frankreich – mit damals 45 Millionen Einwohnern – «25 Millionen Mohammedaner» aufnehmen würde. Sie machte ihm keineswegs Angst: «Der Schritt wäre nicht gewagter als derjenige, dem es Amerika einst verdankte, dass es keine kleine Provinz der angelsächsischen Welt geblieben ist. Als die Bürger Neuenglands vor einem halben Jahrhundert beschlossen, Einwanderer aus den rückständigen Gegenden und den benachteiligten sozialen Schichten aufzunehmen und sich von dieser Woge überfluten zu lassen.»

Die Entdeckung Amerikas hielt der Ethnologe für eine «Invasion». Dass Europa damals der Neuen Welt dermassen überlegen war, begründete er mit der Abschottung der vorkolumbianischen Kulturen, obschon beispielsweise die Inkas in mancherlei Beziehung kaum weniger entwickelt waren. Europa befand sich während der Renaissance auf dem Höhepunkt seiner Vielfalt und bündelte den Einfluss der griechischen, römischen, germanischen, englischen, aber auch arabischen und chinesischen Zivilisation. «Die europäische «Koalition» ist stärker als die amerikanische», fasst Emmanuelle Loyer die Argumente zur Begründung der «Niederlage der vorkolumbianischen Welt» zusammen. >>>

pen». Der Ethnologen, der vor dem Zweiten Weltkrieg nach Brasilien entsandt wurde, um bei der Gründung der Universität von São Paulo mitzuwirken, starb 2009 als Hundertjähriger. «Ich hasse Reisen und Forschungsreisende», lautet der erste Satz des Berichts, in dem Lévi-Strauss von seinen Expeditionen zu indianischen Völkern berichtet. Er schrieb «Traurige Tropen» aus grosser Distanz, in den fünfziger Jahren. Um den Islam geht es ganz am Schluss, auf knapp vierzig Seiten – der Ethnologe hatte auch Indien und Pakistan besucht.

Seine Schilderung der scharf beobachteten islamischen Sitten und Bräuche sind durchaus ethnologische Feldstudien. Aber sie berichten nicht von den Ritualen einer exotischen Stam-

Die Religion stürzt die Gläubigen systematisch in die Krise und schafft «unüberwindliche Konflikte».

mesgesellschaft. Sie charakterisieren eine Weltreligion. Claude Lévi-Strauss situiert den Islam innerhalb der Geschichte – und das macht seinen Befund noch erschreckender. Es gab «drei grosse religiöse Versuche, die Menschen von der Verfolgung der Toten, der Boshaftigkeit des Jenseits und den Ängsten der

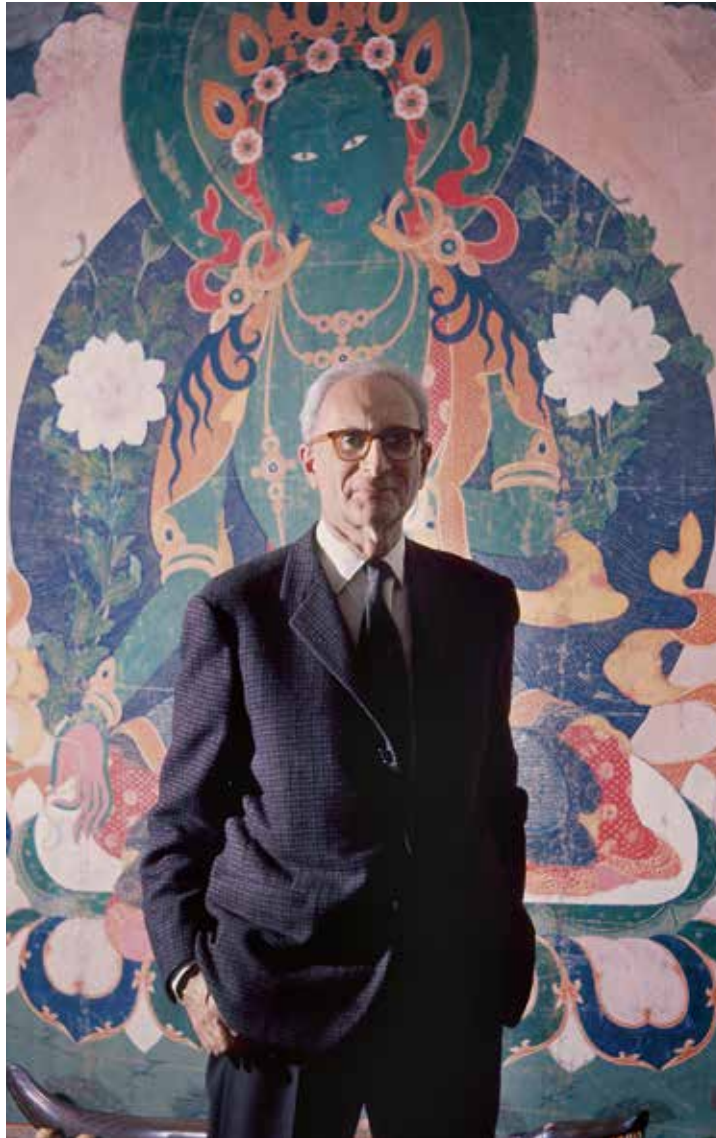
Sehr genau wiederum berichtet die Biografie über die Diskussionen, die der noch vor den «Traurigen Tropen» publizierte Essay «Rasse und Geschichte» auslöste. Er war 1952 im Rahmen einer Unesco-Konferenz entstanden. Jegliche Zuordnung einer menschlichen Eigenschaft (Faulheit, Intelligenz) zu einer Rasse oder Gesellschaft ist laut Lévi-Strauss «unwissenschaftlich». Er lehnte jegliche Hierarchisierung der Kulturen und Rassen ab. Eine Gesellschaft könne aber auch nicht lange in der Abschottung von den anderen überleben. Die Vielfalt – mit der Vermischung, dem Austausch, den Völkerwanderungen, auch den Kriegen – sei der Motor der Entwicklung. Doch dieser Prozess hat zu einer Vereinheitlichung und Verständigung geführt, die längst die Vielfalt bedrohen. Der Zustand des «Ungleichgewichts, von dem das biologische und kulturelle Überleben der Menschheit abhängt», ist in Gefahr.

Freiheit der Abschottung

1971 kommt Lévi-Strauss nochmals auf das Thema «Rasse und Geschichte» zurück. Angesichts einer «planetarischen Weltkultur», die sich überall ausbreite und zum Modell aller geworden sei, plädiert er für die Freiheit der Abschottung. Die Vielfalt sei das höchste Gut, das die Menschheit bewahren müsse. Angesichts der Homogenisierung müssten die Unterschiede beibehalten werden. Rassismus könne nicht mit Xenophobie gleichgesetzt werden, und die Fremdenfeindlichkeit bedeute nicht von vornherein Gleichgültigkeit dem anderen gegenüber.

«Warum sollen wir uns eigentlich alle gernhaben?», fragte er in einem Interview. Es gehörte beim Small-talk zum guten Ton, Lévi-Strauss des latenten Rassismus zu bezichtigen. Der linke Soziologie Pierre Bourdieu schrieb ihm in einem Brief, was er öffentlich nicht sagte: wie sehr ihm der von Lévi-Strauss geäußerte «Ärger über die periodische Ausbreitung der hehren Gefühle» und seine «Verweigerung, dem Pharisäertum» der politischen Korrektheit zu huldigen, gefallen hätten.

Nach dem Tod von Jean-Paul Sartre war der Ethnologe der einflussreichste französische Intellektuelle und längst Mitglied der Académie française. Die Rituale der vierzig «Unsterblichen» gefielen ihm, er trug Schwert und Uniform mit der Freude eines Kindes, das sich als Indianerhäuptling verkleidet. Um diese Zeremonien zu erhalten, kämpfte er – auf ver-



«Weisheit der verrückten Kühe»: Claude Lévi-Strauss (1908–2009).

lorenem Posten – gegen die Aufnahme der ersten Frau in die Akademie. Aber es war für ihn eine Selbstverständlichkeit, am renommierten Institut Collège de France die feministische Anthropologin Françoise Héritier zu seiner Nachfolgerin zu machen.

Claude Lévi-Strauss war ein begeisterter Zeitungsleser. Mit politischen Äusserungen hielt er sich zurück. In seiner Jugend hatte er

Die Vielfalt ist für Lévi-Strauss das höchste Gut, dass die Menschheit bewahren müsse.

vorübergehend mit den Sozialisten sympathisiert. Als 1978 von den Meinungsumfragen ein Wahlsieg der Sozialisten und Kommunisten prophezeit wurde, unterzeichnete er eine Petition für ein «Europa der Freiheiten» und unterstützte Giscard d'Estaing. Im Alter engagierte er sich gelegentlich für die Erhaltung der Vielfalt, unterschrieb eine Petition für den Schutz der «Füchse und Stinktiere» oder protestierte gegen den Abbau des Regenwaldes in Brasilien.

Zwischen 1989 und 2000 – er war über neunzig – schrieb er für die italienische *Repubblica* herrliche Artikel, die erst nach seinem Tod als Buch erschienen: «Wir sind alle Kannibalen».

In diesen Essays beobachtete der Ethnologe seine eigene Gesellschaft. Weihnachten als Ritual, bei dem die Toten die Lebenden besuchen. In einem Aufsatz über den Tod von Lady Di beschreibt er die Rolle des Onkels mütterlicherseits im Lichte der «elementaren Strukturen der Verwandtschaft».

Weiter befasst sich der Autor mit einem amerikanischen Mediziner, der die Ausbreitung der Bevölkerung von Afrika aus über die ganze Welt wie ein Krebsgeschwür darstellt – das demografische Wachstum hielt Lévi-Strauss für das dramatischste Problem der Welt. In «Die weibliche Sexualität und die Begründung der Gesellschaft» geht es um den Eisprung und die Tatsache, dass sich die Menschen als einzige Säugetiere in jeder Jahreszeit fortpflanzen können. Über die Beschneidung der Mädchen mag er sich nicht wirklich empören: «Diese Metaphysik, diese Art des Denkens ist nicht unsere. Wir können nichtsdestotrotz ihre Logik anerkennen und für ihre Größe und Schönheit empfänglich sein.»

Am Beispiel des Rinderwahns erinnert er sich an eine Krankheit in Neuguinea und erwähnt die «Weisheit

der verrückten Kühe». Der Mensch, stellt er traurig fest, habe die Solidarität mit den anderen Gattungen aufgekündigt. Die Landwirtschaft sei nicht nur ein Segen, die «Wirtschaft des Sammelns» sei ihr in gesundheitlicher Hinsicht überlegen und erfordere weniger Arbeit. Lévi-Strauss spricht sich für einen Verzicht auf die «nicht rentable» Massentierzucht aus. Die Herden sollen wieder in die Wildnis überführt werden, und der Mensch solle seine «Lust auf Fleisch» mit der Jagd stillen. Fleischkonsum sollte aussergewöhnlichen Mahlzeiten vorbehalten bleiben, die mit der «Mischung aus religiöser Ehrfurcht und Angst» verzehrt werden, welche die Kannibalen auszeichnete. Wie viel wir noch immer mit diesen gemein haben, deutet der Titel des Buches mit seinen Ausführungen über die Organtransplantationen an: «Wir sind alle Kannibalen».



Emmanuelle Loyer:

«Lévi-Strauss – Eine Biographie». Suhrkamp, 1088 Seiten, Fr. 79.90

«Traurige Tropen» und «Wir sind alle Kannibalen» sind als Taschenbücher bei Suhrkamp erhältlich.

Theater der Empörten

Sich diskriminiert zu fühlen, ist zu einem erstrebenswerten Gemütszustand geworden. Dies schlägt nun auf die Kulturszene zurück, die diese Entwicklung befeuert hat. *Von Rico Bandle*

Robert Lepage gehört zu den ganz grossen Namen der Theaterwelt. Seit vierzig Jahren begeistert der kanadische Regisseur mit seiner eigenwilligen, poetischen Bühnensprache das Publikum von Tokio bis New York. Oft macht er in seinen Stücken auf das Schicksal ethnischer Minderheiten aufmerksam – notabene mit einem international zusammengesetzten Ensemble. Dieser Robert Lepage soll nun plötzlich Rassist sein.

Der vielfach preisgekrönte Regisseur steht gleich wegen zweier Stücke am Pranger: «Slav», ein Stück über afroamerikanische Sklavenarbeiter, wurde Ende Juni nur dreimal in Montreal aufgeführt, bevor es wegen heftiger Proteste abgesetzt wurde. Und «Kanata», das von kanadischen Ureinwohnern handelt, kam gar nicht erst zur Aufführung, der Widerstand war schon im Vorfeld zu gross.

In beiden Fällen lautete der Vorwurf «kulturelle Aneignung» – «cultural appropriation», wie dies auf Englisch genannt wird. Was in etwa bedeutet: Weisse bedienen sich der Kultur anderer und schlagen Profit daraus. Dies sei eine Art von Diskriminierung, Ausnützung von Machtverhältnissen. Sowohl der Regisseur als auch die Mehrzahl

der Schauspieler seien weiss und deshalb nicht befugt, das Thema aufzugreifen.

Zu den Wesensmerkmalen der «kulturellen Aneignung» gehört, dass nur Weisse diese Art von Diskriminierung betreiben können. Minderheiten sind von dem Vorwurf ausgenommen, denn sie sind grundsätzlich Opfer.

Flüchtlinge statt Schauspieler

Die Affäre um Robert Lepage hat in Nordamerika einer Debatte neue Nahrung gegeben, die an Universitäten schon länger geführt wird: Dürfen nur Angehörige einer Ethnie oder eines Geschlechts über Probleme dieser Ethnie oder dieses Geschlechts sprechen? Im Theater allerdings erhält diese Frage eine zusätzliche Dimension – denn da geht es nicht nur um Political Correctness, sondern um das Wesen des Theaters an sich.

Aristoteles hat Theater (Mimesis) vor über 2000 Jahren als «Nachahmung der Wirklichkeit» definiert. Auch Robert Lepage argumentiert mit dem aristotelischen Theaterbegriff:



Im Stich gelassen: Robert Lepage.

Es sei auf der Bühne immer schon darum gegangen, «in die Haut eines anderen zu schlüpfen, zu versuchen, ihn zu verstehen – und so vielleicht auch sich selbst zu verstehen». Mit anderen Worten: Theater ist immer «kulturelle Aneignung». Wer die «kulturelle Aneignung» im Theater bekämpft, bekämpft das Theater, so wie wir es kennen.

Sämtliche Theaterleute müssten Lepage nun lauthals beistehen. Aber weit gefehlt. Man lässt den Kollegen im Stich. Sieht man sich die Entwicklung an den deutschsprachigen Theatern an, könnte man meinen, die Bühnen hätten sich vorsorglich längst angepasst: Auf allen Spielplänen stösst man auf Stücke, in denen echte Flüchtlinge mitspielen. Mit Kunst haben diese Projekte in der Regel nichts zu tun. Aber man will «ein Zeichen setzen».

Eine der peinlichsten Aufführungen der letzten Jahre in der Schweiz war eine Adaption von Frischs «Biedermann und die Brandstifter» im Theater Basel. Der deutsche Regisseur Volker Lösch liess eine Gruppe von Migranten (keine Schauspieler) mitspielen – in der Rolle makelloser, sympathischer Menschen. Auf der anderen Seite standen die professionellen Schauspieler, die die

Schweizer spielten – alles widerliche Rassisten, die am Schluss die Ausländer abfackelten. Die populistisch anmutende Komplexitätsreduktion ist symptomatisch für diese Art «Theater»: Gut und Böse, Opfer und Täter sind klar definiert, die Welt besteht einzig aus Schwarz und Weiss. Grautöne gibt es keine, sonst könnte noch jemand auf die Idee kommen, hier werde mit der falschen Seite sympathisiert.

Für das Theater, das möglichst frei sein sollte, sind solche ideologischen Einschränkungen fatal, wie das Beispiel Robert Lepage zeigt. Doch selbst das Schauspielhaus Zürich, die wichtigste Sprechbühne der Schweiz, will in Zukunft der Political Correctness höhere Priorität einräumen als qualitativ hochstehender Schauspielkunst. Das haben die designierten Direktoren, Nicolas Stemmann und Benjamin von Blomberg, angekündigt. Ihr wichtigstes Credo sei die «Diversität»: «Wir wollen ein praktiziertes Zeichen gegen die Exklusion, die derzeit Konjunktur hat, setzen.»

Nachruf



Gesichertes Wissen: Journalist Cahn.

Roger Cahn (1948–2018) — Seine stets wiederholte, freundlich-unerbittliche Frage ging in den Deutschschweizer Wortschatz ein: «Chönnt is bitte no echli gnauer ha?» Roger Cahn wurde in den 1980er Jahren als Schiedsrichter im erfolgreichen Fernsehquiz «Tell-Star» schweizweit bekannt. Er war der Schiedsrichter und erfand die meisten Fragen. Der promovierte Romanist hatte keine Scheu vor populären Formaten. Zeitweise schrieb er auch Opernkritiken für den *Blick*. Er war der geborene Vermittler: offen, gebildet, bestens informiert und des verständlichen Ausdrucks mächtig. Folglich wurde er Kulturjournalist statt Mittelschullehrer.

Mit 32 Jahren gründete er die Zeitschrift *Musik & Theater*. Später gab er während vieler Jahre der *Züri-Woche* kulturelles Profil, zuletzt als deren Chefredaktor. Mit fünfzig Jahren baute er eine eigene Agentur für Kulturvermittlung auf, leitete Reisen und beriet junge Künstler, vor allem im Bereich von Musik und Bühne, beim Aufbau ihrer Karriere. Unter den vielen von ihm ins Leben gerufenen und erfolgreichen Veranstaltungen waren zum Beispiel die Kinder-Klassik-Konzerte.

Ein Herzensanliegen des gläubigen Juden Roger Cahn war die Verständigung der grossen Religionen auf der Basis gesicherten Wissens – von daher sein starkes Engagement zugunsten der Stiftung Zürcher Institut für interreligiösen Dialog (früher Zürcher Lehrhaus).

In seinem riesigen Beziehungskreis wurde Roger Cahn als Kollege und Freund hochgeschätzt. Er starb knapp zwei Monate nach seinem 70. Geburtstag vergangene Woche in Zürich. *Karl Lüönd*

Özils Leichtigkeit einer neuen Eleganz

Seine Kurzpässe schwebten aus dem Nichts heran. Als er erstmals für die Deutschen antrat, war Mesut Özil der geniale neue Stilbotschafter. Die rückwirkende Entrüstung über seine Erdogan-Fotos ist vermurkst. Man sollte sich über diesen Fussball-Internationalisten freuen. *Von Hans Ulrich Gumbrecht*

Ein Monat vor der Fussballweltmeisterschaft hatte der bei Arsenal London verpflichtete deutsche Nationalspieler Mesut Özil eine Einladung des türkischen Präsidenten Erdogan zu einem Treffen während seines Staatsbesuchs in England angenommen, das die Medien im Land von Özils Vorfahren weidlich für einen damals laufenden Wahlkampf ausschalteten. Nach dem sensationell frühen Ausscheiden der deutschen Mannschaft beim Weltturnier schwoll die von Beginn an erstaunlich intensive Empörung über diesen eher marginalen Anlass zu einem öffentlichen Skandal an, innerhalb dessen man Özil auch von offizieller Seite als Hauptverantwortlichen für das sportliche Scheitern identifizierte und mit rassistischen Formulierungen beleidigte.

Ende Juli nahm er dann zum ersten und einzigen Mal öffentlich Stellung mit einer auf Englisch verfassten Reaktion, die an Offenheit (auch im Hinblick auf eigene Gefühle der Verletzung) nichts zu wünschen übrigliess und mit einer Rücktrittserklärung aus der Nationalmannschaft endete. In Gelsenkirchen, wo er zur Welt kam und aufwuchs, war seine frühere Grundschule so weit gegangen, einen Termin mit Mesut Özil und der von ihm gegründeten Stiftung für unterprivilegierte Kinder abzusagen.

Während selbst Medienbenutzer der Nachbarländer sich vor Episoden und Bildern aus dieser Geschichte kaum retten konnten, hat sie in Deutschland eine Komplexität von Details und Deutungen entfaltet, die zu der Frage führen muss, ob denn noch irgendetwas zu sagen bleibt. Die Antwort ist überraschend. Denn in der anhaltenden Aufregung blieben drei nicht nur aus deutscher Perspektive besonders wichtige Fragen ausgespart: Wie ist Özils sportliche Leistung – vor allem bei der letzten Weltmeisterschaft – einzuschätzen? Könnte ein Krisensyndrom von vergleichbarem Ausmass aus



Kurzpässe im entscheidenden Augenblick: ehemaliger Nationalspieler Özil.

einem so banalen Anlass auch in anderen Ländern entstehen? Und was sollte heute – nicht nur im Fussball – der symbolische Status von Nationalmannschaften sein?

Seine Aura trug ihn zu Real Madrid

Özils internationale Karriere setzte bei der Weltmeisterschaft 2010 in Südafrika ein, als er 21-jährig zur Symbolfigur eines Stilwandels im deutschen Fussball wurde, der die traditionellen «nationalen Tugenden» von höchstem physischem Einsatz und unbeugsamem Siegeswillen mit der Leichtigkeit einer neuen

Eleganz ersetzte. Als sein besonderer Beitrag lässt sich die Effizienz von unvorhersehbaren Körpertäuschungen und überraschenden Kurzpässen im entscheidenden Augenblick beschreiben. Diese ganz unerwartete Aura brachte Özil einen Vertrag bei Real Madrid ein, wo er schnell zum strategischen Partner von Cristiano Ronaldo und zentralen offensiven Mittelfeldspieler aufstieg. In einer ähnlichen Rolle hat er sich seit 2013 bei Arsenal London als hochbezahlter Star der international führenden englischen Liga etabliert.

Erste Baisse

Da zur Erfolgsformel für den deutschen Sieg bei der Weltmeisterschaft 2014 jedoch ein Kompromiss zwischen der Rückkehr zu sicherheitsbetontem Spiel und einer klareren funktionalen Einbindung der neuen Eleganz wurde, nahmen Özils Einfluss und Sichtbarkeit trotz dem Titelgewinn ab. Hinzu kam die inzwischen deutlich gewordene Schwierigkeit, in ausschlaggebenden Situationen die Leistung seiner Mannschaften anzuheben.

Solange sie ohnehin in Spielaune sind, macht Özil seine Kollegen noch besser – und darüber hinaus vermag er nicht selten einem Durchschnittsmatch den Glanz brillanter Intuitionen und Bewegungen zu geben. Doch er stand auf verlorenem Posten, als

es den Mitspielern im Sommer nicht gelingen wollte, einen kollektiven Rhythmus zu finden – ohne diese rätselhafte Lähmung ausgelöst zu haben. Wenn der Präsident von Bayern München und Alt-Weltmeister Uli Hoeness ihm wörtlich und öffentlich vorwarf, «schon lange einen Scheiss gespielt» zu haben, dann sprach daraus allein eine altbackene Fussballästhetik – und ein massives Vorurteil.

In der rückblickenden Entrüstung über Özils Treffen mit Erdogan hatten sich zwei Impulse getroffen, wie sie aus historischen Gründen allein in Deutschland vorkommen.

Zum einen – und paradoxerweise – der anhaltende Drang, in verkrampfter Hinwendung zu «Mitbürgern mit Migrationshintergrund» (schon dieser Euphemismus ist ja eine deutsche Spezialität) zu demonstrieren, dass es dort keinen Rassismus mehr gibt. Zum anderen die in «ethischer» Selbstgefälligkeit vorausseilende und geradezu kantische Strenge, mit der in radikaler Absetzung von der eigenen Geschichte jegliche Positionen an den Rändern des klassischen Demokratiemodells gnadenlos als illegitim ablehnt werden (Erdogan ebenso wie Putin oder Trump).

Daraus ergibt sich die wirklich vermurkste Konsequenz, dass ein guter Deutscher und zumal ein deutscher Nationalspieler nur sein darf, wer das politische Credo sozialdemokratischer Studienräte teilt. Als Fundament gehört zu solcher Gewissheit ein Festhalten an der Norm nationaler «Leitkultur», das vor Jahren den Bundespräsidenten zu der absurden Feststellung stolpern liess, der Islam sei Teil ihrer deutschen Version. In Grossbritannien oder Frankreich, den klassischen Nationen des Imperialismus und der bürgerlichen Revolution, mag sich die Spannung zwischen kulturellen Unterschieden bis heute ungleich schärfer artikulieren, doch zugleich steht dort ausser Frage, dass Staatsangehörigkeit ausschliesslich ein erworbenes Recht auf politische Teilnahme sein soll. Und diese Einstellung hat

sich auch in der Schweiz gegenüber den Secondos durchgesetzt.

Am Horizont des deutschen Sonderfalls hängt als schickschalsschwangere Wolke die nie verloschene Erinnerung an jene Mannschaft von Kriegsteilnehmern, deren ganz unerwarteter (und wohl auch unverdienter) Sieg beim Weltmeisterschafts-Endspiel von 1954 in Bern eine kollektive Selbstversöhnung unter dem Motto «Wir sind wieder wer» einleitete. Sie erklärt die Hartnäckigkeit, mit der man am Status des Fussballs als Allegorie der Nationen

Solange sie ohnehin in Spiellaune sind, macht Özil seine Kollegen noch besser.

festhält. Dabei haben sich Weltmeisterschaften längst zu Sommerturnieren unter Ausnahmeveraussetzungen weiterentwickelt.

Während sich die Höchstleistungen dieses Sports heute in wenigen Ligen ereignen, deren Mannschaften die Stars aller Nationen bündeln und im Wettbewerb halten, werden dieselben Spieler alle zwei Jahre in kontinentaler oder globaler Öffnung für wenige Wochen und ausserhalb der etablierten wirtschaftlichen Hierarchien nach dem Kriterium der Staatsangehörigkeit umverteilt, um innerhalb einer exzentrischen Wettbewerbsstruktur ge-

geneinander anzutreten. Der Reiz der Variante gegenüber der Kontinuität des sportlich überlegenen Normalfalls entsteht erstens aus der grösseren Abweichung ihrer Ergebnisse gegenüber allen Prognosen und zweitens aus der den Fans eröffneten Möglichkeit, sich einmal mit anderen Spielern zu identifizieren und sich unter anderen Aspekten ihres Selbstbilds zu vergnügen.

Gerade in Deutschland schrillen die Sirenen des Protests am lautesten, wenn Erfolge in diesem Zusammenhang national ausgedeutet und «politisch missbraucht» werden – mit Ausnahme der Reaktionen auf die eigene und bestimmt bald wieder erfolgreichere Mannschaft. So geriet die sportliche Blamage zum Emblem einer angeblich an jenen deutschen Bürgern gescheiterten Integration, die sich um Leitkultur nicht kümmern.

Zeitgemässer wäre es, sich darüber zu freuen, dass ein Deutscher mit dem türkischen Namen Mesut Özil nach der nationalen Klammer der Weltmeisterschaft weiter ein Star in der internationalen Welt der englischen Liga bleiben wird.

Hans Ulrich Gumbrecht ist Literaturwissenschaftler und Professor in Literature an der Stanford University.



Anita Fetz
SP-Ständerätin Basel-Stadt

Regula Rytz
Nationalrätin und Präsidentin
der Grünen Partei Schweiz

Kathrin Bertschy
Nationalrätin Grünliberale Bern

Toni Brunner
SVP-Nationalrat St. Gallen

Jacques Chavaz
Präsident IG
Agrarstandort Schweiz

Freier Handel, fairer Handel?

10. Konsumententagung, Mittwoch, 5. September 2018, ab 14 Uhr
Gurten Pavillon, Bern

Der Bundesrat will mit vier südamerikanischen Ländern ein umfassendes Handelsabkommen abschliessen. Er verspricht sich davon neue Exportchancen und tiefere Preise für die Konsumentinnen und Konsumenten. Die Grüne Partei hingegen fordert mit ihrer Fair-Food-Initiative, welche am 23. September 2018 vor das Volk kommt, noch höhere Barrieren für Lebensmittelimporte. Die Frage ist: Schaden offene Märkte der Agrarwirtschaft, der Umwelt und dem Tierwohl?

Information/Anmeldung

Migros-Genossenschafts-Bund
Direktion Wirtschaftspolitik
Limmatstrasse 152, 8031 Zürich
Tel. 044 277 30 87
MIGROS-Wirtschaftspolitik@mgb.ch



EuropaInstitut
AN DER UNIVERSITÄT ZÜRICH

MIGROS



Die Bibel

Von den Juden

Von Peter Ruch

Das Heil kommt von den Juden (Johannes 4,22). Jesus sagt diesen Satz zur Samaritanerin am Brunnen in Sychar. Die Frau widmet, wie Millionen von Frauen damals und heute, einen bedeutenden Teil ihrer Lebenszeit dem Wassertragen. Jesus redet zu ihr vom Wasser, das ins ewige Leben sprudelt, und weckt damit ihren Wunsch, von der täglichen Mühsal mit den Eimern befreit zu werden. Die Befreiung von Last und Leiden ist der Ursprung einer Geschichtsphilosophie, wie sie die griechisch-römische Antike nicht kannte. Im Judentum hat die Geschichte eine Richtung und einen Sinn, der vom Sinn der menschlichen Existenz nicht zu trennen ist. Anders als im Griechentum ist das Individuum kein Objekt der Erziehung zu einem idealen Menschen, sondern steht in der Verantwortung vor Gott. Gott ist der Herr der Geschichte. Er hat die Israeliten aus Ägypten geführt, ihnen Land gegeben und sie nach dem Verlust der politischen Selbständigkeit auf ihrem Weg als zerstreutes Gottesvolk geführt. Im Gegensatz zu vielen altorientalischen Grossreligionen sind die Juden mit ihrem Gottesglauben noch da. Sogar aus den Ausrottungsversuchen des 20. Jahrhunderts gingen sie gestärkt hervor. Sie schufen den heute einzigen demokratischen Staat im Despotengürtel von Marokko bis Pakistan.

Der Judenhass wurzelt im Neid. Das Leitmotiv der Nationalsozialisten war die Nachahmung und Verdrehung des obigen Bibelverses: «Das Heil kommt von den Deutschen. Heil Hitler!» Also mussten die Juden weg. Die Nachäffung reichte weit, so dass auch die Abstammung eine entscheidende Rolle spielte. Doch letztlich wandte sich der Judenhass gegen die Hasser selbst und endete im Zusammenbruch. Die Juden sind und bleiben die manchmal provozierenden, zuweilen wunderlichen Zeugen der Treue Gottes durch die Zeiten. Bis ans Ziel. Dank Jesus Christus ist dieses Ziel – das Reich Gottes – auch den Nichtjuden verheissen. Juden sind als Christusgläubige willkommen. Aber sie müssen es nicht sein. Vielmehr müssen sie als Gottes Volk sichtbar bleiben.

Peter Ruch, ursprünglich Handwerker, absolvierte ein Abendgymnasium und war nach dem Theologiestudium 35 Jahre lang reformierter Pfarrer in drei Gemeinden.



Ständig in Richtung Transzendenz: Denzel Washington (l.) in «Equalizer 2».

Kino

Das Himmelreich muss sauber bleiben

Denzel Washington ist der «Equalizer», der alles killt, was er für böse und schlecht hält. Eigentlich nichts Neues aus Hollywood, aber eben nur eigentlich. Von Wolfram Knorr

Nein, er hat keine Launen, ist kein Kräutlein Rührmichnichtan, spielt sich nie auf, ist einfach nur souverän wie ein Doyen und demütig wie ein heiliger Franziskus. Wenn er als Taxifahrer die Kunden durch Boston kutschert, hört er schweigend zu, wirft mal einen verstohlenen Blick in den Rückspiegel und schmunzelt zufrieden. Tja, wenn alle Menschen so wären wie diese hier, dann hätte er ein friedfertiges Leben, könnte sich ganz der Hochliteratur und dem angesagten Ta-Nehisi Coates («Zwischen mir und der Welt») widmen – nur leider: Dem ist nicht so. Statt Liebe herrscht Hass, statt des Guten Böses. Für ihn, den Taxifahrer Robert McCall, heisst das, immer auf der Hut zu sein, das Gute zu retten – mit Waffengewalt.

Robert McCall ist der «Equalizer», der «Ausgleicher», ein «Kompensator» für Mord, indem er auch mordet. Was für eine schöne Vigilanten-Salvierung für einen Mann, der aufs Recht pfeift und es in die eigenen Hände nimmt! Nun wimmelt natürlich Hollywoods Actionkino von solchen Typen, aber McCall ist unter den «Rachegöttern» etwas ganz Besonderes, ein Groschenheft-Flickwerk aus Nietzsches Übermensch, Henri Bergsons Vitalismus

und Georges Sorels Lob der Gewalt, in den achtziger Jahren für eine TV-Serie zusammengeschustert. Ein «Selbstjustizler» mit Bildung und dem Hang zum Sakralen. Er ist zwar als handfester Ex-CIA-Agent der Immanenz verpflichtet (den handfesten Erfahrungen), driftet aber ständig in Richtung Transzendenz ab. Ob als Taxifahrer beim sanftmütigen Lauschen der Kundengespräche, als Hilfeleistender bei einem Holocaust-Überlebenden und einer Muslimin oder bei einem Strassenjungen, den er aus dem kriminellen Sumpf befreit, immer wird er dann zu einer Art säkula-rem Engel oder zumindest zu einem Mann, der unter seinem Outfit noch eine Soutane trägt. Besieht man sich das Verhalten dieser Figur genauer, so muss sie in letzter Konsequenz Nächstenliebe für Quatsch halten; denn die schliesst ja auch schlechte Menschen mit ein, rechtfertigt alle Ungerechtigkeiten. McCall aber nicht. Schlechte Menschen macht er platt.

Denzel Washington ist McCall, jetzt zum zweiten Mal. 2014 startete «The Equalizer». Er wurde ein Kassenshit, da war das Sequel programmiert. Die zweite Folge ist unfreiwillig komischer, vor allem, wenn Denzel in seiner

Mietwohnung sitzt, in schwere Lektüre vertieft ist, aber auch immer einen Blick aus dem Fenster schweifen lassen kann, um zu sehen, was wohl der Strassenjunge Miles (Ashton Sanders) wieder macht. Dummheiten natürlich. Denzel ähnelt dann einem Märtyrer: «Warum bekomme ich diese Verantwortung auferlegt?» Zum Vergleich Jesus: «Ist's nicht möglich, dass dieser Kelch an mir vorübergehe?» Natürlich nicht. Denn im fernen Brüssel wird McCalls gute alte Freundin Susan Plummer (Melissa Leo) ermordet. Ihren Ehemann (Bill Pullman) gilt es zu schützen und die Killer abzumurksen. Ein alter Kumpel (Pedro Pascal) soll helfen, aber noch immer verhalten sich die beiden wie Kindsköpfe aus vergangenen Tagen. Noch mal Jesus: «Wenn ihr nicht werdet wie die Kinder, so werdet ihr nicht ins Himmelreich kommen.» Denzel Washingtons Robert McCall ist, kurz und bündig, eine unsägliche Kitschfigur. ★★★☆☆

Weitere Premieren

Don't Worry, He Won't Get Far on Foot — John Callahan (1951–2010) war eine Art Hippie, der von einer Party zur nächsten driftete, sich die Hucke vollsoff, bis er zum schweren Alkoholiker wurde, bei einem Autounfall die Wirbelsäule brach, die ihn zum schweren Pflegefall machte. Dem Alkohol blieb er trotzdem treu, bis man ihn zu einer Entzugstherapie nötigte. Dabei entdeckte er sein Zeichentalent. Callahan wurde zum gefragten Karikaturisten. Gus Van Sant («Good Will Hunting») hat das ungewöhnliche Leben Callahans verfilmt, nur leider daraus (fast) einen Lehrfilm für das Zwölf-Schritte-Programm der Anonymen Alkoholiker gemacht. Joaquin Phoenix als Callahan rettet das Biopic. ★★★☆☆



Ungewöhnlich: Joaquin Phoenix als Callahan.

Amoureux de ma femme — Eine von diesen leichtfüßigen französischen Komödien, die hübsch anzusehen und kurzweilig, aber ebenso schnell vergessen sind. Hier könnte zumindest der verträumte Blick von Daniel Auteuil im Gedächtnis bleiben, der mit seiner Gattin Isabelle (Sandrine Kiberlain) Freund Patrick (Gérard Depardieu) besucht. Der hat eine neue, junge Freundin, Emma (Adriana Ugarte), in die sich Daniel hoffnungslos verguckt. Wäh-



Fiktive Liebschaft: «Amoureux de ma femme».

rend also die Paare zusammenhocken und quatschen, verrennt sich Daniel in eine fiktive Liebschaft mit Emma. Der Witz besteht darin, dass er nicht fremdgeht, es aber permanent tut und Gattin und Freund ihn ständig ins Reale zurückholen müssen. Daniel Auteuil, der auch inszenierte, erweist sich dabei als irre komischer Hans GuckindieLuft. ★★★☆☆

Christopher Robin — Live-Action-Filme sind im Trend («Paddington»). Winnie Puuh gehört zu den Klassikern der vorwitzigen und tiefgründig parlierenden Plüschtiere, die manchem die Kindheit versüßt haben. Christopher Robin (Ewan McGregor) ist einer von ihnen. Sein trister Beruf holt ihn in den Hundert-Morgen-Wald zurück, in dem die Kuschtiere ihr fröhliches Unwesen treiben. Der Schweizer Marc Forster («Finding Neverland») hat die Story um den Angestellten und seine Liebe zu Winnie Puuh wenig einfallreich umgesetzt. Es mangelt an Tempo und Witz. ★★★☆☆

So was von da — Eine Party-Kiez-Ode von Jakob Lass («Tiger Girl») nach Tino Hanekamps gleichnamigem Roman. Masslos aufgewirbelt, aber ohne Ambiente. ★★★☆☆

Knorrs Liste

1	The Guernsey Literary... Regie: Mark Newell	★★★★☆
2	Mission: Impossible – Fallout Regie: Christopher McQuarrie	★★★★☆
3	What Will People Say Regie: Iram Haq	★★★★☆
4	Sicario 2 Regie: Stefano Sollima	★★★★☆
5	Submergence Regie: Wim Wenders	★★★★☆
6	Hereditary Regie: Ari Aster	★★★★☆
7	Ant-Man and the Wasp Regie: Peyton Reed	★★★★☆
8	Adrift Regie: Baltasar Kormákur	★★★★☆
9	Catch Me! Regie: Jeff Tomsic	★★★☆☆
10	303 Regie: Hans Weingartner	★★★☆☆

Jazz

«Song for My Father»

Von Peter Rüedi

Väter und Söhne, das ist ein Thema für die griechische Mythologie. Oder die Psychoanalyse. Oft genug endet es in Mord und Totschlag, *we remember* Ödipus. Aber es gibt auch glücklichere Beispiele. Vater und Sohn Redman sind eines, um beim Jazz zu bleiben. Tenorsaxofonist Dewey Redman gehörte während vier Jahren zur Gruppe von Ornette Coleman, mit dem er die Flexibilität zwischen Free Jazz und kompakteren, oft hymnischen Formen teilte. Coleman als aus der Jazzgeschichte ausgekoppelter radikaler Neutöner war ein Missverständnis und ein Marketingprodukt der Zeit seiner Anfänge. Nicht anders sein Partner Dewey Redman, der dann, wie Colemans früherer Bassist Charlie Haden, fünf Jahre zum «amerikanischen Quartett» von Keith Jarrett gehörte. Joshua Redman trat erstmals auf einer Aufnahme Arm in Arm mit seinem Vater auf, «Choices» (1992), dann zusammen mit dessen Weggefährten Charlie Haden und Billy Higgins (plus Pat Metheny: «Wish», 1993). Damit war seine Karriere lanciert. Joshua, im Übrigen ohne Berührungsängste zu Musik aus dem Pop-Bereich, hatte nie Probleme damit, den Einfluss seines Vaters auf sein flexibel-flüssiges, voluminöses Saxofonspiel anzuerkennen.

Nun setzt er dem 2006 Verstorbenen (und dem prägenden Ornette Coleman) ein Denkmal. Es heisst «Still Dreaming», was sich auf eine Gruppe bezieht, die Dewey 1976 zusammen mit den Ornette-Partnern Don Cherry, Charlie Haden und Ed Blackwell 1976 unter dem schönen Titel «Old and New Dreams» (auch schon eine Ornette-Hommage) gegründet hatte. Zusammen mit dem Trompeter Ron Miles, dem Bassisten Scott Colley und dem Drummer Brian Blade gelang Joshua Redman nun eines der schönsten Alben des Jahres: ohne alle klebrige Nostalgie. Miles' Kornett klingt dezidierter als das fragil tastende von Don Cherry, und alle seine Partner sprechen nicht in den Zungen des historischen Ornette-Quartetts. Aber sie bewahren den überwältigenden tänzerischen Swing der Vorlagen, die melodiose Intensität, das improvisatorische und interaktive Potenzial der alten (und der selbsterfundenen) Kompositionen.



Joshua Redman, Ron Miles, Scott Colley, Brian Blade: Still Dreaming. Nonesuch 7553-79330-8

Sir Osmans verflüssener Glanz

Einst war Sir Osman Ali Khan der reichste Mann der Welt. Es schien, als habe der autokratische Herrscher des Fürstenstaates Hyderabad wirklich alles: absolute Macht über 16 Millionen Untertanen, Berge von Juwelen, Paläste und ein friedliches Reich. Doch bald sollte sich alles ändern. *Von Giles Milton*

Sein Privatvermögen, hiess es, sei mehr als doppelt so gross wie die jährlichen Staatseinkünfte Indiens, und er besitze genug Perlen, um damit den Piccadilly in seiner ganzen Länge zu pflastern. Seine Juwelen allein waren ungläubliche 400 Millionen Pfund wert.

Sir Osman Ali Khan, der autokratische Herrscher des Fürstenstaates Hyderabad, war einst der reichste Mann der Welt und galt als einer der reichsten Männer der Geschichte.

Im Jahre 1940 nannte er mehr als zwei Billionen Pfund sein Eigen und verfügte über eine Reihe luxuriöser Paläste voller seltener und wundervoller Schätze: orientalische Teppiche, unbezahlbare Handschriften und rare Juwelen. Er teilte seinen Reichtum mit seinen sieben Frauen, 42 Konkubinen und einer grossen Zahl von Kindern und finanziell abhängigen Angehörigen.

Angesichts jeder Statistik zu Sir Osman gehen einem die Augen über: Er war Herrscher eines Staats, der nur ein bisschen kleiner als Grossbritannien war, und hatte absolute Macht über das Leben von 16 Millionen Untertanen.

Er besass Dutzende von Rolls-Royces und den seltenen Jacob-Diamanten, der heute auf hundert Millionen Pfund geschätzt wird. Er war auch ein fanatischer Verbündeter der Briten während deren Kolonialzeit in Indien und spendete das Geld für die Kampfflugzeuge der No. 110 Squadron Royal Flying Corps im Ersten Weltkrieg.

Die Briten dankten es ihm mit Titeln wie «His Exalted Highness» (Seine erhabene Hoheit) und «Faithful Ally of the British Government» (Treuer Verbündeter der britischen Regierung).

Sir Osman hatte nach dem Tod seines Vaters 1911 dessen Erbe als Herrscher von Hyderabad angetreten. Er war bereits märchenhaft reich, mehrte aber das Familienvermögen noch durch die Entwicklung des Bergbaus im Staat Hyderabad. Die dortigen Minen waren reich an Diamanten und anderen Edelsteinen. Der berühmte Koh-i-Noor-Diamant zum Beispiel stammte aus Hyderabad.

Im Jahre 1941 hatte Sir Osman auch eine eigene Bank, die State Bank of Hyderabad. Als einziges Lehnsgut des indischen Subkontinents hatte Hyderabad seine eigene Währung, die sich stark von derjenigen des übrigen Indiens unterschied. Sir Osman, der oft wohlwütig und immer erratisch agierte, gab



Märchenhafter Reichtum: Herrscher Osman Ali Khan.

einen Grossteil des Familienvermögens für Bildung, Eisenbahnen und Elektrifizierung aus. Es blieb aber immer genug Kleingeld übrig, damit er seiner Leidenschaft für Rennpferde, seltene Autos und majestätische Uniformen frönen konnte.

Gewaltige Summen wurden auch für ein üppiges Verschönerungsprogramm ausgegeben, das öffentliche Gebäude, ein oberstes Gericht, Krankenhäuser und die Osmania University umfasste. Seine wahre Leidenschaft gehörte freilich seinen Palästen, die über das Reich verstreut waren. Die grössten verfügten über viele Tausende von Dienern, Faktoten, Leibwächtern, die neben Ränke schmiedenden Eunuchen und eifersüchtigen Konkubinen alle um ihre Stellung wetteiferten.

Als Sir Osmans Lieblingspalast galt Falaknuma, der auf einem Hügel über Hyderabad stand und einen Panoramablick über die

ganze Stadt bot. Er war als «Himmelsspiegel» bekannt und in klassischem Stil aus importiertem italienischem Marmor gebaut.

Dann gab es auch den Chowmahalla-Palast, ebenfalls ein weitverzweigtes Gebäude, dessen Bau 1750 begonnen und erst 120 Jahre später abgeschlossen worden war. Er war berühmt für die von Säulen getragene Durbar-Halle, einen riesigen Marmorsalon, der von Kronleuchtern aus belgischem Kristall beleuchtet wurde. Ausserdem gab es gewaltige Wohnzimmer, Höfe und einen eleganten Uhrenturm.

Es schien, als habe Sir Osman wirklich alles: ein Vermögen, Paläste und ein friedliches Reich, das der Einverleibung in den neuen indischen Staat entgangen war. Doch bald sollte alles kippen. Nach Monaten erfolgloser Verhandlungen mit Indien fiel dieses 1948 in Sir

Osmans Lehnsgut ein. Nach fünf Tage währenden Kämpfen sah er sich gezwungen, der Indischen Union beizutreten. Seine autokratische Herrschaft wurde durch Indiens parlamentarische Demokratie ersetzt.

Nach seinem Tod im Februar 1967 kam es zwangsläufig zu komplizierten Kämpfen um sein Erbe. Hunderte von Menschen erhoben Ansprüche auf sein Land und seinen Besitz.

Sein Enkel Mukarram Jah war sein offizieller Nachfolger – und geriet rasch in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten. Er erbt nicht nur riesige Schulden, sondern auch eine gewaltige Anzahl Diener, Faktoten und Trabanten. Dazu gehörten beinahe 15 000 Palastbedienstete und finanziell abhängige Angehörige ebenso wie die 42 Konkubinen und deren zahlreiche Nachkommen.

Im ältesten und berühmtesten Palast der Familie, dem Chowmahalla, gab es nach wie vor 6000 Angestellte, 38 davon allein dafür, die Kronleuchter abzustauben.

So begann der komplexe und verbitterte juristische Kampf um Sir Osmans Vermögen, das zum Zeitpunkt seines Todes auf eine blosse Billion Pfund geschrumpft war. Mukarram Jah wurde des Hin und Hers schliesslich überdrüssig und verliess Indien. Er liess sich von seiner ersten Frau, der aus der Türkei stammenden Fürstin Esra, scheiden und wanderte nach Australien aus, wo er Schafzüchter wurde.

Damit endete die Geschichte zunächst. Doch im Jahr 2001 kehrte Fürstin Esra nach Indien zurück und versuchte, das komplexe Testament ihres Schwiegergrossvaters zu entwirren. Dank einem begabten Anwalt wurden all die einander widerstreitenden Ansprüche auf das Erbe schliesslich geklärt.

Der wunderschöne Chowmahalla-Palast wurde später als Museum wiedereröffnet und der Falaknuma zu einem luxuriösen Palasthotel umfunktioniert. Die vielen Nachkommen von Sir Osman können nun jederzeit dorthin zurückkommen und über den verflornten Glanz ihrer einst so edlen Familie nachdenken.

Aber jetzt müssen sie dafür bezahlen wie alle anderen auch.

Giles Milton, 52, ist Historiker und Bestsellerautor. Seine Werke wurden in über zwanzig Sprachen übersetzt. Er schreibt an dieser Stelle wöchentlich über «Mysterien der Weltgeschichte». Der «Meister der Geschichtserzählung» (*Sunday Times*) lebt in London und im Burgund. www.gilesmilton.com

Aus dem Englischen von Thomas Bodmer

Lesen Sie nächste Woche:
«Das Doppelleben des Aribert Heim»



Fragen Sie Dr. M. Der Experte für alle Lebenslagen

Als ich kürzlich ein paar Tage auf Geschäftsreise war, hat mich meine Frau gefragt, was mir wichtiger sei: die Familie oder das Geschäft. «Die Familie», habe ich geantwortet. Wäre ich ehrlich gewesen, hätte ich sagen müssen, dass mir das Geschäft genauso wichtig ist. Irgendwie gehört sich diese Ansicht nicht. Weshalb eigentlich? *Martin M., Rapperswil*

In der bekannten Fragestellung («Familie oder Geschäft?») steckt wohl der leise Vorwurf, kein vorbildlicher Familienvater zu sein. Doch in der Realität gibt es in allen Familien Konflikte für Männer und Frauen, die sowohl ihre Familien- wie auch ihre Geschäftsarbeit gut verrichten.

Wir alle wissen: Es gilt, beides gut zu machen. Die Arbeit im Geschäft geht in der Familie verloren – und umgekehrt. Also ist es nicht sehr mitmenschlich, bei jeder geschäftlichen Belastung gleich die «Gretchenfrage» zu stellen: «Wie hältst du es eigentlich mit der Familie?» Man will ja nicht nur ein guter Berufsmitarbeiter

sein, sondern auch ein guter Familienvater. Umso klarer ist die Entscheidung für die Familie. Obschon einem bewusst ist, dass es Zeiten gibt, wo die Geschäftstätigkeit vorauszugehen muss. Deswegen muss die Familie nicht gleich Schaden nehmen, das weiss auch die Ehefrau. Sollte es in ganz besonderen Fällen dennoch so sein, lohnt es sich, das Problem gründlich zu besprechen.

Fragen Sie doch einmal Ihre Frau: «Soll ich die gut bezahlte Arbeit preisgeben, die mir Freude macht, bei der ich aber gefordert bin und am Familienleben gewisse Abstriche machen muss?» Bringt die Situation für die Familie unverantwortlichen Schaden, dann müssten Sie wohl Ihre Tätigkeit ändern, das heisst, eine weniger belastende Tätigkeit suchen – die Sie aber vielleicht weniger befriedigt und schlechter bezahlt ist. Wenn sich Ihre Frau dieser Konsequenz bewusst ist, ist sie vielleicht eher bereit, gewisse Abstriche in Kauf zu nehmen.

Dies kann allerdings nicht heissen, dass man als Ehemann der Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht Bedeutung zumessen soll. Gemäss meiner Erfahrung ist fast nie die berufliche Belastung des Ehemannes die Ursache für das Auseinanderbrechen einer Familie, sondern ganz andere Probleme.

Mailen Sie uns Ihre Fragen zu allen Lebenslagen an drm@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Die Fragen werden anonym publiziert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

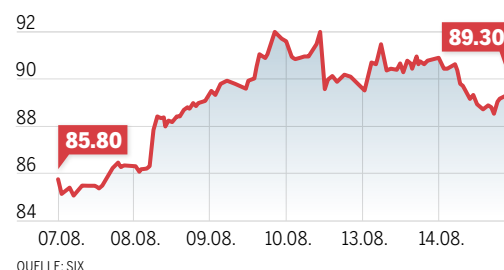
Gewinner der Woche

45 Unternehmer unterwegs

Ein Netz von 45 eigenständigen Unternehmern, die an rund siebzig Standorten in der Schweiz ihre Kundschaft pflegen – das ist nach firmeneigener Definition die Burkhalter-Gruppe, ein sehr dezentral aufgebautes Unternehmen, das vor allem im Installieren von Elektrotechnik am Bau in der Schweiz als Marktführer unterwegs ist. Die Gruppe kommt auf einen Jahresumsatz von gut 500 Millionen Franken und eine Betriebsgewinnmarge von knapp 8 Prozent. Ihr Geschäft ist eng mit der Bauindustrie verbunden, findet aber zusätzlichen Wachstumsspielraum in der Modernisierung der Elektrotechnik. Der Aktienkurs hat im zurückliegenden Jahr um gut ein Viertel nachgegeben, sodass die Dividendenrendite als Kaufargument an Gewicht gewinnt. Langfristig ist Burkhalter ein

Aktienkurs von Burkhalter

Vom 7. bis 14. August 2018, in Franken



glänzender Börsenwert. Seit dem Börsengang im Jahr 2008 hat die Aktie über 600 Prozent gewonnen, das stellt in der Schweiz den zweitbesten Börsengang jüngerer Zeit hinter der Private Equity Firma Partners Group dar. *Beat Gygi*



Thiel

Hinterzimmer

Von Andreas Thiel

Levrat: Wie können wir endlich den Kapitalismus abschaffen?

Sommaruga: Man müsste den Kapitalismus einfach verbieten.

Levrat: Wie willst du ein Verbot der freien Marktwirtschaft durch das Parlament bringen?

Sommaruga: Wie immer mit Hilfe der FDP.

Levrat: Selbst die FDP würde es nicht wagen, den Kapitalverkehr ganz zu verbieten.

Berset: Auf die Stimme von Kurt Fluri können wir jedenfalls zählen.

Sommaruga: Wir müssen das Verbot geschickt in einer Vorlage verstecken, die so dick und kompliziert ist, dass sie gar keiner liest. Moritz Leuenberger hat so das halbe «Kommunistische Manifest» durchs Parlament gebracht.

Berset: Wir sollten ein Kapitalismusverbot gar nicht «Kapitalismusverbot» nennen. Bezeichnungen wie «Geldwäschereigesetz» oder «Flankierende Massnahmen» sind viel konsensfähiger.

Levrat: Man ist auch bei der FDP vorsichtiger geworden. Und die Stimmen von CVP und Kurt Fluri reichen nicht aus.

Sommaruga: Ich hab's! Wir müssen einfach alles Kapital vernichten. Wenn es kein Kapital mehr gibt, dann kann es auch keinen Kapitalismus mehr geben.

Levrat: Wie meinst du das?

Sommaruga: Wir geben einfach alles aus. Das gesamte Volksvermögen.

Levrat: Wie willst du das machen?

Sommaruga: Über den Bundeshaushalt. Wir verschleudern die Pensionskassengelder, das Nationalbankgold...

Levrat: Das Nationalbankgold ist schon weg.

Sommaruga: Umso besser! Wir werfen einfach so lange Geld zum Fenster raus, bis nichts mehr da ist.

Levrat: Die Bundeskasse als Abflusskanal des Kapitals – genial!

Berset: Ich habe da schon einige Ideen, wie man Bundesgelder mit beiden Händen zum Fenster rauswerfen kann.

Sommaruga: Ich denke sogar daran, das Geld vierhändig zum Fenster rauszuwerfen.

Andreas Thiel ist Schriftsteller und Kabarettist.

Namen

Mozart zum Erntedankfest

Stardirigenten im Shitstorm; Christian Jott Jenny kandidiert in St. Moritz.

Von Hildegard Schwaninger

Die schöne Welt der klassischen Musik wird erschüttert. Einer, der brutal gestolpert ist, ist **Daniele Gatti**. Er war Chefdirigent am Zürcher Opernhaus (2009–2012 unter **Alexander Pereira**); jetzt wurde der 57-jährige Italiener, nachdem er sein Amt in Washington wegen Vorwürfen im Zusammenhang mit sexuellem Fehlverhalten bereits hatte niederlegen müssen, als Chef des Royal Concertgebouw Orchestra fristlos entlassen. Das «Vertrauensverhältnis ist beschädigt» (Managing Director **Jan Raes**). Gatti, der dem Orchester in Amsterdam erst seit September 2016 vorstand, wurde per sofort suspendiert. Wie ein Paukenschlag fiel die Nachricht just in die Salzburger Festspiele, wo Gatti 2013 «Die Meistersinger von Nürnberg» dirigierte. Gatti weist alle Vorwürfe zurück. Bei den Osterfestspielen in Baden-Baden 2019 soll er Verdis «Otello» dirigieren, 2020 einen neuen «Ring des Nibelungen» in Bayreuth. Dass es dazu kommen wird, kann man sich nicht vorstellen.

Auch der Schweizer Dirigent **Charles Dutoit** ist tief gefallen. Der 1936 in Lausanne Geborene, einer der Ehemänner von Meisterpianistin **Martha Argerich**, musste Anfang Jahr als Chef des Royal Philharmonic Orchestra London zurücktreten. Vorwurf: sexueller Missbrauch. Der Fall von Gustav Kuhn beschäftigt zurzeit die österreichische Justiz. Angeblicher jahrelanger Missbrauch bei den Tiroler Festspielen in Erl! Die Vorwürfe sind so drastisch, dass der Gründer, Intendant und

Chefdirigent, ein moderner Wotan, alle Ämter «ruhend gestellt hat», wie die samtene Formulierung heisst. Aber Festspiele-Präsident **Hans Peter Haselsteiner**, der Kuhn den Rücken stärkte, bis selbst er, der Strabag-Besitzer, nichts mehr für ihn tun konnte, liess ihm alle Türen offen. Schon ab 30. September 2018 dirigierte Kuhn wieder in Erl: erst ein Benefizkonzert, dann drei Mozart-Konzerte zum Erntedankfest. Unter den Anklägerinnen, die Kuhn in einem offenen Brief sexuelle Übergriffe vorwerfen, findet sich eine Schweizerin: **Mona Somm**. Sie sang seit 2009 in Erl tragende Rollen des dramatischen Soprans (Elektra, Brunnhilde, Venus, Kundry etc.).

Der drastischste Fall ist **James «Jimmy» Levine**, der nach vierzig Jahren als Chefdirigent der Metropolitan Opera in New York erst vorläufig suspendiert und dem dann definitiv gekündigt wurde. Die Missbrauchsvorwürfe (es handelt sich bei den mutmasslichen Opfern um junge Männer) wurden seit Jahren kolportiert. Levine wurde von der Met verklagt, seinerseits verklagte er Met-General-Manager **Peter Gelb**. Der wolle sein «künstlerisches Erbe austradieren». Auch Levine weist alle Anschuldigungen zurück.

Man will sich die holde Kunst und die hehren Festspiele nicht durch das schmutzige Thema verderben lassen, doch es ist omnipräsent. Auch in Salzburg. So wurde **Franz Welser-Möst**, der viele Jahre in Zürich Generalmusikdirektor war und mit seinem «Salome»-Dirigat (neben Ma-



Fast verliebt

Freie Liebe

Von Claudia Schumacher

Ob's die Lösung oder der Anfang vom Ende ist?», fragt Nora in die Luft. Dann zuckt sie mit den Schultern, schaufelt sich eine Gabel Spaghetti alle vongole rein, sagt: «Keine Ahnung.» Entspannt wirkt sie. Der

Gleichmut in Person. Sie nippt zufrieden an ihrem Weissweinglas. Dabei hat sie mir gerade eröffnet, dass sie und ihr Dominik jetzt eine offene Beziehung führen. Wobei: «ihr» Dominik? Wahrscheinlich würde sie das schon nicht mehr so sagen, da, wo sie jetzt steht: jenseits des Besitzdenkens.

Freie Liebe – kann das gutgehen? Ich denke an meinen Freund. Beim blossen Gedanken, er könnte eine andere berühren, ausziehen, am ganzen Körper küssen: Die rein hypothetische Vorstellung legt mir ein Todesurteil auf die Brust, verlangsamt meinen Atem, lässt ein nicht vorhandenes Messer in meiner Tasche aufgehen. Ihn freigeben für andere Frauen? Pah! Ein Stück weit überzeugt mich die Eifersucht auch. Davon, dass sie beschützt. Ist sie nicht eine kleine, biedere Versicherung in diesem krassen Spiel ohne Regeln, bei dem man schnell mal alles verliert?



Tief gefallen: Dirigent Dutoit.



Offener Brief: Sängerin Somm.



«Dynamik»: Festival-Gründer Jenny.

riss Jansons mit «Pique Dame») der unumstrittene Star der diesjährigen Festspiele ist, von den *Salzburger Nachrichten* zum Thema befragt. Von Welser-Möst erfuhr man, dass das Thema nicht neu sei. Als er 2002 Chefdirigent des Cleveland Orchestra wurde, bat ihn der Intendant in sein Büro und klärte ihn über «sexual harassment» auf, in den USA sind die Gesetze da sehr scharf. Welser-Möst: «Worum es geht, ist Machtmissbrauch. Wenn ich eine Führungsposition einnehme, besitze ich Macht. Man muss sich Tag für Tag überlegen, was man damit tut.»

Noch eine Frage: Haben wir bald keine Dirigenten mehr? Wer ist der Nächste? Und: Natürlich gilt für die Männer, die alles abstreiten, die Unschuldsvermutung. Das gilt aber auch (so die Journalistin Karin Zauner in den *Salzburger Nachrichten*) für die Frauen: die Vermutung nämlich, dass sie nicht lügen.

Christian Jott Jenny, der wegen seiner Vielseitigkeit im ganzen Land wie ein bunter Hund bekannte Tenor und Kulturmanager, wurde am 8. August vierzig Jahre alt. Ein umtriebiger, kreativer Geist, ein Mann der Tat, der zupackt: So fühlt er sich, nach der Geburtstagsparty, vor einem neuen Lebensabschnitt – und will seine Tatkraft neu einbringen: Christian Jott Jenny kandidiert für das Amt des Gemeindepräsidenten in St. Moritz. Das berühmte Dorf im Engadin liegt ihm am Herzen, seit er 2008 das Festival da Jazz gegründet hat. Am Morgen seines Geburtstags hat er seine offizielle Kandidatur auf der Kanzlei deponiert. Der Möchtegern-Gemeindepräsident will, «dass wieder Dynamik ins St. Moritzer Getriebe kommt, sonst gibt es Stillstand».

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Nora hat jetzt also einen zweiten Typen. Sie treffen sich bei ihr oder bei ihm, wenn Dominik nicht da ist. Und sie lässt immer ein paar Tage Abstand, um Dominik nicht zu verletzen, wie sie betont. Mir fällt es sehr schwer, da gedanklich zu folgen. Was macht es für einen Unterschied, ob man heute oder in fünf Tagen betrogen wird? Aber klar, für die zwei ist es kein Betrug, sondern Einvernehmen. «Dominik kommt damit klar, weil er merkt, wie viel ausgeglichener ich dadurch bin.» Und auch er hat ja seine Affären.

Je länger wir reden, desto mehr bin ich irgendwie begeistert – zumindest von den beiden. Dass ein Paar nach fünfzehn Jahren kreative Wege geht, um die Beziehung zu retten, beeindruckt mich. Ob's nun die Lösung oder der Anfang vom Ende ist? Darauf bin ich auf jeden Fall gespannt.

Aber Noras und Dominiks Experiment ist mutig. Und man will gleich alles wissen: Wessen Idee war das? Hat sie schon jemand zum Fremdgehen? Und er? Wie ist das mit der Eifersucht? Und wie läuft das logistisch: daheim oder im Hotel? Erzählen sie sich von ihren Abenteuern? Und was, wenn sich einer neu verliebt? Ich frage Nora mal schnell gegen die Wand. Sie lacht. «Der Vorschlag kam von mir», klärt sie mich auf. «Und für den Moment läuft es gut.»

Dazu muss man wissen: Nora und ihr Liebster sind beide 36 Jahre alt und kennen sich seit Studienzeiten, also seit fünfzehn Jahren schon. So lange habe ich es beileibe noch nie mit einem Mann ausgehalten. Vielleicht ist die freie Liebe nach so langer Zeit vorstellbarer? Hinzu kommt, dass die zwei seit einem Jahr in einer Fernbeziehung leben. Sex nur alle paar Wochen, wenn man sich mal sieht: Das ist zu wenig.



Unten durch

Sommer-Extra (2)

Von Linus Reichlin

Ich kann mich noch sehr gut an das WM-Spiel Schweiz–Costa Rica erinnern, denn beim Public Viewing sass neben mir eine Frau, die sagte: «Ist das da Shaqiri? Der ist ja ein Zwerg!» Ich sagte zu ihr: «Sie müssen ihn ja nicht heiraten. Er will nichts von Ihnen. Er will hier nur Fussball spielen. Und das kann er offenbar auch sehr gut mit 1,69. Wenn Sie einen grösseren Mann suchen, gehen Sie doch nach Holland! Dort kriegen 1,85 grosse Männer eine Kleinwüchsigentente!» Die Frau schaute mich von oben bis unten an, das dauerte nicht lange, denn ich bin 1,70. Sie sagte: «Wie ist das eigentlich im Sommer für Sie, wenn der Asphalt so heiss ist? Kriegen Sie da nicht Verbrennungen im Gesicht?» Manchmal kann es mir mit der Islamisierung nicht schnell genug gehen. Ich sagte: «Ja, jetzt schauen Sie noch auf mich runter! Aber in dreissig Jahren werden Sie drei Schritte hinter mir gehen und sich von den Pizzarändern ernähren, die ich über die Schulter nach hinten werfe. Und Sie werden Gott danken, dass ich so klein bin, denn Faustschläge in den Schenkel tun nicht so weh!»

Sie sagte: «Sie sind aber aggressiv!» Ich sagte: «Zwerge sind immer aggressiv, deswegen haben sie ja den evolutionären Selektionsprozess überlebt. Ihr Frauen kommt ja erst ab Schuhgrösse 44 in Wallung. Wir mussten also eine Möglichkeit finden, unsere Gene trotzdem weiterzugeben. Die Lösung war Skrupellosigkeit. Hinterhältigkeit. Morde von hinten. Schauen Sie sich Shaqiri an, wie er unter den Beinen des gegnerischen Verteidigers durchrennt und ihm noch kurz von unten in die Eier boxt. Ja, das ist gemein. Aber das Leben zwingt uns Zwerge dazu, die Regeln zu brechen, die Gesetze umzuschreiben und Kunst zu machen. Neben der Skrupellosigkeit hat vor allem die Kunst unsere winzigen Gene gerettet! Wir spielen mit den Zähnen Elektrogitarre, können freihändig auf dem Klavier Chopin paraphrasieren, wir malen so abstrakt, dass es kracht, und betören die Frauen mit Romanen voller Leidenschaft. Wenn Sie wissen wollen, wer in einer Gruppe von Männern der Schriftsteller ist, halten Sie nach dem kleinsten Ausschau! Er wird Ihnen

» Fortsetzung auf Seite 72

süsse Worte ins Ohr flüstern und Sie fragen, ob es nicht immer die grossen Männer waren, die Sie unglücklich gemacht haben, und Sie werden denken: «Mein Gott, er versteht mich, wie mich noch kein Mann verstanden hat!» Ja, und dann pumpt er seine Däumlingsgene in Sie und zeugt mit Ihnen einen Sohn, der die Mindestgrösse für den Polizeidienst nicht erreicht und der deswegen dazu verdammt ist, Theaterregisseur zu werden. Wir kleinen Männer leben in einer Welt, die ist wie ein einsames Haus im Regen, und nur die Liebe kann uns erlösen.»

Die Frau schaute mich an und sagte leise: «Das haben Sie schön gesagt.» Ich fragte sie nach ihrem Namen, doch dann unterbrach ich mich selbst und sagte: «Nein, halt! Lassen Sie mich raten. Es muss ganz bestimmt ein wunderschöner Name sein, einer, den man nicht oft hört, denn das würde zu Ihnen passen, da Sie einzigartig sind.» «Sara», hauchte sie. «Siehst du», flüsterte ich, «ich wusste es.» Und nach dem schändlichen 2:2 gegen Costa Rica pumpte ich in Saras Wohnung meine Liliput-Gene in sie, wobei sich wieder mal zeigte, dass Körpergrösse einzig eine Frage der Beinlänge ist, denn ich kann problemlos mit einer Frau schlafen und ihr dabei ins Gesicht sehen, auch wenn ihre Unterschenkel dort anfangen, wo meine Füsse sind. Beim Spiel Schweiz–Schweden, an das sich heute wahrscheinlich schon keiner mehr erinnert, sass ich dann allerdings neben drei pathologisch in die Länge gezogenen Schwedinnen. Wenn der Unterschied so gross ist, hilft auch die Kunst nicht mehr. Dann helfen nur noch eine Jacht und ein Penthouse am Central Park, denn Frauen sind nun mal einfach nicht die besseren Menschen, das steht schon in der Bibel.

Linus Reichlin ist Schriftsteller und lebt in Berlin.



Wein Rioja alto

Von Peter Rüedi

Es gibt beim Wein Marken, die allein deshalb unterschätzt werden, weil sie sich so lange grosser Beliebtheit bei einem Publikum erfreuten, das sich nicht aus jenen Weintrinkern zusammensetzt, die sich durch ausgefallene Novitäten, modische Destinationen oder besonders exklusive Preise profilieren müssen oder wollen. Otto Normaltrinker halt (und seine Entourage). Chianti ist so ein Fall, gewisse Weine aus dem Südtirol (ich sage nur: Kalterersee!), Beaujolais, unser guter alter Fendant. Und Rioja. In all diesen Fällen sind Ehrenrettungen ebenso angesagt wie im Grunde überflüssig, zumindest bei denen, die gelegentlich die Probe aufs Exempel machen.

Zum einen ist nicht grundsätzlich Schrott, was viele mögen, das hat sogar die zünftige Kulturkritik im Fall von Johannes Mario Simmel gemerkt, nicht zu reden von der Wertschätzung von Frank Sinatra oder Nat King Cole oder von Susan Sontags Nobilitierung des sogenannten Camp. So gesehen waren die genannten Weine immer schon so etwas wie önologische Pop-Art. Zum andern stimmt es ja,

dass, wo die Bedürfnisse von Massen befriedigt werden sollen, die Qualität zuweilen aus dem Fokus rutscht; ebenso allerdings, dass die allgemeine Qualitätssteigerung in der Weinproduktion vor solchen Etiketten in jüngerer Zeit nicht haltgemacht hat. Ein besonders sinnfälliges Beispiel ist der Rioja. Es gibt, nicht nur, aber vor allem, im Bereich des Rioja Alavesa (aus den höhergelegenen, schon zur baskischen Provinz Alava gehörigen Zonen) Riojas, die keinen Vergleich mit substanziellen Bordeaux zu scheuen brauchen. Es sei denn den mit deren exaltierten Preisen: Riojas haben das Handicap, in aller Regel, gemessen an ihrer Qualität zu günstig zu sein. Das gilt auch für einen Grossteil der Produktion von Altos R, einem relativ jungen Joint Venture, das die beiden renommierten Weinmacher Roberto San Ildefonso und Bienvenido Muñoz 2006 nahe dem Städtchen Laguardia gründeten, *with a little help* des Beraters Jean Marc Sauboua aus dem Bordeaux (ex Château Haut-Brion). Sie kreierte den bemerkenswerten Castro und anderes aus dem Bereich unter 20 Franken. Aber auch Qualitäten wie diesen Rioja Pigeage 2014, einen reinen Tempranillo.

Eine Quadratur von dunkler Fruchtpower (Brombeeren, Pflaumen), guter Säure, mineralischen Noten und klug eingesetztem, nicht zu penetrantem Holz. Kräftige Tannine von der Art, die man «seidig» zu nennen sich gewöhnt hat. Noch etwas jung, wird aber die Hörner bald abstossen. «Pigeage» meint im Übrigen keine grosse Besonderheit, sondern die weitverbreitete kellertechnische Usanz, während der alkoholischen Gärung den Tresterhut (die obenauf schwimmenden Traubenschalen) mehrmals täglich in den Most zu stossen. Was zählt, ist das Resultat. Es ist mehr als überzeugend.

Altos R: Rioja DOC Pigeage 2014, 14,5%. Gerstl, Spreitenbach, jetzt Fr. 34.– (sonst 38.–). www.gerstl.ch



Salz & Pfeffer

Zu Gast bei Jamie

Von David Schnapp

Wer ausserhalb Londons in England Ferien macht (siehe «Auto», S. 73), muss sich auf kulinarisch bescheidenere Wochen einstellen. In Cornwall, wo ich die-

sen Sommer war, gibt es zwar die klassischen Scones mit *clotted cream* und Erdbeermarmelade, und auch die im Bierteig frittierten Filets von Schellfisch oder Kabeljau sind oft gelungen, aber nach einer Woche spätestens wächst der Wunsch nach einer frischen Küche.

Der Küchenpopstar Jamie Oliver hat bei vielen Feinschmeckern – zu Unrecht – kein besonders hohes Ansehen. Im kulturellen Kontext seiner Heimat ist Olivers Arbeit bahnbrechend. Im «Fifteen Cornwall», einem seiner Restaurants, direkt an einem beliebten Surfer-Strand gelegen, kommen gute, frische Produkte sinnvoll zubereitet auf den Tisch. Das mag selbstverständlich klingen, ist es aber vor Ort nicht.

Ich erhielt perfekt reife Aprikosen, angereichert mit Burrata, Majoran und gerösteten Haselnüssen oder Randen mit Zwiebelssprossen, Ziegenfrischkäse und Olivenöl. Bei Letzterem hätte es etwas Säure gebraucht, aber abgese-

hen davon waren es erfreuliche Beispiele für eine schlichte Produktküche.

Ebenso frisch das Ceviche aus Seeteufel, Schellfisch und Makrele mit Zwiebeln, Petersilie, Orangenschale und -saft sowie etwas Limette. Durch die unterschiedlichen Fische mit ihrem individuellen Fettgehalt und ihren Texturen bezog dieses Gericht seine Spannung und seinen Reiz.

Und schliesslich der britische Klassiker Lamm mit Minze: Das Fleisch perfekt rosa gebraten, an einer einfachen Sauce aus dem Jus vom Garen und etwas Olivenöl und dazu knackige Bohnen und Erbsen – und ein paar (frische) Minzblätter: eine wunderbare Abwechslung in der Fish-’n’-Chips-Einöde.

Jamie Oliver’s Fifteen Cornwall, Watergate Bay, Cornwall TR8 4AA, England. Reservation empfohlen, Tel. +44 1637 861000. Täglich Frühstück, Lunch, Dinner.



Auto

Sommer in Südengland (I)

Mit dem neuen BMW M5 von Zürich nach Cornwall und zurück. Eine Reise mit dem «Wolf im Schafspelz». Von David Schnapp

Ferien, zu denen man mit dem eigenen Auto hinfahren kann, ziehe ich allen anderen Reisevarianten vor. Nicht, dass ich etwas gegen Flug- oder Zugreisen hätte, aber dies ist schliesslich eine Autokolumne, nicht wahr? Und der Komfort, wenn man zu Hause seinen ganzen Krempel in den Kofferraum verfrachten kann, um ihn vor der Tür seines Ziels wieder auszuladen, scheint mir mit allen anderen Verkehrsmitteln nicht gegeben zu sein.

Dieses Jahr hatten wir uns einiges vorgenommen – lange Anreisestrecke, Autoverlad auf Schiff und Zug sowie erst noch einen Wechsel von Rechts- auf Linksverkehr. Der Weg nach Cornwall, dem fast schon mediterranen und etwas wilden Süden der britischen Insel, führt von Zürich über Calais. Dazwischen liegen rund 700 Kilometer französische Autobahnen, vermutlich die besten Europas. Die maupflichtigen Strecken sind in einem hervorragenden Zustand, und weil die Abgaben so hoch sind, sind sie wohl auch nicht sehr dicht befahren.

Der neue BMW M5 gehört zur beliebten Kategorie der «Wölfe im Schafspelz». Wäre er etwas zurückhaltender als in diesem strahlenden, auffälligen Blau lackiert gewesen, man hätte ihm kaum angesehen, wozu er fähig ist. Klar, vier mattschwarze Endrohre und ein prominenter Diffusor am Heck sprechen die Sprache der Geschwindigkeit. Und wenn man den knallroten Startknopf drückt und die fröhlich röhrende Auspuff-Fanfare ertönt, steht spätestens dann unzweifelhaft fest, dass dies keine durchschnittliche Limousine ist.

Star des Weltkonzerns

Seit 1984 produziert BMW den M5, er ist ein zurückhaltender Star im breiten Fahrzeug-Portfolio des Weltkonzerns und hat – technisch gesehen – eine bewegte Geschichte hinter sich: Angetrieben wurde er schon von so unterschiedlichen Motoren wie einem Reihen-sechszylinder, einem V8-Saugmotor, einem hochdrehenden V10-Saugmotor und einem heutigen V8-Doppelturbomotor, der nun

600 PS und 750 Nm leistet. Die entscheidende Neuerung beim neuen M5 ist aber, dass erstmals alle vier Räder angetrieben werden. Und weil man bei der M GmbH trotzdem findet, dass sportliches Fahren am besten mit Heckantrieb funktioniert, kann der Fahrer eigene Entscheidungen treffen. Neben den Einstellungen für Lenkung, Motor und Dämpfung lässt sich nun auch der Antrieb in verschiedenen Stufen verschärfen – im Extremfall auf reinen Heckantrieb ohne Stabilitätsprogramm.

Mit ein paar Tasten drückt man den M5 also von der Familienlimousine, die sonor über die Autobahn brummt, zum Biest, das mit einer Mischung aus Explosivität und Stabilität von 120 km/h auf weit über 250 km/h beschleunigt (bis 305 km/h mit optionalen M Drivers Package). So, dass man nur noch staunend im Rückspiegel zusehen kann, wie die Welt hinter einem kleiner wird. Das habe ich natürlich nicht mit Familie und Gepäck ausprobiert, sondern in einem ruhigen Moment nach den Ferien auf der A96 Richtung München. Zum Teil mit Familie und Gepäck nächste Woche mehr.

BMW M5

Leistung: 600 PS/441 kW; Hubraum: 4395 ccm;
Drehmoment: 750 Nm;
Verbrauch (EU-Norm): 10,7–10,8 l/100 km;
Höchstgeschwindigkeit: 250 km/h;
Beschleunigung 0–100 km/h: 3,4 sec.;
Preis: Fr. 139 900.–, Testauto: Fr. 187 400.–

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man als junger Mann der gut doppelt so alten Mutter eines Kollegen ein Kompliment für ihr blendendes Aussehen machen?

Olivier Wieser, Aarau

Es gibt kaum etwas, mit dem man einer Frau mehr Freude machen kann als mit einem ehrlich gemeinten Kompliment aus dem Mund eines sehr viel jüngeren Mannes, der sich dadurch keine Vorteile erhofft. Es wäre Anbiederung, wäre die Dame Ihre Chefin oder Ihre Kundin, aber so ist es nichts als wahre Begeisterung über ihr einwandfreies Erscheinungsbild. Also sagen Sie es ihr, und ich wette, sie wird Sie danach einige Male stolz in ihrem Freundeskreis zitieren. Aber bitte: Lassen Sie das beleidigende «für Ihr Alter» weg. «Du hast wirklich tolle Beine für dein Alter» – das will niemand hören. *Wäis Kiani*

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Die Arroganz in der Beurteilung von Donald Trump sucht ihresgleichen.» *Ernst Schegg*

Männer der Tat

Nr. 32 – «Eidgenossen»;
Editorial von Roger Köppel

Der Bundesbrief ist kurz und bündig – ähnlich wie die Zehn Gebote in der Bibel –, weil bei der Entstehung keine Juristen und keine sogenannten Experten beteiligt waren. Es waren einfache Männer der Tat. Die heutigen sogenannten Eliten können keinen Text mehr verfassen, der nicht fünfzig Seiten und mehr umfasst! Ein Blick in unsere Gesetzes- und Verordnungs-Sammlungen spricht Bände.

Peter V. Brunner, Stäfa

Starkes Stück

Nr. 30/31 – «Trampel Trump»; René Zeyer über den amerikanischen Präsidenten

Ein starkes Stück ist, dass Zeyer nicht nur Präsident Trump mehrfach abqualifiziert, sondern auch drei ehemalige Präsidenten – nämlich Reagan («noch fauler»), Clinton («noch verlogener») und Bush junior («noch dümmer»). Dies ist doch eine echte Anmassung beziehungsweise Frechheit. Ich empfehle ihm, sich zurückzulehnen, abzuwarten und sich überraschen zu lassen. Denn wie heisst es doch so schön: «Gott, gib mir die Gelassenheit, Dinge hinzunehmen, die ich nicht ändern kann!»

Markus Schnellli, Ennetbürgen

Ich bin kein Fan von Narzisst Trump, aber überzeugt von seiner grundsätzlichen Politik. Wann hat es letztmals einen US-Präsidenten gegeben, der seine Wahlversprechen eingelöst hat? *René Moser, Wohlen*

Die Arroganz in der Beurteilung von Donald Trump sucht ihresgleichen. Trump wird den Europäern die Augen dafür öffnen, dass in den USA und in Europa zwei verschiedene Weltanschauungen und Interessen vertreten werden. Dass endlich einmal ein hoher Politiker sagt, was er denkt, kann ja wohl so schlecht auch nicht sein, vor allem im sogenannten demokratischen Weltbereich. Dem Mann ist mit Respekt zu begegnen, ob man seine Ansichten teilt oder nicht. *Ernst Schegg, Bachenbülach*

Hirnersatz

Nr. 30/31 – «Bloss nicht abschalten»;
Claudia Schumacher über «Digital Detox»

Für mich ist das Smartphone ebenfalls ein guter Freund. Manchmal erscheint es mir aber fast als Hirnersatz, dann wird mir bange. Was wäre, wenn es mir abhandenkäme, mit all den Infos, die es über mich und mein Leben gespeichert

hat? Ich sehe immer wieder Kinder, die mit ihren Eltern sprechen, welche zwar antworten, dabei aber munter auf ihrem Smartphone rumtippen und mit ihrer Aufmerksamkeit irgendwo, aber sicher nicht beim Kind sind. Ich sehe Paare im Restaurant, die mit ihren Geräten beschäftigt sind, und frage mich, ob die sich nichts mehr zu sagen haben oder ob das die neue Art der zwischenmenschlichen Kommunikation ist. Vielleicht wäre ein bewusstes Abschalten oder auch nur ein Nichtbeachten des Smartphones zwischendurch sinnvoll. *Peter Ringeisen, St. Gallen*

Wie beim Brombeerenpflücken

Nr. 30/31 – «Überleben in einer verrückten Welt»; Cover-Gestaltung von Gerda Steiner und Jörg Lenzlinger

Das Titelbild zeigt: In einer verrückten Welt hat man die Wahl zwischen Fressen und Gefressenwerden. Da das Huhn wohlgenährt zu sein scheint, wäre ein Rückzug empfehlenswert. Es ist wie beim Brombeerenpflücken: Um an die besten Beeren heranzukommen, muss man sich weit nach vorne strecken und als Gegengewicht den Hintern so weit wie nötig in die andere Richtung recken, um nicht in die Dornen zu kippen. *Gernot Gwehenberger, Dornach*

Kompromisslos

Nr. 32 – «Geheim heisst nicht verboten»;
Felix Werner Nöthiger zur P-26

Die Angehörigen der P-26 waren keine unheimlichen Patrioten, sondern aufrechte, ehrenwerte Staatsbürger, für die Freiheit und Unabhängigkeit höchstes Gut waren. Auch in Zukunft wird es immer wieder Bürger und Bürgerinnen geben, die in bedrohlichen Zeiten für unser Land, unsere Geschichte, Freiheit und Unabhängigkeit kompromisslos eintreten. Das ist heute wieder aktueller denn je!

Roger E. Schärer, Feldmeilen

Korrigenda

Das Bild zum Artikel «Geheim heisst nicht verboten» (Ausgabe Nr. 32/18) zeigt nicht, wie angegeben, die Mitglieder der parlamentarischen Untersuchungskommission von 1989, sondern eine Pressekonferenz der damaligen Sozialdemokratischen Partei. Wir bitten um Entschuldigung. *Die Redaktion*

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

	1	2		3	4	5	6	7		8	9	10		
11				12										13
14										15				16
17				18										
		19	20								21			
22	23					24	25			26				
27					28						29	30		31
			32	33						34	35			
36		37					38	39					40	
41										42				
43								44				45		
46										47				

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Die Erwähnung mag der Aufklärung dienen
 Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Versammlungshalle der ausgelassenen Art. 8 Kein Kind der Traurigkeit, das sich so äussert. 11 Was Weisse Trüffel sicher sind. 12 Brettspiel und Göttin mutieren zusammen zu indonesischer Insel. 14 Disponieren, um sich nicht zu vergaloppieren. 15 Erfrischend, ein derart umweltfreundlicher Zug. 17 Fliesst rückwärts durch Münster. 18 Manch einem unverständlich, was sie schreibt. 19 Wurfgeschoss mit durchdringender Wirkung. 21 Sie vergehen wie die Zeit überhaupt. 22 Das Tun ist dann auch mal vorbei. 24 Sicherung für Sportler, die hoch hinaus wollen. 27 Bei der Liebe ist er zielsicher. 28 Göttliche Jägerin, lange ist's her. 29 Sippeigentum, germanisch, adlig. 32 Matthias ist hier buchstäblich beschränkt. 34 Wer von dieser Lisa spricht, denkt wohl an Leonardo. 36 Wo die Kasbah UNESCO-Weltkulturerbe ist. 38 Das bauchige Gefäss aus edlem Metall für ein Getränk. 41 Nicht gut, da droht Unheil. 42 Mit ihm würden wir wohl fremdeln. 43 Knapp untertitelte Originalfassung. 44 Der Zufluss der Donau heisst wie der TV-Stefan. 45 Nah, gar intim, aber dadurch auch eingengt. 46 Die Münze passte zur römischen Kaiserzeit. 47 Buchstabensalat, richtig dann ein Gebirge.

©Fritz Müller - Rätselfactory

Senkrecht — 1 Da knurrt Monsieurs Magen. 2 Ernst, wie in Lateinamerika bekannt. 3 Man könnte auch von Behauptungen reden. 4 In überspanntem Zustand hört sie sich unangenehm an. 5 Sie geizt nicht mit Reizen, doch der unangenehmen Art. 6 Muslims wie Christen bekannte Formel. 7 Tierische Vaseline-Alternative. 8 Herb, aber auch rätselhaft. 9 Rauschmittels wirkende Eigenschaft, mit dem Verstand nicht immer fassbar. 10 Israel: Stadt und ebensolche Bucht. 11 Was mal das Zuhause des siebenfachen Schweizer Meisters HC Lugano war. 13 Nicht alles ist gut, aber dies aus Italien schon. 16 Ein Signal ohne Ende und deshalb etwas rätselhaft. 20 Solch eine Runde gehört zu einem Spiel. 23 Sinnbild, Symbol oder gar Hoheitszeichen. 25 Man kann in ihm ein Muster oder Schema erkennen. 26 Es ist in der heutigen Welt auch ein Computerspiel. 28 Keine Legenden: Sagen ennet dem Röstigraben. 30 Sein Buch gehört zur biblischen Apokalypstik. 31 Entlang oder, wenn's beliebt, von oben nach unten. 33 Bei ihr denkt man an Getriebensein. 35 Billigflug-Destination an der Südwestküste Neuguineas. 36 Setzt man das Ende an den Anfang, spricht man vom Körper einer Zelle. 37 Zebras wandern gerne mit ihnen. 39 Dynamik ohne Mechanik, dafür mit Begeisterung. 40 Sie mit ihren Luftballons, das war ein Hit.

Lösung zum Denkanstoss Nr. 579

A	L	T	S	T	A	D	T		M	A	M	I	S	
H		I		H		R	E	V	O	L	T	E	Ö	
O	S	T	F	R	I	E	S	E		L	E	N	I	K
I	T	A	L	O		S	T	R	O	E	M	U	N	G
	A	N	A	N	A	S		I	I		P		D	
E		M				I	D	E	O	L	O	G	I	E
S	T	R	E	B	E	N		I	P	U			V	
U	T	A		E		G	E	R	A	E	U	M	I	G
J	E	M	A	L	S			A	L	F	R	E	D	
E		S	T	A	T	I	S	T		T	R	E	U	E
T	H	E	R	M	E	N		E		E	I	R	E	
S		S	I	I	R	T		N	O	N	S	E	N	S

Waagrecht — 1 ALTSTADT 6 MAMIS 10 REVOLTE 12 OSTFRIESE 15 LENIN 17 ITALO 18 STROEMUNG 19 ANANAS 20 IDEOLOGIE 23 STREBEN 26 IPU (kurz f. Isoproturon) 27 UTA 28 GERAEUMIG 31 JEMALS 34 ALFRED 35 STATIST 37 TREUE 38 THERMEN 39 EIRE 40 SIIRT 41 NONSENS

Senkrecht — 1 AHOI 2 TITAN 3 THRON 4 DRESSING 5 TEST 6 MLLE (Abk. f. Mademoiselle) 7 ATEMPO(a tempo) 8 MENU 9 SONG 11 VERHEIRATEN 13 STAETTE 14 FLAME 16 INDIVIDUEN 21 OPAL 22 LUEFTEN 23 SUJETS 24 RAMSES 25 BELAMI (franz. bel ami f. gutaussehender Freund, Buchtitel v. Maupassant) 29 URRIS 30 MEERE 32 ATRI 33 STER (-n) 36 INT(-er)

Lösungswort — **MENTALITAET**



EMS – Innovativ, weltweit erfolgreich in den Geschäftsbereichen Hochleistungspolymere Spezialchemikalien

The Breitling Jet Squad
Jacques Bothelin
Christophe Deketelaere
Paco Wallaert



AIR

LAND

NAVITIMER 8

SEA



BREITLING
1884

#SQUADONAMISSION

BREITLING BOUTIQUE
GENEVA • LAUSANNE • ZERMATT
ZURICH